B6897F

bpb: Informationen

zur politischen Bildung / izpb

340 2/2019

(Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft

Inhalt

12

5

22

4 Historischer Kontext: Deutsche in und aus Osteuropa

4 Deutsche Geschichte im östlichen Europa als Migrationsgeschichte

8 Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland

12 Migrationsgesellschaft Deutschland

12 Welche Perspektiven gibt es auf die Migrationsgesellschaft?

Liebe Leserinnen und Leser,

seit September diesen Jahres haben die „Informationen“ wieder einen Vertragspartner für Druck und Herstellung. Damit endet eine monatelange Vakanz, in der weder Nachdrucke noch die Zusendung neuer Themenausgaben möglich waren, und es bleibt uns nur, auf Ihr nachträgliches Verständnis zu hoffen.

Wir haben die Zeit genutzt, um Neuerscheinungen vorzubereiten und die Gestaltung unserer Heftreihe zu optimieren. Lesefreundlichkeit und Übersichtlichkeit sind dabei weiterhin ein vorrangiges Anliegen – und natürlich der Wunsch, dass der Inhalt der Hefte Ihr Interesse weckt.

16 (Spät-)Aussiedler aus den postsowjetischen Staaten

16 Geschichte der Russlanddeutschen

20 Einflüsse und Prägungen: die Russlanddeutschen in der Sowjetunion

21 Ankunft und Integration in Deutschland

25 Lokale Aufnahme und Wohnsituation

26 Mediengewohnheiten der postsowjetischen Diaspora in Deutschland

27 Politische Partizipation von Russlanddeutschen

29 Russlanddeutsches Verbands- und Vereinswesen

31 „Russische“ Supermärkte und Restaurants

33 Russlanddeutsche Migrationskirchen: Entstehung und Herausforderungen

34 Russlanddeutsche Erinnerungskultur

37 Russlanddeutsche Geschichte, Kultur und Migration im Museum

38 Russlanddeutsche transnational

43 Jüdische Kontingentflüchtlinge und andere postsowjetische Migranten

Zu diesem Heft

45

64

44 (Spät-)Aussiedler aus Polen
44 Migration zwischen Deutschland und Polen
47 „Rückkehr der Deutschen?“ – Perspektiven der frühen Aussiedlerforschung
47 Integration der polenstämmigen Aussiedler – aktuelle Perspektiven

56 (Spät-)Aussiedler aus Rumänien
56 Geschichtlicher Rückblick
58 Die Aussiedlung – Ursachen, Hintergründe, Merkmale
63 Integration in Deutschland
65 Rückwanderung nach Rumänien?
67 Zusammenfassung und Ausblick

68 Fazit

70 Glossar
72 Literaturhinweise
74 Online-Ressourcen
74 Autorinnen und Autoren
75 Impressum

Migration definiert der Migrationsforscher Jochen Oltmer als eine „auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte [räumliche] Verlagerung des Lebensmittelpunktes“. Eine der größten Zuwanderungsgruppen in Deutschland, die diese grundlegende Erfahrung auf sich genommen hat, sind die (Spät-)Aussiedler. Mehr als 4,5 Millionen Menschen mit diesem für deutsche Staatsangehörige und „Volkszugehörige“ aus Osteuropa reservierten Status kamen seit 1950 nach Westdeutschland und ins wiedervereinigte Deutschland. Sie und ihre Nachkommen sind längst ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft geworden.

Ihre Zuwanderung wurde von Seiten der Bundesrepublik aktiv unterstützt. Diese fühlte sich verantwortlich für diejenigen, die infolge der grausamen deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa wegen ihrer Herkunft als Deutsche unter Diskriminierung, Unterdrückung und Zwangsumsiedlung zu leiden gehabt hatten. Der Zuzug von Menschen, die sich Deutschland aufgrund ihrer Wurzeln zugehörig fühlten, wurde als Gewinn für die Aufnahmegesellschaft gesehen.

Allerdings waren die Ankömmlinge keineswegs eine homogene Gruppe, sondern brachten höchst unterschiedliche Lebenserfahrungen mit. So bedeutete es eine häufig ungeahnt große Herausforderung für die aufnehmende Gesellschaft, Menschen mit diesen unterschiedlichen Voraussetzungen zu integrieren. Für die Neuankömmlinge hingegen war es oft schwer, sich in einer neuen Umgebung einzugewöhnen und zu behaupten, die sie als „fremd“ empfand und die ihnen nicht selten skeptisch bis ablehnend begegnete.

„Gemessen an ihrer Zahl und dem hohen prozentualen Anteil unter Migranten ab den späten 1980er-Jahren sind die Aussiedler unsichtbar geblieben“, konstatiert der Historiker Jan Plamper. Dies könnte als Beleg für gelungene Integration gelten; doch bliebe eine solche Interpretation an der Oberfläche und würde den Betroffenen kaum gerecht. Deshalb will diese Darstellung die Aufmerksamkeit auf einen oft wenig sichtbaren Teil der deutschen Gesellschaft lenken. Gleichzeitig soll deutlich werden, dass die (Spät-)Aussiedler im größeren Zusammenhang einer modernen Migrationsgesellschaft stehen, deren Mitglieder ihr Deutsch-sein mit weiteren kulturellen und emotionalen Zugehörigkeiten verknüpfen.

Im Blickpunkt steht zunächst der historische Kontext, in den die Geschichte der Deutschen in Osteuropa eingebettet ist, wobei der Bogen vom Mittelalter bis in die Gegenwart reicht. Anschließend liegt der Schwerpunkt auf Begrifflichkeiten sowie auf rechtlichen wie theoretischen Sachverhalten, die im Kontext von Migration im Allgemeinen und (Spät-)Aussiedlern im Besonderen bedeutsam sind. Damit bieten die ersten beiden Kapitel die Grundlage für die eingehendere Betrachtung der drei zahlenmäßig größten Aussiedlergruppen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen und aus Rumänien.

Im Wesentlichen handelt es sich bei der Zuwanderung der „(Spät-)Aussiedler um eine „Erfolgsstory“, in der „unglaubliche Hindernisse überwunden und viel erreicht“ wurde (Jan Plamper). Und sie bietet – so Jannis Panagiotidis – einen reichen Erfahrungsschatz für künftige migrationspolitische Herausforderungen eines Staates, der es sich lange nicht eingestehen wollte, längst ein „Einwanderungsland“ geworden zu sein.

Christine Hesse

Historischer Kontext: Deutsche in und aus Osteuropa

Wird die Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in einen größeren migrationsgeschichtlichen Zusammenhang gestellt, öffnet sich der Blick für ihre Vielfalt. Diese Vielfalt kennzeichnet auch die Menschen, die aus den ehemals kommunistisch regierten osteuropäischen Ländern nach Deutschland übersiedelten, weil sie sich als Deutsche bzw. Deutschland zugehörig empfanden.

Deutsche Geschichte im östlichen Europa als Migrationsgeschichte

HANS-CHRISTIAN PETERSEN

Die Geschichte der Menschheit ist immer auch eine Geschichte von Migrationen – eine Geschichte der Wanderungsbewegungen von Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen, religiösen und kulturellen Gründen. Dies gilt ebenso für den Bereich, der klassischerweise als „Deutsche Geschichte im östlichen Europa" bezeichnet wird. Doch bisher ist diese Geschichte nur sehr unvollständig als Migrationsgeschichte erzählt worden. Im Folgenden soll skizziert werden, warum dies so ist und weshalb es lohnenswert erscheint, eine „deutsche Migrationsgeschichte" im östlichen Europa in den Blick zu nehmen.

Historischer Überblick

Bereits im Mittelalter warben Fürsten aus den Gebieten des späteren Pommern, Polen, Schlesien, Böhmen und Mähren bäuerliche Familien aus dem deutschsprachigen Teil Europas an, um die wirtschaftliche Leistungskraft ihrer Herrschaftsgebiete zu steigern. Gerufen wurden Menschen zur Belebung von Landwirtschaft, Handel und Handwerk; ihre „deutsche" oder „germanische" Herkunft wurde erst rückwirkend, im Zeichen des ab Ende des 19. Jahrhunderts aufkommenden Nationalismus, hervorgehoben.

Ab Mitte des 12. Jahrhunderts sandten dann weltliche und geistliche Herrscher Adlige und Missionare aus den Gebieten des Heiligen Römischen Reiches ostwärts, um mittels bäuerlicher Siedlungen und Stadtgründungen ihren machtpolitischen Einflussbereich auszudehnen. Dieser Vorgang wurde in der älteren Geschichtsschreibung als „Deutsche Ostsiedlung" bezeichnet. Heute wird dafür zumeist der Begriff des „Hochmittelalterlichen Landesausbaus" in der → *„Germania Slavica"* verwandt.

Im 13. Jahrhundert erfolgte unter dem militärischen Schutz des → Deutschritterordens die Besiedelung Altlivlands durch Missionare und niederdeutsche Kaufleute – ab da bis zu den nationalsozialistischen „Heim ins Reich"-Umsiedlungen im Zweiten Weltkrieg lebten durchgehend deutschsprachige Händler und Adlige im Baltikum.

Auch im Südosten Europas waren es zunächst Adlige, die ab der Mitte des 12. Jahrhunderts nach Siebenbürgen einwanderten und in der Kanzleisprache der ungarischen Könige als *Saxones* bezeichnet wurden. Daraus entstand später der Begriff „Siebenbürger Sachsen" (siehe S. 56). Ab Mitte des 13. Jahrhunderts folgten die „Zipser Sachsen" – deutschsprachige Familien, die sich in den slowakischen Karpaten ansiedelten.

Für die Frühe Neuzeit (Ende 15. bis Ende 18. Jahrhundert) sind vor allem konfessionell und ökonomisch motivierte Wanderungen charakteristisch. Ab den 1740er-Jahren folgten rund 150 000 Männer, Frauen und Kinder dem Lauf der Donau und ließen sich im Habsburgerreich in den Gebieten der heutigen Staaten Kroatien, Ungarn, Serbien und Rumänien nieder („Donauschwaben" bzw. „Banater Schwaben", siehe S. 57). Ursachen für diese Wanderungsbewegung waren kriegerische Zerstörungen und wirtschaftliche Krisen in der Heimat, aber auch von Herrschern verliehene Privilegien. Diese garantierten den Neuankömmlingen freie Religionsausübung und die Befreiung von staatlichen Abgaben, um ihre Territorien zu bevölkern und wirtschaftlich zu entwickeln (→ Peuplierungspolitik).

Auch Preußen warb Siedlerfamilien an, unter ihnen Angehörige der mennonitischen → Glaubensgemeinschaft, die aus religiösen Gründen den Dienst an der Waffe verweigerten. Als ihnen jedoch im Königlichen Preußen die Befreiung vom Militärdienst wieder entzogen wurde, wanderten sie ab dem

späten 18. Jahrhundert nach Russland weiter. Die Immigration der Mennoniten gehört zur Geschichte deutschsprachiger und konfessionell sehr heterogen zusammengesetzter Zuwanderer in den Herrschaftsbereich der russischen Zaren (siehe S. 16 ff.). Schwerpunkte ihrer Ansiedlung waren die mittlere Wolga und das Gebiet am Schwarzen Meer.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts drehte sich die Richtung der Migration um: Statt von West nach Ost dominierte nun der Weg von Ost nach West, über den Atlantik, vornehmlich in die USA und nach Kanada. Ein erheblicher Teil dieser Transitwanderer stammte aus dem östlichen Europa. Unter ihnen befanden sich auch die Mennoniten, die Russland wieder verließen, als Zar Alexander II. 1874 im Zuge seiner „Großen Reformen" ebenfalls die allgemeine Wehrpflicht einführte.

Lässt sich das 19. Jahrhundert aus europäischer Sicht als „Jahrhundert der Emigration" bezeichnen, so kann das 20. Jahrhundert als „Jahrhundert der Flüchtlinge" angesehen werden. Auch die deutsche Geschichte im östlichen Europa ist Teil dieser gewaltsamen Zwangsmigrationen. Die sogenannten → Volksdeutschen aus historischen Siedlungsgebieten wie dem Baltikum, → Wolhynien, der → Bukowina und → Bessarabien wurden von den Nationalsozialisten angeblich „Heim ins Reich", tatsächlich jedoch größtenteils in das besetzte Polen umgesiedelt. Sie wurden einerseits für die NS-Politik instrumentalisiert, andererseits profitierten sie von ihr und unterstützten sie teilweise auch aktiv. Eine Folge dieser Mittäterschaft waren dann Flucht und Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung aus Ostmittel- und Südosteuropa am Ende des Krieges.

Anders verhielt es sich mit der deutschsprachigen Bevölkerung in der Sowjetunion. Ein Teil dieser Gruppe, der in der westlichen Ukraine und im Schwarzmeergebiet lebte, kam zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 unter rumänische und deutsche Besatzung und beteiligte sich an der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik. Die Mehrheit der „Russlanddeutschen" (rund 900 000 Menschen) wurde aber im August 1941 unter Stalin nach Kasachstan und Sibirien zwangsumgesiedelt. Rund 350 000 von ihnen kamen in Zwangsarbeitslager, als sogenannte *Trudarmija* → Arbeitsarmee. Insgesamt starben laut dem russlanddeutschen Historiker Viktor Krieger bis zu 150 000 Russlanddeutsche durch → Deportation und Zwangsarbeit. Nur wenigen der Überlebenden wurde nach 1945 die Ausreise in den Westen gestattet. Erst mit dem Beginn des Reformprogramms von *Glasnost* (Transparenz) und *Perestroika* (Umbau) unter dem damaligen ZK-Generalsekretär und Staatspräsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow ab 1985 setzte die große Emigration ein, infolge derer bis heute rund 2,4 Millionen (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind.

Auswanderung und Flucht als Teil von Migrationsgeschichte: Reisegepäck im Einwanderungsmuseum von Ellis Island, New York, und Treck schlesischer Flüchtlinge bei Potsdam, 1945

Geschichtsschreibung im Wandel

Bereits dieser knappe Überblick macht deutlich, wie vielfältig die deutsche Geschichte im östlichen Europa ist. Und doch haben alle genannten Prozesse eines gemeinsam: Es handelt sich um Migrationen, nach dem deutschen Migrationsforscher Jochen Oltmer verstanden als die „auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder ganzen Bevölkerungen".

Dies festzustellen bedeutet zugleich zu fragen, warum die „deutsche" Geschichte im östlichen Europa bisher nur selten als Migrationsgeschichte geschrieben wurde. Zum einen beschränkte sich die deutschsprachige historische Wanderungs- bzw. (seit den 1980er-Jahren) Migrationsforschung lange Zeit zu großen Teilen auf die etwa 5,5 Millionen deutschsprachigen Menschen, die zwischen dem Wiener Kongress 1815 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 nach Übersee auswanderten. Diese Fokussierung auf die transatlantische „nasse Auswanderung" führte dazu, dass die „trockene Auswanderung" zwischen West- und Osteuropa lange Zeit außerhalb des Blickfelds verblieb, zumal sie sich zeitlich im Wesentlichen vor dem 19./20. Jahrhundert vollzog.

Hinzu kommt zum anderen das, was der deutsche Historiker Mathias Beer als „völkische Hypothek" des Forschungsfeldes „Deutsche Geschichte im östlichen Europa" bezeichnet. Während die ersten Untersuchungen noch den regionalen und konfessionellen Charakter der deutschsprachigen Auswanderung ins östliche Europa beschrieben, gewann gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine alldeutsch-völkische Interpretation an Gewicht. Sie machte aus Württembergern, Pfälzern oder Franken „Auslandsdeutsche" (bzw. im Nationalsozialismus dann „Volksdeutsche"). Diese wurden nicht länger als deutschsprachige Bewohnerinnen und Bewohner eines anderen Landes gesehen, sondern als Teil eines über staatliche Grenzen hinausreichenden, ethnisch definierten „deutschen Gesamtvolkes". Verbunden war dies mit der Vorstellung einer vermeintlich höherwertigen „deutschen Kultur", die „leere" oder unzivilisierte Steppen in blühende Landschaften verwandelt habe.

Die einflussreichste diesbezügliche Konzeption zur Erforschung eines „deutschen Ostens" lieferte der Geograf Albrecht Penck in seinem 1925 erschienenen, programmatischen Aufsatz „Deutscher Volks- und Kulturboden" (siehe Karte auf S. 7 oben). Nach Penck stellte das „Volk" die zentrale Größe des geschichtlichen Prozesses dar, aus der sich entsprechend auch die zukünftigen deutschen Gebietsansprüche ableiteten. Staaten betrachtete er demgegenüber nur als untergeordnete Verwaltungseinheiten. Penck unterschied zwischen dem „Volksboden", den er überall dort erblickte, „wo deutsches Volk siedelt", und dem „Kulturboden", der so weit reiche, wie sich Spuren „deutscher Kultur" nachweisen ließen.

Der auf Ausdehnung und Erweiterung gerichtete Charakter einer solchen Konzeption zeigte sich nach 1933. Für die Person Pencks lässt sich diese Entgrenzung des „deutschen Ostens" am Beispiel einer zweiten Karte zum „Deutschen Volks- und Kulturboden" nachvollziehen (siehe Karte auf S. 7 unten).

Was 1925 noch auf das Gebiet Ostmitteleuropas beschränkt war, erstreckte sich nun bis weit in die Sowjetunion hinein und hatte globale Ausmaße angenommen. Mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 wurden diese Konzepte Teil der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik, bei der „Volkstumsfragen", Umsiedlungspolitik und Völkermord in engem Zusammenhang standen.

Nach 1945 gab es eine große personelle und gedankliche Kontinuität und nur wenig kritische Selbstreflexion in diesem Forschungsfeld. Erst mit der Änderung der politischen Rahmenbedingungen ab Ende der 1960er-Jahre (insbesondere durch die neue Ostpolitik der Bundesrepublik unter Willy Brandt ab 1969) setzte langsam eine Ablösung von der „völkischen Hypothek" ein.

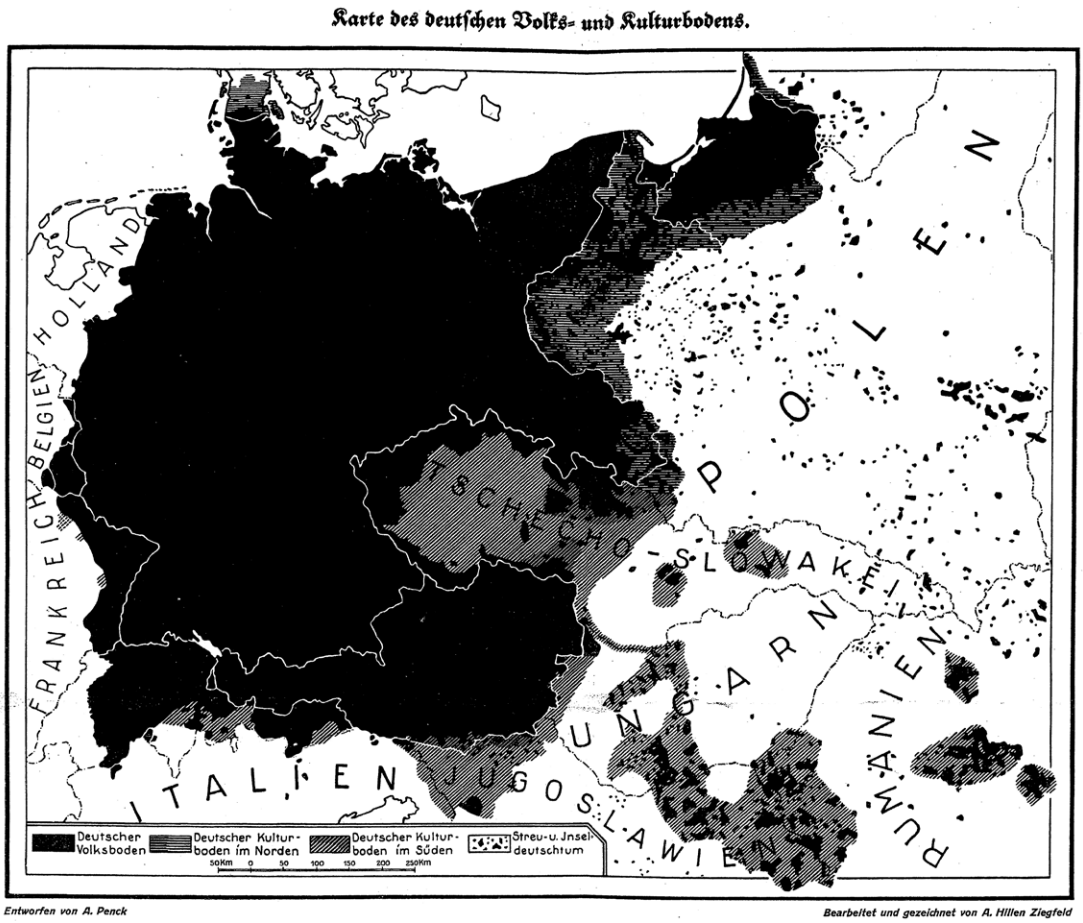
Welche Perspektiven ließen sich nunmehr mit einer Leitvorstellung „Deutscher Geschichte im östlichen Europa" als Migrationsgeschichte eröffnen? Grundsätzliches Anliegen der Migrationsforschung ist die Untersuchung individueller und gruppenspezifischer Mobilität. Migranten überschreiten politisch-territoriale, ökonomische und kulturelle Grenzen und entziehen sich damit späteren nationalstaatlichen oder alldeutschen Zuschreibungen.

So haben die „Siebenbürger Sachsen" mit „Sachsen" in unserem heutigen Verständnis nichts zu tun – *Saxones* war eine adlige Standesbezeichnung, unter die zudem keineswegs nur Deutschsprachige gefasst wurden, sondern etwa auch altfranzösisch sprechende Wallonen. Bei den „Donauschwaben" handelte es sich ebenso wie bei den „Russlanddeutschen" um bäuerliche Einwanderer unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Religion und Tradition. Aufgrund der Vielfalt der Dialekte konnten sie sich untereinander teilweise gar nicht verständigen.

Die vermeintliche Eindeutigkeit dieser Gruppen basiert auf politisch motivierten sprachlichen Neuschöpfungen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die statt Vielfalt Homogenität vorspiegeln wollten. Eine zentrale Aufgabe heutiger Geschichtsschreibung sollte es sein, diese Zuschreibungen als Ausdruck eines bestimmten, zeitgebundenen Weltbildes zu begreifen und sie im Sinne einer Annäherung an die Realität durch differenziertere und neutralere Begrifflichkeiten zu ersetzen.

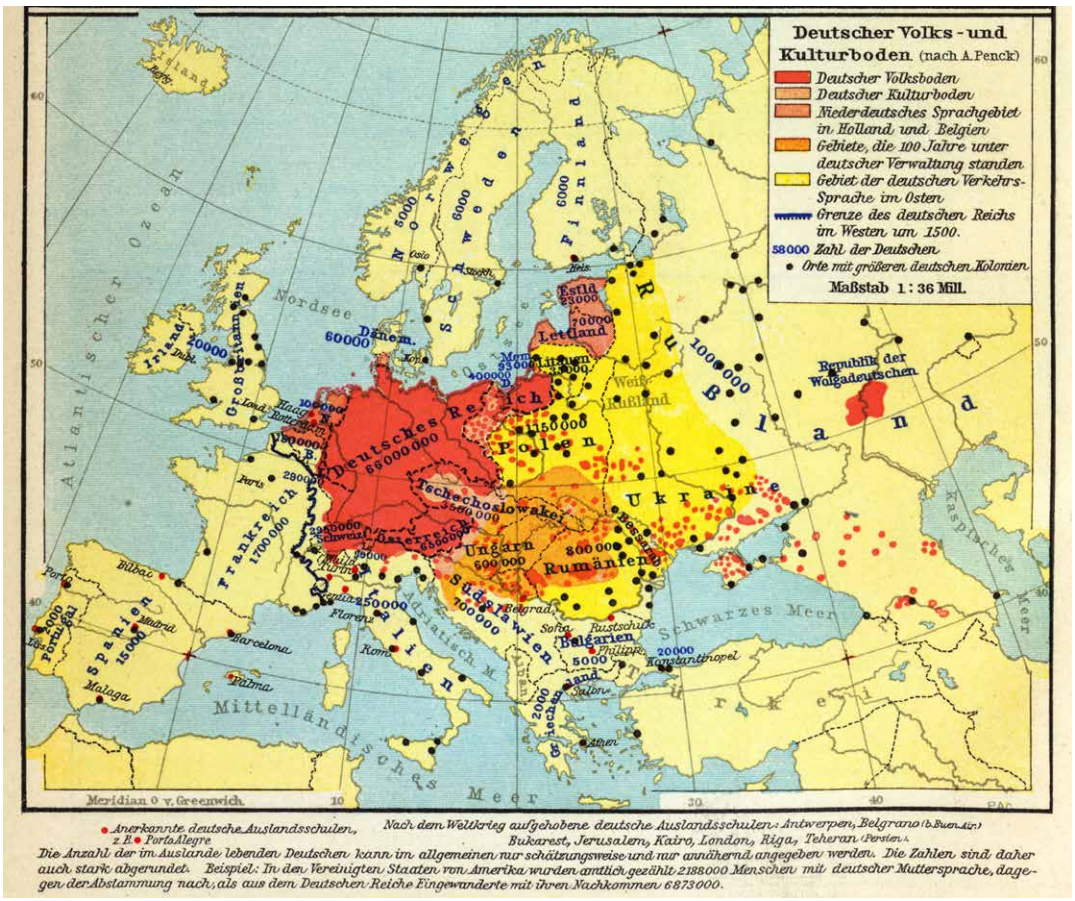
Eng verbunden mit der Frage neuer Begrifflichkeiten ist die Erfordernis einer stärkeren Einbettung des Forschungsfeldes „Deutsche Geschichte im östlichen Europa" in einen größeren, globalen Zusammenhang. Die Migrationsbiografie einer „russlanddeutschen" Familie, die von Hessen an die Wolga, von dort in die USA und dann nach Paraguay führt, macht deutlich, in welch hohem Maße diese vermeintlich „deutsche" immer auch eine europäische und sogar globale Geschichte sein kann. Notwendig ist ein Abschied von der irreführenden Vorstellung eines deutschen „Identitätscontainers", dessen Inhalt über Jahrhunderte und Kontinente hinweg immer gleichgeblieben sei.

Ansätze der neueren Migrationsforschung, die Vergleiche anstellen, historische Verflechtungen berücksichtigen und anerkennen, dass sich individuelle Identitäten aus verschiedenen Kulturen zusammensetzen können (Transkulturalität), bieten die Möglichkeit, die Einengung auf ein vereinheitlichendes völkisches Verständnis aufzubrechen und vermeintliche Alleinstellungsmerkmale „deutscher" Geschichte im östlichen Europa neu zu bewerten. Damit verliert diese Geschichte nicht ihre Charakteristika, denn erst der Vergleich lässt Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich werden. Sie wird vielmehr in ihrer ganzen grenzüberschreitenden Vielfalt sichtbar – was nicht zuletzt für gegenwärtige Diskussionen über (Spät-)Aussiedler von Bedeutung ist, deren Biografien sich eben nicht auf einen nationalen Nenner bringen lassen.



Albrecht Penck, Deutscher Volks- und Kulturboden, in: Karl Christian von Loesch (Hg.), Volk unter Völkern, Breslau 1925, S. 62–73

Der „deutsche Volks- und Kulturboden" nach Albrecht Penck. Dieses Konzept war grundlegend für die Vorstellung des östlichen Europa als eines angeblich „deutsch" dominierten Raums („Deutscher Osten").



Deutscher Volks- und Kulturboden. Nach Albrecht Penck, in: Putzgers Historischer Schulatlas, Bielefeld 1936.
Link: https://digital.library.cornell.edu/catalog/ss:3293930

Der auf Ausdehnung und Erweiterung zielende Charakter einer solchen Konzeption wird nach 1933 im Nationalsozialismus aktiv umgesetzt. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 beginnt die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa. Kartendarstellung aus einem Schulatlas von 1936

Geschichte der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung nach Deutschland

JANNIS PANAGIOTIDIS

Der Begriff „Aussiedler" (so die offizielle Bezeichnung bis 1992) bzw. „Spätaussiedler" (die offizielle Bezeichnung seit 1993) definiert eine der zahlenmäßig größten und wichtigsten Kategorien von Migranten in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1950 wurden mehr als 4,5 Millionen Menschen als (Spät-)Aussiedler in Westdeutschland bzw. im wiedervereinigten Deutschland aufgenommen, davon allein circa drei Millionen seit 1987, dem Beginn der großen Aussiedlungen aus den sich öffnenden sozialistischen Staaten des „Ostblocks".

Die Aussiedler gibt es allerdings nicht: Es handelt sich um eine rechtlich definierte Kategorie, in der Menschen mit ganz verschiedenen Hintergründen aus so unterschiedlichen Ländern wie Polen, Rumänien, dem einstigen Jugoslawien, der früheren Tschechoslowakei (gemäß offizieller Bezeichnung: der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, ČSSR) und der ehemaligen Sowjetunion erfasst wurden. Was sie gemeinsam haben ist, dass ihre Herkunftsländer während des Kalten Krieges zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion kommunistisch regiert waren, sie dort in den meisten Fällen als Deutsche galten und sich auch selbst so sahen. Aus diesem Grund, wie auch vor dem Hintergrund ihrer kollektiven Verfolgungsgeschichte am Ende des Zweiten Weltkriegs, fanden sie nach ihrer Ausreise in der Bundesrepublik Deutschland eine privilegierte Aufnahme. Diese beinhaltete einen unmittelbaren Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit und aktive Integrationsmaßnahmen in Form von Sprachkursen und finanzieller Unterstützung durch den Staat. Parallel dazu gingen bis 1989 rund 150 000 Deutsche aus Osteuropa in die DDR, ohne dort allerdings einen besonderen Status zu erhalten.

Diese Geschichte jahrzehntelanger staatlich geförderter Migration und Integration von mehreren zehntausend – zu Ende der 1980er- und bis Mitte der 1990er-Jahre sogar mehreren hunderttausend – Menschen pro Jahr ist deshalb bemerkenswert, weil sich die Bundesrepublik bis Ende der 1990er-Jahre nicht als „Einwanderungsland" begriff. Tatsächlich wurde Aussiedlermigration lange gar nicht als Zuwanderung definiert, eben weil die Betroffenen von vornherein als Deutsche galten und von „Ausländern", „Gastarbeitern", „Asylbewerbern" und anderen als „fremd" definierten Migrantengruppen klar unterschieden wurden. Für Aussiedler galten nicht das Ausländer- oder das Asylrecht, sondern spezielle Gesetze, Verordnungen und Verfahren aus dem Bereich des Vertriebenenrechts. Dies ist grundsätzlich bis heute so. Allerdings wurde ihre Zuwanderung in Öffentlichkeit und Politik seit den frühen 1990er-Jahren und spätestens mit dem „Asylkompromiss" von 1992/93 in einem breiteren Kontext von Migrationspolitik verhandelt – unter anderem aus der Erkenntnis heraus, dass sie vor ähnlichen Problemen und Herausforderungen standen wie andere Migrantinnen und Migranten.

In einer längerfristigen Perspektive ist die Geschichte der (Spät-)Aussiedlermigration somit integraler Bestandteil der deutschen Migrationsgeschichte der Nachkriegszeit, in deren Verlauf Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und verschiedenem Rechtsstatus auf das Gebiet beider deutscher Staaten bzw. der wiedervereinigten Bundesrepublik kamen. Es handelt sich mithin um eine Erscheinungsform von Migration, deren spezifische Eigenschaften im Folgenden dargelegt werden.

Ursprünge, Rechtskategorien, historische Entwicklung

Die spezielle rechtliche und politische Behandlung der Aussiedlerzuwanderung durch den Staat hatte mit den historischen Ursprüngen dieser Art von Migration zu tun. Aussiedler waren zunächst „Nachzügler" der massenhaften, aber unvollständigen Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den an Polen und die Sowjetunion gefallenen Gebieten östlich von Oder und Neiße, aus der Tschechoslowakei sowie aus Südosteuropa als Folge des Zweiten Weltkriegs und der NS-Besatzungs- und Bevölkerungspolitik in der Region. Mehr als zwölf Millionen Menschen kamen nach Kriegsende 1945 in die westlichen und östlichen Besatzungszonen Deutschlands. Viele flohen vor der heranrückenden Front, andere wurden durch die einheimische Bevölkerung gewaltsam vertrieben (sogenannte wilde Vertreibungen), andere folgten schließlich im Rahmen organisierter Umsiedlungen.

Gesetzliche Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland für die Aufnahme der Spätaussiedler

Art. 116, Abs. 1 GG:
Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

§ 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG in der Fassung vom 22.7.1953:
Als Vertriebener gilt, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien oder Albanien verlassen hat oder verlässt, es sei denn, dass er erst nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat (Aussiedler).

§ 6 BVFG in der Fassung vom 22.7.1953:
Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.

§ 6 Abs. 2 BVFG gemäß Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 21.12.1992:
Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren worden ist, ist deutscher Volkszugehöriger, wenn
1. er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt,
2. ihm die Eltern, ein Elternteil oder andere Verwandte bestätigende Merkmale wie Sprache, Erziehung, Kultur vermittelt haben und
3. er sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zur deutschen Nationalität erklärt, sich bis dahin auf andere Weise zum deutschen Volkstum bekannt hat oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehörte.

Diese Umsiedlungen wurden durch das im August 1945 von den alliierten Siegermächten beschlossene Potsdamer Abkommen sanktioniert, welches eine „Überführung der deutschen Bevölkerung“ aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland anordnete. Diese Überführung sollte „in ordnungsgemäßer und humaner Weise“ durchgeführt werden.

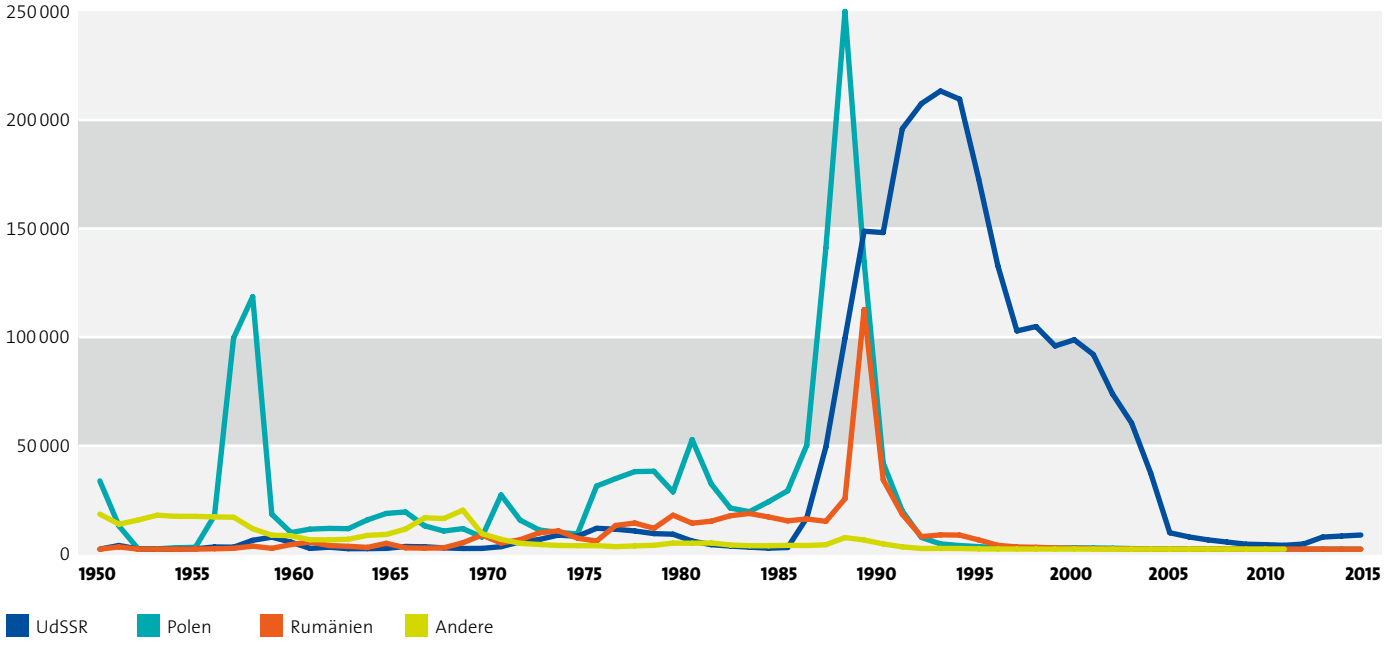
Zahlreiche Deutsche blieben aber nach dem Krieg in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Manche wurden als Arbeitskräfte gebraucht und mussten bleiben. Die Oberschlesier, die jahrzehntelang sowohl von den Verfechtern des deutschen wie von denen des polnischen Nationalismus als Landsleute beansprucht worden waren, wurden vom polnischen Nachkriegsstaat als „autochthone“ (also „bodenständige“) Polen angesehen und durften bleiben, selbst wenn sie sich vor und während des Krieges als Deutsche verstanden hatten (siehe S. 45). Die Rumäniendeutschen wiederum konnten nach anfänglichen kollektiven Strafmaßnahmen weiter als anerkannte Minderheit in ihren Herkunftsgebieten leben (siehe S. 58 ff.). Die größte verbleibende deutsche Minderheit in Osteuropa waren aber die Russlanddeutschen, die zum großen Teil während des Krieges nicht nach Westen vertrieben, sondern nach Osten (Sibirien, Kasachstan) verbannt worden waren (siehe S. 34 ff.). Nach dem Ende der Vertreibungen um 1948 blieben sie alle hinter dem „Eisernen Vorhang“ zurück, der im Zuge des Ost-West-Konflikts zwischen den beiden feindlichen Blöcken der westlichen und der kommunistischen Staaten niedergegangen war.

Da zahlreiche Familien im Zuge dieser Bevölkerungsverschiebungen getrennt wurden, konnten im Rahmen von Programmen zur Familienzusammenführung ab 1950 trotzdem Menschen in die Bundesrepublik und zum Teil auch in die DDR aussiedeln. Anders als die DDR verfügte die Bundesrepublik über spezielle gesetzliche Grundlagen für die Aufnahme der Zuzügler: Aus nationalen und humanitären Erwägungen und bedingt durch die Systemkonkurrenz des Kalten Krieges sahen das Grundgesetz von 1949 (Artikel 116 Absatz 1) und das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz, BVFG) von 1953 die Möglichkeit vor, dass die in Osteuropa verbliebenen Deutschen auch zukünftig in die Bundesrepublik kommen könnten. Paragraf 1 Abs. 2 Nr. 3 BVFG führte für sie die Kategorie des „Aussiedlers“ ein und stellte sie den „echten“ Vertriebenen gleich. Aussiedler waren somit „Vertriebene nach der Vertreibung“, obwohl sie im Kalten Krieg gar nicht mehr vertrieben, sondern im Gegenteil an der Ausreise gehindert wurden.

Das BVFG war auch im Hinblick auf die Integration der Aussiedler bedeutsam. Es war ein bemerkenswerter Teil der Sozialgesetzgebung, der für einen Querschnitt von gesellschaftlichen Bereichen staatliche Fördermaßnahmen vorsah, um deutschen Vertriebenen und Flüchtlingen ihre Eingliederung in die Gesellschaft und ihre schnelle Gleichstellung mit den „Einheimischen“ sicherzustellen. Aussiedler wie auch DDR-Flüchtlinge wurden vom Gesetzgeber in diese Leistungen miteinbezogen.

Die Anzahl der Aussiedler pro Jahr hing von der jeweiligen Politik der Herkunftsstaaten sowie der außenpolitischen „Großwetterlage“ ab (siehe Grafik). Das sozialistische, aber blockfreie Jugoslawien ließ „seine“ Deutschen schon ab 1951 relativ frei ausreisen. Polen öffnete seine Tore zwischen 1956 und 1959 für fast 300 000 Aussiedler in beide deutsche Staaten und ließ auch in den folgenden Jahren immer mehrere tausend – im Kontext der deutsch-polnischen Annäherung ab Anfang der 1970er-Jahre mehrere zehntausend – Menschen pro Jahr ausreisen (siehe S. 45). Rumänien unter Staatspräsident Nicolae Ceaușescu (reg. 1965–89) ließ sich die Ausreise der Angehörigen seiner deutschen Minderheit ab den späten 1960er-Jahren von der Bundesrepublik bezahlen (siehe S. 61). Die Sowjetunion ließ im Rahmen der Entspannungspolitik der 1970er-Jahre begrenzte Auswanderung im Rahmen humanitärer Familienzusammenführung zu; die meisten Russlanddeutschen konnten aber erst im Zuge der *Perestroika* ab Ende der 1980er-Jahre ausreisen (siehe S. 19).

Aussiedlerzuwanderung seit 1950



Erstellt auf Grundlage von Daten des Bundesverwaltungsamts
www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Zeitreihe_1950_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Der Generationenwandel und seine Konsequenzen

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg fand ein Generationenwandel innerhalb der betroffenen Bevölkerungsgruppen statt. Während in den 1950er- und 1960er-Jahren noch Angehörige der Kriegsgeneration aussiedelten, die ohne Zweifel als „Nachzügler" der Vertreibung angesehen werden konnten, war dies für viele der Aussiedler ab den 1970er-Jahren nicht mehr der Fall. Sie hatten den Krieg als Kinder erlebt oder waren erst nach Kriegsende geboren worden. In rechtlicher Hinsicht erschwerte dies die Herstellung des notwendigen Zusammenhangs zwischen der Aussiedlung und den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs. Hier behalfen sich Verwaltung und Rechtsprechung mit dem Konstrukt des durch „Vereinsamung" in einem nicht-deutschen Umfeld verursachten „Vertreibungsdrucks", der nach wie vor auf den Deutschen in ihren osteuropäischen Herkunftsländern laste.

Darüber hinaus verkomplizierte sich aber auch die Kategorisierung der „Nachgeborenen" als Deutsche, da die Definition von deutscher „Volkszugehörigkeit" gemäß § 6 BVFG zentral auf ein „Bekenntnis zum deutschen Volkstum" vor dem Beginn der Vertreibungen in den Jahren 1944/45 abstellte. Hierfür fand man als provisorische Lösung das „vererbliche Bekenntnis" – die Behörden gingen nun davon aus, dass jemand, dessen Eltern sich vor dem Krieg als Deutsche bekannt hatten, sich selbst nach dem Krieg ebenso als solcher identifizieren würde. Dieses in vielerlei Hinsicht problematische Konstrukt wurde erst mit dem Ende 1992 beschlossenen Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (siehe S. 8) aufgehoben: durch Einführung der Kategorie des „Spätaussiedlers", welche ein Bekenntnis bis in die Gegenwart verlangte.

Der Generationenwandel hatte aber auch soziale Konsequenzen. Wie sich schon bei den Kindern der Aussiedler der 1950er-Jahre andeutete, konnten die Angehörigen der Nachkriegsgeneration in vielen Fällen wenig oder kein Deutsch mehr. Dies galt vor allem für die Aussiedler aus Polen ab den 1970er-Jahren und für die Russlanddeutschen ab den späten 1980er-Jahren, die in der Regel keine Möglichkeiten zur deutschsprachigen Schulbildung bekommen hatten. Die Deutschen aus Rumänien waren davon weniger betroffen, da sie in Minderheitenschulen die deutsche Sprache pflegen konnten.

Mangelnde Deutschkenntnisse erschwerten zum einen die Integration der Aussiedler in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Zum anderen untergrub diese sprachliche Fremdheit die Akzeptanz der Aussiedler als „Deutsche" durch die aufnehmende Gesellschaft. Bereits 1976 ermahnte der damalige Bundespräsident Walter Scheel daher in seiner Weihnachtsansprache die bundesdeutsche Bevölkerung, die zu diesem Zeitpunkt vermehrt aus Polen eintreffenden Aussiedler „nicht als Ausländer zu betrachten, weil viele von ihnen die deutsche Sprache nicht beherrschten".

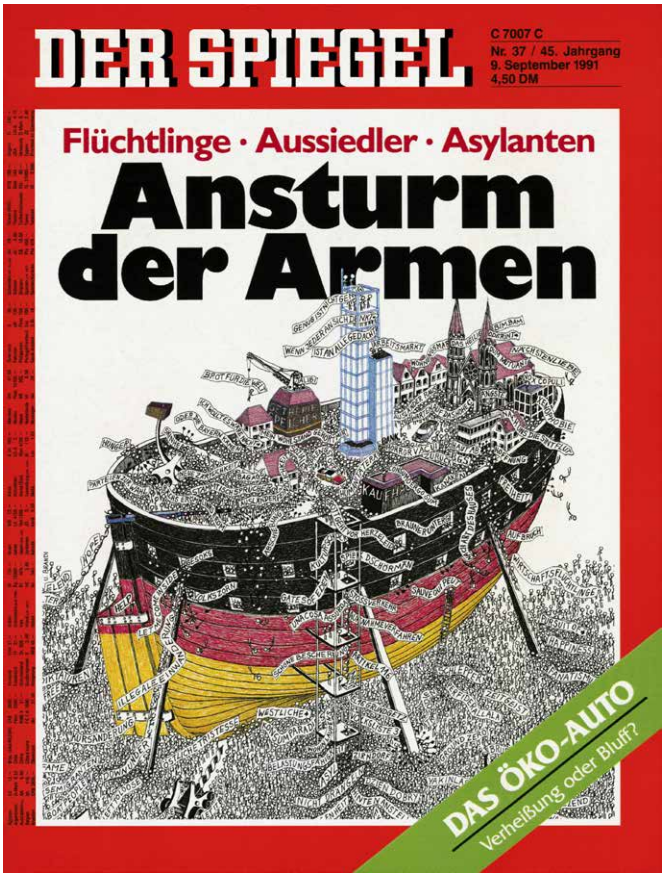
Während das ursprünglich auf die Vertriebenen zugeschnittene BVFG stets der Bezugsrahmen für die Aussiedlerintegration blieb, entwickelte die Bundesrepublik im Zuge dieser neuen Problemstellungen auch neue Integrationsmaßnahmen. Die Herausforderung bestand nun zunehmend darin, Menschen zu integrieren, die der deutschen Gesellschaft, wie sie sich bis dahin entwickelt hatte, fremd geworden waren, selbst wenn sie ihr in vielen Fällen als Bewohnerinnen und Bewohner der deutschen „Ostgebiete" vor dem Krieg angehört hatten.

Während die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen schon vor dem Krieg Bürgerinnen und Bürger des Deutschen Reiches gewesen waren oder, im Fall der Sudetendeutschen, einer Minderheit mit voll entwickelten Bildungsinstitutionen in der eigenen Sprache angehört hatten, unterschieden sich die Aussiedler hinsichtlich ihrer Sprachkompetenzen und ihrer Vertrautheit mit deutschen Institutionen immer weniger von nicht-deutschen Zuwanderern in die Bundesrepublik. Der Staat reagierte: Für die Kinder von Aussiedlern gab es schon seit den 1950er-Jahren spezielle Förderschulen und -kurse. Für Aussiedler aller Altersgruppen gab es seit den 1970er-Jahren spezielle Sprachkurse und Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, die in den Sonderprogrammen zur Eingliederung in den Jahren 1976 und 1988 gebündelt wurden.

(Spät-)Aussiedler und Migrationsgesellschaft

Als Ende der 1980er-Jahre die Massenmigrationen von Aussiedlern aus Osteuropa und Flüchtlingen aus dem „Globalen Süden" zusammentrafen, beschleunigte sich die bereits vorher in Ansätzen erkennbare Auflösung der Trennung von „deutschen" und „fremden" Migranten. Die merkwürdige – und widersprüchliche – Koexistenz der Slogans „Das Tor bleibt offen" (für Aussiedler) und „Das Boot ist voll" (für Flüchtlinge und alle anderen) sorgte für zunehmende Irritation.

Die Gegenüberstellung von im Ausland geborenen „Deutschen", die oft kein Deutsch sprachen und trotzdem bei Einreise deutsche Staatsbürger wurden, und im Inland geborenen „Ausländern", die zum Teil perfekt Deutsch sprachen und trotzdem aufgrund restriktiver Einbürgerungsbedingungen Ausländer blieben, stellte diese Kategorien nachhaltig in Frage. Vor diesem Hintergrund wurden zunächst nicht die Zugangsbedingungen für Ausländer erleichtert, sondern die Migrationsprivilegien für Aussiedler nach und nach reduziert: Ihre Aufnahme wurde ab 1989 schrittweise erschwert und ab 1993 auf



© DER SPIEGEL 37/1991

Im Zuge der erhöhten Zuwanderung aus Osteuropa und dem Globalen Süden ab 1989 entsteht eine kontroverse Einwanderungsdebatte. Spiegelcover 37/1991 vom September 1991

picture alliance / ZB / Waltraud Grubitzsch

Sprache gilt als Schlüssel für ein erfolgreiches Einleben in der Aufnahmegesellschaft. Beim abendlichen Deutschkurs der Volkshochschule in Leipzig lernen Teilnehmende aus Russland, Chile, Spanien und Kamerun gemeinsam mit ihrer Lehrerin (M.), 2014.

festgelegte Kontingente begrenzt; Eingliederungshilfen und Sprachkurse wurden gekürzt.

Analog dazu hatte das Verschwimmen der verschiedenen Migrantenkategorien in der breiten Öffentlichkeit zunächst weniger eine größere Akzeptanz für „Ausländer", sondern eher eine geringere Akzeptanz für Aussiedler zur Folge. Während rassistische Gewalt gegen türkeistämmige und andere Migranten im Laufe der 1990er-Jahre Dutzende Todesopfer forderte, wurden Russlanddeutsche und insbesondere russlanddeutsche Jugendliche ebenfalls zu einer neuen, medial viel beachteten „Problemgruppe", die mit ähnlichen fremdenfeindlichen Stereotypen belegt wurde wie andere Migrantengruppen auch. Aussiedler wurden also zunächst in einem negativen Sinne Teil einer umfassenderen Migrationsthematik.

Seit den frühen 2000er-Jahren hat sich das Migrations- und Integrationsgeschehen rund um die Spätaussiedler und speziell die Russlanddeutschen aber so weit beruhigt, dass auch positive Entwicklungen stärker wahrgenommen werden. Neuere Studien bescheinigen dieser Gruppe eine alles in allem zufriedenstellende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration. Hierzu hat auch die aktive Integrationspolitik des Bundes entscheidend beigetragen, die trotz der Kürzungen im Laufe der 1990er-Jahre die Spätaussiedler nach wie vor gegenüber anderen Migranten privilegierte.

Diese jahrzehntelange Praxis nie so bezeichneter, aber letztlich erfolgreicher Migrations- und Integrationspolitik bietet einen reichen Erfahrungsschatz für zukünftige migrationspolitische Herausforderungen. Viele der im Zuge der (Spät-)Aussiedlerzuwanderung entwickelten Integrationsmaßnahmen (Sprachkurse, erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Beteiligung der Zivilgesellschaft, Förderung des sozialen Wohnungsbaus) sind inzwischen selbstverständlicher Bestandteil von Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete und andere Zuwanderer.

In einer längerfristigen Perspektive auf die Geschichte der Bundesrepublik kann den Aussiedlern eine Art „Scharnierfunktion" zwischen verschiedenen historischen Migrationsbewegungen zugeschrieben werden. Als „Nachzügler" von Flucht und Vertreibung profitierten sie von den für die Nachkriegsvertriebenen erlassenen Gesetzen. Für ihre speziellen Bedürfnisse entwickelte der bundesdeutsche Staat besondere Integrationspläne, welche ihrerseits von den bereits damals sichtbaren Versäumnissen der „Gastarbeiterintegration" geprägt waren. Und die Erfahrungen mit der Aussiedlerintegration wurden schließlich im neuen Jahrtausend ein Fundus für die Schaffung allgemeiner Integrationskonzepte. Aussiedlerintegration war somit ein migrations- und integrationspolitisches Experimentierfeld für einen Staat, der lange Zeit eigentlich kein „Einwanderungsland" sein wollte.

JANNIS PANAGIOTIDIS

Migrationsgesellschaft Deutschland

Nach jahrzehntelanger Zuwanderung sind Migration und Integration in Deutschland zu zentralen gesellschaftlichen Themen geworden. Form und Ausmaß der Integration sind sowohl bei den Hinzugekommenen als auch bei der Aufnahmegesellschaft immer wieder umstritten.

Welche Perspektiven gibt es auf die Migrationsgesellschaft?

Migrationsgesellschaft und Migrationshintergrund

Allgemein gesprochen ist eine Migrationsgesellschaft eine Gesellschaft, für die die Zuwanderung von Menschen konstitutiv ist und die dies auch anerkennt. Die Anwendung dieses Begriffs auf die deutsche Gesellschaft ist relativ neuen Datums, nachdem die Bundesrepublik offiziell jahrzehntelang kein Einwanderungsland sein wollte. Erst seit der durch den Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün begünstigten „migrationspolitischen Wende“ Ende der 1990er-Jahre hat sich die Erkenntnis nachhaltig durchgesetzt, dass Zuwanderer in Deutschland keine „Gäste“ sind, sondern in der Regel dauerhaft bleiben und dass ihre Kinder in Deutschland aufwachsen und trotz der ausländischen Herkunft ihrer Eltern Deutsche sind. Anders als früher werden in Deutschland geborene Kinder seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 automatisch Deutsche. Die Hürden für die Einbürgerung von in Deutschland lebenden Personen ausländischer Herkunft wurden deutlich gesenkt.

Thomas Trutschel/photothek.net

Die Einbürgerung erfolgt in Deutschland auf Antrag und ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Ihr Selbstverständnis als Deutsche und ihre kollektive Verfolgung gegen Ende des Zweiten Weltkriegs gewährte den Aussiedlern jedoch den direkten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft. Wegweiser in einem Berliner Bürgeramt 2018

Eine Konsequenz dieser Reformen ist, dass die Gesellschaft im öffentlichen Diskurs nicht mehr nur in „Deutsche“ und „Ausländer“ unterteilt ist. Seitdem gibt es viele „neue Deutsche“, denen ein „Migrationshintergrund“ zugeschrieben wird. Hierbei handelte es sich ursprünglich um eine statistische Kategorie, die es ermöglichen sollte, die Vielfalt der bundesdeutschen Bevölkerung jenseits der Kategorie der Staatsangehörigkeit zu erfassen. Aus dem Bereich der Statistik ist er inzwischen auch in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Seine exakte Definition wurde immer wieder verändert. Im Mikrozensus 2017, der von den Statistischen Landesämtern erhoben und vom Statistischen Bundesamt ausgewertet wurde, lautete sie wie folgt:

Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.

Diese Definition umfasst laut Mikrozensus 2017 folgende Gruppen:

- zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer,
- zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte,
- (Spät-)Aussiedler,
- Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit infolge der Adoption durch einen deutschen Elternteil erhalten haben,
- mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Kinder der vier zuvor genannten Gruppen.

Solche Definitionen werden immer wieder kritisiert, da sie den Migrationshintergrund als Eigenschaft über die Generationen hinweg vererblich machen und somit (potenziell) stigmatisierend wirken. Für manche (Spät-)Aussiedler erscheint es wiederum nicht akzeptabel, mit anderen Zugewanderten nicht-deutscher Herkunft in einen Topf geworfen zu werden. Auch stellt die Definition des Migrationshintergrunds nicht auf persönliche Identifikation ab, sondern sucht objektive Anknüpfungspunkte wie die Staatsangehörigkeit. Somit wird auch Menschen ein solcher Hintergrund zugeschrieben, die selbst diese Bezeichnung für sich ablehnen würden.

Trotz dieser Kritikpunkte stellt die Kategorie des Migrationshintergrunds einen Fortschritt gegenüber früheren Konzeptionen von Zugehörigkeit dar, in denen es nur „echte“ Deutsche und „Ausländer“ gab. Es waren, historisch betrachtet, nicht zuletzt die (Spät-)Aussiedler, die diese strikte Unterscheidung in Frage stellten, da sie zugleich Deutsche und Migranten waren, sich als deutsch identifizierten und auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhielten, aber „migrantische“ Probleme hatten.

Gemäß dem Mikrozensus von 2017 hat etwas weniger als ein Viertel der deutschen Bevölkerung (19,3 von 81,7 Millionen) einen Migrationshintergrund. Diese Zahl verweist auf ein zentrales Charakteristikum der Migrationsgesellschaft: Migration betrifft viele ihrer Angehörigen. Wären die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge des Zweiten Weltkriegs und ihre Nachfahren nicht von der Definition des Migrationshintergrunds ausgeschlossen, wäre der Anteil noch deutlich höher. Aber auch so ist klar, dass Migration nicht mehr nur ein Rand- und Minderheitenphänomen, sondern ein zentrales gesellschaftliches Thema ist.

Integration und Assimilation als Analysekonzepte und politisches Programm

Es gibt verschiedene Modelle, gemäß derer Gesellschaften – darunter die deutsche – versuchen, mit Migration und ihren Folgen umzugehen. Ein zentraler Begriff, der in diesem Zusammenhang immer wieder verwendet wird, ist „Integration“. Von Zuwandernden wird verlangt, sich in die aufnehmende Gesellschaft zu „integrieren“, sich also einzufügen, ein Teil des Ganzen zu werden. Wie dies genau funktionieren soll und was dies konkret beinhaltet, ist in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft umstritten. Das Spektrum der Konzepte reicht von einseitigen Anpassungsforderungen an die Hinzugekommenen bis zur Vorstellung gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die durch die Präsenz von Menschen mit anderen Kulturen und Sprachen angestoßen werden.

In wissenschaftlicher Hinsicht unterscheidet der Soziologe Hartmut Esser beispielsweise vier Dimensionen der Integration: kulturell, strukturell, sozial und emotional. **Kulturelle Integration** beinhaltet zentral den Erwerb der Landessprache. Bei **struktureller Integration** geht es vor allem um die Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt und an den Bildungsinstitutionen. **Soziale Integration** ist das Ergebnis der Herstellung sozialer Beziehungen und der Inklusion in gesellschaftliche Netzwerke. Bei **emotionaler Integration** geht es schließlich um Fragen von Loyalität und Zugehörigkeit.

Schematisch vereinfacht befinden sich Migrantinnen und Migranten dabei zwischen zwei Bezugssystemen, in die sie sich integrieren können: Man spricht hierbei von der sogenannten Sozialintegration in die ethnische Gruppe einerseits, im Verhältnis zur Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft andererseits. Dabei ist eine Inklusion in beide Systeme (multiple Inklusion) genauso möglich wie die als „Marginalität“ bezeichnete mangelnde Integration in beide Systeme. „Segmentation“ bezeichnet die ausschließliche Integration in die ethnische Gruppe, während „Assimilation“ das totale Aufgehen in der Aufnahmegesellschaft beschreibt.

„Assimilation“ ist in diesem Zusammenhang ein häufig verwendeter und dabei oft umstrittener Begriff. In Essers Modell kann sie einerseits auf individueller Ebene stattfinden. Andererseits geht es aber auch ganz grundsätzlich um das Verschwinden struktureller Differenzen – vor allem struktureller Benachteiligungen – von migrantischen Gruppen gegenüber der Aufnahmegesellschaft. In der klassischen Assimilationstheorie, wie sie zum Beispiel die Soziologen der *Chicago School* in den 1920er-Jahren formulierten, beinhaltet dies die Erwartung eines mehr oder weniger geradlinigen Akkulturations- und Assimilationsprozesses, in dem Einwanderergruppen über mehrere Generationen ihre besonderen Eigenschaften verlieren und sich in ihren Normen, Werten und Verhaltensweisen an die Mehrheitsgesellschaft anpassen.

Normativ aufgeladen wird „Assimilation“ (teilweise synonym mit „Integration“ gebraucht), wenn sie als politische Forderung an Neuankömmlinge formuliert wird, ihre mitgebrachten Eigenschaften gleichsam abzulegen und sich vollständig an

Sozialintegration, individuelle Assimilation und ihre Alternativen

		Sozialintegration in Aufnahmegesellschaft	
		ja	**nein**
Sozialintegration in ethnische Gruppe	**ja**	multiple Inklusion	individuelle Segmentation
	nein	individuelle Assimilation	Marginalität

Grafik aus: Hartmut Esser, „Welche Alternativen zur ‚Assimilation‘ gibt es eigentlich?“ In: IMIS-Beiträge 23 (2004), S. 47

iStock / urbancow

ddp images / Maksym Yemelyanov

iStock / skodonnell

Modelle gesellschaftlicher Integration in Symbolbildern: der Schmelztiegel, in dem alle Zuwandernden aufgehen, die Salatschüssel, in der alle Dazugekommenen ihre Eigenart bewahren, und transnationale Netzwerke, die Menschen auf der Erdkugel verbinden

die – als homogen aufgefasste – Aufnahmegesellschaft anzupassen. Für diesen Ansatz steht symbolisch das klassische amerikanische Modell des „Schmelztiegels" (*melting pot*), in dem Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft vermeintlich aufgehen, indem sie ihre Vergangenheit hinter sich lassen. Auch das französische republikanische Integrationsmodell hat stark assimilatorische Züge.

„Salad Bowl" und Multikulturalismus

In den USA erlangten aber seit den 1960er-Jahren bereits andere Integrationsmodelle größere Bedeutung. Sinnbild hierfür ist die „Salatschüssel" (*salad bowl*). Diese repräsentiert eine kulturell vielfältigere (pluralere) Gesellschaft, in der die Zugewanderten gewisse mitgebrachte kulturelle Eigenschaften behalten, sich mit Bindestrich-Identitäten identifizieren (z. B. *Italian-American, African-American*), sich dabei aber zu gewissen gesamtgesellschaftlichen Werten bekennen.

In Kanada wurde zu jener Zeit der „Multikulturalismus" zur offiziellen staatlichen Politik. Hierbei geht es um die Anerkennung der gleichberechtigten Existenz verschiedener Kulturen innerhalb einer divers gedachten nationalen Gesellschaft. In Europa vertreten beispielsweise die Niederlande prominent eine solche Politik. Inzwischen wird der Multikulturalismus-Begriff oft in polemischer Absicht umgedeutet, verbal als „Multi-Kulti" abgewertet und mit negativ besetzten Begriffen wie „Parallelgesellschaften" und „ethnischen Ghettos" assoziiert.

Transnationalismus und Diaspora

Die Verbreitung von neuen migrationsgesellschaftlichen Modellen korrespondierte mit sich verändernden migrantischen Lebensformen, die unter dem Stichwort „Transnationalismus" zusammengefasst werden können. Migration findet zunehmend nicht, wie früher angenommen, zwangsläufig nur in eine Richtung statt (im Sinne der Auswanderung aus einem und der Einwanderung in ein anderes Land), sondern oft als Prozess mit zirkulärer oder unbestimmter Richtung. Im Zuge verbesserter Reise- und Kommunikationsmöglichkeiten begannen Migranten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in verstärktem Maße Beziehungen zum Herkunftsland aufrechtzuerhalten. Dies war nicht grundsätzlich neu: Schon während der Zeit der großen Transatlantikmigrationen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte es Pendel- und Rückkehrmigrationen gegeben, und Ausgewanderte blieben in teilweise engem Briefkontakt mit ihren Herkunftsgemeinden. Günstigere Flugreisen sowie die Verbreitung von Telefon, Satellitenfernsehen und Internet zu Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts erleichtern aber das Aufrechterhalten grenzüberschreitender Beziehungen und intensivieren somit transnationale Phänomene.

Im Kontext solcher verdichteten Kommunikationsbeziehungen ist auch manchmal von „Diaspora" die Rede. Grundsätzlich sind damit Menschen gemeint, die sich auf Grundlage des Glaubens an eine gemeinsame Herkunft als zusammengehörig betrachten, obwohl sie „verstreut" leben (das griechische Wort διασπορά bedeutet ursprünglich „Verstreuung"). Klassischerweise wurde dieser Begriff vor allem auf die jüdische Diaspora mit ihrem symbolischen Zentrum in Jerusalem angewendet. Inzwischen werden damit ganz unterschiedliche Gruppen bezeichnet, die entweder außerhalb ihres Herkunftsstaates leben, aber mit diesem enge Beziehungen unterhalten (wie z. B. Türken in verschiedenen europäischen Ländern oder Mexikaner in den USA), oder aber über keinen Staat verfügen und sich trotzdem als Teil einer gemeinsamen Gruppe sehen (z. B. Kurden oder Palästinenser).

Diasporische Bezüge werden meist über Generationen aufrechterhalten. Manche Staaten versuchen auch, Ausgewanderte

gezielt als Diaspora zu organisieren, sei es, um den Rückfluss von Geldüberweisungen (*remittances*) sicherzustellen (Eritrea tut dies zum Beispiel über die Erhebung einer „Diaspora-Steuer"), sei es, um in anderen Staaten politisch Einfluss zu nehmen. Politische Einflussnahme auf diesem Wege wurde zuletzt der Russischen Föderation vorgeworfen, wovon auch russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler betroffen waren.

Superdiversität und postmigrantische Gesellschaft

Sowohl Konzepte von Integration und Assimilation wie auch von Transnationalismus und Diaspora haben gemeinsam, dass sie sich auf (mehr oder weniger) homogen gedachte Gruppen beziehen. Dies können die Gesellschaften sein, in die sich Migranten in der einen oder anderen Form integrieren sollen, aber ebenso die ethnischen oder Diaspora-Gruppen, denen sie vermeintlich angehören. Auch der Multikulturalismus geht davon aus, dass in einer Gesellschaft mehrere klar unterscheidbare und weitgehend in sich homogene Gruppen und Kulturen existieren.

Gegen solche Vorstellungen wendet sich das Konzept der Superdiversität, welches zuerst von dem amerikanischen Soziologen Steven Vertovec 2007 in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Ethnic and Racial Studies* formuliert wurde. Es geht davon aus, dass sowohl die aufnehmenden Gesellschaften als auch die migrantischen Herkunftsgruppen in sich heterogen sind. Dieses Konzept trägt der Tatsache Rechnung, dass Menschen nicht nur über ihre Kultur und Herkunft definiert sind, sondern über eine Vielzahl weiterer Faktoren wie Geschlecht, soziale Klasse, Status, Alter, im Falle von Migranten auch oft über unterschiedliche Aufenthaltstitel, selbst wenn sie aus demselben Land stammen.

In eine ähnliche Richtung geht das Konzept der „postmigrantischen Gesellschaft". Es beleuchtet zentral die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Folge von Migrationen, in denen ein „neues Wir" ausgehandelt wird. Menschen bleiben hier nicht auf die Kategorien von „Einheimischen" und „Migranten" festgelegt, sondern verändern sowohl ihre eigene wie auch die kollektive Identität des Landes, in dem sie leben. Dies sind umkämpfte, keineswegs geradlinige Prozesse mit offenem Ausgang, wie der Aufstieg rechtspopulistischer, immigrationsfeindlicher Parteien in den meisten europäischen Ländern zeigt.

Zur postmigrantischen Realität gehört auch der Widerstand gegen migrationsbedingte gesellschaftliche Veränderungen. Die Konfliktlinien müssen dabei nicht eindeutig zwischen „Einheimischen" und „Zugewanderten" verlaufen, sondern auch die einst Zugewanderten können sich fremdenfeindlich positionieren. Ein Beispiel dafür bieten die zuwanderungsfeindlichen Demonstrationen von Russlanddeutschen im Zuge des „Falls Lisa" – ausgelöst durch Gerüchte über die angebliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens durch „Flüchtlinge" – im Frühjahr 2016. Auch der zumindest punktuell festzustellende starke Zuspruch zur AfD innerhalb der russlanddeutschen Bevölkerungsgruppe (siehe S. 27 f.) verweist auf eine tendenziell kritische Einstellung zur Zuwanderung. Hierbei können verschiedene Faktoren eine Rolle spielen: Befürchtungen um den eigenen gesellschaftlichen und ökonomischen Status; Neidgefühle gegenüber Neuankömmlingen, die von den „Einheimischen" vermeintlich besser behandelt und freundlicher empfangen würden als man selbst; oder auch Vorurteile und Feindschaft gegenüber Muslimen, die bei „alten" wie „neuen" Deutschen teilweise vorhanden sind.

Jenseits solcher Widersprüche und Verwerfungen lässt sich inzwischen aber auch über den Platz der (Spät-)Aussiedler in der vielfältiger gewordenen bundesdeutschen Migrationsgesellschaft nachdenken. (Spät-)Aussiedler sind mittlerweile Teil des breiten Panoramas von „Menschen mit Migrationshintergrund". Ihre hybride (aus verschiedenen Identitätskomponenten gemischte) (Selbst-)Definition als „andere Deutsche" oder „fremde Deutsche" kann in diesem Kontext als wegweisend für eine Gesellschaft gelten, in der Deutsch-Sein nicht exklusiv, sondern als kompatibel (vereinbar) mit anderen Zugehörigkeiten gedacht wird. „Russland-Deutsch" und andere Bindestrich-Identitäten von Aussiedlern stünden hier in einer Reihe mit „Türkei-Deutsch", „Afro-Deutsch" und anderen Konzeptionen von hybridem Deutsch-Sein, die in der Migrationsgesellschaft allmählich zur Normalität werden.

Gelebte postmigrantische Gesellschaft im Bundestag: CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak (mit Angela Merkel, 2019), Ekin Deligöz, Sprecherin der Bayerischen Grünen im Bundestag (mit Anton Hofreiter, 2016) sowie der Abgeordnete und Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Karamba Diaby (am Rednerpult, 2019)

(Spät-)Aussiedler aus den postsowjetischen Staaten

Russlanddeutsche stellen den größten Anteil der (Spät-)Aussiedler dar. Ihre strukturelle Integration gilt inzwischen als gelungen. Ihre Lebenswirklichkeit ist geprägt von Teilhabe an der bundesdeutschen Gesellschaft bei einem gleichzeitigen Bewusstsein um die eigene Herkunft und fortbestehender emotionaler und kultureller Verbundenheit zur „alten Heimat".

Die zahlenmäßig größte und bis heute sichtbarste Gruppe von (Spät-)Aussiedlern sind die sogenannten Russlanddeutschen und ihre Angehörigen. Anders, als die Bezeichnung Russlanddeutsche nahelegt, stammen sie nicht nur aus dem Gebiet der Russischen Föderation, sondern sind in vielen Fällen auch aus anderen postsowjetischen Staaten, vor allem Kasachstan, in die Bundesrepublik eingewandert.

Geschichte der Russlanddeutschen

JANNIS PANAGIOTIDIS

Als „Russlanddeutsche" werden die Nachfahren von Siedlern aus dem deutschsprachigen Mitteleuropa bezeichnet, die sich seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in verschiedenen Regionen des Russischen Reiches niedergelassen hatten. Als Sammelbezeichnung gibt es diesen Begriff erst seit dem 20. Jahrhundert. Zuvor standen die konfessionellen und regionalen Unterschiede zwischen den evangelischen, katholischen und mennonitischen → Kolonisten an der Wolga, im Schwarzmeergebiet, in Wolhynien, im Kaukasus und in anderen Regionen des Russischen Reiches im Vordergrund. Hinzu kamen die deutschsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner von Städten wie Moskau und St. Petersburg.

Die Vorstellung eines einheitlichen „Russlanddeutschtums" war gleichermaßen Produkt der sowjetischen Nationalitätenpolitik wie der deutsch-völkischen Vorstellungen der Zwischenkriegszeit. Die geteilte Verfolgungs- und Diskriminierungserfahrung vor allem in der Zeit während und nach dem Zweiten Weltkrieg führte zur Entstehung einer realen russlanddeutschen „Schicksalsgemeinschaft". Heute lebt der Großteil der Nachfahren der Kriegsgeneration als (Spät-)Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Geschichte der Russlanddeutschen ist eine Geschichte von intensiver Mobilität in Raum und Zeit – eine Migrationserfahrung über mehrere Generationen. Auf die ursprüngliche Ansiedlung in den weitgehend autonomen und durch den russischen Staat privilegierten Kolonien im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert folgten Wanderungen innerhalb des Russischen Reiches und jenseits seiner Grenzen.

1763 erließ die Zarin Katharina die Große ein Manifest, das ausländische Siedler insbesondere aus dem vom Siebenjährigen Krieg betroffenen deutschsprachigen Mitteleuropa anzog. Diese ließen sich an der Wolga nieder. Ab den 1780er-Jahren entstanden dann auch deutschsprachige Ansiedlungen (Kolonien) im Schwarzmeergebiet (heutige Ukraine und → Südrussland), welches das Russische Reich in den Jahren zuvor erobert hatte. Gemeinsam war den Siedlern der Wolga- und Schwarzmeerkolonien, dass sie umfangreiche Privilegien und Autonomierechte genossen, darunter Landbesitz (den leibeigene russische Bauern nicht hatten), dreißigjährige Steuerfreiheit, Religionsfreiheit und Freistellung von der Wehrpflicht.

Zarin Katharina II. (die Große) als Gesetzgeberin.
Gemälde von Dimitri Grigorjewitsch Lewizki

Manifest der Zarin Katharina II. vom 22. Juli 1763

Von Gottes Gnaden

Wir Catharina die Zweite, Zarin und Selbstherrscherin aller Reußen zu Moskau, Kiew, Wladimir, Nowgorod, Zarin zu Casan, Zarin zu Astrachan, Zarin zu Sibirien, Frau zu Pleskau und Großfürstin zu Smolensko, Fürstin zu Esthland und Lifland, Carelien, Twer, Jugorien, Permien, Wjatka und Bolgarien und mehr anderen; Frau und Großfürstin zu Nowgorod des Niedrigen Landes, von Tschernigow, Resan, Rostow, Jaroslaw, Belooserien, Udorien, Obdorien, Condinien, und der ganzen Nord-Seite, Gebieterin und Frau des Jurischen Landes, der Cartalinischen und Grusinischen Zaren und Cabardinischen Landes, der Tscherkessischen und Gorischen Fürsten und mehr anderen Erb-Frau und Beherrscherin. [...]

Verstatten Wir allen Ausländern, in Unser Reich zu kommen, um sich in allen Gouvernements, wo es einem jeden gefällig, häuslich niederzulassen. [...]

Damit aber die Ausländer, welche sich in Unserem Reiche niederzulassen wünschen, gewahr werden müssen, wie weit sich Unser Wohlwollen zu ihrem Vorteile und Nutzen erstrecke, so ist, dieser Unser Wille:

1. Gestatten Wir allen in Unser Reich ankommenden Ausländern unverhindert die freie Religions-Übung nach ihren Kirchen-Satzungen und Gebräuchen; denen aber, welche nicht in Städten, sondern auf unbewohnten Ländereyen sich besonders in Colonien oder Landflecken nieder zu lassen gesonnen sind, erteilen Wir die Freyheit, Kirchen und Glocken-Türme zu bauen und dabey nöthige Anzahl Priester und Kirchendiener zu unterhalten, nur einzig den Klosterbau ausgenommen. [...]

2. Soll keiner unter solchen zur häuslichen Niederlassung nach Rußland gekommene Ausländer an unsere Cassa die geringsten Abgaben zu entrichten, und weder gewöhnliche oder außerordentliche Dienste zu leisten gezwungen, noch Einquartierung zu tragen verbunden, sondern mit einem Worte, es soll ein jeder von aller Steuer und Auflagen folgendermaßen frey sein: diejenigen nehmlich, welche in vielen Familien und ganzen Colonien eine bisher noch unbekannte Gegend besetzen, genießen dreyßig Frey-Jahre; die sich aber in Städten niederlassen und sich entweder in Zünften oder unter der Kaufmannschaft einschreiben wollen, [...] haben fünf FreyJahre zu genießen. [...]

3. Allen zur häuslichen Niederlassung nach Rußland gekommenen Ausländern, die entweder zum Kornbau und anderer Handarbeit, oder aber Manufacturen, Fabriken und Anlagen zu errichten geneigt sind, wird alle hülfliche Hand und Vorsorge dargeboten [...].

4. Zum Häuser-Bau, zu Anschaffung verschiedener Gattung im Hauswesen benöthigten Viehes, und zu allerley wie beym Ackerbau, also auch bey Handwerken, erforderlichen Instrumenten, Zubehöre und Materialien, soll einem jeden aus unserer Cassa das nöthige Geld ohne alle Zinsen vorgeschossen, sondern lediglich das Kapital, und zwar nicht eher als nach Verfließung von zehn Jahren zu gleichen Theilen gerechnet, zurück gezahlt werden.

5. Wir überlassen denen sich etablirten ganzen Colonien oder Landflecken die innere Verfassung der Jurisdiction ihrem eigenen Gutdünken, solcher-gestalt, daß die von Uns verordneten obrigkeitlichen Personen an ihren inneren Einrichtungen gar keinen Antheil nehmen werden, im übrigen aber sind solche Colonisten verpflichtet, sich Unserem Civil-Recht zu unterwerfen. [...].

6. Einem jeden Ausländer, der sich in Rußland niederlassen will, gestatten Wir die völlige zollfreie Einfuhr seines Vermögens, es bestehe dasselbe worinn es wolle, jedoch mit dem Vorbehalte, daß solches Vermögen in seinem eigenen Gebrauche und Bedürfnis, nicht aber zum Verkaufe bestimmt sey. [...].

7. Solche in Rußland sich niederlassende Ausländer sollen während der ganzen Zeit ihres Hierseins, außer dem gewöhnlichen Land-Dienste, wider Willen weder in Militär noch Civil-Dienst genommen werden; ja auch zur Leistung dieses Land-Dienstes soll keines eher als nach Verfließung obangesetzter Freyjahre verbunden seyen: [...]

8. Sobald sich Ausländer in der für sie errichteten Tütel-Canzley oder sonst in Unsern Gränz-Städten gmeldet und ihren Entschluß eröffnet haben, in das Innerste des Reiches zu reisen, und sich daselbst häuslich niederzulassen, so bald werden selbige auch Kostgeld, nebst freyer Schieße an den Ort ihrer Bestimmung bekommen.

9. Wer von solchen in Rußland sich etablirten Ausländern dergleichen Fabriken, Manufacturen und Anlagen errichtet, und Waaren daselbst verfertigt, welche bis dato in Rußland noch nicht gewesen, dem gestatten Wir, dieselben Zehn Jahre hindurch, ohne Erlegung irgend einigen inländischen See- oder Gränze-Zolles frey zu verkaufen, und aus Unserm Reiche zu verschicken.

10. Ausländische Capitalisten, welche auf ihre eigenen Kosten in Rußland Fabriken, Manufacturen und Anlagen errichten, erlauben Wir hiermit zu solchen ihren Manufacturen, Fabriken und Anlagen erforderliche leibeigene Leute und Bauern zu erkaufen. Wir gestatten auch:

11. Allen in Unserm Reiche sich in Colonien oder Landflecken niedergelassenen Ausländern, nach ihrem eigenen Gutdünken Markt-Tage und Jahrmärkte anzustellen, ohne an Unsere Cassa die geringsten Abgaben oder Zoll zu erlegen.

Aller obengenannten Vorteile und Einrichtung haben sich nicht nur diejenigen zu erfreuen, die in Unser Reich gekommen sind, sich häuslich nieder zu lassen, sondern auch ihre hinterlassene Kinder und Nachkommenschaft, wenn sie auch gleich in Rußland geboren, solchergestalt, daß ihre Freyjahre von dem Tage der Ankunft ihrer Vorfahren in Rußland zu berechnen sind.

Nach Verfließung obangesetzter Freyjahre sind alle in Rußland sich niedergelassene Ausländer verpflichtet, die gewöhnlichen und mit gar keiner Beschwerlichkeit verknüpften Abgiften zu entrichten, und gleich Unsern anderen Unterthanen, Landes-Dienste zu leisten. [...]

Gegeben zu Peterhof, im Jahre 1763 den 22ten Juli, im Zweyten Jahre Unserer Regierung

Das Original haben Ihre Kayserliche Majestät Allerhöchst eigenhändig folgendergestalt unterschrieben:

Gedruckt beym Senate den 25. Juli 1763

www.russlanddeutschegeschichte.de/geschichte/teil1/abwerbung/manifest22.htm

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden neue deutsche Kolonien im Kaukasus. In den 1870er-Jahren, als die Privilegien der Kolonien im Zuge der Großen Reformen des Zaren Alexander II. aufgehoben wurden und eine stärkere „Integration" der Kolonisten in die russische Gesellschaft angestrebt wurde, begann die Emigration von Russlanddeutschen aller Konfessionen nach Nord- und Südamerika. Ihre Nachkommen identifizieren sich zum Teil bis heute mit ihrer Herkunft und ihrem kulturellen Erbe als „Russlanddeutsche", „Wolgadeutsche" oder „Schwarzmeerdeutsche". Ab den 1890er-Jahren entstand eine Vielzahl neuer deutscher Dörfer in Sibirien und Kasachstan. Es handelte sich um Gebiete, welche damals verstärkt vom Russischen Reich erschlossen wurden. Russlanddeutsche migrierten also in westliche und östliche Richtung.

Die gewaltvollen Krisenjahre in Russland von 1914 bis 1921 markierten einen Wendepunkt in der Geschichte der Russlanddeutschen. Im Ersten Weltkrieg wurden sie aufgrund ihrer deutschen Herkunft und der daraus gefolgerten Sympathie für den Kriegsgegner von der zarischen Regierung als „innerer Feind" angesehen und verschiedenen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt. Dazu gehörten Enteignungen und Deportationen. Nach der Revolution 1917, in Folge des Russischen Bürgerkriegs und der großen Hungersnot an der Wolga 1921/22, emigrierten gut 120 000 Russlanddeutsche nach Deutschland und in vielen Fällen von dort weiter nach Amerika.

Die große Mehrzahl der Russlanddeutschen blieb jedoch im Land und erlebte zunächst eine erneute Phase von relativer Autonomie im Rahmen der leninistischen Politik der kulturellen Förderung nationaler Minderheiten. In diesem Zusammenhang erfolgte im Jahr 1924 die Gründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (→ ASSR) der Wolgadeutschen. Im Zuge der Verschärfung der stalinistischen Herrschaft in den 1930er-Jahren gerieten die Deutschen, wie auch andere „Diasporaminoritäten", jedoch wieder zunehmend unter Druck und wurden Opfer gezielter „Operationen" – also massenhafter Inhaftierung und Ermordung – im Rahmen des → „Großen Terrors" der Jahre 1937/38.

Der Zweite Weltkrieg setzte die zu jener Zeit im Lande verbliebenen circa 1,4 Millionen Russlanddeutschen endgültig in Bewegung. Etwa 900 000 von ihnen, die an der Wolga, auf der Krim, im Kaukasus und im Süden Russlands lebten, wurden kurz nach dem deutschen Überfall ab Ende August 1941 nach Osten deportiert; die ASSR der Wolgadeutschen wurde abgeschafft.

Unter Lenin fördert die Sowjetunion kurzzeitig nationale Minderheiten. Die erste Regierung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen, 1924

Die Deportation beendete die hergebrachte Existenz der Kolonien und zerstörte mittelfristig Kultur und Sprache der Russlanddeutschen, da ihnen die Strukturen zu ihrem Erhalt genommen worden waren. Auf die Umsiedlung folgte für gut 350 000 Russlanddeutsche – Männer und Frauen – der Einzug in die sogenannte

Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Umsiedlung der Deutschen, die in den Volga-Rayons leben"

Entsprechend glaubwürdigen Nachrichten, die die Militärbehörden erhalten haben, befinden sich unter der in den Volga-Rayons lebenden deutschen Bevölkerung Tausende und Zehntausende von Diversanten und Spionen, die nach einem aus Deutschland gegebenen Signal in den von den Wolgadeutschen besiedelten Rayons Sprenganschläge verüben sollen.

Über die Anwesenheit einer so großen Zahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen hat den Sowjetbehörden keiner der in den Volga-Rayons ansässigen Deutschen gemeldet, folglich verbirgt die deutsche Bevölkerung der Volga-Rayons in ihrer Mitte Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht.

Im Falle von Diversionsakten, die auf Weisung aus Deutschland durch deutsche Diversanten und Spione in der Republik der Wolgadeutschen oder in den Rayons ausgeführt werden sollen, und im Falle, daß es zum Blutvergießen kommen wird, wird die Sowjetregierung entsprechend den zur Kriegszeit geltenden Gesetzen gezwungen sein, Strafmaßnahmen zu ergreifen.

Um aber unerwünschte Ereignisse dieser Art zu vermeiden und ernsthaftes Blutvergießen zu verhindern, hat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR es für notwendig befunden, die gesamte deutsche Bevölkerung, die in den Volga-Rayons ansässig ist, in andere Rayons umzusiedeln, und zwar derart, daß den Umzusiedelnden Land zugeteilt und bei der Einrichtung in den neuen Rayons staatliche Unterstützung gewährt werden soll.

Für die Ansiedlung sind die an Ackerland reichen Rayons der Gebiete Novosibirsk und Omsk, der Region Altaj, Kazachstans und weitere benachbarte Gegenden zugewiesen worden.

Im Zusammenhang damit ist das Staatliche Verteidigungskomitee angewiesen worden, die Umsiedlung aller Wolgadeutschen und die Zuweisung von Grundstücken und Nutzland an die umzusiedelnden Wolgadeutschen in den neuen Rayons unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
Gez. M. Kalinin

Der Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR
Gez. A. Gorkin

Moskau, Kreml,
28. August 1941

Alfred Eisfeld/Victor Herdt, Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, Köln 1996, S. 54 f.

Im Zweiten Weltkrieg geraten die im sowjetischen Schwarzmeergebiet (Ukraine) lebenden deutschstämmigen Siedler unter deutsche Besatzungsherrschaft. 1943/44 werden sie auf Geheiß der NS-Behörden in den „Warthegau" im von Deutschland annektierten Polen umgesiedelt – eine Zwischenstation vor der weiteren Flucht oder Verbannung. Foto vom 17. Juli 1944

→ Arbeitsarmee (*Trudarmija*), wo sie Zwangsarbeit leisten mussten. Deportation und Arbeitseinsatz forderten laut dem Historiker Viktor Krieger gut 150 000 Todesopfer (siehe S. 5).

Die circa 340 000 Deutschen im Schwarzmeergebiet blieben hingegen zunächst von der Deportation verschont und gerieten unter deutsche Besatzungsherrschaft. In den Jahren 1943/44 wurden sie von den NS-Behörden in die von NS-Deutschland annektierten Teile Polens (den → „Warthegau") umgesiedelt. Von dort flohen sie gegen Kriegsende vor der vorrückenden → Roten Armee nach Westen. Die Mehrzahl von ihnen, bis zu 280 000 Personen, wurde von den sowjetischen Behörden → „repatriiert". Das bedeutete Verbannung in dieselben Gebiete, in denen schon die Deportierten von 1941 als → „Sondersiedler" lebten.

In der Verbannung entstand die „Schicksalsgemeinschaft" der Russlanddeutschen – in den Worten des ungarischen Schriftstellers György Dalos „eine homogene graue Masse, deren Kitt ihre ethnische Zugehörigkeit war. […] Es entstand ein merkwürdiges Deutschtum, ein Volk, aber keine Nationalität im Sinne der sowjetischen Gesetze – ein Volk, dessen Heimat statt der geografischen die imaginäre Bezeichnung ‚*spezposelenije*', Sondersiedlung, trug."

Bis 1955 lebten die verbannten Russlanddeutschen unter einem extrem restriktiven Mobilitätsregime, der sogenannten Kommandantur (→ Sonderkommandantur), welches sie zwang, an ihren Verbannungsorten zu bleiben. Nach Ende der Kommandantur migrierten viele zunächst innerhalb des asiatischen Teils der Sowjetunion, beispielsweise in die damals verstärkt besiedelten „Neuland"-Gebiete in Kasachstan. Die Russlanddeutschen wurden Teil der sich neu formierenden post-stalinistischen sowjetischen Gesellschaft. Viele heirateten Angehörige anderer Nationalitäten. Im Zuge dieser Integrationsprozesse und mangels Möglichkeiten, die deutsche Sprache in der Schule zu lernen, wurde das Russische zunehmend die dominante Sprache der jüngeren Generationen.

Trotzdem blieb ein Eigenbewusstsein als Deutsche erhalten – wegen der erlebten Verfolgung und zum Teil andauernden Stigmatisierung, aber auch wegen der Eintragung *„nemec"* (Deutscher) im sowjetischen Inlandspass. Delegationen von Aktivisten bemühten sich wiederholt durch Vorsprache im Kreml um die Wiederherstellung der Autonomen Republik an der Wolga. Andere kämpften um ihr Recht, in die Bundesrepublik Deutschland (oder auch in die DDR) auszureisen, was oft mit gravierenden persönlichen Nachteilen wie dem Verlust der Arbeitsstelle einherging.

Zu Ausreisen in die Bundesrepublik kam es in größerer Zahl erst in den 1970er-Jahren (siehe Tabelle). Diejenigen russlanddeutschen Umsiedler, die nach dem Krieg in Westdeutschland heimisch geworden waren, wurden dabei zum Anlaufpunkt für ihre in der Sowjetunion lebenden Verwandten, da die Aussiedlung von dort während des Kalten Krieges nur als Familienzusammenführung möglich war. Die Mehrheit der Russlanddeutschen konnte aber erst nach der Öffnung der sowjetischen Grenzen für Ausreisende im Zuge der *Perestroika* und nach dem Zerfall der Sowjetunion emigrieren – von 1987 bis heute circa 2,4 Millionen Menschen. Sie waren zentraler Bestandteil der postsowjetischen Migration, an der sich vor allem ethnische Minderheiten beteiligten. Neben den Deutschen waren dies vor allem auch Juden, die in ihrer Mehrzahl nach Israel, in die USA und als sogenannte Kontingentflüchtlinge auch nach Deutschland emigrierten (siehe S. 43). Gegenwärtig leben nur noch circa 400 000 Menschen, die sich selbst als Deutsche identifizieren, in der Russischen Föderation und weitere circa 180 000 in Kasachstan, den Hauptsiedlungsgebieten der Russlanddeutschen in der Nachkriegszeit (siehe S. 38 ff.).

Aussiedlung aus der UdSSR / GUS

Zeitraum	Aussiedler aus der → UdSSR / → GUS	Zeitraum	Aussiedler aus der → UdSSR / → GUS
1950–1954	1802	1985–1989	161 407
1955–1959	11 778	1990–1994	911 473
1960–1964	4954	1995–1999	718 634
1965–1969	3617	2000–2004	413 596
1970–1974	15 941	2005–2009	56 310
1975–1979	40 644	2010–2018	41 023
1980–1984	15 158	**1950–2018**	**2 396 337**

Bundesverwaltungsamt

Einflüsse und Prägungen: die Russlanddeutschen in der Sowjetunion

ROBERT KINDLER

Die Geschichte der Russlanddeutschen in der Sowjetunion wird von zwei Themen dominiert: den Erfahrungen von Unterdrückung im → Stalinismus, also in der Zeit der Herrschaft Stalins von 1927 bis 1953, einerseits und der Auswanderung ab Mitte der 1980er-Jahre andererseits. Sowohl die Zwangsdeportationen nach Zentralasien und Sibirien während des Zweiten Weltkriegs als auch die Emigration in die Bundesrepublik nehmen in den Erinnerungen von Russlanddeutschen und in der Geschichtswissenschaft einen festen Platz ein. Zahlreiche Memoiren und wissenschaftliche Studien belegen, wie traumatisch der Staatsterror für russlanddeutsche Gemeinschaften war: In bitterer Armut und unter ständiger Kontrolle mussten sie jahrelang um ihre Existenz ringen. Auch über Umstände und Verlauf der Auswanderung in die „historische Heimat" Deutschland liegen differenzierte Studien vor. Deportation und Auswanderung sind von zentraler Bedeutung, wenn Prägungen und Erfahrungen der Russlanddeutschen verständlich werden sollen. Beide Themen sind feste Bestandteile der russlanddeutschen „Meistererzählung" vom „Volk auf dem Weg".

Die Erfahrungen, die Russlanddeutsche im Stalinismus machten, waren Teil der bitteren sowjetischen Normalität jener Jahre. Auch andere ethnische und soziale Gruppen wurden kollektiv zu „Feinden" erklärt und in entlegene Regionen deportiert. Im kollektiven Gedächtnis und in historischen Arbeiten zum Schicksal der Russlanddeutschen wurde dieser Umstand bislang jedoch kaum gewürdigt. Dies mochte nicht zuletzt daran liegen, dass aus den geteilten Erfahrungen von Unfreiheit und Zwang keine gemeinsame Opferidentität erwuchs. Jede Gruppe blieb mit dem Erbe der erfahrenen Unterdrückung auf sich allein gestellt. In der Sowjetunion bedeutete dies vor allem zu schweigen.

Als es im Zuge von *Perestroika* und *Glasnost* möglich wurde, über den Terror und damit auch über die Deportationen zu sprechen, gab es eine kurze Phase der Aufmerksamkeit für diese Themen, doch bald interessierte sich in der zerfallenden Sowjetunion kaum noch jemand für die Opfer des Stalinismus. Das Schweigen der meisten Opfer hält daher bis heute an. Im Unterschied dazu konnten die Russlanddeutschen ihre Geschichte in Deutschland artikulieren und fanden damit – zumindest zeitweise – durchaus Gehör. Zugleich festigten sie damit ein (Selbst-)Bild russlanddeutscher Identität, das maßgeblich von Unterdrückung bestimmt war.

Im Gegensatz dazu spielen die rund drei Jahrzehnte, die zwischen dem Ende der stalinschen Zwangsmaßnahmen und dem Beginn der Massenauswanderung lagen, weder in russlanddeutschen Erinnerungsdiskursen noch in historischen Arbeiten eine nennenswerte Rolle. In letzteren wird häufig beklagt, dass dies vor allem eine Zeit des „Verlustes" deutscher Sprachkompetenzen und „deutscher Kultur" gewesen sei. Doch die Geschichte der Russlanddeutschen in der späten Sowjetunion lässt sich auch anders erzählen: als eine Geschichte der Integration und des sozialen Aufstiegs. Es waren gerade die 1960er- bis 1980er-Jahre, in denen Russlanddeutsche versuchten, Teil der sowjetischen Nachkriegsgesellschaft zu werden. Den meisten unter ihnen ging es dabei darum, sich in der sowjetischen Normalität zu behaupten und sich mit dem politischen und gesellschaftlichen System zu arrangieren.

Der Staat belohnte Anpassung und das Verschweigen der Unterdrückungserfahrungen mit Chancen zum sozialen Aufstieg, einem – wenngleich bescheidenen – Wohlstandsversprechen und vor allem mit politischer Stabilität. Aus der Perspektive einer Bevölkerung, die sich noch sehr gut an die Verfolgungen und den Terror im Stalinismus erinnern konnte, war das ein attraktives Angebot. Die Russlanddeutschen stellten hier keine Ausnahme dar. Insofern wurden sie in ihrer übergroßen Mehrheit zu ganz normalen Sowjetbürgern.

Zu diesem Normalisierungsprozess gehörte es auch, dass die deutsche Nationalität für viele Russlanddeutsche an Bedeutung verlor und sich Milieus „verflüssigten", etwa durch eine immer stärker werdende Zuwanderung in die Städte oder durch häufig vorkommende gemischtnationale Eheschließungen.

picture alliance / ZB / Jens Wolf

Deportation, Unterdrückung und Auswanderung formten die Russlanddeutschen nach einem gängigen Selbstbild zur Schicksalsgemeinschaft, zum „Volk auf dem Weg". Mit der gleichnamigen Wanderausstellung informiert die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland über die Geschichte und das Schicksal russlanddeutscher Aussiedler, hier im Mai 2009 in der Theologischen Hochschule in Friedensau im Kreis Jerichower Land, Sachsen-Anhalt.

Anpassungswilligen eröffnete das Sowjetsystem seit den 1960er-Jahren auch Aufstiegsmöglichkeiten und kulturelle Freiräume. Mitglieder des Deutschen Theaters in Temirtau, Kasachstan, um 1970 mit dem Bühnenautor Alexander Reigen

Damit einher ging eine zunehmende sprachliche Russifizierung, denn Russisch war in der Sowjetunion die Sprache der Städte und des sozialen Aufstiegs.

Nur eine verschwindend geringe Minderheit unter den Deutschen setzte sich aktiv für deutsche Autonomierechte innerhalb der Sowjetunion ein. Auch wenn sie damit keinen Erfolg hatten, erreichten die Aktivisten doch, dass Deutsche in der Sowjetunion in vielerlei Hinsicht ähnlich behandelt wurden wie andere nationale Minderheiten auch: So gab es etwa deutsche Zeitungen, Kulturensembles und ein Theater. Die Russlanddeutschen nutzten damit jene begrenzten Freiräume, die der spätsowjetische Staat seinen Untertanen gewährte, solange sie das System nicht grundsätzlich in Frage stellten. Dies galt letztlich auch für religiöse Praktiken, wenn sie auf den privaten Bereich beschränkt blieben.

Als sich seit den 1980er-Jahren die Grenzen für die Russlanddeutschen nach Westen hin öffneten, kamen Menschen mit sehr unterschiedlichen biografischen Erfahrungen nach Deutschland. Während die Älteren oft durch eigene Erfahrungen von Unterdrückung geprägt worden waren, hatte die Mehrheit der Ankömmlinge mittleren Alters ein typisch sowjetisches Leben hinter sich. Diese Dimension russlanddeutscher Kollektividentität ist jedoch bis heute wenig diskutiert worden.

Ankunft und Integration in Deutschland

JANNIS PANAGIOTIDIS

Als die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler ab den späten 1980er-Jahren in größerer Zahl in der Bundesrepublik Deutschland ankamen, gab es zur Förderung ihrer Integration bereits einige Maßnahmen, insbesondere Sprachkurse (siehe S. 8, 10). Denn wie sich bald herausstellte, waren die Kenntnisse des Deutschen unter den (Spät-)Aussiedlern stark rückläufig, vor allem bei den Angehörigen der jüngeren Generationen. Trotzdem wurden Sprachförderung und andere Integrationsmaßnahmen in der Folgezeit schrittweise gekürzt. Die umfangreichen Zuwanderungsbewegungen nicht nur von (Spät-)Aussiedlern, sondern auch von Asylsuchenden aus dem globalen Süden und Kriegsflüchtlingen aus Jugoslawien sowie die parallel zu bewältigenden Kosten der deutschen Wiedervereinigung setzten in diesem Zeitabschnitt die Staatskassen stark unter Druck (siehe S. 10 f.).

Aufgrund der oft unzureichenden Sprachkenntnisse, aber auch wegen der mit dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt nicht kompatiblen Qualifikationen, der komplizierten Anerkennung von mitgebrachten Abschlüssen und der zu jener Zeit insgesamt schwierigen Arbeitsmarktlage, gestaltete sich die sozioökonomische Integration der (Spät-)Aussiedler problematischer als erwartet. In den 1990er-Jahren galten die Russlanddeutschen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit als ausgemachte Problemgruppe. Besonders Phänomene von (medial zum Teil skandalisierter) „Ghettobildung", Jugendkriminalität, Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung standen dabei im Mittelpunkt. Aus Sicht vieler Aussiedler war es wiederum belastend, in Deutschland als „Russen" wahrgenommen zu werden, während sie in Russland beziehungsweise der Sowjetunion eindeutig (und oft in diskriminierender Absicht) als „Deutsche" identifiziert worden waren.

Seitdem hat sich viel verändert. Als das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends sich dem Ende zuneigte, zeigten erste Studien, dass sich die Integration der (Spät-)Aussiedler insgesamt positiv entwickelte. Der 2013 erschienene Forschungsbericht „(Spät-)Aussiedler" des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verstärkte diesen Eindruck. Die dort ausgewerteten Studien verorteten die (Spät-)Aussiedler in einer Mittelposition zwischen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und anderen Migrantengruppen.

Allerdings sagen Statistiken über die Gesamtgruppe der (Spät-)Aussiedler nur bedingt etwas über die Russlanddeutschen und ihre Angehörigen aus. (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion machen zwar die Mehrzahl der Gesamtgruppe aus (knapp über 50 Prozent aller Aussiedler seit 1950 und über 60 Prozent der Aussiedler seit 1970). Sie befinden sich aber in derselben statistischen Kategorie wie über eine Million Aussiedler aus Polen und Rumänien, die schon in den 1970er- und 1980er-Jahren in die Bundesrepublik eingewandert waren. Entsprechend hatten jene mehr Zeit, sich im Land zu etablieren, und im Falle der Rumäniendeutschen brachten sie auch noch deutlich bessere deutsche Sprachkenntnisse mit. Angesichts der sich daraus ergebenden Verzerrungen bedarf die sozioökonomische Integration der Russlanddeutschen also der besonderen Untersuchung.

Statistische Aussagen über die (Spät-)Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion sind aber schwer zu erheben. Aus dem Mikrozensus, Deutschlands wichtigster jährlicher Erhebung von Sozialdaten, lassen sie sich nicht unmittelbar entnehmen. Um zu aussagekräftigen Zahlen zu kommen, ist also etwas Kreativität vonnöten: Im Folgenden werden die Daten für kasachstanstämmige Migranten als Näherungswert für die Gruppe der russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler genommen – zwar kommen Letztere nicht alle aus Kasachstan, aber fast alle kasachstanstämmigen Menschen in Deutschland sind russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler. Sie bilden somit quasi eine statistisch „reine" Stichprobe, die auch deswegen aussagekräftig für die Gesamtgruppe der russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler ist, weil nicht von systematischen Unterschieden zwischen (Spät-)Aussiedlern aus Kasachstan und solchen aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken auszugehen ist.

Diese Daten werden hier in Beziehung gesetzt zu drei wichtigen Vergleichsgruppen: 1) zur Gesamtheit der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion (russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler, Kontingentflüchtlinge und andere, siehe auch S. 43), von denen russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler über 80 Prozent ausmachen; 2) zur Gruppe aller (Spät-)Aussiedler, unabhängig von ihren Herkunftsgebieten; und 3) zur Gruppe der Personen

ddp images / Jens Schlüter

Bundesregierung, B 145 Bild-00079596 / Foto: Arne Schambeck

imago / Sven Simon

picture alliance / dpa / Frank May

Bundesregierung, B 145 Bild-00079591 / Foto: Arne Schambeck

Bundesarchiv, B 145 Bild-F079037-0017

Bundesregierung, B 145 Bild-F079589 / Foto: Arne Schambeck

Die erste Station in Deutschland – Impressionen vom Alltag in den Erstaufnahmeeinrichtungen Friedland/ Niedersachsen und Unna-Massen/Nordrhein-Westfalen (2. Reihe links) in den Jahren 1988/89: Ankunft, Aufnahme der Personalien, Speisesaal und Kleiderstube. Eine Familie aus Sibirien lässt sich in ihrer gemeinschaftlichen Unterkunft fotografieren.

„ohne Migrationshintergrund (MH)“, die hier der Einfachheit halber auch als „Einheimische“ bezeichnet werden. Alle diese Stichproben beziehen sich ausschließlich auf die erste Generation von Zuwanderern, da nur für diese die Daten vollständig sind. Aus diesen Zahlen lässt sich der Stand der sozioökonomischen Integration der russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler wie auch der (Spät-)Aussiedler insgesamt ablesen.

Bildung

Eine für den Integrationsverlauf prinzipiell wichtige Voraussetzung sind die mitgebrachten Bildungsabschlüsse. Während die postsowjetischen Migranten insgesamt ein ähnliches formales Bildungsniveau aufweisen wie die „einheimische“ Bevölkerung, fällt auf, dass die Zuwanderer aus Kasachstan deutlich seltener Abitur oder Fachabitur haben als diese beiden Gruppen oder auch die Gruppe der (Spät-)Aussiedler insgesamt, dafür umso häufiger das Äquivalent von Real- oder Hauptschulabschluss. Dass die Gesamtgruppe der postsowjetischen Migranten hier trotzdem so gut abschneidet, dürfte vor allem dem hohen Bildungsniveau der jüdischen Kontingentflüchtlinge geschuldet sein (bei den ukrainestämmigen Migranten, unter denen die Kontingentflüchtlinge stärker repräsentiert sind, liegt der (Fach-)Abiturientenanteil bei über 50 Prozent).

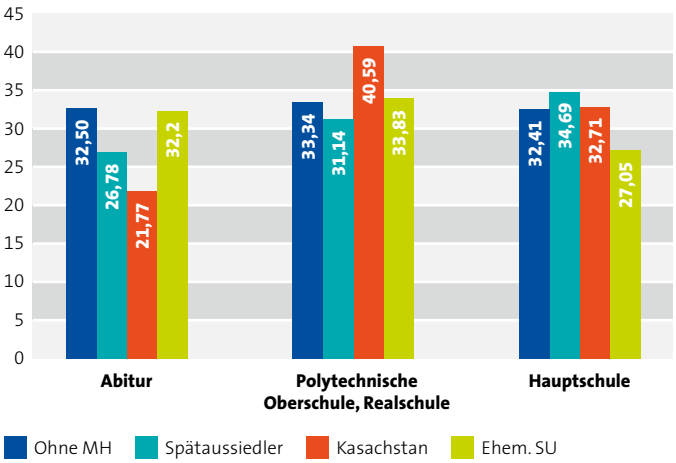
Arbeit und Einkommen

Jedoch übersetzt sich ein höheres Bildungsniveau nicht automatisch in größeren Arbeitsmarkterfolg. Im Gegenteil: Die vergleichsweise weniger hoch gebildeten Kasachstanstämmigen sind seltener erwerbslos und von Transferleistungen abhängig als die Gesamtgruppe der postsowjetischen Migrantinnen und Migranten – allerdings häufiger als die Gesamtgruppe der (Spät-)Aussiedler. Hier bildet sich das oft beklagte Problem ab, dass Zuwanderer mit höherer Qualifikation lange Zeit Schwierigkeiten hatten, ihre Abschlüsse anerkannt zu bekommen und entsprechend weniger leicht in Arbeit kamen. Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss kamen hingegen eher in weniger qualifizierten Berufen des Produktionssektors (Sekundärer Sektor) und des Dienstleistungssektors (Tertiärer Sektor) unter, zum Teil unter Inkaufnahme eines relativen beruflichen Abstiegs. Die hohe Quote von Sozialhilfeempfängern unter den postsowjetischen Migranten sticht besonders hervor. Hier spiegelt sich die Problematik der wachsenden Altersarmut unter Kontingentflüchtlingen sowie unter denjenigen (Spät-)Aussiedlern wider, die ihre Arbeitsjahre in der ehemaligen Sowjetunion nicht oder nicht in vollem Umfang angerechnet bekamen und daher im Rentenalter in die Grundsicherung rutschen. Dieses Problem wird sich auf absehbare Zeit noch verschärfen – ein Umstand, der inzwischen auch in der Bundespolitik diskutiert wird.

Unter denjenigen, die sich in Arbeit befinden, fällt die überdurchschnittliche Konzentration insbesondere kasachstanstämmiger Männer im Sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe, Baugewerbe) auf. Dies lässt sich als Ergebnis ihrer oben geschilderten mittleren Bildungsstruktur wie auch der teilweisen Entwertung vorhandener beruflicher Fähigkeiten (Dequalifizierung) höher qualifizierter Spätaussiedler interpretieren. Sowjetunion- und kasachstanstämmige Frauen hingegen arbeiten zu ähnlichen Anteilen wie „einheimische“ Frauen im Tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich). Bei ihnen fällt wiederum der hohe Anteil von ausschließlich geringfügig Beschäftigten auf – überdurchschnittlich viele russlanddeutsche Frauen arbeiten also in Minijobs, beispiels-

Bildungsabschlüsse

in Prozent



Zahlen gemäß Mikrozensus 2017

Erwerbslosenquote und Abhängigkeit von Transferleistungen

in Prozent

	→ Erwerbslose*	Bezieher von → ALGII**	Bezieher von → Sozialhilfe**
Ohne Migrationshintergrund	3,0	2,6	0,6
Spätaussiedler	3,6	3,7	1,6
Kasachstan	4,1	5,2	2,0
Ehem. SU	5,0	6,0	4,3

Zahlen gemäß Mikrozensus 2017.

* Der Anteil der Erwerbslosen bezieht sich auf die Gesamtheit der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose).

** Ihr Anteil ist hier errechnet unter Bezug auf die jeweilige Gesamtbevölkerung über 18 Jahre.

Arten von Beschäftigung

in Prozent

	Selbstständige	Sekundärer Sektor (Produktion und Bau)	Tertiärer Sektor (Dienstleistungen, ohne öffentl. Verwaltung)	Geringfügig Beschäftigte
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (MH)	**9,8**	**25,9**	**61,9**	**8,0**
Bevölkerung ohne MH: Männer	12,4	37,1	50,4	5,3
Bevölkerung ohne MH: Frauen	6,9	13,2	74,8	11,0
Spätaussiedler	**5,3**	**35,7**	**57,2**	**9,8**
Spätaussiedler: Männer	5,9	53,8	39,6	4,6
Spätaussiedler: Frauen	4,6	16,5	76,2	15,3
Kasachstan	**4,0**	**37,1**	**55,7**	**10,4**
Kasachstan: Männer	4,1	55,4	37,2	4,1
Kasachstan: Frauen	3,8	18,0	75,1	16,8
Ehem. SU	**5,7**	**32,2**	**60,1**	**11,5**
Ehem. SU: Männer	6,0	49,3	43,0	5,5
Ehem. SU: Frauen	5,5	15,4	76,8	17,4

Zahlen gemäß Mikrozensus 2017

weise an der Supermarktkasse. Niedrig ist hingegen der Anteil der Selbstständigen, insbesondere bei den Kasachstanstämmigen, aber auch bei den (Spät-)Aussiedlern insgesamt. Ihr Anteil liegt deutlich niedriger als die Quote der „einheimischen" Bevölkerung, aber auch niedriger als etwa bei den hier nicht gesondert aufgeführten türkeistämmigen Migranten (9,7 Prozent), für die Selbstständigkeit in Handel oder Gastronomie einen häufig gewählten Ausweg aus der Arbeitslosigkeit darstellt.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Haushaltseinkommen zeigt nur geringe Differenzen zwischen Haushalten mit mindestens einem postsowjetischen beziehungsweise kasachstanstämmigen Mitglied und Haushalten von Menschen ohne Migrationshintergrund (zu Haushalten mit (Spät-)Aussiedlern gibt es leider keine Zahlen). Während sie beim Gesamteinkommen um die 90 Prozent (kasachstanstämmige sogar 95 Prozent) des „einheimischen" Niveaus erreichen, zeigen sich jedoch deutlichere Unterschiede bei den Haushaltseinkommen pro Kopf, wo die entsprechenden Werte nur bei um die 70 Prozent liegen.

Dies hat mit der Haushaltsgröße zu tun: Postsowjetische Haushalte sind mit 2,43 Personen im Schnitt größer als die der „Einheimischen", die bei 1,89 Personen liegen, und haben im Schnitt mehr Kinder (0,57 gegenüber 0,26 bei Haushalten ohne Mitglied mit Migrationshintergrund). Haushalte von Kasachstanstämmigen bestehen durchschnittlich sogar aus 2,67 Personen (0,7 Kinder im Schnitt). Entsprechend müssen in diesen Haushalten von einem ähnlich hohen Einkommen mehr Personen ernährt werden. Zugleich verweist dieser Umstand auf das erfolgreiche Zusammenlegen mehrerer relativ niedriger individueller Einkommen zu einem ausreichenden Haushaltseinkommen (*pooling*). So lassen sich auch die erwähnten hohen Anteile ausschließlich geringfügig beschäftigter Frauen erklären, deren Minijobs für sich genommen nicht zum Leben reichen, die aber einen wichtigen Beitrag zum Familienbudget leisten.

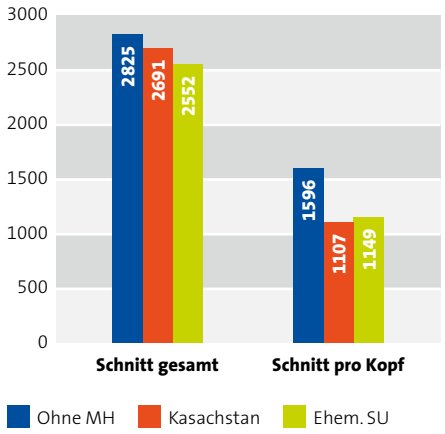
An der Streuung der absoluten Haushaltseinkommen über verschiedene Einkommenssegmente lässt sich schließlich sowohl die ökonomische Integration der Russlanddeutschen und der postsowjetischen Migranten als auch ihre fortgeschrittene Binnendifferenzierung ablesen. Die postsowjetische Bevölkerung weist grundsätzlich eine ähnliche Streuung auf wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

Auffällig sind allerdings gewisse Verschiebungen: Sowjetunionstämmige und kasachstanstämmige Haushalte sind beide im hohen Einkommenssegment über 4500 Euro unterrepräsentiert. Doch während sich die Differenz bei den Kasachstanstämmigen im Segment direkt darunter (2600 bis 4500 Euro) ausgeglichen wird, sind die Sowjetunionstämmigen insgesamt vor allem in den beiden niedrigsten Segmenten bis 1500 Euro, also am Existenzminimum, überrepräsentiert.

Die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler sind also in höherem Maße in der Mittelschicht angekommen als andere postsowjetische Migranten und sind in den niedrigsten Einkommenssegmenten sogar weniger stark repräsentiert als die „einheimische" Bevölkerung. Zugleich wird deutlich, dass es eine breite Streuung von Lebenslagen gibt, die allzu pauschalisierende Aussagen über die Situation „der" Russlanddeutschen nicht zulassen.

Haushaltseinkommen

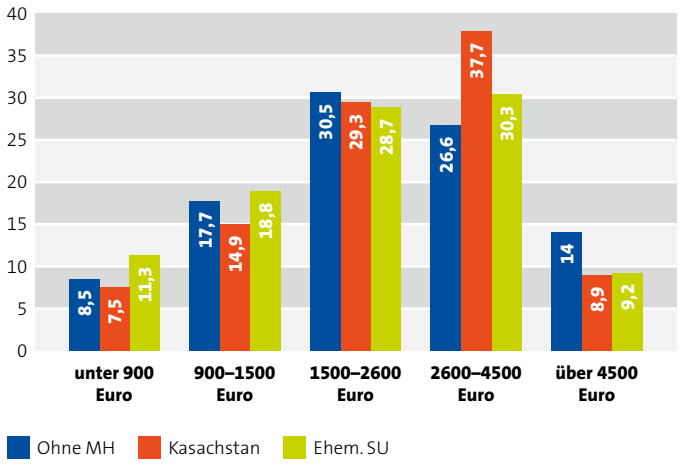
monatlich, netto, in Euro



Zahlen gemäß Mikrozensus 2017

Streuung der Haushaltseinkommen

monatlich, netto, in Prozent



Zahlen gemäß Mikrozensus 2017

Sprachgebrauch

Der Mikrozensus 2017 fragte erstmals auch nach dem vorwiegenden Sprachgebrauch im Haushalt. Dabei zeigte sich, dass in 527 000 bundesdeutschen Haushalten überwiegend Russisch gesprochen wird. In gut 400 000 dieser Haushalte ist mindestens ein Teil der Mitglieder deutsch. In gut 30 Prozent der insgesamt gut 1,7 Millionen Haushalte mit mindestens einem postsowjetischen Mitglied wird also überwiegend Russisch gesprochen. Derselbe Anteil ergibt sich bei russlanddeutschen (kasachstanstämmigen) Haushalten (190 000 von 632 000). Bei Haushalten mit mindestens einem Mitglied aus der Russischen Föderation bzw. der Ukraine liegt der Anteil sogar bei jeweils gut 37 Prozent. Bei einer durchschnittlichen postsowjetischen Haushaltsgröße von 2,43 Personen ergibt dies gut 1,27 Millionen Bewohner der Bundesrepublik, deren vorwiegende Umgangssprache zu Hause Russisch ist. Umgekehrt zeigt der Mikrozensus allerdings auch, dass in gut 60 Prozent der postsowjetischen Haushalte überwiegend Deutsch gesprochen wird, in kasachstanstämmigen Haushalten sogar zu zwei Dritteln.

Solche Erhebungen sind insofern mit Vorsicht zu genießen, da sie Eindeutigkeit suggerieren, wo die Realität meist gemischt ist. Eine 2016 durchgeführte Befragung von postsowjetischen Bewohnerinnen und Bewohnern der Bundesrepublik durch die → Boris Nemtsov-Stiftung ergab, dass 42 Prozent der Befragten zu Hause Russisch sprechen, 24 Prozent Deutsch, 32 Prozent aber beides. Diese Zahlen legen nahe, dass diejenigen,

die zu Hause beide Sprachen sprechen, sich im Mikrozensus für das Deutsche entschieden.

Von den in der Nemtsov-Studie Befragten bezeichneten sich 61 Prozent als russische Muttersprachler, 27 Prozent gaben fließende Kenntnisse an. Deutsche Muttersprachler waren nur 21 Prozent, 43 Prozent sprachen nach eigenen Angaben fließend, 28 Prozent hingegen nur auf mittlerem Niveau. Allerdings konsumieren sie Medien wie Internet, TV und Zeitungen überwiegend auf Deutsch (siehe S. 26 f.).

Lokale Aufnahme und Wohnsituation

RENÉ KREICHAUF

Die Siedlungsmuster von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern werden von nationalen Politiken sowie lokalen Strategien geprägt. Nach der Registrierung in einer Erstaufnahmeeinrichtung werden die Neuankömmlinge dezentral auf die Bundesländer verteilt. Grundlage dafür ist der Königsteiner Schlüssel. In den zugewiesenen Wohnorten werden sie anschließend teilweise in Wohnheimen und später auf dem Wohnungsmarkt untergebracht. Bis 2010 galt eine Wohnortbindung. Sie verpflichtete Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bis zu drei Jahre an dem zugewiesenen Ort zu leben. Zuweisung und Wohnortbindung verfolgten politische Ziele: Sie sollten verhindern, dass sich die Ansiedlung auf wenige Orte konzentrierte und damit möglichen Desintegrationsprozessen vorbeugen sowie die Zuwanderungsbereitschaft insgesamt durch restriktive Regelungen begrenzen. Spätaussiedler zogen daher oft nicht freiwillig in eine Stadt und verließen diese häufig nach der Erstverteilung bzw. nach Ablauf der Wohnortbindung.

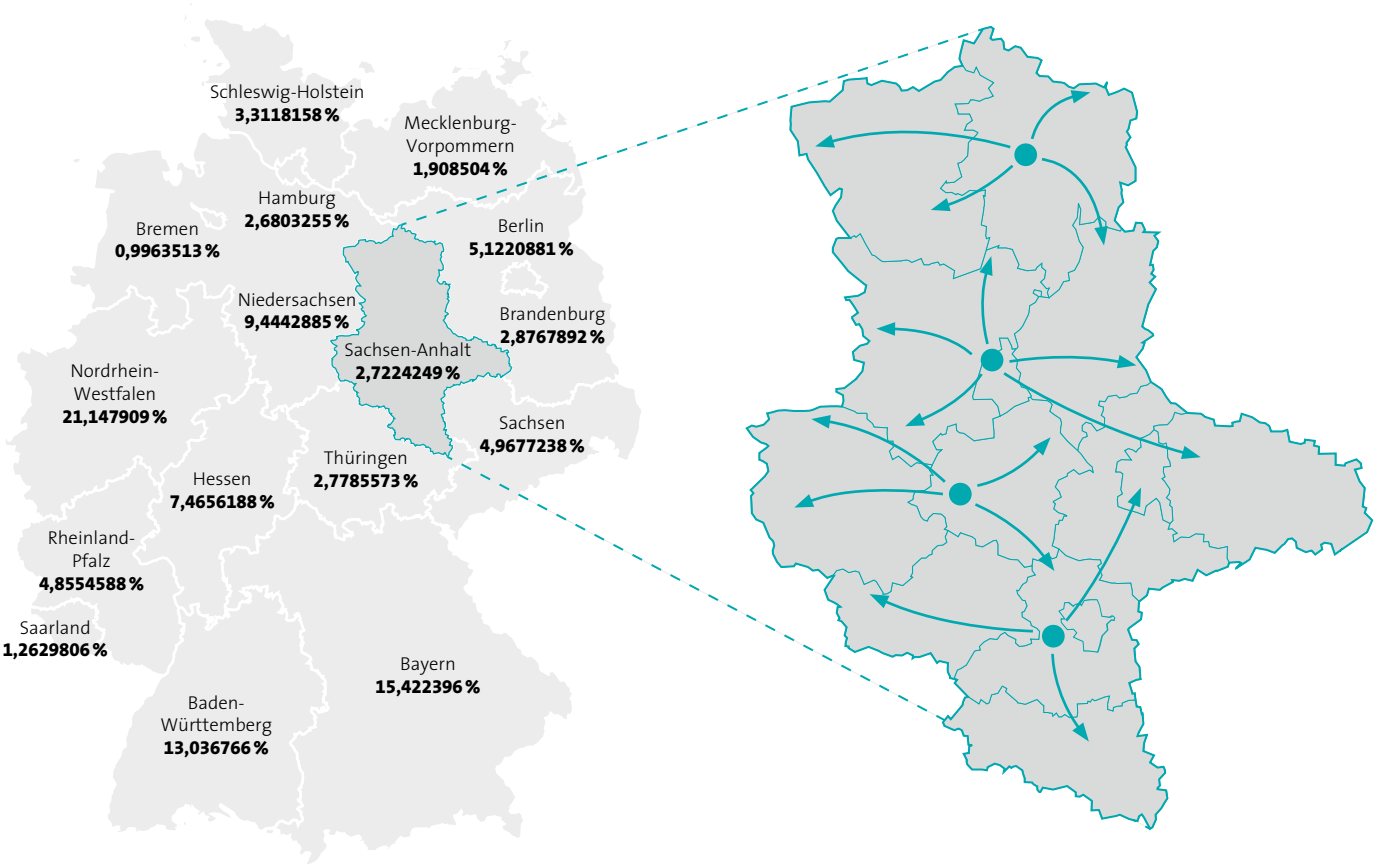
Auf lokaler Ebene sind die Wohnverhältnisse dieser Gruppe sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während sie in einigen Städten weitestgehend gleich verteilt im Stadtgebiet leben, gibt es andernorts russlanddeutsche Nachbarschaften, die von Teilen der Öffentlichkeit immer wieder abwertend als „Russenghetto“ bezeichnet und problematisiert werden. Diese Stigmatisierung diskriminiert Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und ihre Wohngegenden. Sie unterschätzt die positiven Potenziale dieser Quartiere und verkennt deren Entstehungsbedingungen, die von lokalen Praktiken abhängig waren, aber auch Wohnpräferenzen widerspiegeln.

Viele Kommunen waren in den 1990er-Jahren mit den ihnen zugeteilten Neuankömmlingen überfordert. Lokalpolitische Verantwortliche konzentrierten sie mittels gezielten Wohnungszuweisungen insbesondere in Quartieren des so-

Der Königsteiner Schlüssel

Der Königsteiner Schlüssel ist eine Quotenregelung, die auf Basis des Steueraufkommens der Bundesländer (zwei Drittel) und ihrer Bevölkerungszahl (ein Drittel) unter anderem den Anteil der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler festlegt, die ein Bundesland aufnehmen muss. Die Quote wird jährlich neu ermittelt.

Verteilungsquoten nach Königsteiner Schlüssel je Bundesland und schematischer Ausschnitt des Landes Sachsen-Anhalt zur beispielhaften Verteilung von Spätaussiedlern auf Aufnahmeeinrichtungen ● und schließlich in die Landkreise und Kommunen (Prozentangaben für 2018)



Eigene Darstellung auf Basis von www.bva.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/J_Jahresstatistik2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2
Die dort angegebenen absoluten Zahlen wurden in Prozentangaben umgerechnet.

zialen Wohnungsbaus und in Großwohnsiedlungen. Manche Kommunen quotierten auch die Bauplatzvergabe an Spätausgesiedelte, offiziell um den Eigentumsanteil zu verringern und die Zusammenballung dieser Gruppe bei der Anlage von Wohnsiedlungen zu vermeiden. Die freie Wohnungs- und Wohneigentumswahl wurde so versperrt. Kommunale Entscheidungen verursachten somit die Segregation von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern – die Konzentration dieser Gruppe in einem bestimmten Teil des Stadtraums. Bis heute äußert sie sich vielerorts in einer sozialräumlichen Isolierung und im Ausschluss von ökonomischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten wie beispielsweise Bildung, Arbeit und Zugang zu anderen Vierteln – ein Zustand, der dazu beitragen kann, die negative Wahrnehmung von Spätausgesiedelten zu verstärken.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler haben sich aber auch freiwillig für den Zuzug in bestimmte Stadtteile entschieden, weil sie zum Beispiel die Nähe zu sozialen Netzwerken und Bekannten suchten, die bereits in diese Viertel verteilt worden waren. Solche sogenannten ethnischen Quartiere, die sich durch die selbstbestimmte ökonomische, soziale, kulturelle und politische Organisation charakterisieren, ermöglichen die Fortsetzung sozialer Beziehungen und kultureller Praktiken. Darüber hinaus können sie als Integrationshilfe fungieren und den Zugang zu Arbeit und Bildung erleichtern. Damit sind sie Ausgangspunkt für die Teilhabe an der Stadtgesellschaft.

Russlanddeutsche Nachbarschaften vereinen oftmals beide Merkmale. Sie haben sich häufig durch lokale Zwangszuweisungen gebildet und sich als Anziehungspunkte für weitere Zugewanderte etabliert. Für die Integration können sie von großer Bedeutung sein, wenn sie nicht von der Stadt vernachlässigt werden und Spätausgesiedelte die Möglichkeit haben, ihr Viertel zu gestalten, gesellschaftlich aufzusteigen und andere Wohnorte zu wählen. Zuweisung, Wohnortbindungen, lokale Isolierungspolitiken und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt haben jedoch auch dazu geführt, dass weder Aufnahmestadt und Zivilgesellschaft noch Zugewanderte sich besonders um Integration bemühen. Dies kann zur sozialräumlichen Exklusion und zu einem Rückzugsverhalten der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler führen sowie zur Entstehung zivilgesellschaftlicher Vorbehalte und zu Fremdenfeindlichkeit beitragen.

Mediengewohnheiten der postsowjetischen Diaspora in Deutschland

LAURA SÜNA

Zur postsowjetischen Diaspora werden außerhalb Russlands lebende Personen gezählt, die sich mit der russischen Kultur und der ehemaligen Sowjetunion verbunden fühlen und aus dieser Region stammen. Somit werden auch Russlanddeutsche als Teil dieser Diaspora gesehen.

Medien werden oft entsprechend der eigenen Interessen und Identität ausgewählt. Gleichzeitig prägen die genutzten Medien wiederum die Identitätsorientierung der Diasporamitglieder. Mithilfe von Medien entwickeln Eingewanderte und ihre Nachkommen ein Wir-Gefühl; durch Medienbilder wird ihre Vorstellung der kulturellen Herkunft geprägt.

In öffentlichen Diskussionen über die Verbundenheit von Migrierten mit ihrem Herkunftsland fallen oft Schlagwörter wie „Parallelgesellschaft“ oder „kulturelle Abschottung“. In diesem Zusammenhang wird häufig von der Annahme ausgegangen, dass sie intensiv Medien aus dem Herkunftsland nutzen und dies ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft beeinträchtigt. Die Mediennutzung von Menschen mit Migrationshintergrund ist jedoch sehr vielfältig und auch wenn nur Medien des Herkunftslandes konsumiert werden, kann man nicht pauschal von einer kulturellen Abschottung sprechen.

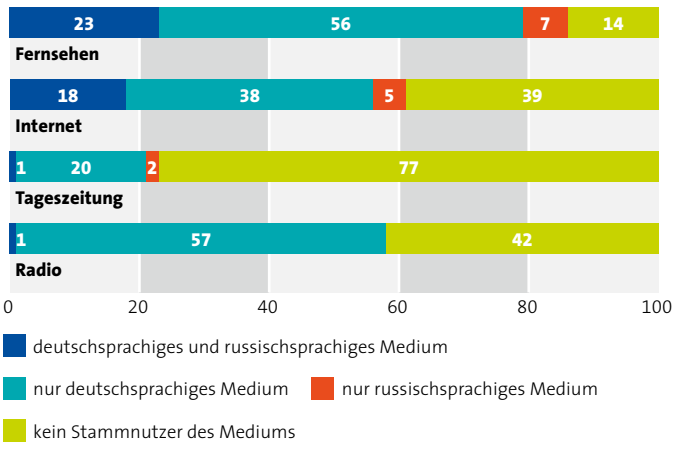
Quantitative Studien zur Mediennutzung von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion zeigen, dass die postsowjetische Diaspora vorwiegend deutschsprachige Medien nutzt. Ein Teil der Diaspora schaut sowohl deutsch- als auch russischsprachiges Fernsehen und konsultiert deutsche und russische Internetseiten. Nur wenige Personen der postsowjetischen Diaspora konsumieren ausschließlich russische Medien. Menschen mit guten Deutschkenntnissen und jüngeren Alters nutzen sie selten ausschließlich.

In einer qualitativen Studie von 2011 stellten der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Andreas Hepp und Kolleginnen fest, dass die Identitätsorientierung der postsowjetischen Diaspora sich allgemein in drei Gruppen einteilen lässt: herkunftsorientierte, ethnoorientierte und weltorientierte Diasporaangehörige. Jede dieser Gruppen zeichnet eine spezifische Mediennutzung aus.

Vereinfacht lässt sich sagen, dass **Herkunftsorientierte** sich subjektiv zu ihrer Herkunftsregion in der ehemaligen Sowjetunion zugehörig fühlen. Sie konsumieren russisches Fernsehen, um sich über aktuelle Geschehnisse in ihrer Herkunftsregion zu informieren. Dazu nutzen sie Satellitenschüsseln oder aber auch Abonnement-Pakete wie *Kartina*. Mit dem Computer und dem Smartphone laden Herkunftsorientierte über das Internet russische Filme, Serien und Musik. Ihr meist russischsprachiger Freundes- und Bekanntenkreis lebt in ihrer Herkunftsregion und in Deutschland. Mit diesem Freundes- und Bekanntenkreis sind sie über die russischen sozialen Netzwerke wie *Odnoklassniki* und *VKontakte* verbunden. Die dargestellte Mediennutzung trägt somit zu der Aufrechterhaltung einer „russischen“ bzw. „sowjetischen“ Identität in der Fremde bei. Ihre Mediennutzung ist gleichzeitig auch mit relativ geringen Deutschkenntnissen verbunden.

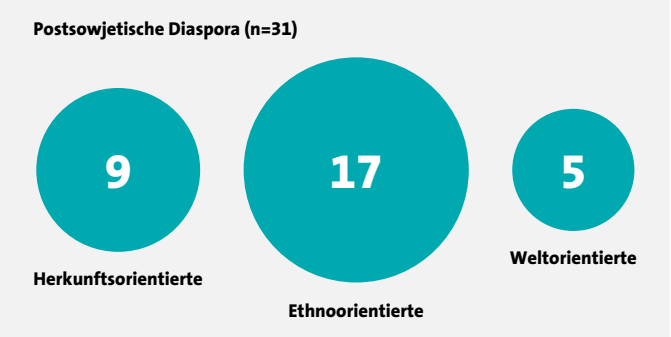
Nutzung russisch- und deutschsprachiger Medienangebote

Stammnutzer (mind. 4 Tage/Woche), n=500, in Prozent



Eigene Darstellung aus den Daten in Erk Simon / Ulrich Neuwöhner, „Medien und Migranten 2011“, in: Media Perspektiven 10 (2011), S. 468. Befragt wurden 500 postsowjetische Migrantinnen und Migranten.

Typen der Mediennutzung in der postsowjetischen Diaspora
absolute Zahlen*



*Befragt wurden 31 Angehörige der postsowjetischen Diaspora. Die Abbildung stellt absolute Zahlen dar und verdeutlicht die Tendenz der Verteilung der Typologie innerhalb der drei Diasporagruppen.

Andreas Hepp / Cigdem Bozdag / Laura Sūna, „Mediale Migranten. Mediatisierung und die kommunikative Vernetzung der Diaspora", Wiesbaden 2011, S. 67

Die **ethnoorientierten Diasporaangehörigen** verorten sich dagegen zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland. Sie bezeichnen sich als „Russlanddeutsche", „Deutschrussen" oder „Deutsche". Sie fühlen sich der in Deutschland lebenden postsowjetischen Diasporagemeinschaft zugehörig. Neben deutschem konsumieren sie auch russisches Fernsehen. Für die Vernetzung mit anderen Diasporaangehörigen in Deutschland, aber auch mit Freundinnen, Freunden und Familie in der ehemaligen Sowjetunion nutzen die Ethnoorientierten russische soziale Netzwerke wie *Odnoklassniki* oder *VKontakte*, die unter anderem regionale Seiten für Deutschland aufweisen. Gleichzeitig sind Seiten wie beispielsweise *germany.ru*, die im deutschsprachigen Raum lebende Russischsprachige adressieren, von Bedeutung. Ihre deutschsprachigen Kontakte pflegen sie auf Facebook. Die Ethnoorientierten bilden die größte Gruppe unter den in der Studie befragten Angehörigen der postsowjetischen Diaspora.

Für die **Weltorientierten** sind Fragen ethnischer Zugehörigkeit eher unwichtig. Sie bezeichnen sich als „Weltmensch" oder „Europäer". Neben deutschen nutzen die Weltorientierten internationale TV-Sender wie CNN oder BBC. Sie weisen einen transkulturellen Freundeskreis auf und sind über diverse soziale Netzwerke wie Facebook oder LinkedIn, E-Mail und Skype mit ihren Freunden verbunden. Diese sind russischer und anderer Herkunft und leben in verschiedenen Ländern. Die Gruppe der Weltorientierten ist relativ jung und weist neben sehr guten Deutsch- und Russischkenntnissen auch Englisch- und Französischkenntnisse auf.

Die postsowjetische Diaspora ist sowohl hinsichtlich der Identitätsorientierung als auch der Mediennutzung vielfältig. Beide bedingen sich gegenseitig. Eine herkunftsorientierte kulturelle Identität geht mit einer medialen Orientierung an der ehemaligen Sowjetunion und der Kommunikation mit dort lebenden Menschen sowie mit Teilen der postsowjetischen Diaspora in Deutschland einher. Ein Selbstverständnis doppelter kultureller Zugehörigkeit in Form einer Ethnoorientierung führt dazu, dass Medien aus dem Herkunftsland und Deutschland genutzt werden. Eine europäische bzw. globale Zugehörigkeit spiegelt sich in einer globalen Ausrichtung der Mediennutzung wider.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass in Deutschland lebende Angehörige der russischen Diaspora deutschsprachige und russischsprachige Medien wie Fernsehen und Webseiten nutzen. Die überwiegende Mehrheit lebt nicht in medialen Parallelwelten. Für viele Menschen der postsowjetischen Diaspora gehört die Integration zweier Medienkulturen – also die Nutzung deutscher und russischsprachiger Medien – zum Alltag.

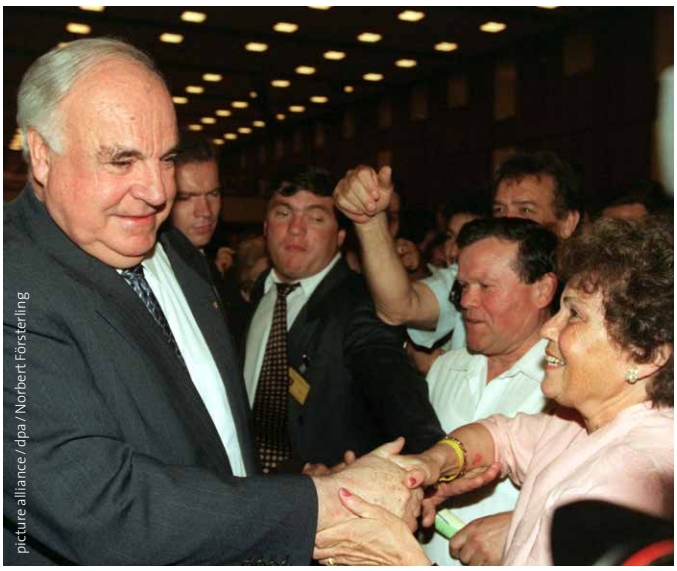
Politische Partizipation von Russlanddeutschen

JANNIS PANAGIOTIDIS

Mit circa 1,9 Millionen Wahlberechtigten stellen die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler eine nicht unbeträchtliche Wählergruppe dar. Sie galten lange Zeit als CDU-Stammwählerschaft. Ihre konservativen Werte sowie ihre Dankbarkeit gegenüber der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl (reg. 1982–1998), die ihnen die Aussiedlung ermöglicht hatte, wurden dafür als ausschlaggebend angesehen. Die Selbstverständlichkeit, mit der diese politische Orientierung angenommen wurde, ist in den letzten Jahren zunehmend ins Wanken geraten. Speziell die Vorgänge rund um den „Fall Lisa" – die angebliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens in Berlin durch „Flüchtlinge" im Januar 2016 – rückten die politischen Einstellungen russlanddeutscher (Spät-)Aussiedler in den Blickpunkt von Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Gut 10 000 Russlanddeutsche demonstrierten damals bundesweit gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und unter anderem für den „Erhalt deutscher Kultur". Seitdem wird öffentlich immer wieder die Frage diskutiert, inwieweit diese Bevölkerungsgruppe rechtsnationalem Gedankengut zugeneigt ist und ob sie die Alternative für Deutschland (AfD) überdurchschnittlich häufig wählt – zumal die AfD bereits zuvor Versuche unternahm, Russlanddeutsche gezielt in russischer Sprache zu umwerben. Auch die vermeintliche Manipulation dieser Bevölkerungsgruppe durch russische Quellen wurde in diesem Zusammenhang wiederholt thematisiert.

Eine im Rahmen der Bundestagswahl 2017 durchgeführte Studie lieferte aktuelle Zahlen zum Wahlverhalten von Zuge-


picture alliance / dpa / Norbert Försterling

Die CDU-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich stark für die Aussiedlung eingesetzt. Empfang beim 26. Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auf dem Stuttgarter Killesberg am 6. Juni 1998

picture alliance / dpa / Klaus-Dietmar Gabbert

Zur postmigrantischen Realität gehört auch der Widerstand gegen migrationsbedingte gesellschaftliche Veränderungen. So löst der Zuzug von Menschen aus den Krisenregionen des Nahen Ostens 2015/16 Ängste aus, die Gerüchten Nahrung geben: Die angebliche Vergewaltigung einer Minderjährigen aus einer deutsch-russischen Familie im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf durch „Flüchtlinge" führt am 23. Januar 2016 zu Protesten vor dem Berliner Kanzleramt.

Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Bundestag 2017
in Prozent

	CDU/CSU	SPD	Linke	Grüne	FDP	AfD	Andere	Wahlbeteiligung
DRUS[1]	27,0	12,0	21,0	8,0	12,0	15,0	5,0	58,0
DTUR[2]	20,0	35,0	16,0	13,0	4,0	0,0	12,0	64,0
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	28,5	13,8	16,9	4,4	7,6	22,6	6,1	73,0
Gesamt	32,9	20,5	9,2	8,9	10,7	12,6	5,2	76,2

[1] DRUS = Wähler mit postsowjetischem Hintergrund [2] DTUR = Wähler mit türkischem Migrationshintergrund

Die ersten beiden Zeilen der Tabelle basieren auf: Achim Goerres, Dennis C. Spies, Sabrina J. Meyer, How did Immigrant Voters Vote at the 2017 Bundestag Election? First Results from the Immigrant German Election Study (IMGES). Die Zahlen für die neuen Bundesländer sind berechnet aus: www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html. Dort finden sich auch die Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet.

wanderten aus der ehemaligen Sowjetunion, von denen die große Mehrzahl russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler sind. Die Wahlbeteiligung lag mit 58 Prozent in dieser Gruppe deutlich niedriger als bei der Gesamtbevölkerung, was auf ihre schon früher festgestellte, weit verbreitete politische Passivität hinweist. Die Stimmenverteilung ist wesentlich stärker gestreut, als dies etwa in den 1990er-Jahren der Fall war, als die Unionsparteien Stimmenanteile bis zu 75 Prozent erreichten. CDU und CSU erhalten aber nach wie vor die meisten russlanddeutschen Stimmen. Zweitstärkste Partei ist nicht etwa die AfD, sondern die Linkspartei. Ob dies auf die russlandfreundliche Haltung dieser Partei zurückzuführen ist oder sich aus der prekären sozialen Lage vieler Russlanddeutscher erklären lässt, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Es zeigte sich weiterhin ein gegenüber dem Gesamtergebnis der Bundestagswahl leicht erhöhter Zuspruch für die AfD bei Wählern mit postsowjetischem Hintergrund. Auch hier bieten ideologische Faktoren in Gestalt konservativer Werte und deutschnationaler Einstellungen sowie soziale Faktoren wie Prekarität und negative Zukunftserwartungen denkbare Erklärungsansätze. Interessant ist die strukturelle Ähnlichkeit der russlanddeutschen Stimmenverteilung mit dem Wahlergebnis in den neuen Bundesländern. Möglicherweise trägt die Erfahrung von Staatssozialismus einerseits und den Krisen und Verwerfungen der Transformationszeit seit 1989 andererseits in beiden Fällen dazu bei, sich verstärkt den politischen Rändern zuzuwenden.

Auf lokaler Ebene ergibt sich zum Teil ein etwas anderes Bild. Schon bei Landtagswahlen im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 gab es in verschiedenen Städten in Vierteln mit hoher Konzentration von Russlanddeutschen überdurchschnittlich hohe AfD-Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl zeigten sich in Städten und Gemeinden in der gesamten Bundesrepublik ähnliche Befunde. Das bekannteste Beispiel war dabei das baden-württembergische Pforzheim, wo die AfD im Stadtteil Buckenberg 36,9 Prozent erzielte (bei der vorherigen Landtagswahl 2016 sogar 43,2 Prozent). Ähnliches ließ sich auch in Städten in Bayern (z. B. Augsburg und Nürnberg) und Nordrhein-Westfalen (z. B. Bielefeld,

Detmold und Waldbröl) sowie im ländlichen Niedersachsen (z. B. in Gemeinden der Landkreise Osnabrück und Emsland) beobachten. Dabei handelt es sich durchaus nicht nur um „soziale Brennpunkte“ und „Problemviertel“. Es scheint also denkbar, dass sich in „russlanddeutschen“ Vierteln gewissermaßen „Echokammern“ bilden, die vorhandene Stimmungen verstärken und zu teilweise extremen Wahlergebnissen führen. Eine systematische Analyse dieser Ergebnisse steht allerdings noch aus.

Das aktive politische Engagement der Russlanddeutschen ist insgesamt relativ gering ausgeprägt. Der erste Bundestagsabgeordnete mit diesem Hintergrund war Heinrich Zertik (CDU), der sein Mandat von 2013 bis 2017 bekleidete. Er steht auch dem 2015 gegründeten „Netzwerk Aussiedler“ seiner Partei vor. Im 2017 gewählten Bundestag sind mit Anton Friesen und Waldemar Herdt zwei Russlanddeutsche als Abgeordnete für die AfD vertreten. Auf lokaler Ebene finden sich vereinzelt russlanddeutsche Politikerinnen und Politiker in Bezirksversammlungen und kommunalen Vertretungen. In Au am Rhein (Baden-Württemberg) wurde im April 2017 mit der parteilosen Veronika Laukart eine Russlanddeutsche zur Bürgermeisterin gewählt.

Diese verhältnismäßig geringe politische Repräsentation ist für eine Migrantengruppe, die erst seit relativ kurzer Zeit in Deutschland lebt, an sich nicht ungewöhnlich. Angesichts der besseren Partizipationsmöglichkeiten, die sie als deutsche Staatsbürger im Vergleich zu anderen Migranten haben, ist dies vielleicht aber doch erklärungsbedürftig. Die oft angeführte Erklärung, dass ihre geringe politische Partizipation vor allem mit der Prägung durch das nicht-demokratische Sowjetsystem zu tun habe, ist sicherlich nicht einzig ausschlaggebend. Denn dieselbe sowjetische Prägung verhinderte beispielsweise nicht das prominente politische Engagement, das russische Juden in Israel bereits kurz nach ihrer Einwanderung an den Tag legten.

Plausibel erscheint weiterhin ein Erklärungsansatz, der auf die politischen Gelegenheitsstrukturen der Bundesrepublik verweist: Parteipolitisches Engagement hat mit bestimmten sozialen Ressourcen und Netzwerken zu tun, die bei „Migranten“ generell weniger ausgeprägt sind als bei „Einheimischen“. Konkret heißt das: Um Politik zu machen, muss man viele Leute kennen und in einer lokalen Gemeinschaft und/oder einem Parteiapparat fest etabliert sein. Das ist bei Neuankömmlingen meistens nicht der Fall. Das politische Engagement auf einer „ethnischen“ Plattform (also explizit als Angehörige einer besonderen Gruppe) kann hier einen „Nebeneingang“ in die Politik eröffnen. In der Bundesrepublik der 1990er-Jahre mit ihrer ausgeprägten gesellschaftlichen Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ bot sich diese Lösung für die deutschen Spätaussiedler aber nicht an, da sie sich durch die Betonung der eigenen Gruppenzugehörigkeit gleichsam von der angestrebten Integration als „Deutsche“ entfernt hätten.

Das punktuell zu beobachtende explizite Engagement als Spätaussiedler in der Gegenwart ließe sich also als ein Effekt der pluralisierten Migrationsgesellschaft interpretieren. In ihr sind auch hybride Identitäten und Positionierungen möglich, ohne sich damit aus der Gemeinschaft „der Deutschen“ auszuschließen. Zugleich erfasst diese Form des Engagements jedoch augenscheinlich nur einen geringen Teil der Russlanddeutschen. Mit fortschreitender Integration in lokale Gemeinschaften ist auch ein stärkeres allgemeines parteipolitisches Engagement denkbar.

Russlanddeutsches Verbands- und Vereinswesen

GESINE WALLEM

Vereine und Verbände leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe in einer Migrationsgesellschaft. Sie unterstützen nicht nur die soziale Integration von Zugewanderten, sondern ermöglichen es auch, deren spezifische Interessen in der Zivilgesellschaft aktiv zu vertreten. So besteht auch in Deutschland ein Spektrum an Vereinen und Verbänden, deren Angebote sich an eine russlanddeutsche Zielgruppe richten.

Der älteste und einflussreichste bundesweit organisierte Verband, der russlanddeutsche Interessen politisch vertritt, ist die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR). Es handelt sich dabei um einen Vertriebenenverband, der 1950 von Deutschen aus dem Schwarzmeergebiet gegründet wurde. Die LmDR versteht sich selbst als Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein aller Russlanddeutschen. Neben ihren sozialen und kulturellen Aktivitäten, die vor allem in den

Aktives politisches Engagement auf lokaler Ebene: 2017 wird die parteilose Russlanddeutsche Veronika Laukart Bürgermeisterin von Au am Rhein.

regional untergliederten Orts- und Kreisverbänden angeboten werden, ist die LmDR bundesweit in erster Linie als politischer Interessenverband aktiv. Mit ihrer politischen Lobbyarbeit setzt sie sich bis heute erfolgreich für die ethnisch privilegierte Einwanderung von russlanddeutschen Spätaussiedlern und deren Anerkennung als Deutsche ein. Grundlage dieser politischen Forderung ist die Erinnerung an das kollektive Schicksal der Deportation und an die Verfolgung von Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion. Ein wichtiges Ziel des Verbands ist es, ein positives Bild der eigenen Gruppe in der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln, das sie von nichtdeutschen Migrantengruppen abgrenzt.

Trotz der politischen Sichtbarkeit der LmDR als Vertreterin russlanddeutscher Interessen engagiert sich hier nur ein geringer Prozentsatz der russlanddeutschen Gesamtgruppe. Dies lässt sich vor allem durch die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Einwanderergenerationen erklären. Während die LmDR stark von deutschsprachigen, früh eingewanderten Mitgliedern geprägt ist, kommt die große Mehrheit der seit den 1990er-Jahren zugewanderten Spätaussiedler aus einem russischsprachigen Umfeld. Viele dieser später zugewanderten Menschen haben nur wenig Interesse an den deutschsprachigen erinnerungskulturellen Angeboten der LmDR. Stattdessen ist durch die steigende Spätaussiedlermigration und die gleichzeitige Kürzung der staatlichen Integrationshilfen nach dem Zerfall der Sowjetunion die Nachfrage nach russischsprachigen Unterstützungs- und Beratungsangeboten stark gewachsen.

Infolgedessen wurden in den 1990er- und 2000er-Jahren zahlreiche russischsprachige Beratungsstellen und Selbsthilfeinitiativen von ehrenamtlichen Helfern ins Leben gerufen. Hauptaufgabe dieser Einrichtungen war es zunächst, die Neuankömmlinge in Alltagsfragen, beim Ausfüllen von Formularen oder bei Behördengängen zu unterstützen. Viele dieser Initiativen haben ihr Angebot im Laufe der Jahre durch weitere Aktivitäten wie Deutschkurse, Freizeitaktivitäten sowie berufliche Weiterbildungsseminare erweitert. Einige Organisationen, wie beispielsweise der „Hamburger Verein der Deutschen aus Russland“ oder die „Vereinigung zur Integration der russlanddeutschen Aussiedler (VIRA e. V.)“ in Düsseldorf, weisen durch ihre Bezeichnung weiterhin auf die russlanddeutsche Herkunft ihrer Mitglieder hin. Andere dagegen, wie beispielsweise der „Club Dialog e. V.“ oder das „Integrationszentrum Harmonie e. V.“ in Berlin, bezeichnen sich als Migrantenorganisationen und wenden sich an Zuwanderer verschiedener Herkunft.

Darüber hinaus gibt es in vielen Städten kulturelle und sprachliche Angebote wie zum Beispiel Chöre, Folkloregruppen, Tanzveranstaltungen und Festivals, die sich an eine russischsprachige Zielgruppe wenden. Bilinguale Kindertagesstätten sowie russischsprachige Samstagsschulen ermöglichen es, die russische Sprache und russische Kulturelemente auch generationenübergreifend aufrechtzuerhalten. Entsprechende Verbände, wie beispielsweise der bundesweit organisierte „Verband russischsprachiger Eltern“, betonen zumeist, dass sie sich an Russischsprachige unabhängig von der ethnischen Herkunft oder Staatsangehörigkeit wenden. Sie vermitteln damit die Idee einer grenzüberschreitenden russischsprachigen Gemeinschaft, die in starkem Gegensatz zur deutsch ausgerichteten Programmatik der LmDR steht.

Die unterschiedliche Ausrichtung der Vereine und Verbände verdeutlicht die vielfältigen Interessen und Zugehörigkeiten der in Deutschland lebenden Russlanddeutschen. Aus den sozialen, kulturellen und politischen Angeboten ergeben sich verschiedene Definitionen des „Russlanddeutschseins“, die manchmal im Widerspruch zueinander stehen. Die Vielfalt der Migrationsgesellschaft, selbst innerhalb einer Einwanderungsgruppe, spiegelt sich auch in der Vereinslandschaft wider.

Beispiele russlanddeutscher bzw. russischsprachiger Vereine in Berlin

Name des Vereins	Selbstbezeichnung	Zielsetzung	Angebote
Landsmannschaft der Deutschen aus Russland – Landesgruppe Berlin, Berlin-Reinickendorf	Interessenvertretung, Hilfsorganisation und Kulturverein aller Russlanddeutschen	Förderung der Aufnahme und Eingliederung der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Familienangehörigen	¬ Aussiedlerberatungsstelle ¬ Sprachkurse ¬ Kulturelle Veranstaltungen, z. B. die jährlich stattfindenden „Tage der russlanddeutschen Kultur“
Vision e. V., Berlin-Marzahn	Verein der Aussiedler in Berlin	Förderung der vollständigen gesellschaftlichen Integration der Aussiedler	¬ Betreuung und Beratung ¬ Bereitstellung von zweisprachigen (russisch-deutschen) Informationen ¬ Veranstaltungen über die Kultur und Geschichte der Russlanddeutschen ¬ Seminare zur Förderung der beruflichen Integration ¬ Sprachkurse (deutsch)
Lyra e. V., Berlin-Lichtenberg	Integrationshaus	Förderung der gesellschaftlichen Eingliederung von Aussiedlern und Spätaussiedlern	¬ Beratung für Spätaussiedler und ihre Angehörigen ¬ Seminare zur Integrationsförderung ¬ Kulturelle Veranstaltungen und Festivals ¬ Chöre und Sportgruppen
Club Dialog e. V., Berlin-Mitte	Migrantenorganisation	Förderung des politischen und kulturellen Dialogs zwischen Berlinern aller Nationalitäten und in Berlin lebenden russischsprachigen Menschen	¬ Beratung ¬ Theater- und Folkloregruppen ¬ Seminare und Workshops ¬ Integrationskurse
BGFF e. V., Berlin-Spandau	Berliner Gesellschaft für Förderung interkultureller Bildung und Erziehung	Förderung der Integration von Migranten durch Projekte für Bildung, Erziehung, Jugendarbeit, Beratungsarbeit und Sprachförderung	¬ Russische Samstagsschulen: Vermittlung von russischer Sprache, Kultur und Tradition für Kinder und Jugendliche ¬ Lern- und Sprachförderung für Kinder ¬ Hilfs- und Beratungsangebote ¬ Familienbetreuung durch psychologische Hilfeleistungen
Baum e. V., Berlin-Spandau	Verein für Bildung, Austausch, Unterhaltung und Miteinander	Förderung der Integration von Migranten, vorrangig russischer Herkunft	¬ Tanz-, Musik- und Theaterkurse ¬ Kulturelle Veranstaltungen ¬ Tanz- und Gesangsensembles

Eigene Darstellung, basierend auf halbstrukturierten Interviews mit Vereinsmitgliedern und Informationen von den Webseiten der Vereine (Stand: Oktober 2018)

picture alliance / Christoph Schmidt / dpa

Vertrautes Angebot für die einen, „exotisches" Einkaufserlebnis für die anderen: russisches Spezialitätengeschäft im baden-württembergischen Ludwigsburg 2017

„Russische" Supermärkte und Restaurants

ANNA FLACK

„Fremdes Essen" ist aus der kulinarischen Landschaft Deutschlands nicht mehr wegzudenken. Im Vergleich zu italienischen Eisdielen, türkischen Dönerimbissen oder China-Restaurants werden russische Restaurants und Geschäfte in der Öffentlichkeit aber kaum wahrgenommen. Zum einen leben postsowjetische Migrantinnen und Migranten noch nicht so lange in Deutschland wie andere Herkunftsgruppen. Zum anderen sind Asien und der Mittelmeerraum beliebte Urlaubsziele vieler Deutscher, während Russland bislang weit weniger bereist wird. Die geringe Vertrautheit mit der „russischen Küche" erklärt auch die niedrigere Anzahl, „russischer" Restaurants im Vergleich zu Supermärkten, die Produkte aus dem postsowjetischen Raum vertreiben. Im Einzelhandel kann leichter mit neuen Geschmacksrichtungen experimentiert werden. Sicher wirken sich zudem geringere finanzielle Möglichkeiten von Russlanddeutschen auf Restaurantbesuche aus. Im Folgenden geht es daher primär um „russische" Supermärkte.

Eine berufliche Perspektive für von Arbeitslosigkeit bedrohte Russlanddeutsche kann zum Beispiel eine Tätigkeit als selbstständiger Unternehmer oder Dienstleister im Einzelhandel bieten. Von ihnen geführte Lebensmittelgeschäfte füllen mittels russischsprachiger Bedienung und dem Angebot vertrauter Speisen eine kommerziell ausschöpfbare, ethnische Nische. „Russische" Supermärkte sind aber nicht immer auf den ersten Blick als solche erkennbar. Neben Marktnamen wie „Katjuscha", „Altai" oder „Russische Spezialitäten" gibt es ebenso „neutrale" Namen wie „Mix Markt" oder „Absolut". Das Sortiment in „russischen" Supermärkten umfasst in der Regel Produkte aus dem gesamten postsowjetischen Raum (weswegen „russisch" in diesem Beitrag in Anführungszeichen steht). Meist werden zusätzlich polnische, griechische und türkische Waren angeboten.

Supermarktbetreiber wollen also sowohl postsowjetische und aus anderen Ländern stammende als auch einheimische Kundinnen und Kunden ansprechen, von denen viele im Sinne einer Erlebnisgastronomie eine „authentische", exotische Atmosphäre erwarten. Ein Teil der Unternehmen verfolgt daher die Strategie der „Selbst-Ethnisierung". Diese kann sich beispielsweise im Mobiliar oder in russischer Hintergrundmusik widerspiegeln. Daneben gibt es Kundinnen und Kunden, die trotz der Exotik im „russischen" Supermarkt einkaufen und sich dort vorwiegend mit nicht als spezifisch „russisch" wahrgenommenen Nahrungsmitteln wie Brot oder Milch versorgen – beispielsweise, weil ihnen dort attraktive Lebensmittelpreise angeboten werden oder weil das Geschäft günstig gelegen ist.

Migration und der Prozess der Integration können bei Zugewanderten Fremdheitsgefühle auslösen. Als einschlägig „russisch" wahrgenommene Lebensmittelgeschäfte und Speiselokale sind Orte, an denen soziale Kontakte insbesondere in der Eigengruppe geknüpft und aufrechterhalten werden können. „Russische" Supermärkte ermöglichen Russlanddeutschen, sich miteinander und mit anderen postsowjetischen Migranten auszutauschen. Der Verzehr von aus dem Herkunftsland bekannten Lebensmitteln oder die Bedienung in russischer Sprache durch eine ebenfalls in der Sowjetunion sozialisierte Person helfen, emotionale Sicherheit zu stiften und positive Erinnerungen an die frühere Heimat zu wecken. Der Geschmack einer vertrauten Speise kann Erinnerungen an vergangene Situationen aufrufen, in denen sich die Person als handlungsfähig, kompetent und respektiert wahrnahm. Solche Erinnerungen sind wertvolle Ressourcen, um mit einer Migrationssituation einhergehende Probleme und Gefühle zu bewältigen.

Daneben kann ein „russischer" Supermarkt aus nostalgischen Gründen oder zur Demonstration eines russischen, (post-)sowjetischen, deutsch-russischen oder transnationalen Lebensstils frequentiert werden. Je nach Generationszugehörigkeit und dem Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe sind

„Russisch“ kaufen und essen

Ausschnitte eines Interviews mit zwei russlanddeutschen Studentinnen

Wo kaufst du deine Lebensmittel ein?

Da wir wirklich 20 Meter von einem Discounter weit weg wohnen, kaufen wir da meistens ein. Und sonst ab und zu mal gerne in diesem Feinkostladen.

Sonst irgendwelche Spezialitätengeschäfte, türkische oder russische oder sowas?

Ja, also ab und an, das ist für uns auch so eine Tradition. Da haben wir immer so einen Super-Cousinen-Tag und dann gehen wir oft in den russischen Laden, der ist hier nicht so weit weg. Wir sind zwei Mädels und zwei deutsche Jungs... und die mögen dieses Öl auch sehr gerne. Das ist dieses ungefilterte, naturbelassene Sonnenblumenöl. Es hat ein bisschen mehr Eigengeschmack und das mögen die Jungs auch sehr gerne. Und immer wenn das ausgeht, ist es immer so ein Anzeichen, ja, wir sollten einen Super-Cousinen-Tag machen und dahin gehen.

Und was kauft ihr dann da so?

Öl natürlich. Buratino-Limonade. Genau, und alles, was uns noch so ins Auge sticht, also das letzte Mal haben wir, glaube ich, Pel’meni auch mitgenommen. Nein, Piroschki waren das sogar, die waren ganz lecker.

Die gibt es auch als Fertigpackung?

Ja. Erstaunlich gut, weil sonst bin ich da auch sehr, sehr skeptisch. Manchmal kaufen wir diese eingelegten Sachen, Tomaten ... Auberginen, Zucchini. Genau, diese мало сольные [wenig gesalzenen] Gurken. Ja ... die esse ich auch sehr, sehr gerne. Vor allem wenn man bei Verwandten ist, die das selbst machen, dann finde ich das sehr, sehr lecker. Also es ist aber auch etwas ganz ganz Anderes, also diese klassischen Essiggurken. Ich glaube, das würden die Russen gar nicht so mögen, also zumindest die „Dorfrussen“. Weil es ja wirklich Essig ist, also es ist ja nicht zu vergleichen mit diesen fein gesalzenen, eingelegten.

Was ist euer Lieblingsessen?

Ich esse wahnsinnig gerne Sushi und auch Indisch. Wenn ich zusammenfassen müsste, hätte ich asiatisch gesagt. Oder wenn man mal zu Hause [bei den Eltern] isst und dann etwas wirklich Gutes kriegt. So diese russische Hausmannskost.

Ausschnitte eines Interviews mit einem Betreiber eines „russischen“ Restaurants ohne eigenen Migrationshintergrund

Haben Sie viele deutsche Gäste?

Ja, unser Anteil hier an deutschen Gästen, also aus der Region kommend, sagen wir es so, weil Deutsch sind ja eigentlich 98 Prozent der Gäste, aber aus der Region kommend beträgt der Anteil hier zwischen 70 und 80 Prozent, was auch sehr wichtig ist für das Fortbestehen des Restaurants.

Und wieso haben Sie das Restaurant ausgerechnet hier in diesem Stadtteil eröffnet und nicht zum Beispiel im Zentrum, wo ja die meisten internationalen Restaurants zu finden sind?

Ja gut, das hat sich damals gerade angeboten, hier war vorher auch ein Russe drin, der eine Pizzeria geführt hat, hier in diesem Stadtteil wohnen halt 80 Prozent Aussiedler aus dem Osten. Ein Großteil von der aus Russland kommenden Bevölkerung sind Geburtstagsfeiern, Jubiläumsfeiern, auch kleinere Hochzeiten. Was hier gefeiert wird, also in Deutschland, im kleineren Kreise mit ein paar Deutschen oder deutscher Verwandtschaft und z. T. von Russland, und die zweite Hochzeit wird dann meistens eh in der Ukraine oder irgendwo drüben dann mit 100 oder 200 Gästen gefeiert. Der zweite Tag Hochzeit, den kennen ja nicht so viele. Der wird dann veranstaltet, wenn die Verwandtschaft von weiter weg kommt und hier übernachtet. Dann wird am nächsten Tag nochmal Mittag gegessen, vielleicht noch Kaffee und Kuchen und dann reisen die Leute ab.

Was bieten Sie denn hier für Gerichte an?

Also natürlich, mein Ziel war es natürlich, die Deutschen hier nicht zu verschrecken, also bieten wir deutsche Speisen an und russische, und zu den deutschen Speisen gehören natürlich alle Schnitzelarten. Auch der Schweinebraten und Rinderbraten, also Sauerbraten ist drauf [auf der Speisekarte], und dann natürlich die typischen russischen Speisen, wie Schaschlik, Pel’meni, das sind erst einmal die Highlights, die russischen.

Was ist Ihr Erfolgskonzept?

Also das Problem daran ist, das war mir auch von Haus aus klar, dass man alleine nur von der russischen, also von Russland kommenden Gesellschaft nicht leben kann. Dahingehend ... dass die meisten entweder hier ihr Haus gebaut haben und ein großes Auto fahren und die ganze Familie eigentlich für Haus und Auto spart und für die Kinder, die sie noch haben, und sich überdies nichts mehr leisten können. Oder sie leben dann in Sozialwohnungen, Hartz IV-Empfänger, und da ist natürlich nicht mehr viel drin. Dann natürlich, die Meinung habe ich oft gehört, dass auch von Russland Kommende eigentlich mit Russen nichts zu tun haben wollen. Also sie stellen sich gegen die eigene Gesellschaft, da fehlt es irgendwie an Identität oder so. Dieses alleine reicht halt nicht aus, um die Kosten von so einem Betrieb zu decken, also Personalkosten, Pacht usw. usf., GEMA und Strom, was halt alles dazu gehört. Und dahingehend muss man also eine zweite Schiene fahren, die russischen Speisen für, ja, die hier Lebenden interessant zu machen. Es hat jeder Deutsche in seinem Umfeld irgendjemanden, der aus Russland kommt, ob es in der Arbeit sei, im Freundeskreis oder dass jemand eingeheiratet hat. Die russische Gesellschaft ist ja nicht mehr aus dem deutschen Leben wegzudenken. Und jeder erzählt vom Essen, vom Schaschlik und hin und her, und das will ich halt hier in diesem Restaurant letztendlich den hier Lebenden zugänglich machen. Ich fahre die Brücke, dass es zwar ein russisches Restaurant ist, ich aber kein Russe bin und dadurch den Leuten ein bisschen die Scheu nehme vor dem Fremden, sondern hier ist ja einer von uns.

Anna Flack

die emotionalen Bedürfnisse unterschiedlich motiviert und ausgeprägt. Essen und Trinken sind nicht nur menschliche Grundbedürfnisse. Was wir essen und trinken und was uns schmeckt, hängt in großem Maße von unserer Sozialisation ab. Der Verzehr vertrauter Speisen und Getränke trägt somit zur Bewältigung von Fremdheitsgefühlen bei und stabilisiert die eigene Identität.

Die Beharrung von Russlanddeutschen und anderen Migranten auf mitgebrachten Ernährungsgewohnheiten kann ein Zeichen mangelnder Integration und Teilhabe sein – muss es aber nicht zwangsläufig. Sie sagt ebenso wenig über die Koexistenz in Deutschland lebender Menschen aus wie eine Begeisterung einheimischer Deutscher für ausländische Gerichte. Tendenziell werden im Laufe der Zeit immer weniger Speisen

„Soulfood auf dem Teller" mit wachsender Fangemeinde: Pel'meni mit Smetana, gefüllte Teigtaschen mit Sauerrahm

und Getränke mit der „alten Heimat" verknüpft. Dafür werden die beibehaltenen Gerichte symbolisch aufgewertet. Ehemalige Alltagsspeisen können in den Rang von Spezialitäten aufsteigen. Kulturanthropologen sprechen in diesem Zusammenhang von *„Soulfood"*. Zum Beispiel können sibirische Pel'meni *„Soulfood"* sein: Sie sind „typisch" und werden nicht mehr nur noch in bestimmten, „ursprünglichen" Kontexten zubereitet, sondern sind stets verfügbar – nicht nur im „russischen" Supermarkt, sondern zunehmend auch im nächstgelegenen „deutschen" Discounter.

Russlanddeutsche Migrationskirchen: Entstehung und Herausforderungen

KORNELIUS ENS

In vielen russlanddeutschen Familien hat das in der Sowjetunion erlebte Unrecht während des Stalinismus seelische Traumata hinterlassen, die über Generationen hinweg tradiert wurden. Die Aufarbeitung dieser Erinnerungen konnte im Wesentlichen erst nach der Übersiedlung nach Deutschland beginnen. Insbesondere diejenigen Russlanddeutschen, die sehr religiös waren und ihren Glauben trotz massiver Anfeindungen und repressiver sowjetischer Religionspolitik weiter ausgeübt hatten, mussten eine von Deportation, Arbeitslager und Gewalt geprägte Vergangenheit bewältigen. In der unmittelbaren Lebensumbruchphase der Migration nach Deutschland brauchten sie Halt und Sicherheit, die sie bevorzugt in selbstorganisierten Migrationskirchen finden wollten. Sie knüpften damit an frühere Erfahrungen an: Als gläubige Russlanddeutsche waren sie gleich doppelt aus dem kollektiven Wir in der Sowjetunion ausgeschlossen gewesen – als Angehörige der deutschen Minderheit und als Christinnen und Christen – und hatten sich daher häufig in kleine Gruppen Gleichgesinnter zurückgezogen. Die kirchliche Gemeindelandschaft in Deutschland konnte den russlanddeutschen Gläubigen ein solches auf Kollektivität ausgerichtetes Gemeinschaftsgefüge kaum anbieten.

Die starke religiöse Ausprägung einiger Russlanddeutscher ist in der Geschichte begründet: Das Einladungsmanifest Katharinas II. von 1763 an potenzielle deutsche Siedler beinhaltete religiöse Freiheitsversprechen ebenso wie die Befreiung vom Wehrdienst, die vor allem für Mitglieder der historischen Friedenskirche der Mennoniten einen außerordentlichen Stellenwert einnahm. Insofern war der christliche Glaube mindestens bis zur → Oktoberrevolution 1917 konfessionsübergreifend bestimmend für die Lebensweise vieler Deutscher in Russland. Dabei führten unterschiedliche protestantische Erneuerungsbewegungen zur Gründung neuer kirchlicher Gemeinschaften.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts gingen russlanddeutsche Christinnen und Christen unterschiedlicher Konfession in der Sowjetunion teilweise in den Widerstand und gründeten Untergrundkirchen. Hierbei zeichnete sich die russlanddeutsch-protestantische Frömmigkeit im Regelfall durch eine Ablehnung säkularer Entwicklungen aus, die unter anderem an der sowjetischen Mehrheitsgesellschaft festgemacht wurde. Diese Grundhaltung wurde häufig durch die massive Diktaturerfahrung gefestigt und prägte die theologische Entwicklung von russlanddeutschen Kirchengemeinden sowohl in der Sowjetunion als auch in den Jahren des Ankommens in Deutschland. Auf kirchliche Beziehungen nach Deutschland, die vor den 1940er-Jahren noch durchaus dokumentiert sind, konnte aufgrund der abgeschirmten Situation in der Sowjetunion nicht mehr zurückgegriffen werden.

Die erlebte Religionsverfolgung in der Sowjetunion nannten viele Russlanddeutsche als Grund ihrer Emigration nach Deutschland ab den 1970er-Jahren. Hier gründeten sie in der Folge zahlreiche freie russlanddeutsche Migrationskirchen. Dabei konnte teilweise auf bewährte Elemente wie Zweisprachigkeit und Gemeinschaftsbildung zurückgegriffen werden. Derzeit besuchen etwa 400 000 Personen solche Freikirchen, wobei circa 100 000 unter ihnen Mitglieder der jeweiligen Gemeinden sind.

Konfessionell sind russlanddeutsche Migrationskirchen häufig schwer einzuordnen. Manche Gemeinden haben Schnittmengen mit dem deutschsprachigen Evangelikalismus, dem wiederum andere Gemeinden trotz häufig identischer Kir-

Geborgenheit in der religiösen Gemeinschaft: russlanddeutsche Frauen beim Gottesdienst in der evangelischen Kirche eines Dorfes in Kasachstan am 31. Juli 1992

chenbezeichnung skeptisch gegenüberstehen. Die relative Abgeschlossenheit und Uneindeutigkeit in der Zuordnung stellen den gesamtgesellschaftlichen Dialog vor gewisse Probleme: Wenn russlanddeutsche Migrationskirchen konfessionelle Zuordnungen ermöglichen würden bzw. sich in etablierte kirchlich-theologische Foren einbrächten, könnten Verunsicherungen seitens der Mehrheitsgesellschaft abgebaut sowie die Sprachfähigkeit in interkonfessionellen Dialogen qualitativ gesteigert werden. Auch könnte dies den parallelgesellschaftlichen Tendenzen einzelner Kirchengemeinden vorbeugen.

Bemerkenswerte Integrationsprozesse durchlaufen nämlich gerade diejenigen russlanddeutschen Migrationskirchen, die ihren Mitgliedern konfessions-, aber auch kulturübergreifende theologische Auseinandersetzungen ermöglichen. Die Perspektivweitung, die durch eine solche Partizipationsbereitschaft ausgelöst wird, ist für viele russlanddeutsche Christinnen und Christen häufig ein entscheidender Impuls für eigene zivilgesellschaftliche Initiativen und für eine engagierte Teilhabe an weiteren sozialen Handlungsfeldern. So erschließen sich teilweise gerade die jüngeren Generationen in russlanddeutschen Migrationskirchen mit hoher Intensität theologische Themenfelder, häufig in bewusst kirchenübergreifender Gesamtsicht. Hierbei ist auch die etablierte deutsche Kirchenlandschaft herausgefordert, diesen vielfach hybriden theologischen Denkprozessen von Russlanddeutschen im Sinne der migrationsbedingten Diversität aufgeschlossen gegenüberzutreten, sodass Migrationskirchen auch perspektivisch sinnstiftende und integrationsfördernde Orte sein können.

Russlanddeutsche Erinnerungskultur

VIKTOR KRIEGER

Die 250-jährige Geschichte der deutschen Minderheit im Russischen Reich bzw. in der Sowjetunion bildet die Grundlage eines eigenständigen Selbstverständnisses und einer gruppenspezifischen Erinnerungskultur der Russlanddeutschen. Sie unterscheiden sich erheblich von den dominanten Vergangenheits- und Gedächtnisbildern sowohl der russischen als auch der deutschen Nation. In der Russischen Föderation ist der Sieg über NS-Deutschland zum wichtigsten identitätsstiftenden Narrativ, zu einem umfassenden gesellschaftlichen Konsens geworden. Den Kernpunkt der Erinnerungspolitik bilden Patriotismus und Heldenkult; sorgfältig wird der Stolz auf den Sieg über Deutschland und die moralische Überlegenheit gegenüber den „deutschen Faschisten" kultiviert.

In Deutschland bildet der Holocaust den bedeutendsten Pfeiler der Erinnerungskultur, was die Fragen von Täterschaft und Verantwortung in den Mittelpunkt rückt. Dagegen ist das zentrale Erinnerungsnarrativ der Russlanddeutschen maßgeblich von Ausgrenzungs-, Leidens- und Opfererfahrungen geprägt: Jahrzehntelange Verfolgungen, Diskriminierungen und germanophobe (deutschfeindliche) Propaganda, insbesondere während des Stalinismus von 1927 bis 1953, haben nahezu alle Angehörigen der deutschen Minderheit in Mitleidenschaft gezogen.

Von allen Enteignungs-, Verbannungs- und Unterdrückungsmaßnahmen des Sowjetstaates waren die Deutschen stets überproportional betroffen, sei es als Opfer der Hungerkatastrophen der Jahre 1921/22 und 1932/33, des Vernichtungskampfes gegen wohlhabende Bauern (sog. → Kulaken) und Gläubige oder des „Großen Terrors" von 1937/38. So waren etwa

Im russischen Bürgerkrieg führen Ernteausfälle und umfangreiche Getreidekonfiszierungen durch die Bolschewiki 1921 zu einer katastrophalen Hungersnot, die auch das von den Wolgadeutschen besiedelte Gebiet erfasst. Halbverhungerte Kinder im Kinderkrankenhaus und Leichen Verhungerter, die auf einem Pferdewagen zum Friedhof gefahren werden (beides Marxstadt, heute Marx, Gebiet Saratow).

von insgesamt 682 000 im „Großen Terror" erschossenen Personen 55 000 (8,1 Prozent) Deutsche, obwohl sie damals nur 0,8 Prozent der sowjetischen Bevölkerung stellten.

Der Erlass zur Zwangsumsiedlung vom 28. August 1941 (siehe S. 18) erklärte die schon seit mehreren Generationen im Land lebenden Personen deutscher Herkunft zu Feinden des Sowjetstaats. Daraufhin folgten Entzug der Bürgerrechte, umfassende Deportationen, Zwangsarbeit und germanophobe Anfeindungen. Bis 1955 standen Russlanddeutsche als → Sondersiedler mit stark beschnittenen Bürgerrechten unter der Aufsicht der → Sonderkommandanturen des sowjetischen Innenministeriums: Ohne Erlaubnis des Kommandanten konnten sie sich nicht mehr als fünf Kilometer von ihrem Bestimmungs- oder

Zeitzeugenberichte

Nur wenige Zeitgenossen hatten den Mut und die Aufrichtigkeit, die Deportation und Entrechtung ihrer deutschen Mitbürger zu verurteilen wenn auch nur privat. Zu diesem Kreis gehörte der Schriftsteller Boris Pasternak, der in einem Brief an seine Frau Sinaida Nikolaewna am 12. September 1941 schrieb:

Schon vor einigen Tagen wurde über die ausnahmslose Aussiedlung der ganzen Republik der Wolgadeutschen (bis zu einer Mio. Menschen) nach Zentralasien oder hinter das Altai-Gebirge gesprochen. Und plötzlich trifft es auch die Moskauer Deutschen, beispielsweise Rita William. Ausgerechnet in dieser schrecklichen regnerischen Nacht [in der dieser Brief niedergeschrieben wird – Anm. d. Verf.] haben in Peredelkino die Kaisers und Elsners davon erfahren, ehrliche, unschuldige und arbeitsame Leute, die bei den Pawlenkos wohnen. Sie müssen morgen nach Kasachstan, hinter Taschkent, ziehen. Die ganze Nacht hat mich das bedrückt. Wie viel Leid und Übel gibt es doch überall, zu welchen Höhen ballt sich die menschliche Verwüstung, wie viele Abrechnungen, die sich oft überlagern, bewahrt die menschliche Rachsucht, wie viele Jahrzehnte müssen bis zur beiderseitigen Versöhnung in der Zukunft vergehen?

Pis'ma B.L. Pasternaka k žene Z.N. Nejgauz-Pasternak [Briefe von Boris Pasternak an seine Frau, Sinaida Neuhaus-Pasternak]. Moskau 1993, S. 137. Margarita (Rita) William war die Schwester der Frau seines Bruders Alexander Pasternak. Peter Pawlenko wohnte in der Nachbarschaft zu Pasternak in der Schriftstellersiedlung Peredelkino.

Rudolf Romberg berichtet über seine Zeit im Arbeitslager:

Die Deutschen [in der UdSSR] wurden nicht mehr in die Armee eingezogen. Die Behörden haben uns diesbezüglich nichts erklärt, aber in den Massenmedien ging sofort die Deutschenhetze los. Die Deutschen wurden nur mit Hörnern präsentiert und uns wurde klar, was uns erwartet. Plakate tauchten auf, dass alle Deutschen von der frühen Kindheit bis zum hohen Alter schon Verbrecher seien:

Шаловлив был юный фриц [Unartig war der kleine Fritz]

Резал кошек, вешал птиц [Er schlachtete Katzen ab und erwürgte Vögel]

Dazu kamen noch die Zeichnungen (kleine Jungs mit großen Messern, blutbespritzt mit toten Katzen und Vögeln). Allein der Anblick war schauderhaft. [...]

Am 18. März 1942 wurde ich aus der Siedlung Marinowka, Gebiet Kustanaj in den Bautrupp Nr. 10 des Tscheljabmetallurgstroj des → NKWD eingeliefert. In der Morgenstunde standen wir vor dem Eingangstor des Lagers, von Stacheldraht umzäunt, mit Wachtürmen und -hunden gesichert. In Vier-Männer-Reihen aufgestellt, wurden wir wie Schafe gezählt und ins Lager für die vollen vier Jahre, bis zum 1. Mai 1946 eingepfercht. Uns nannte man Arbeitsmobilisierte (in Geschäftspapieren), im Umgang waren wir Fritzen und Faschisten. Es gab kein Bettzeug, keine Wäsche, anderthalb Monat gab es kein Bad, keine Möglichkeit, Hände zu waschen. [...] Das Gelände des Bautrupps bestand aus 14 Baracken für je 180 Mann. Die Baracke selbst war eigentlich eine Erdgrube, bedeckt mit Giebeldach. Im Zentrum standen Zwei-Etagen-Pritschen, an den Wänden einfache [Pritschen], unter denen der Schnee lag. Diese Unterkunft wurde von zwei Eisenöfen geheizt, die den Riesenraum nicht vollständig erwärmen konnten. [...]

Unser 10. Trupp baute das Walzwerk. Mit Spaten, Brecheisen, Pickel, Meisel und Schlaghammer hoben wir Riesengruben in der gefrorenen Erde für das Fundament des Walzwerkes aus. Wir schufteten 12 Stunden am Tag. Die Verpflegung war wie folgt: Im Falle der Normerfüllung bekam man 800 Gramm Schwarzbrot, 3 Mal Wassersuppe [...] und zum Mittagessen noch 100 bis 150 Gramm Hafer- oder Hirsegrütze. Diejenigen, die das Plansoll nicht leisten konnten, erhielten nur 400 Gramm Schwarzbrot und Wassersuppe. Fleisch und Fette gab es praktisch nicht. Der Frühling 1942 war anhaltend und frostig, das Aushöhlen des Fundaments in der durchgefrorenen Erde nahm die Kräfte der Arbeitsmobilisierten stark in Anspruch. Bereits im September konnten sich die meisten Leute wegen der Abmagerung und avitaminöser Krankheiten kaum bewegen; das große Sterben begann. [...]

Jeden Tag konnte man auf den Pritschen 4 bis 5, manchmal mehr Tote finden. Dem Verstorbenen wurde eine Holzplakette mit seinen Daten an den Fuß gebunden (mit Draht oder Strick), er wurde ins Leichenhaus gebracht. Am nächsten Tag auf ein Fuhrwerk aufgestapelt (wie Holz) und in einer Grube 1,5 km vom Lager entfernt versenkt. Beim Durchfahren des Tores wurde dem Verstorbenen der Schädel mit einem Hammer zertrümmert, damit kein Lebendiger entkommen konnte. Den Angehörigen wurde keine Nachricht über den Tod ihres Mannes, Sohnes oder Verwandten gemacht. [...]

Zitiert nach: Erinnerungen von Rudolf Romberg, in: Archiv der [einstigen] Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland, Bestand „Arbeitsarmee", Faszikel 12. Im Russischen bedeutet Fritz ein zutiefst abwertendes Schimpfwort für einen Deutschen. Die zitierten Verse verfasste der sowjetische Dichter und Übersetzer Samuil Marschak. Rudolf Romberg, geb. 1924 in Marinowka, Gebiet Kustanaj/Kasachstan, wuchs in einer deutschen Siedlung auf, die 1902 in der kasachischen Steppe gegründet wurde. [Im] November 1941 wurde er im Zuge der Säuberung der Städte von den Deutschen in das Dorf Pawlowka verwiesen. Von dort aus erfolgte im März 1942 die Einweisung zur Zwangsarbeit ins Arbeitslager Teljabmetallurgstroj (TschMS) des NKWD der UdSSR in der Nähe der Stadt Tscheljabinsk, das zum Bau eines riesigen Eisenhüttenkombinats errichtet wurde. Ab Mai 1946 bekam er den Status eines Sondersiedlers, aber stand noch bis Januar 1956 unter Kommandanturaufsicht und war in seiner Wohnorts-, Arbeits- und Berufswahl stark benachteiligt. Seit 1992 lebte er in Deutschland. Diesen Zeugenbericht verfasste der Autor im Jahr 2000. Er starb 2006 in Landsberg/Lech.

Ein Zitat aus dem Lehrbuch der 9. Klasse der Mittelschule „Geschichte der UdSSR", hg. unter Leitung der Sowjethistorikerin Prof. A.M. Pankratowa, in dem seit 1941 in mehreren Auflagen bis 1963 (23. Auflage, hier zitiert die 12. Aufl. von 1953, S. 142) folgendes über die Wolgadeutschen stand:

Bei der Kolonisierung der Unteren Wolga-Region hat die Regierung dorthin Tataren, Mordwinen und Tschuwaschen aus den Gegenden der Mittleren und Oberen Wolga angesiedelt. Zusammen mit dem russischen Volk legten diese Völker den Grundstein der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Unteren Wolga-Region. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schossen auf beiden Seiten der Wolga – um die Stadt Saratow und darunter – Dörfer der deutschen Kolonisten empor. Um die großflächigen Steppen schneller urbar zu machen, gab die Regierung von Katharina II. 1763 ein Manifest heraus, das ausländische Siedler nach Russland eingeladen hatte. Diesem Ruf folgten mehr als 20 000 Siedler, die aus Frankreich, Schweden und insbesondere aus dem vom Siebenjährigen Krieg verwüsteten Deutschland stammten, und ließen sich an den Wolgaufern nieder. Siedler-Ausländer erhielten 30 Dessjatinen [ca. 33 ha Land] pro Familie und ein Darlehen für die Wirtschaftseinrichtung. Sie verwandelten sich bald in den wohlhabendsten und reaktionärsten Teil der Landbevölkerung, der sich verächtlich und feindselig gegenüber den russischen Bewohnern verhielt.

Russischsprachiges Original des Lehrbuches online: https://sheba.spb.ru/shkola/istoria-sssr9-1953.htm

Deportation und Zwangsarbeit sollten im Stalinismus nicht nur tatsächliche oder vermeintliche Regimegegner treffen, sondern auch gesellschaftliche Gruppen, die als unzuverlässig angesehen wurden, wie etwa die deutsche Minderheit. Gefangene in einem sowjetischen Straf- und Arbeitslager um 1932

Wohnort entfernen und durften sich nur dort aufhalten, wo es vor Ort Kommandanturen gab. Im europäischen Teil des Landes war es ihnen deshalb grundsätzlich verboten, zu studieren, Urlaub zu machen, dorthin eine Dienstreise anzutreten oder sich zur ärztlichen Behandlung zu begeben. Es war ihnen nicht erlaubt, Führungspositionen zu übernehmen oder in die Sowjets auf örtlicher, regionaler, Republik- oder Unionsebene gewählt zu werden.

Nach eher niedrig angesetzten Opferzahlen sind im Zeitraum 1917 bis 1948 etwa 480 000 deutsche Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer erschossen worden, erfroren, verhungert oder an Entkräftung und Krankheiten vorzeitig ums Leben gekommen. Für eine Ethnie, die Anfang der 1950er-Jahre lediglich um die 1,35 Millionen Menschen zählte, ist dies eine beträchtliche Zahl.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren deutsche Sowjetbürgerinnen und -bürger weiterhin Ziel antideutscher Ressentiments. Es fehlte an einer finanziellen, politischen, rechtlichen und nicht zuletzt moralischen Rehabilitierung. Ihre Geschichte wurde in Schulbüchern, Massenmedien und wissenschaftlichen Untersuchungen verschwiegen oder verfälscht.

In der Zeit des demokratischen Umbruchs nach 1985 wurden ihre leidvollen, traumatischen Erfahrungen im Stalinismus von der russischen Seite offiziell anerkannt. Das vom russischen Parlament am 26. April 1991 angenommene Gesetz „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ sprach unter anderem von der „Politik der Verleumdung und des Genozids auf staatlicher Ebene“, dem die einst deportierten Völker – darunter auch die Wolgadeutschen und andere Gruppen von Deutschen – ausgesetzt waren.

Das Verständnis, ein Opfer staatlich verordneter Gewalt zu sein, wird bis heute im Wesentlichen durch innerfamiliär vermittelte lebensgeschichtliche Erfahrungen und durch Selbstdarstellungen an spätere Generationen weitergegeben. Das ist insbesondere dem Umstand geschuldet, dass es sowohl in Russland als auch in Deutschland an staatlichen Institutionen der Geschichts- und Erinnerungskultur wie etwa Museen, Archiven, Bibliotheken, Dokumentationszentren, Gedenkstätten und Forschungsinstituten mangelt, die sich schwerpunktmäßig mit dem russlanddeutschen Kulturerbe befassen. Dadurch konnte sich eine Geschichtsschreibung, die von den Betroffenen wahrgenommen wird, nicht etablieren. Auch fehlt es an einer schulischen Vermittlung und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Minderheit.

Neben diesem russlanddeutschen Zentralnarrativ stellen Selbstbehauptungswille, Arbeitsethos, Freiheitsdrang und rechtsstaatliches Gedankengut weitere wichtige identitätsstiftende Komponenten dar. Die Vorfahren der meisten Russlanddeutschen wurden zur landwirtschaftlichen Erschließung der dünnbesiedelten Gegenden „berufen“, um dem jeweiligen Zaren bzw. dem Staat zu „dienen“. Somit entstand eine Rechts- und Vertragsgemeinschaft, die auf wechselseitigen Pflichten und Rechten beruhte. Von den angeworbenen Siedlern wurden Loyalität, Staatspatriotismus, Gesetzestreue und nicht zuletzt eine nutzbringende Produktivität erwartet. Andererseits nahmen Russlanddeutsche für sich das Recht auf Protest und „Auflösung des Dienstverhältnisses“ in Anspruch, wenn der Herrscher oder die Regierung ihren Zusagen und Pflichten nicht nachkamen oder sie einseitig verletzten. Vor allem seit der bolschewistischen Machtübernahme entstanden – als Reaktion auf unterschiedliche Arten von Verfolgung und Unterdrückung – verschiedene Formen des Eigensinns, der Systemkritik und des Widerstandes.

Für einen beträchtlichen Teil der Russlanddeutschen ist auch die Erinnerung an die kurzlebige Existenz der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen relevant, in der sie als Titularnationalität – also als namensgebende nationale Gruppe des Gebietes – auch positive Seiten der sowjetischen Nationalitätenpolitik erfahren haben: Förderung der einheimischen Funktions- und Bildungselite, deutschsprachiges Schul- und Hochschulwesen, nationale Museen und Theater. Die gegenwärtige gesellschaftliche Randstellung einer „territoriums- und autonomielosen“ Minorität sorgt sowohl in Russland als auch bisweilen in Deutschland für nostalgische Erinnerungen und eine Verklärung der Wolgarepublik.

Russlanddeutsche Geschichte, Kultur und Migration im Museum

NATALJA SALNIKOVA

Die Auswanderung der Russlanddeutschen aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland in den 1990er-Jahren war in beide Richtungen impulsgebend für die Musealisierung ihrer Erinnerungskultur. Während in Russland und den → GUS-Staaten die „Zurückgebliebenen" die Notwendigkeit sahen, neben der immateriellen auch die materielle Kultur der wegziehenden Deutschen zu retten, vergewisserten sich die in der Bundesrepublik angekommenen Emigrantinnen und Emigranten der eigenen kulturellen Zugehörigkeit in musealen Inszenierungen und präsentierten diese der Mehrheitsgesellschaft.

In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion entstanden „Heimatsammlungen" oder Wanderausstellungen mit historisch-ethnografischen Schwerpunkten, die zum Teil als Deutsch-Russische Häuser von der Bundesrepublik gefördert werden. Doch auch die *kraevedčeskie muzei* (Regional-/Heimatmuseen) in den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten entdeckten die Bedeutung dieser Minderheitengruppe für ihre Region neu. In der Absicht, Deutsche als eine „Kulturgruppe" des russischen Vielvölkerstaates zu präsentieren, entstanden unter anderem die Sonderausstellungen „Aus der Geschichte der Wolgadeutschen" im Heimatmuseum der Region Saratov (1992) und „Deutsche in Sibirien" im staatlichen Geschichts- und Heimatkundemuseum der Stadt Omsk (1994), die seitdem in die Dauerausstellungen dieser Museen übergegangen sind. Beide Ausstellungen sind in ihrem Sammlungsbestand und ihrem Umfang für Russland beispielhaft (siehe dazu I. Tscherkasjanowa, 2012).

In Deutschland wiederum spiegelt sich die russlanddeutsche Kulturgeschichte in erster Linie in dem bereits 1996 eröffneten und im Jahre 2011 neu konzipierten Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold wider (siehe dazu J. Debelts, 2012, und K. Neufeld, 2012). Seine Existenz in der musealen Landschaft gab Anstoß, eine der größten Migrationsgruppen der bundesdeutschen Gesellschaft auch in den auf nationaler Ebene agierenden Museen in Sonderausstellungen einzubeziehen – wie im Deutschen Historischen Museum, dem Auswandererhaus Bremerhaven und dem Museum Friedland.

Obwohl sich die Ausstellungen und Museen in Deutschland von denen in Russland bzw. den GUS-Staaten unterscheiden, weisen sie auch einige Gemeinsamkeiten auf. Thematisch manifestiert sich die Kulturgeschichte in denselben historischen Meilensteinen: Kolonienbildung im 18./19. Jahrhundert, Aufbau der eigenen Existenz im Russischen Reich, Hungersnöte,

Museale Erinnerung an die Kultur der Russlanddeutschen in der alten und in der neuen Heimat: Ausstellung „Aus der Geschichte der Wolgadeutschen" im Heimatmuseum Saratow (o.li.), „Deutsche in Sibirien" im Geschichts- und Heimatkundemuseum Omsk (o.re.), „Russlanddeutsche Ausstellung" im Deutsch-Russischen Haus von Novosibirsk (u.li.), Dauerausstellung „Ausgepackt" im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold (u.re.)

Gründung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen, Zweiter Weltkrieg, Deportationen, *Trudarmija* (→ Arbeitsarmee), herausragende Deutsche in Russland, Sowjetisierung und die Migration nach Deutschland.

Das Thema Migration dient den meisten deutschen Museen bzw. Ausstellungen als Ausgangslage und wird daher umfangreicher thematisiert, zumal hier auch die nicht immer reibungslos verlaufende Integration angesprochen wird. In den Ausstellungen der ehemaligen Sowjetrepubliken nimmt die Auswanderung nach Deutschland dagegen einen sehr geringen Platz ein: Vielmehr wird die „Revitalisierung alter Traditionen", wie beispielsweise der Osterbräuche, in den deutsch-russischen Häusern vorgenommen und somit zur „Musealisierung der Kultur" beigetragen. Zumeist wird aber die konzeptuelle Ausrichtung der Institutionen von ihrem jeweiligen Sammlungsbestand beeinflusst. Dieser kommt entweder durch gezielte Sammlungsexpeditionen zustande oder wird durch die Betroffenen selbst gestellt, die ihre Erbstücke den Museen übergeben.

Ethnografische Exponate – beispielsweise Hausratsgegenstände wie Truhen, Waffeleisen, Butterfässer – werden zur Demonstration kultureller Besonderheiten der deutschen Kolonisten verwendet. Damit wird das „Russlanddeutschsein" als ein Kulturelement konstruiert und in der Folge kontinuierlich legitimiert. Nicht zuletzt tragen Schicksalserzählungen, insbesondere Opfernarrative (Deportation, *Trudarmija*, „Heimatlose") und die häufig damit einhergehende Begründung zur Auswanderung nach Deutschland dazu bei, diese Rolle in der kollektiven Erinnerung weiterzupflegen. Die für die heutigen Generationen prägendere Zeit – die sowjetischen Jahre – wird in Ausstellungen immer noch spärlich behandelt (siehe dazu R. Kindler, 2017).

Die musealen Inszenierungen der russlanddeutschen Geschichte, Kultur und Migration gewinnen zunehmend an Bedeutung im Hinblick auf ihre kulturpolitischen Verflechtungen. So fallen die meisten Ausstellungen in Russland unter die Förderung im Rahmen des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und die Mehrheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist transnational vernetzt. Kuratorinnen und Kuratoren sind häufig selbst russlanddeutscher Herkunft. Mit einem erweiterten Blick Richtung Westen sollten hier auch museale Inszenierungen in den USA und Kanada nicht unerwähnt bleiben. In Nebraska und North Dakota (USA) oder Manitoba (Kanada) zeigen mehrere *„Heritage Museums"* die überlieferte Kultur russlanddeutscher Kolonisten, die im späten 19. Jahrhundert aus Russland nach Übersee auswanderten.

Abschließend lässt sich die Tendenz beobachten, dass sich die ethnografisch ausgerichteten Museen neu verorten möchten, um sich von der Darstellung einer homogenen „russlanddeutschen Kultur" loszulösen. Unterstützt wird dies unter anderem durch verschiedene künstlerische Projekte, wie zum Beispiel Ira Thiessens Fotoserie „Privet Germania" (siehe auch www.fluter.de/privet-germania).

Russlanddeutsche transnational

RITA SANDERS

Fragen zu Integration und Identität von Migrantinnen und Migranten werden oft nur in Bezug auf das Aufnahmeland betrachtet. Die „alte Heimat" wird dabei vor allem im Hinblick auf Werte und Traditionen analysiert, die die Zugewanderten vermeintlich als „Gepäck" in die „neue Heimat" mitgebracht haben. Vergessen wird hingegen oftmals die Bedeutung des transnationalen Raumes, der die vielfältigen sozialen Beziehungen zwischen denen, die gingen, und denen, die geblieben sind, beschreibt. Von Transnationalität spricht man, wenn soziale Beziehungen und Gefühle von Zugehörigkeit nicht auf ein Land beschränkt sind, sondern über staatliche Grenzen hinweg gepflegt oder auch nur empfunden werden. Damit kann einhergehen, dass Menschen zwischen zwei oder mehreren Staaten pendeln.

Welche Bedeutung ein transnationales Feld konkret für Fragen der Integration und Identität hat, ist letztlich für jede Person einzeln zu klären. Dabei gibt es jedoch Rahmenbedingungen, die für eine Migrantengruppe charakteristisch sind und die unter anderem mit dem Migrationsverlauf, der wirtschaftlichen

imago / All Canada Photos

Ein Erinnerungsort für die Nachfahren russlanddeutscher Kolonisten, die im späten 19. Jahrhundert nach Übersee auswanderten, ist das Freilichtmuseum „Mennonite Heritage Village" außerhalb von Steinbach, einer Kleinstadt in der kanadischen Provinz Manitoba.

Lebenswege: Erich Kludt, geb. 1918

[...] Als ich 1983, im Alter von 61, offiziell in den Ruhestand ging, war das schon ein Jahr über dem offiziellen Renteneintrittsalter. [...] Ich habe lange darüber nachgedacht, ob wir nach Deutschland gehen sollen. In Kasachstan ging es uns aus materieller Sicht gut. Wir hatten im Zentrum von Alma-Ata eine Zweizimmerwohnung, in der wir uns sehr wohl fühlten. Von meiner Rente [...] konnte man damals gut leben. [...] Wir hatten eine Datscha mit einem schönen Garten außerhalb der Stadt, die ich selbst aus Stahlbeton gebaut hatte. [...] All das einfach aufzugeben, fiel mir schwer. Zumal unser Deutschtum seit den 60er Jahren nicht mehr so eine wichtige Rolle spielte wie vor und während des Krieges. Ich arbeitete mit Russen, Juden, Tataren, Kasachen und anderen Nationalitäten zusammen und empfand unser Verhältnis als gleichberechtigt. Und weil in Kasachstan Russisch Amtssprache war, sprachen wir immer seltener Deutsch.

Unsere Lage änderte sich, als die Sowjetunion 1991 auseinander brach. Danach schien uns unser Leben in Kasachstan vollkommen aussichtslos, denn mit dem Zerfall kam die Inflation und all unser Erspartes war plötzlich wertlos. Die ehemalige Sowjetrepublik Kasachstan wurde selbstständig, führte eine eigene Währung, die Tenge, ein, und Kasachen übernahmen die Regierung des Landes. Die Einheimischen sahen in ihren russischen Mitbürgern und auch in uns Deutschen plötzlich die Besetzer und begannen uns anzufeinden und zu beschimpfen. Und da bekamen wir Angst, dass sich die Geschichte wiederholen würde. Als Hitler die Sowjetunion angriff, verloren die Deutschen Haus und Hof und wurden nach Sibirien deportiert. Damals hatten wir erfahren müssen, dass wir in diesem Land Verdammte sind und viele Generationen von Deutschen nach uns auch. Wir wollten das nicht noch einmal erleben.

Zweimal hatte ich Anfang der 80er Jahre vergeblich einen Visums-Antrag für einen Deutschlandbesuch eingereicht. [...] Erst 1987, nach Beginn der Perestrojka, klappte es [...]. Mein zweiter Deutschlandbesuch im Jahr 1991 diente vor allem der Orientierung: Ich wollte mir ein Bild machen von der Bundesrepublik und wissen, worauf ich mich im Falle der Ausreise einließe. Meine Söhne begleiteten mich. Eugen und Alexander, beide sind Informatiker, waren in Kasachstan beruflich sehr erfolgreich und wollten sich versichern, dass sie auch in Deutschland Arbeit finden würden. [...]

Wir hatten viel von der Arbeitslosigkeit im Westen gehört, doch während unseres Besuches erfuhren wir von Bekannten, dass Informatiker aus Osteuropa hierzulande einen guten Ruf haben und gerne eingestellt werden. Zudem begann damals der Boom der Computerbranche, so dass meine Söhne optimistisch waren, im Westen beruflich Fuß fassen zu können, und wir einen Aufnahmeantrag an die Bundesrepublik stellten.

Es dauerte aber noch vier Jahre, bis wir uns endgültig für die Ausreise entschieden. [...] Aber als nach und nach immer mehr Verwandte, Freunde und Bekannte Kasachstan verließen, packten wir 1995 auch unsere Sachen. Nur mein ältester Sohn Alexander änderte in letzter Minute seine Meinung und blieb mit seiner Familie in Alma-Ata. [...] Wir waren also zu fünft: mein Sohn mit Frau und Tochter sowie meine Frau Nelli und ich. [...] Um den Garten und die Wohnung tat es mir Leid. Schließlich gaben wir damit alles weg, was wir uns im Leben erarbeitet hatten. Außerdem tat es mir weh, das Land, in das Deutsche jahrhundertelang ihr Wissen, ihre Kultur, ihr Können investiert hatten, zu verlassen. Nur im letzten Jahrhundert waren wir als Feinde gebrandmarkt worden. [...]

In unserer Rotklinker-Siedlung in Burgwedel wohnen einige Aussiedler, so höre ich häufig Russisch auf der Straße. Ich suche aber keine neuen Freundschaften. Wenn man so viele Jahre wie ich auf dem Buckel hat, dann interessiert man sich nicht mehr so sehr für Beziehungen. Meine Zeit verbringe ich damit, meine Familiengeschichte und die Geschichte der Deutschen aus Russland aufzuschreiben. Außerdem gehe ich regelmäßig zu den Treffen des Vereins der Deutschen aus Russland in Hamburg, den ich mitbegründet habe. Ziel des Vereins ist es, die Geschichte der deutschen Einwanderer in Russland aufzuarbeiten. Bei den Vereinstreffen halten wir uns gegenseitig historische Vorträge und reden über die Vergangenheit. Manchmal sprechen wir aber auch über ganz aktuelle Probleme, mit denen wir hier in Deutschland zu kämpfen haben. [...]

Außer mir sind in den 90er Jahren auch meine Brüder Arno und Hilmar und meine Schwester Erika nach Deutschland gezogen, so dass jetzt vier der fünf noch lebenden Geschwister hier beisammen sind. Wir waren alle schon pensioniert und mussten uns darum um unser Auskommen wenig Sorgen machen. Anders ging es unseren Kindern, die sich in der Bundesrepublik beruflich erst etablieren mussten, aber fast ohne Deutschkenntnisse herkamen. [...]

Wir Menschen aus dem ehemaligen Ostblock schauen aus einem anderen Blickwinkel auf Deutschland, und, wie es im Russischen heißt, im schrägen Licht ist der Schatten länger. Der Kommunismus hat sich als Unsinn erwiesen und nicht funktioniert, und trotzdem halte ich den Kapitalismus, wie ich ihn in Deutschland erlebe, nicht für die bessere Alternative. Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist hierzulande viel zu groß. [...] Der Kommunismus hingegen war viel sozialer. Als Beispiel fällt mir als Erstes die staatliche Kinderbetreuung ein, die in der Sowjetunion flächendeckend und kostenlos angeboten wurde und einen hohen Stellenwert hatte, galt sie doch als Schule für die Jüngsten. Auch das Gesundheitssystem war aus meiner Sicht viel gerechter, so stand jedem kostenlos medizinische Hilfe offen, wenn auch die Qualität niedriger war. [...]

Auch wenn ich eine Rente bekomme und mein Sohn Arbeit hat, fällt es mir nicht so leicht, mich in Deutschland zu Hause zu fühlen. Ich bin dem deutschen Volk für die Aufnahme dankbar, muss aber dennoch anmerken, dass die Gesetze, die nach 1993 für Deutsche aus Russland erlassen wurden, aus meiner Sicht nicht gerecht sind. Mehrfach wurden die Renten gekürzt, so dass viele meiner Landsleute nur noch Renten in Sozialhilfehöhe erhalten. Das macht mich traurig, ganz besonders bei den wenigen, die den Gulag überlebt haben.

Wir Deutsche aus Russland sehen uns von der hiesigen Gesellschaft nicht immer akzeptiert, sondern zuweilen abgelehnt. Das liegt daran, dass man uns hier pauschal als Russen betrachtet, nur weil wir aus Russland hierher gekommen sind. [...]

Aufgeschrieben von Eva Weikert

Dorothee Wierling (Hg.), Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen, edition Körber Stiftung, Hamburg 2004, S. 15 ff.

Lebenswege: Viktor Petri, geb. 1950

[...] Meine wichtigen Kinder- und Jugendjahre verbrachte ich [...] in Krasnojarsk. Ich lebte dort gern. Mir ging es in der Schule gut, und im Gegensatz zu anderen Ausbildungsstätten gab es in meiner Schule keine Übergriffe, keine Hänseleien Deutschen gegenüber. [...] Als ich 19 war, zogen wir nach Moskau. [...] In Moskau eröffneten sich für mich neue Horizonte. Das Studium begann. [...]

Mir tat es weh zu sehen, wie sich die Sowjetunion auflöste. [...] Stärker als zu anderen Zeiten in der Sowjetunion fühlte ich mich als Deutscher von der politischen Macht nicht gewollt. Wir wurden nicht wirklich rehabilitiert, trotz des im April 1991 vom Obersten Sowjet verabschiedeten „Gesetzes zur Rehabilitierung der repressierten Völker". [...]

Ab Anfang der 1990er Jahre veränderte sich die Lage auch im Institut dramatisch. Mit der Perestroika ging es wirtschaftlich bergab. In der sowjetischen Zeit hatte mein Institut eineinhalbtausend Mitarbeiter, und Mitte der 1990er Jahre waren es nur noch 300. Es blieben die Alten; die Jungen, die Dynamischen suchten schneller nach Alternativen. [...]

1994 gingen [...] meine Eltern mit meiner Tochter, die damals 18 war und schon angefangen hatte, Informationstechnik zu studieren, nach Deutschland. Sie gehen zu lassen, war für uns Eltern natürlich nicht leicht. Aber trotz aller Sehnsucht, die wir beide immer nach ihr hatten, empfanden wir es als Glück, dass sie es nun schon geschafft hatte, sich in Deutschland eine Zukunft aufzubauen.

Es dauerte dann noch zwei Jahre, bis auch meine Frau, mein Sohn und ich ausreisen konnten. [...] [Dabei] sind wir den Weg gegangen, den vor uns meine Eltern und meine Tochter bewältigt hatten und von dem wir schon unzählige Male von anderen Aussiedlern gehört hatten. Zuerst waren wir ungefähr eine Woche in Friedland, dem zentralen Aufnahmelager. Danach ging es nach Hamburg, wo wir zehn Tage auf einem der Schiffe für Asylbewerber und Aussiedler lebten, danach in eins der Containerdörfer. Weil wir möglichst nah bei meinen Eltern sein wollten, kamen wir nach Bergedorf in die Rothenhauschaussee. Dort blieben wir länger als zunächst erhofft. Elf Monate waren wir dort, dann erst zogen wir in eine Dreizimmerwohnung in Nettelnburg. [...]

Schon im Containerdorf konnte ich mit einem vom Arbeitsamt finanzierten Sprachkurs beginnen. Ich hatte den Status des § 7 des Bundesvertriebenengesetzes bekommen und damit auch die Berechtigung für Eingliederungshilfen. Erst machte ich einen sechsmonatigen allgemeinen Sprachkurs, nach einer kurzen Pause den aufbauenden dreimonatigen Kurs Fachsprache. Danach kam für mich das Berufsintegrationsprogramm, der BIP-Kurs. [...] Schließlich sollte ein siebenmonatiges Praktikum folgen. [...] Ich fühlte enormen Druck. Wird es klappen? Werde ich den Aufgaben gewachsen sein? Was sollen wir machen, wenn ich keinen Platz finde? [...]

Dann aber bot man mir [...] eine feste Anstellung [an]. Ich war glücklich und erleichtert. Auch mit den Kollegen [...] bin ich sehr zufrieden. [...] Wir treffen uns auch privat. Nie habe ich das Gefühl, dass mich die Kollegen als einzigen Russlanddeutschen in der Abteilung anders behandeln. Ich spüre überhaupt keinen Unterschied, was die Nationalität betrifft. Das ist immer wieder ein sehr schönes Gefühl.

Meiner Frau ging es weniger gut. Sie, als Russin, und unser Sohn, der als Minderjähriger noch keinen eigenen Pass mit dem Eintrag „deutsch" hatte, erhielten einen anderen – schlechteren – Rechtsstatus. Damit verbunden war, dass sie weniger Eingliederungshilfen erhielten. Für meine Frau war das dramatisch und ist es noch immer. [...]

Natascha fühlt sich diskriminiert. Trotz zahlreicher Sprachkurse ist es ihr noch nicht gelungen, einen Arbeitsplatz zu finden, der ihrer Qualifikation entspricht. Sie ist Energieingenieurin und machte ein Praktikum als Möbelverkäuferin. Als geringfügig Beschäftigte arbeitet sie zurzeit in einer Apotheke in Eppendorf. Das ist besser, als zu Hause zu sitzen, aber nichts, was sie befriedigt. [...]

Ihre hoch qualifizierte Ausbildung und ihr Wissen sind hier nichts wert, sie sieht keine Chancen. Wir sind gemeinsam als Familie gekommen, als Gleiche. Nun sind wir in Deutschland, aber in der Familie sehr ungleiche Deutsche. Es gibt viele, denen es so geht wie Natascha, denn gemischte Ehen und Familien sind ja nichts Ungewöhnliches. Sich von diesen Ungleichbehandlungen als Familie nicht unterkriegen zu lassen, ist wirklich nicht leicht. Es gibt viele Russlanddeutsche, die mit dem Zwiespalt leben, mit dem Vermerk „deutsch" aus Russland abgefahren und nun mit dem Etikett „russisch" angekommen zu sein.

Meine Tochter und mein Sohn sind ihre Wege gegangen. Ich bin wirklich stolz auf sie. [...] Eine gute Ausbildung für die Kinder ist das A und O. Man kann sagen, was man will: In Russland habe ich eine wirklich gute Ausbildung erhalten. Ich kann nicht verstehen, wenn in Deutschland die Meinung herrscht, dass das sowjetische System überhaupt nicht gut gewesen sei. Es war nicht alles schlecht. Die Schwarz-Weiß-Malerei, die oft betrieben wird, kann und will ich nicht akzeptieren. Auch heute denke ich, dass die technisch-mathematische Ausbildung in Russland besser ist. [...]

Ich werde immer mit Russland und der russischen Sprache und Kultur in Verbindung bleiben. Ich liebe die russische Literatur und Poesie. [...] Ich wünsche mir, dass auch meine Enkelkinder, von denen ich hoffentlich viele haben werde, später diese Sprache lernen und diese Kultur lieben. Russische Sprache gehört zu unserem Familienalltag, aber auch zum Alltag in dem Wohngebiet, in dem ich lebe. [...]

Nach Moskau zieht es uns dennoch selten [...]. Unsere Verwandten haben dort alle kleine Wohnungen, im doppelten Sinne finden wir dort keinen Platz mehr. [...]

Sicher, ich wundere mich noch heute, nach acht Jahren in Hamburg, über manche Denk- und Verhaltensweisen der Einheimischen. Dennoch fühle ich mich als Dazugekommener gleich, gleichberechtigt. Dass ich hier gleiche Rechte habe und diese auch einfordern kann und darf, ist ein großartiges Gefühl. Das hatte ich in der Sowjetunion nicht. In Deutschland muss ich nicht mehr Mensch zweiter Klasse sein. Hier gibt es Recht und Gesetz. Sie stehen mir zu, ich kann sogar darum kämpfen, wenn es nötig ist. Allein dieses Gefühl macht Deutschland jetzt zu meiner Heimat. Oft fühle ich mich wie heimgekommen. Ich bin in ein Land gereist, das sehr anders, mir aber nicht fremd ist. In Deutschland mit seinen klaren Regeln fühle ich mich seelisch zu Hause. Es passt zu mir. Dennoch gibt es die Heimat, die Kindheit in Krasnojarsk, wo ich geboren bin. Es ist schön, beides zu haben.

Aufgeschrieben von Susanne Kutz

Dorothee Wierling (Hg.), Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen, edition Körber Stiftung, Hamburg 2004, S. 79 ff.

Leere Auslagen eines Moskauer Supermarktes 1991. In den 1990er-Jahren bricht in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion das Wirtschaftssystem zusammen. Dies bestärkt viele Russlanddeutsche, im Familienverbund nach Deutschland auszusiedeln (links).

Während sich zunächst die Kontakte zur alten Heimat schwierig gestalteten, lassen sich inzwischen transnationale Verbindungen mit Hilfe der neuen Medien leichter aufrechterhalten. Skype-Terminal im Moskauer Flughafen Scheremetjewo (rechts)

Situation von Migranten und Nicht-Migranten in den einzelnen Ländern sowie der Infrastruktur zusammenhängen können.

Im Fall der Russlanddeutschen ist ein transnationales Feld häufig weniger ausgeprägt als zum Beispiel bei Einwanderern aus der Türkei oder Italien. So reisen Russlanddeutsche seltener in ihr Herkunftsland, gründen seltener transnationale Unternehmen, sprechen mit ihren Kindern oftmals nur Deutsch und empfinden sich insgesamt als gut integriert in die deutsche Gesellschaft. Dies bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht, dass transnational lebende Menschen in die jeweiligen Gesellschaften weniger integriert sind.

Die relativ geringe russlanddeutsche Transnationalität ist insbesondere durch den Ablauf der Aussiedlung geprägt. Innerhalb kurzer Zeit migrierten in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren hunderttausende Russlanddeutsche nach Deutschland. Eine empfundene Verbundenheit mit dem Land ihrer Vorfahren wie auch die seitens der Bundesrepublik Deutschland gewährte schnelle Einbürgerung führten dazu, dass Familien (und häufig sogar Großfamilien) gemeinsam zuwanderten und nicht – wie oft in anderen Fällen – zunächst einzelne Familienmitglieder.

Hinzu kam, dass sich die Situation in den Herkunftsorten in Sibirien, Kasachstan und Kirgistan durch den politischen und wirtschaftlichen Umbruch nach 1991 drastisch verschlechterte. Russlanddeutsche, die in dieser Zeit auswanderten, konnten sich oftmals kaum vorstellen, jemals wieder zurückzukehren. Sie verkauften ihre Häuser und verabschiedeten sich für immer von ihren Verwandten und Freunden. Vielerorts kam es darüber hinaus zu großen infrastrukturellen Einschränkungen, sodass auch Telefon- und Postverbindungen eingestellt wurden. Dass sich soziale Kontakte mit der Verbreitung von Internet und Mobilfunknetzen innerhalb nur weniger Jahre ändern würden, ließ sich damals noch nicht ahnen.

Vielfach gestalteten sich die transnationalen Beziehungen von Beginn an schwierig: In den 1990er-Jahren brach das Wirtschaftssystem in den Nachfolgestaaten der UdSSR zusammen. Für die überwiegende Zahl der Menschen verringerte sich der Lebensstandard spürbar. Viele erwarteten materielle und auch emotionale Unterstützung von ihren in Deutschland lebenden Angehörigen, die dann jedoch zumeist ausblieb. Den russlanddeutschen Migranten war es auf der anderen Seite häufig unangenehm, zugeben zu müssen, dass sie noch keinen Arbeitsplatz gefunden hatten und sich die Integration in Deutschland zunächst schwieriger darstellte als gedacht, auch weil ihre gefühlte deutsche Identität von den Einheimischen oft nicht akzeptiert wurde.

Für sehr viele Russlanddeutsche ist familiäre Unterstützung ein besonders wichtiger Wert, sodass die abgebrochenen transnationalen Beziehungen oft mit Scham verbunden sind. Das erschwert eine Wiederbelebung des Kontakts, auch wenn diese dank des Internets heute einfacher ist. Nicht selten bringen die jüngeren Generationen, die als Kinder nach Deutschland gekommen und mit den sozialen Netzwerken vertraut sind, auch die älteren Generationen wieder transnational in Kontakt.

Lebenswege: Nikolaj Kuzelev, geb. 1986

Ich bin 1986 in Kirgisien geboren. An das Land habe ich aber keine Erinnerung, denn meine Eltern sind schon als ich acht Monate alt war, nach Kasachstan umgezogen. Dort haben wir in Aktybinsk gelebt, im Westen von Kasachstan, ungefähr 200 Kilometer von der russischen Grenze. In Deutschland bin ich erst seit drei Jahren, genau seit dem 15. Juni 2001. Deutsch habe ich erst hier gelernt. [...]

Die Deutschen in unserer Familie sind die Vorfahren meines Vaters. Sie haben seit dem Krieg in Martuk gelebt, einem Dorf in der Nähe von Aktybinsk. So nach und nach sind sie dann in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen. Die Ersten waren meine Urgroßmutter und ihr Sohn – also der Onkel meines Vaters – mit seiner Familie. Das war 1993. Sie sind seitdem in Hamburg. [...]

Ich wusste schon länger, dass wir Dokumente für die Ausreise nach Deutschland geschickt haben. Das war ungefähr 1995. Wir haben sie unseren Verwandten in Hamburg geschickt, damit sie sich um unsere Ausreise kümmern können. Von Kasachstan aus konnte man eigentlich nichts machen. Aber in Deutschland, da sind sie immer wieder zu den Behörden gegangen und haben dafür gesorgt, dass die Papiere auch bearbeitet worden sind.[...]

Als es dann losging, bin ich nicht gefragt worden, ob ich nach Deutschland will. Ich hatte kein Entscheidungsrecht. Bei uns war es eindeutig die Oma, die Mutter meines Vaters, die eigentlich die Entscheidung getroffen hat. Sie ist ja auch die Deutsche. Und sie war die treibende Kraft, sozusagen. Ohne sie konnten wir gar nicht nach Deutschland fahren. Und wenn sie ohne uns gefahren wäre, dann hätten wir wahrscheinlich nie mehr eine Genehmigung bekommen. Deswegen hat meine Oma gesagt, dass wir alle zusammen fahren oder alle in Kasachstan bleiben. Die Eltern meiner Mutter hatten nichts dagegen. [...] Sie waren davon überzeugt, dass es in Kasachstan weder für Deutsche noch für Russen eine Zukunft gibt. Meine Eltern haben gesagt, sie tun das vor allem für uns Kinder [...]. [...]

Fünf Jahre lang haben wir insgesamt auf die Genehmigung für die Ausreise gewartet. Und zum Schluss hing alles an meiner Oma. Sie musste den Sprachtest bestehen, in Karaganda, einer Stadt, die so ungefähr zwölf Autostunden von Aktybinsk entfernt ist. Dorthin war eine Kommission aus Deutschland gekommen, um die Sprachprüfungen abzunehmen. [...] Das war im September. Und im Februar haben wir dann den Bescheid bekommen, dass meine Oma den Test bestanden hat – zusammen mit der Einladung nach Deutschland. Da war ich in der neunten Klasse. [...]

Aus Kasachstan wären wir sicherlich sowieso weggegangen. Es wurde dort immer schwieriger. Man musste zum Beispiel seit einiger Zeit Kasachisch lernen. Seit 1991 ist das die offizielle Sprache. Man stell sich das vor: Meine Eltern sind ja zur Zeit der Sowjetunion in die Schule gegangen. Sie haben nie Kasachisch gelernt. Bei mir war es schon anders, ich hatte Kasachisch seit der ersten Klasse, also insgesamt neun Jahre lang. Aber plötzlich sollten alle, die schon lange aus der Schule waren, auch kasachisch sprechen. Nur dann durften sie ihre Arbeitsplätze behalten. [...]

Ja, als es dann losging, bin ich mit meiner Familie zusammen mit dem Bus nach Orenburg gefahren. Das liegt schon in Russland, so 300 Kilometer von Aktybinsk entfernt. Von Orenburg gab es eine direkte Flugverbindung nach Hannover. [...] Wir wurden am Flughafen von unseren Verwandten aus Hamburg abgeholt. Sie haben uns nach Friedland gebracht, wohin alle Aussiedler zur Anmeldung müssen. [...]

Schon am Montag darauf sind wir nach Hamburg gefahren, und dort haben wir einen Transfer zu diesem Schiff in Altona bekommen, wo wir drei Monate geblieben sind. [...] Dann haben wir endlich einen weiteren Transfer bekommen nach Bergedorf, hierher in das Asylantenheim in der Rothenhauschaussee. [...] Wir haben dort zwei Jahre gesessen und sind erst im letzten August nach Rahlstedt umgezogen. [...]

Es gibt eigentlich zwei große Anfangsprobleme: die Sprache und die Arbeit. Am schnellsten hat meine Schwester Deutsch gelernt. Sie ist jünger als ich, sie ist heute fünfzehn. Ich habe mich aber auch ziemlich schnell umgestellt. Nur für meine Eltern, die beide 40 Jahre alt sind, war es ungeheuer schwer, Deutsch in dieser kurzen Zeit zu lernen. [...]

Auch mit der Arbeit hat es immer noch nicht geklappt. Mein Vater war in Kasachstan KfZ-Mechaniker. [...] Aber hier haben sie ihn nur als KfZ-Schlosser anerkannt. Das ist viel weniger und dafür wird auch niemand gesucht. Und meine Mutter war Einzelhandelskauffrau. Der Abschluss gilt hier auch nicht. [...]

Als wir in Hamburg angekommen sind, habe ich mich auch gleich um die Schule gekümmert. Ich bin zusammen mit meiner Oma in das Schulinformationszentrum in der Hamburger Straße gegangen. [...] Sie hat verhandelt und verhandelt, und ich habe erklärt, dass ich auf das Gymnasium will, um später etwas Richtiges zu werden. Und am Ende hat sich der Berater tatsächlich von uns überzeugen lassen. [...]

Eigentlich kann man sagen, dass ich ziemlich schnell erwachsen geworden bin – oder werden musste. Einfach deshalb, weil mein Eltern nicht so schnell Deutsch gelernt haben und sich deshalb auch hier nicht so zurechtfinden konnten. Also bin ich bald zum Familiendolmetscher geworden. [...]

Ich bin schon anders als die meisten hier. Ich war 15 Jahre alt, als ich nach Deutschland kam. Ich habe also vom Leben in Kasachstan etwas mitbekommen. [...] Die Kultur, die Politik, die Erziehung. Für mich ist klar, dass ich immer ein Russe bleibe. [...] Ich möchte von beiden Kulturen etwas behalten. [...] Manchmal habe ich richtig Heimweh nach Kasachstan. Weil da immer noch so viele von meinen Freunden wohnen, mit denen ich zehn Jahre und länger zusammen war. [...]

Meine Zukunftspläne? Ich will zuerst einmal mein Abitur machen. [...] Ich würde gerne was machen im Bereich der Kriminalpolizei. Das Abitur reicht eigentlich für den gehobenen Dienst. Ob das klappt, weiß ich natürlich nicht. [...] Ich weiß nach den drei Jahren in Deutschland, dass es kein Zurück mehr gibt. [...] Mir wird das immer besonders klar, wenn ich mit meinen Großeltern – den Eltern meiner Mutter – telefoniere. [...] Sie sind [...] zum Bruder meiner Mutter in eine Stadt an der Grenze zwischen Russland und Kasachstan gezogen, aber auf der russischen Seite. Das ist nicht schlechter als in Kasachstan, aber eben auch nicht besser. [...] Im Vergleich dazu ist es hier immer noch ziemlich perfekt.

Aufgeschrieben von Lothar Dittmer

Dorothee Wierling (Hg.), Heimat finden. Lebenswege von Deutschen, die aus Russland kommen, edition Körber Stiftung, Hamburg 2004, S. 169 ff.

Es sind heute insbesondere diejenigen transnational aktiv, die erst später nach Deutschland migriert sind. Etwa ab dem Jahr 2000 verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in Russland und Zentralasien und viele zögerten ihre Migrationsentscheidung oft jahrelang hinaus. Derweil gründeten nicht wenige Russlanddeutsche ihr eigenes Unternehmen beispielsweise in der damals boomenden Bauwirtschaft in der Russischen Föderation und Kasachstan. Von Deutschland aus bleiben sie nun häufig mit dem Unternehmen in Russland oder Zentralasien in Kontakt.

In seltenen Fällen kommt es dabei auch zu Remigration, das heißt zur Rückkehr in das Herkunftsland. Häufig kehren Russlanddeutsche aber nicht an ihren Heimatort im zumeist ländlichen Kasachstan oder Sibirien zurück, sondern ziehen in die russischen Zentren wie Moskau, Jekaterinburg oder Kaliningrad. Dies hängt auch damit zusammen, dass die in Kasachstan oder Russland verbliebenen Russlanddeutschen zumeist nicht mehr auf dem Land, sondern in den Städten leben. Migration und Integration können somit nicht auf ein Land beschränkt betrachtet werden, sondern stehen mit vielen Faktoren in Zusammenhang, zum Beispiel mit den Migrationsbewegungen in anderen Ländern.

Auch wenn viele Russlanddeutsche, die nun seit etwa 30 Jahren in Deutschland leben, zunächst ihre Beziehungen ins Herkunftsland abbrachen, heißt dies noch lange nicht, dass dieses dadurch unwichtig ist. Häufig steht die „alte Heimat" sinnbildhaft für die Kindheit. Ihre Landschaften verkörpern für viele Freiheit und die Sehnsucht nach einem „einfachen Leben" in der Natur. Auch wenn also eher wenige Russlanddeutsche im engeren Sinne transnational leben, empfinden doch viele eine Verbundenheit mit Orten und Menschen jenseits der staatlichen Grenzen.

Jüdische Kontingentflüchtlinge und andere postsowjetische Migranten

JANNIS PANAGIOTIDIS

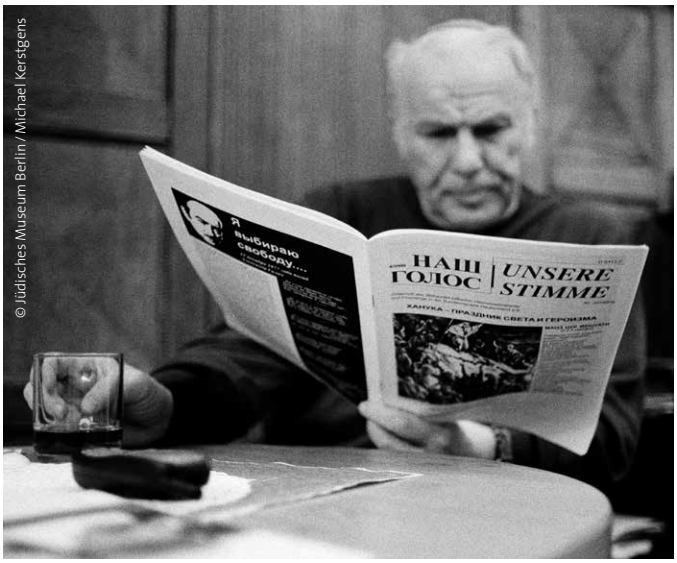
Die Russlanddeutschen waren nicht die Einzigen, die in der Umbruchzeit der 1980er- und 1990er-Jahre aus der (ehemaligen) Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland kamen. Eine weitere, viel beachtete Gruppe sind die sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge. Anders als die Russlanddeutschen, die meist aus ländlichen Regionen Russlands jenseits des Urals und aus den asiatischen Sowjetrepubliken kamen, stammten diese jüdischen Immigranten überwiegend aus den europäischen Republiken der ehemaligen UdSSR und dort insbesondere aus den gebildeten Mittelschichten der großen Städte wie Moskau, Sankt Petersburg, Riga, Kiew, Dnepropetrowsk und Odessa. Ihre Aufnahme in Deutschland war aber ein ähnlicher Fall von „Wiedergutmachung durch Migration", legitimiert durch eine Mischung von historischen und ethnischen Argumenten. Auch bei den „jüdischen Kontingentflüchtlingen" wurde aus ihrer ethnischen Zugehörigkeit auf ein von Deutschland zu verantwortendes Kriegsfolgenschicksal geschlossen, welches zur Rechtfertigung ihrer Aufnahme diente.

Auf dieser Grundlage erhielten seit 1990 rund 220 000 Juden oder Menschen jüdischer Abstammung mit ihren Angehörigen Aufnahme in der Bundesrepublik. Komplikationen ergaben sich dabei aus unterschiedlichen Definitionen dessen, wer ein Jude sei. Die Bundesbehörden orientierten sich an den sowjetischen Dokumenten der Antragsteller, in denen die jüdische Nationalität vermerkt war. Diese konnte in der Sowjetunion in väterlicher oder mütterlicher Linie vererbt werden, während nach dem jüdischem Religionsgesetz allein die mütterliche Linie zählt. Deshalb fanden nur gut 85 000 der Kontingentflüchtlinge Aufnahme in den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Trotzdem sorgten die Neuankömmlinge für große Veränderungen in den überalterten Gemeinden. Inzwischen sind 90 Prozent aller Gemeindeangehörigen postsowjetischer Herkunft. Das Russische wurde so zu einer wichtigen Sprache des Judentums in Deutschland.

Ein scharfes Sozialprofil der jüdischen Zugewanderten in Deutschland lässt sich nicht zeichnen. Qualitative Studien verweisen auf ein hohes mitgebrachtes Bildungsniveau, welches sich allerdings in der ersten Einwanderergeneration oft nicht in beruflichen Erfolg übersetzen ließ. Entsprechend hoch ist die Abhängigkeit von Sozialleistungen. Weit verbreitet ist auch Altersarmut, da den jüdischen Zuwandererinnen und Zuwanderern ihre Arbeitsjahre im Ausland, anders als bei den Spätaussiedlern, nicht einmal teilweise angerechnet werden (siehe S. 23). Bestrebungen aus der jüdischen Gemeinschaft, den Rentenstatus von Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern anzupassen, blieben bisher erfolglos.

Die postsowjetischen jüdischen Zuwanderer gehören zum breiteren Spektrum russischsprachiger Migration in Deutschland. Allerdings sind sie tendenziell in anderen Sozialräumen als russlanddeutsche Spätaussiedler anzutreffen, wie zum Beispiel eine Studie zu russischsprachigen Jugendclubs in Berlin zeigte. Gleichzeitig sind sie stark in transnationale Netzwerke eingebunden, da viele Familienangehörige in der ehemaligen Sowjetunion, in Israel und in den USA heimisch sind.

Weiterhin leben in Deutschland wohl einige zehntausend Migrantinnen und Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion, die durch andere Kanäle in die Bundesrepublik kamen, etwa als Arbeits-, Bildungs- oder Heiratsmigranten. Ihre genaue Anzahl lässt sich aus vorhandenen Statistiken nicht bestimmen. In den letzten Jahren ist auch die Zahl der Schutzsuchenden aus der Russischen Föderation (dort oft aus Tschetschenien), der Ukraine und den Transkaukasus-Staaten (Armenien, Aserbaidschan, Georgien) angestiegen; Ende 2017 waren dies gut 140 000 Personen.



© Jüdisches Museum Berlin / Michael Kerstgens

Lektüre der Zeitschrift „Unsere Stimme" während der Seniorenfreizeit für russisch-jüdische Neueinwanderer der Zentralwohlfahrtsstelle, Bad Kissingen, im März 2001

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs verschieben sich die polnischen Grenzen auf Beschluss der Siegermächte westwärts. Circa sieben Millionen Deutsche müssen bis 1947 die nun zu Polen gehörenden Gebiete verlassen. Vertriebene aus Niederschlesien im März 1946

MARIUS OTTO

(Spät-)Aussiedler aus Polen

Bis 1989 stellten Zuwandernde aus Polen, speziell aus der Grenzregion Oberschlesien, die größte Gruppe der Aussiedler nach Deutschland. Ihre Lebenswelt bewegt sich dauerhaft in einem Spannungsfeld aus Integration in den deutschen Lebensalltag, regionaler Verbundenheit zu Oberschlesien und Sozialisierung in Polen.

Migration zwischen Deutschland und Polen

Die Migration zwischen Polen und Deutschland hat seit dem Mittelalter eine lange Tradition. Die Zahl der Menschen mit polnischer Herkunft in Deutschland beträgt heutzutage schätzungsweise zwei Millionen, wobei diese Personen in unterschiedlichen Phasen unter jeweils anderen politischen und rechtlichen Voraussetzungen nach Deutschland gekommen sind.

Die Komplexität der deutsch-polnischen Migration liegt darin, dass sie durch politische Diskontinuitäten geprägt war. Ein Großteil des heutigen Staates Polen hat seine nationalstaatliche Zugehörigkeit mehrfach gewechselt, der polnische Staat wurde zeitweilig sogar aufgelöst. Häufige Grenzverschiebungen und die damit verbundene Unsicherheit der Bevölkerung über die staatliche Zugehörigkeit förderten fortwährend die Migration zwischen den Nationalstaaten, deren räumliche Ausprägungen immer wieder neu ausgehandelt wurden.

Erste größere Wanderungen zwischen den heute deutschen und polnischen Gebieten fanden im Rahmen der deutschen Ostkolonisation im Hochmittelalter statt. In Pommern und Schlesien beispielsweise stellten die deutschen Siedler im Laufe der Zeit die Bevölkerungsmehrheit. Ab Ende des 14. Jahrhunderts bildete sich ein litauisch-polnischer Unionsstaat, der bis zum 18. Jahrhundert Einfluss und Macht im östlichen Europa hatte. Sein Ende führte zur Aufteilung der Territorien unter den Nachbarstaaten Preußen, Österreich und Russland (Teilungen Polens 1772–1795).

In der Folgezeit wanderten bis 1914 aufgrund hohen Bevölkerungswachstums und verstärkter Armut in den Teilungsgebieten Polens 3,5 Millionen Menschen aus. In der Zwischenkriegszeit folgten weitere 1,5 Millionen. Das damalige Deutsche Reich war neben den USA, Frankreich und Kanada ein wichtiges Migrationsziel. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wanderten aus den preußischen Ostprovinzen zudem Bergarbeiter – „Ruhrpolen" genannt – in den Rhein-Ruhr-Raum aus.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der polnische Staat nach Auseinandersetzungen um Grenzfragen neu gegründet. Doch bereits 1939 wurde er nach dem Einmarsch der deutschen und sowjetischen Armee unter den Besatzungsmächten erneut aufgeteilt. Im Rahmen der Neugründung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg verschoben sich die polnischen Grenzen westwärts. Dies hatte die Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Gebieten und später die Aussiedlermigration zur Folge.

Migration von Vertriebenen und Aussiedlern nach 1945

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markiert den Beginn der für die Migration zwischen Deutschland und Polen so bedeutenden Wanderung von Vertriebenen und später von Aussiedlern. Ab 1944/45 übernahm die „Polnische Arbeiterpartei" die Macht und leitete den Übergang Polens in die sozialistische Ära ein. Aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden zunächst bis Ende der 1940er-Jahre als „deutsch" eingestufte Personen vertrieben.

Mit Abschluss der Vertreibungen Ende der 1940er-Jahre änderten sich die Rahmenbedingungen für die Migration. Ausreisen wurden von der Regierung in Polen erschwert bzw. verwehrt, weil sie nicht zur polnischen Nationalitätenpolitik passten. Die polnische Verwaltung verfolgte das Ziel, die nach 1945 neu hinzugewonnenen Gebiete zu „repolonisieren". Sie sah ihre Aufgabe darin, die „polnisch autochthone Bevölkerung" zu „verifizieren" und damit eine möglichst homogene polnische Bevölkerung zu schaffen.

Gewöhnlich reichten für eine Verifizierung Sprachkompetenz in Polnisch oder polnisch klingende Nachnamen. Viele Menschen, die sich nicht Polen, sondern Deutschland zugehörig fühlten oder vor allem eine regionale Zugehörigkeit empfanden, wählten aufgrund möglicher Diskriminierungen und mit dem Wunsch, bleiben zu dürfen, den Weg der Verifizierung. Aus diesem Grund war der in der Folgezeit massiv auftretende Wunsch vieler Menschen, unter anderem nach Deutschland auszureisen, ein politisches Problem, denn offiziell hatte sich die verifizierte Bevölkerung zum polnischen Nationalstaat bekannt.

Die restriktive polnische Ausreisepolitik wurde vor allem über politische Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen gelockert. Die Aussiedlermigration wurde entsprechend zum „politischen Spielball". Insgesamt sind zwischen 1950 und 1989 über 1,2 Millionen aus Polen stammende Aussiedler nach Deutschland gekommen. In den 1950er-Jahren wanderten etwa 292 000 Menschen aus Polen in die Bundesrepublik. In den 1960er-Jahren waren es lediglich 112 618. In den 1970er-Jahren stiegen die Zahlen dann deutlich, nachdem sich die politischen Beziehungen verbessert hatten. Die Migration war nun eingebettet in die Entspannungspolitik zwischen Ost und West (Neue Ostpolitik Deutschlands unter Willy Brandt).

Als die Zahl der Ausreisegenehmigungen ihren Tiefpunkt erreichte, wurden im Jahr 1975 mehrere bilaterale Abkommen zwischen Deutschland und Polen („Schmidt-Gierek-Vereinbarung") unterzeichnet. Darunter fielen ein Finanzkredit für Polen und eine Ausreisegenehmigung für 120 000 bis 125 000 Antragsteller. Allerdings verließen viele Aussiedler Polen ohnehin inoffiziell über ein Touristenvisum. Die Entwicklung der hohen Ausreisezahlen setzte sich in der Folgezeit fort: In den 1980er-Jahren reisten circa 633 000 Aussiedler aus Polen aus.

akg-images / picture-alliance / dpa

Zeichen der Annäherung: Am Rande der europäischen Sicherheitskonferenz im August 1975 in Helsinki vereinbaren Bundeskanzler Helmut Schmidt (re.) und der polnische Erste Sekretär des ZK und Parteichef Edward Gierek unter anderem Ausreiseerleichterungen.

Damit dominierten Aussiedler aus Polen bis 1989 die gesamte Aussiedlung nach Deutschland. Von den 1 948 175 Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die im Zeitraum 1950–1989 nach Deutschland migrierten, stammten fast zwei Drittel aus Polen. Besonders viele von ihnen kamen aus der Region Oberschlesien, im Zeitraum 1950–1994 waren es etwa 600 000. Mit der Wende verschob sich dann der Herkunftsschwerpunkt. Im Zeitraum 1988–1998 waren 68 Prozent der fast 2,5 Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion bzw. den → GUS-Staaten (siehe auch S. 9).

Aussiedlung aus Polen

Zeitraum	Aussiedler aus Polen	Zeitraum	Aussiedler aus Polen
1950–1954	43 557	1985–1989	488 252
1955–1959	248 626	1990–1994	199 623
1960–1964	49 832	1995–1999	4455
1965–1969	62 786	2000–2004	2382
1970–1974	61 075	2005–2009	319
1975–1979	141 637	2010–2018	156
1980–1984	144 551	**1950–2018**	**1 447 251**

Bundesverwaltungsamt

Die Region Oberschlesien in Polen

Die Region Oberschlesien *(Górny Śląsk)* im Süden Polens ist ein gutes Beispiel für eine Region, die immer wieder durch Grenzverschiebungen geprägt war. Daraus ergab sich ein mehrfacher Wechsel der nationalstaatlichen Zugehörigkeit. Oberschlesien war lange Teil der preußischen Provinz Schlesien und gehörte zum Deutschen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg und nachdem der polnische Staat neu gegründet wurde, kam es zur Teilung der Region im Jahr 1921. Es entstand mitten in diesem Gebiet eine Grenze zwischen Deutschland und Polen. Familien und Freundeskreise waren plötzlich durch eine nationale Grenze getrennt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Oberschlesien schließlich nahezu vollständig an Polen angegliedert und in zwei Woiwodschaften (Provinzen) aufgeteilt. Diese Geschichte Oberschlesiens förderte komplexe und hybride Identitäten seiner Bewohner und auch eine ausgeprägte regionale Identität, die von völkischen Forschern als „schwebendes Volkstum" bezeichnet wurde und heute als „Transidentität" bezeichnet werden könnte. Die Menschen fühlten sich entweder Deutschland und Polen oder auch keinem Nationalstaat, sondern ihrer regionalen oberschlesischen „Heimat" zugehörig. Aufgrund dessen stellte die „Repolonisierungsstrategie" der polnischen Regierung nach 1950 besonders die Bevölkerung in Oberschlesien vor eine harte Entscheidung, denn diese musste sich nun offiziell für die Zugehörigkeit zum polnischen Staat entscheiden, um in ihrer Heimat bleiben zu dürfen. Allein in Oberschlesien wurden 850 000 Menschen verifiziert und damit als polnische Bevölkerung klassifiziert. Von 1950 bis 1994 sind dann im weiteren Verlauf 600 000 Menschen aus Oberschlesien nach Deutschland ausgesiedelt. Mitgebracht haben sie sehr unterschiedliche Identitäten und Vorstellungen davon, was für sie „Heimat" bedeutet.

Oberschlesien in den heutigen Verwaltungsstrukturen Polens

Otto, 2015: S. 81, auf Grundlage von: Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit 2011; Wanatowicz 2004

„Rückkehr der Deutschen?“ – Perspektiven der frühen Aussiedlerforschung

Als die Zahl der Aussiedler in Deutschland ab den 1970er-Jahren deutlich zunahm, betrachteten Fachleute aus Wissenschaft und Politik aufmerksam den Integrationsprozess dieser Migrantengruppe. Da die polnischen Aussiedlerinnen und Aussiedler dominierten, widmeten sich die wissenschaftlichen Untersuchungen zunächst schwerpunktmäßig dieser Gruppe.

Insbesondere in den frühen 1970er-Jahren wurde die Aussiedlerintegration oftmals als „unproblematisch“ angesehen und die Aussiedler selbst galten als „deutsche Rückkehrer“. Nicht selten wurde die Komplexität des Aussiedlungsprozesses und der Migrationsmotive auf ein bloßes „Zurückkehren“ und auf den Wunsch reduziert, als „Deutsche unter Deutschen“ zu leben. Den Aussiedlerinnen und Aussiedlern wurde eine deutsche Identität attestiert und dementsprechend eine vermeintlich reibungslose soziale Integration prognostiziert – auch, weil die Integration dieser Gruppe durch unterschiedliche Maßnahmen und Programme gefördert wurde.

Erst als sich zeigte, dass die Integration schwieriger verlief als angenommen, erfuhren ihre Herkunftsländer eine stärkere Berücksichtigung. Insbesondere ab Ende der 1970er-Jahre wuchs die Erkenntnis, dass die Aussiedlerinnen und Aussiedler zum Teil über Jahrzehnte hinweg durch ein anderes politisches, wirtschaftliches und soziales System beeinflusst und ihre Migrationsmotive somit komplex waren. Studien kamen zum Ergebnis, dass sie teilweise ohne jegliche deutsche Sprachkenntnisse nach Deutschland gekommen waren und auch andere Motive zur Ausreise geführt haben konnten als der Wunsch, unter Deutschen zu leben. Die Bedeutung von wirtschaftlichen Motiven wurde genauso hervorgehoben wie der häufig auftretende Migrationsdruck durch Ausreisen innerhalb von Familiennetzwerken.

Besonders bezüglich der Ende der 1980er in großen Zahlen Ausgesiedelten wurde erkannt, dass sich diese deutlich von denjenigen der 1950er- und 1960er-Jahre unterschieden. Sie hatten Jahrzehnte in Polen gelebt und gehörten zur Folgegeneration, die in Polen geboren war und Eltern bzw. Großeltern mit entsprechender deutscher Vergangenheit hatte. Häufig migrierten auch Eheleute, bei denen lediglich ein Partner über „deutsche Wurzeln“ verfügte. Die Fachleute, die sich mit der Aussiedlerintegration beschäftigten, kamen daher zu dem Schluss, dass Aussiedler nicht per se als „Deutsche“ gesehen werden könnten.

Ab Ende der 1980er-Jahre zeigten die Studienergebnisse auch eine Verschlechterung der strukturellen Integration. Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt hing vom Alter, den Sprachkenntnissen, der Familiensituation und der beruflichen Qualifikation ab. Damit war klar: Die Position der Aussiedler auf dem Arbeitsmarkt unterschied sich nicht stark von derjenigen der Migrantinnen und Migranten aus anderen Ländern. In den 1990er-Jahren wurden zudem die Unterschiede zwischen den „Kulturen“ als gravierend angesehen. Von deutschen „Rückkehrern“ war nun nicht mehr die Rede. Was die Integrationsdebatte betrifft, verwischten allmählich die Unterschiede zwischen Aussiedlern und Ausländern. Die Aussiedler wurden plötzlich Teil der postulierten Multi-Kulti-Gesellschaft.

Gleichzeitig erhielten ab Ende der 1980er-Jahre nicht mehr die aus Polen zugewanderten Aussiedler eine besondere Beachtung, sondern diejenigen, die aus der Sowjetunion bzw. nach deren Auflösung aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) kamen. Dies war auf die Verschiebung des Herkunftsschwerpunktes zugunsten des GUS-Raumes zurückzuführen. Mit der Wiedervereinigung und der Zuwanderung von Flüchtlingen (in Folge der Jugoslawienkriege) kreisten öffentliche Diskussionen um die grundsätzliche Frage, wie viel Migration Deutschland vertragen könne – die Aussiedler wurden in die allgemeine Zuwanderungsdebatte einbezogen. Später rückte die Kontroverse um „Parallelgesellschaften“ mit Blick auf die zunehmende religiöse Vielfalt in Deutschland in den Fokus (z. B. „Kopftuchdebatte“). In dieser Debatte ging es nun stärker um die Symbolik und Sichtbarkeit von kulturellen Unterschieden. Dabei verlor die Aussiedlermigration an Relevanz.

Was die Frage der Integration betrifft, zieht sich die vermeintlich objektive Beurteilung der Aussiedlerintegration durch statistische Indikatoren wie ein roter Faden durch die Studien der 1970er- bis 1990er-Jahre. Häufig vergessen wurde dabei die eigene Perspektive der Aussiedler. Nur wenige Studien widmeten sich der subjektiven Wahrnehmung der Migranten. Einige dieser Studien zeigen, dass die Aussiedler sich in sozialer Hinsicht grundlegend umstellen mussten. Sie trafen vor allem auf eine durch kulturelle Vielfalt geprägte Gesellschaft. Mit Blick auf ihre als wesentlich homogener wahrgenommene Herkunftsgesellschaft stellte dies eine neue Erfahrung dar.

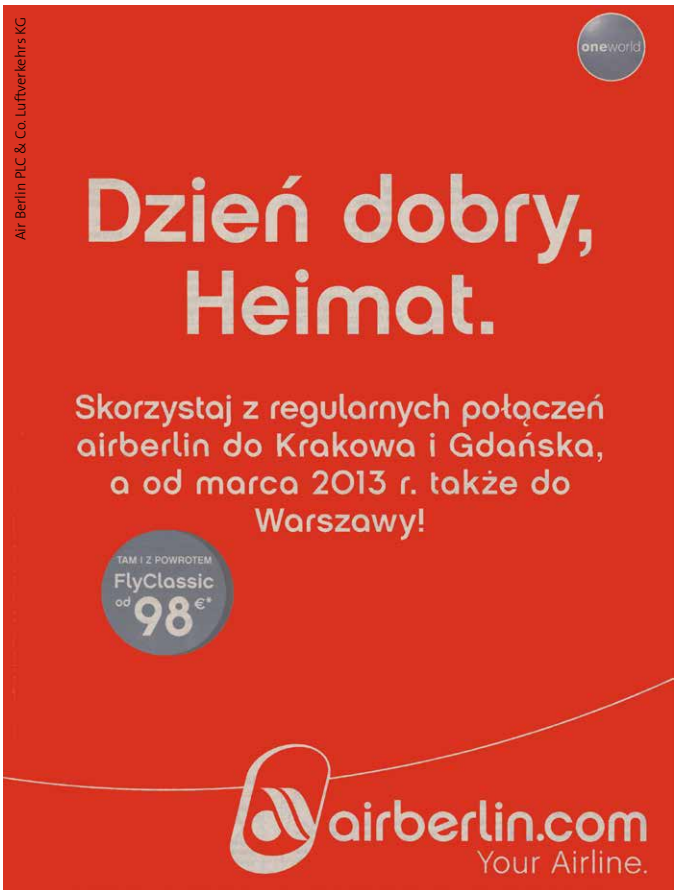
Integration der polenstämmigen Aussiedler – aktuelle Perspektiven

Mehr als 25 Jahre nach der Hochphase der Migration von Aussiedlern aus Polen nach Deutschland stellt sich die Frage, ob die Integration dieser Migrantengruppe aufgrund der langen Aufenthaltsdauer nun als abgeschlossen bezeichnet werden kann. Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Frage der Aussiedlerintegration schlichtweg untergegangen ist in der politischen, medialen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeitsverlagerung nach 1989 in Richtung der Wiedervereinigung, der Integration von Geflüchteten (Anfang der 1990er-Jahre und besonders in der Gegenwart) sowie der zunehmenden religiösen und kulturellen Vielfalt in Deutschland?

Wann ein Integrationsprozess als abgeschlossen bezeichnet werden kann, ist grundsätzlich nicht festgelegt. Da Integration viele verschiedene Lebensbereiche betrifft, lässt sich ein solcher Prozess auch nur unzureichend bewerten, ohne die jeweilige Perspektive zu präzisieren. Zu unterscheiden ist die vermeintlich objektive Integrationsmessung über statistische Indikatoren von der subjektiven Wahrnehmung des Integrationsprozesses durch die Migrantinnen und Migranten selbst.

Wichtig ist zudem die Differenzierung in eine **kulturelle Integration** (vor allem hinsichtlich des Spracherwerbs), eine **strukturelle Integration** auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie im Bildungssystem, eine **soziale Integration** über die Beziehungen in der Aufnahmegesellschaft und eine **emotionale Integration**, in der es um Zugehörigkeitsgefühle geht (siehe S. 13). Besonders die soziale und emotionale Integration der polenstämmigen Aussiedler wirft auch heute noch Fragen auf. Es ist mehr als fraglich, ob sich Integration mit der Zeit automatisch ergibt.

Als das Interesse für die Aussiedlermigration und vor allem für diejenigen, die aus Polen gekommen waren, in den 1990er-Jahren abnahm, veränderten sich die Rahmenbedin-



„Guten Tag, Heimat." Mit einem Werbehinweis in polnischer Sprache wendet sich die damalige deutsche Fluglinie „Air Berlin" explizit an polnische Reisende, um ihnen ab März 2013 neben Krakau und Danzig auch Flüge nach Warschau anzubieten.

Am Stuttgarter Flughafenterminal steigen Reisende mit Ziel Südpolen am 26. April 2019 in einen Bus des polnischen Unternehmens Sindbad, das sich seit den 1990er-Jahren auf Verbindungen von und nach Osteuropa spezialisiert hat.

gungen für grenzüberschreitende Beziehungen in drastischer Weise. Durch den Zusammenbruch des sozialistischen Systems erhielten die Aussiedlerinnen und Aussiedler wieder die Möglichkeit, unkompliziert nach Polen zu reisen. Neue Kommunikationstechnologien und Transportmöglichkeiten erleichterten zunehmend die Kontaktpflege und das Reisen. In Deutschland entwickelte sich ab den 1990er-Jahren durch Bildungs- und Arbeitsmigration zwischen Polen und Deutschland zudem eine große polnische Community mit zahlreichen Angeboten wie speziellen Radiosendern, zum Beispiel *Śląskie Radio* und *Radio Bercik* mit regionalem Bezug zu Oberschlesien, Printmedien wie *info&tips*, Geschäften, mobilen Lebensmittelversorgern und Begegnungsmöglichkeiten. Die genannten Medien greifen sowohl deutsche als auch polnische Themen auf und informieren über Angebote für die polnischsprachige Bevölkerung in Deutschland. Dass die Aussiedler sowohl Anbieter wie Nutzer der Angebote sind, verdeutlicht den Stellenwert ihrer polnischen bzw. oberschlesischen „Wurzeln" im Alltag.

Neueste Untersuchungen zur Integration der Gruppe der oberschlesienstämmigen Aussiedler aus Polen der 1970er- und 1980er-Jahre zeigen, dass diese Entwicklungen eine große Rolle spielen und die Integration dieser Gruppe als ein fortwährender Prozess gesehen werden kann, in dem sich die Lebenswelten der Aussiedler dauerhaft in einem Spannungsfeld aus lokaler Integration in Deutschland, regionaler Verbundenheit zu Oberschlesien und Sozialisierung in Polen bewegen.

Drei Phasen der Aussiedlerintegration

Die Integration der oberschlesienstämmigen Aussiedler der 1970er- und 1980er-Jahre verlief vielfach – grob gegliedert – in drei Phasen: Unmittelbar nach der Aussiedlung stand in einer **ersten Phase** der Aufbau des neuen Lebensmittelpunktes im Fokus. Wohnungssuche, Arbeitsmarkteingliederung, die schulische Eingliederung der Kinder und der Spracherwerb standen hier im Mittelpunkt eines Zeitabschnitts, der von verschiedenen Anlaufschwierigkeiten und Ängsten geprägt war. Problematisch konnten zu Beginn die längeren Übergangszeiten in Aussiedlerunterkünften und Notwohnungen sein, aber auch die Integration in den Arbeitsmarkt, denn manche Aussiedler mussten Umorientierungen und berufliche Abstiege in Kauf nehmen. Hinzu kamen die sprachlichen Barrieren. Diese und andere Startschwierigkeiten wurden jedoch kompensiert durch die allgemein als „reibungslos" empfundene Aufnahme durch „die Deutschen", erste Anschaffungen sowie ein Empfinden von neuer „Freiheit". Diese wurde insbesondere in Form von Urlaubsreisen genossen.

Die Neuankömmlinge entwickelten unabhängig von ihren Migrationsmotiven recht häufig Integrationsstrategien, die sie heute als „Anpassungsstrategien" bzw. „Mittel zum Ankommen" bezeichnen. Solche Strategien hatten zum Ziel, einen erfolgreichen Aufbau des neuen Lebensmittelpunktes zu ermöglichen. Die Aussiedler versuchten akribisch, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, verzichteten im Alltag teilweise bewusst auf ihre polnische Muttersprache und bemühten sich, soziale Anknüpfungspunkte zu schaffen. Für ein erfolgreiches Einleben vor Ort sahen sie die Verantwortung vor allem bei sich selbst. Zu Beginn führte für viele von ihnen die hohe Aufgaben- und Verantwortungsdichte in Bezug auf Spracherwerb (Sprachkurse), bürokratische Prozesse, die Eingliederung in Beruf und Schule und die Suche sowie Ausstattung des ersten eigenen Wohnraumes dazu, sich auf das Einleben in Deutschland zu konzentrieren und dadurch Sehnsuchtsgefühle und Rückkehrgedanken zu verdrängen.

Die Beziehung zu Polen und den jeweiligen Herkunftsorten war in dieser Zeit vor dem Fall des „Eisernen Vorhangs" gering ausgeprägt. Reisen in die ehemalige Heimat waren selten. Der wichtigste Grund hierfür waren rechtlich-formale Hindernisse: Besuche der Herkunftsländer waren mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden. Zudem herrschte gerade bei denjenigen, die ihr Land nicht offiziell verlassen hatten, Unsicherheit darüber, inwieweit ein Besuch oder eine Rückkehr zu rechtlichen Schwierigkeiten führen konnte. Die Kommunikationsflüsse waren vor der verstärkten Nutzung des Internets auf seltene Telefonate, Briefe und die bis heute verbreitete Praxis der Paketsendungen beschränkt.

Die Größe der polnischstämmigen Bevölkerungsgruppe in Deutschland und ihre Nachfrage machen sie für den Einzelhandel interessant. Schlesisches Spezialitätengeschäft in Mönchengladbach

Integrationsstrategien der Aussiedler unmittelbar nach der Aussiedlung

Gabi Piontek, 1988 im Alter von 42 Jahren mit ihrem Ehemann nach Aachen ausgesiedelt
Zum Thema: Kontakt zu den Deutschen
Wir wollten hier direkt rein in das Umfeld. Damit die Deutschen nicht direkt sagen, wir würden uns segregieren. Dass wir da im polnischen Laden einkaufen, ist das Einzige. Aber wir gehen zu keinen polnischen Veranstaltungen [...]. Wir waren viel im deutschen Umfeld verankert. Und wir gehen auch in die deutsche Kirche. Wir haben uns anfangs schon etwas gefürchtet, da sagte man, wenn man zu viel mit Polen zusammenhängen würde, wäre das nicht gut.

Thomas Krawczyk, 1988 im Alter von 21 Jahren mit seinen Eltern nach Düsseldorf ausgesiedelt
Zum Thema: Einleben in allen Lebensbereichen
Ich saß auf dem Bett und hab gelernt wie ein Wilder, also ich hatte mir die Grammatik fast selber angeeignet damals, weil ich wusste, das musst du draufhaben, sonst wird das nichts! Also das war 'ne spannende Zeit, aber es war sehr ungewiss, wobei man nicht wirklich die Zeit hatte, sich damit zu beschäftigen. [...] Aber ich muss auch sagen, dass ich sehr, sehr schwer dafür gearbeitet hab. Vor allem Sprache lernen. Sich anpassen. Ich hatte in Polen auch mal eine Fußballmannschaft. Ich bin ja fußballverrückt. Ich hab gesagt, so jetzt bist du in Düsseldorf, Fortuna ist deine neue Mannschaft. Also ich brauchte diese Ankerpunkte. [...] Ich wollte wirklich quasi rüber wechseln auf die andere Seite. Und ein neues Leben aufbauen, aber halt nicht als der Ausländer. Sondern schon als einer von den Deutschen.

Richard Feldmann, 1978 im Alter von 38 Jahren mit seiner Ehefrau nach Heinsberg ausgesiedelt
Zum Thema: Integration als selbsternannte Aufgabe
Wir sind jetzt hierhin gekommen und uns hat hier niemand gewollt in dem Sinne. Niemand gerufen, wir wollten es. Also bist du hier, dann musst du dich jetzt anpassen, einleben und so weiter. Nicht warten, bis dir jemand was gibt. Nein. Du musst das selber machen. Also haben wir uns erst mal gekümmert, wie gesagt, die Sprache zu lernen, einigermaßen zu beherrschen, dass die Kinder weiterkommen, Arbeit zu kriegen. Arbeiten. Richtig einleben. Nach zwei Wochen in Deutschland hab ich im Prinzip entschieden, es wird gebaut. [...] Auf jeden Fall wir waren keine fünf Jahre in Deutschland, da haben wir begonnen, hier zu bauen.

Sofie Feldmann, 1978 im Alter von 37 Jahren mit ihrem Ehemann nach Heinsberg ausgesiedelt
Zum Thema: Sprache als Integrationsfaktor
Wir begannen achtundsiebzig abrupt, Deutsch zu reden. Wie wir konnten. Ob das grammatisch oder nicht grammatisch war, ohne Artikel oder mit Artikel. Eher ohne Artikel. Polnische Sprache ist ja ohne Artikel. Aber bei einer Sache, wenn wir aufgeregt waren, fluchen wollten, schimpften, da kam das Polnische sofort. Da fehlten uns die deutschen Wörter. Nachdem wir uns dann auch noch auf Deutsch gestritten haben, das war der Durchbruch.

Katharina Musiol, 1988 mit 27 Jahren nach Essen ausgesiedelt
Zum Thema: Eingliederungshilfe als Integrationsansporn
Und das Arbeitslosengeld. Ich bekam dann einfach kostenlos Geld. Ich hab vorher noch nie Geld umsonst bekommen. Ich hab noch zu meiner Tante gesagt: „Ich kann das Geld doch nicht nehmen. Ich hab doch hier nie gearbeitet." Und die so: „Aber es steht Dir zu, du hast in Polen gearbeitet". Jedenfalls als ich das Arbeitslosengeld gesehen hab, so viel Geld, da dachte ich, wie viel ich wohl verdienen würde, wenn ich später arbeiten gehen würde. Das war ein Haufen Geld. Und das war dieser Ansporn. Es lohnt sich, zu bleiben. Es lohnt sich, das alles durchzustehen. Weil es wird besser.

Marius Otto, Zwischen lokaler Integration und regionaler Zugehörigkeit: Transnationale Sozialräume oberschlesienstämmiger Aussiedler in Nordrhein-Westfalen (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld 2015, S. 162–163, 347–349 u. 372

Persönliche Meilensteine der Integration

Paul Kudela, 1976 im Alter von 21 Jahren mit seinen Eltern nach Mönchengladbach ausgesiedelt
Zum Thema: Sprache und beruflicher Aufstieg
Wenn ich sage, dass ich mich integriert habe und so weiter, meine ich ja damit, dass ich ja viel, viel besser sprechen konnte, verstehen konnte und so weiter. Und das war dieser Punkt, wo ich sage: „Ok, jetzt bin ich so weit, jetzt bin ich hier und bleib ich hier. Und fühl ich mich als Deutscher und so weiter". Anfangs war das noch so bisschen gemischt. Weil ich wusste noch nicht so recht, wo ich hingehöre. Eigentlich, das muss ich ehrlich sagen, nachdem ich die Meisterprüfung bestanden habe, da war ich von dem ganzen Ballast frei. Und dann war alles gut, da waren Aufstiegsmöglichkeiten, also da lief es für mich optimal. […] Vielleicht zehn Jahre, dann hat sich das langsam gewandelt ins Positive. Und endgültig … vielleicht nach zwanzig Jahren oder so. Das ist nicht so einfach.

Maria Nowak, 1983 im Alter von 36 Jahren mit ihrem Ehemann nach Neuss ausgesiedelt
Zum Thema: Immobilienerwerb
Als wir das Haus gekauft haben, als ich im Garten stand, da fühlte ich mich besser. Dieser Punkt auf der deutschen Landkarte ist meiner. Ich bin zuhause.

Ilse Matysek, 1981 im Alter von 40 Jahren mit ihrer Tochter nach Mönchengladbach ausgesiedelt
Zum Thema: Arbeitsmarktintegration
Als ich die Arbeit bekommen habe. Da hätte ich mir ein Schild umhängen können: „Ich arbeite schon!" Ja. Hier interessiert sich niemand für den Anderen, aber alle wussten, dass ich arbeite. Und da denke ich, dass ich dann akzeptiert war von meinen Nachbarn. Ich war stolz, dass ich arbeite.

Thomas Krawczyk, 1988 im Alter von 21 Jahren mit seinen Eltern nach Düsseldorf ausgesiedelt
Zum Thema: Akzeptanz
Also man hat eine gewisse Sicherheit bekommen. Man weiß, dass das, was man macht, funktioniert. Dass man akzeptiert ist, dass dich keiner hier rausekelt oder sonst irgendwas. Wenn ich überlege, dass meine deutschen Kollegen mich mal fragen: „Sag mal, hab ich das richtig geschrieben?" Dann find ich das total genial. Total klasse.

Otto, 2015: S. 355–366

Eine **zweite Phase**, die mit dem Gefühl des Angekommen-Seins einsetzte, lockerte die zum Teil enge Fokussierung auf die Integration in Deutschland. Mit dem Erwerb von Immobilien, gefestigter Sprachkompetenz, beruflichem Aufstieg, einem abgeschlossenen Studium oder der zunehmenden Akzeptanz durch die „einheimischen Deutschen" im Wohn- und Arbeitsumfeld fühlten sich die Aussiedler zunehmend etabliert und sahen die persönlichen Voraussetzungen für eine Integration als erfüllt an. Sie identifizierten damit recht unterschiedliche soziale und strukturelle Meilensteine ihrer Integration in Deutschland. Wie lange es dauerte, bis sich ein Gefühl des Angekommen-Seins einstellte, reichte nach den Selbstzeugnissen der Aussiedlerinnen und Aussiedler von wenigen Monaten bis zu zehn oder fünfzehn Jahren. Das bewusste Ankommen begünstigte aber in jedem Fall die **dritte Phase** der Integration, in der viele Aussiedler aus einer etablierten Position in Deutschland heraus wieder neue Beziehungen zu Polen und insbesondere Oberschlesien entwickelten.

„Erst die Integration, dann der Blick zurück"

Das Gefühl, angekommen zu sein, interpretierten die Aussiedler als Legitimation für ein stärkeres Ausleben ihrer herkunftsbezogenen kulturellen Traditionen und für ein Wiederaufleben von Beziehungen zum Herkunftsgebiet. Diese folgten somit deutlich zeitversetzt zum Zeitpunkt der Migration. In der Vermischung, Durchdringung und Überlagerung polnischer und deutscher Kulturelemente etablierten viele Aussiedler nun bewusst eine sogenannte Transkulturalität in ihrem Alltag.

Mit Blick auf neu erstarkte Beziehungen zu Polen reaktivierten sie Bekanntschaften und eine neue Sehnsucht nach verschiedenen Orten der Prä-Migrationszeit (Plätze, Spazierwege oder Stadtviertel in den Herkunftsstädten) – nach „alten Ecken", wie es die Aussiedler in Interviews mit dem Autor oft nannten, stellte sich ein. Manche Aussiedler nutzten ihre Alltagskompetenzen auch beruflich und kamen über Geschäftsbeziehungen zu neuen, intensiven Kontakten in Polen.

Für die Aussiedler waren intensive Kontakte nach Polen und ein Eintauchen in die polnische Community in Deutschland allerdings an die Erfüllung des selbst formulierten Integrationsauftrags gekoppelt. Der Anspruch, nach der Aussiedlung zunächst einmal „etwas" in Deutschland zu erreichen, sehen einige von ihnen auch darin begründet, dass sie bei ihren ersten Besuchen in Polen sichtbare Erfolge wie beispielsweise am Arbeitsplatz, beim Hausbau und/oder Autokauf vorweisen wollten.

Stark begünstigt wurden diese Rückbesinnung und die neue Emotionalität in Bezug auf den Herkunftskontext durch die Veränderungen der strukturellen und politischen Rahmenbedingungen. Nach 1989 konnten die Aussiedler problemlos nach Polen reisen und in der Folgezeit auf neue Fernbusverbindungen, später auch auf Billig-Airline-Verbindungen wie beispielsweise *Wizz Air* zurückgreifen.

Hinzu kamen neue Möglichkeiten der Kommunikation, mit deren Hilfe die Beziehungen zum Herkunftsland intensiviert werden konnten: Zu Beginn waren dies Chatrooms im Internet und Telefon-Flatrates, später kamen Schulklassenportale („nasza klasa"), Facebook und WhatsApp hinzu. Das uneingeschränkte Telefonieren und die Übermittlung von Bildern reduzierten die Bedeutung der räumlichen Distanz zum Herkunftsgebiet. Der Informationsfluss stieg außerdem erheblich über das Internet und die Verfügbarkeit polnischer Fernsehprogramme und Pay-TV-Pakete in Deutschland.

In manchen Fällen folgte die stärkere Ausrichtung auf die „alten" Netzwerke in Polen aber auch aus einer langfristigen Unzufriedenheit mit dem sozialen Umfeld in Deutschland. Dies ist vor allem bei denjenigen zu beobachten, die bereits vor der Aussiedlung eine ablehnende Haltung gegenüber Deutschland gezeigt hatten und beispielsweise auf Wunsch des Ehepartners migriert waren. Sie fokussierten sich nach der Aussiedlung vollständig auf eine strukturelle Integration in das „System Deutschland", verblieben jedoch fast ausschließlich in einem polnisch-oberschlesischen Netzwerk und konzentrierten sich im Zuge des Wegfalls der Barrieren in Transport und Kommunikation noch stärker auf ihre „alte Heimat". Aber auch Aussiedler, die zu Beginn ihrer Zeit in Deutschland bewusst

Die Polnische Katholische Mission organisiert ein umfangreiches polnischsprachiges Gemeindeleben, das auf großen Zuspruch trifft. Gottesdienst in Mönchengladbach im Dezember 2013

den Kontakt zu Deutschen gesucht und hier teils negative Erfahrungen gemacht hatten, intensivierten mithilfe der neuen Medien Beziehungen zu alten Freunden in Polen.

Die Rückbesinnung auf Polen ist allerdings nicht nur durch die wiederaufgenommenen grenzüberschreitenden Kontakte zu erklären. Auch am Wohnort in Deutschland nahm das Bewusstsein für die polnische bzw. oberschlesische Vergangenheit deutlich zu. Für viele Aussiedler wurde nun auch die polnische Community am deutschen Wohnort wichtiger. Die Angebote für Polenstämmige in Deutschland haben sich in den 1990er- und 2000er-Jahren rasant entwickelt. Sie umfassen heute alle Aspekte des Alltagslebens und werden durch Organisationen, Vereine, Unternehmen und Privatpersonen getragen. Es gibt stark ausgeprägte soziale Netze (z. B. religiöse Vereine), professionelle Organisationen (z. B. polnischsprachige Arztpraxen und Anwaltsbüros) und eine soziokulturelle Infrastruktur (Veranstaltungen im Sport- und Kulturbereich).

Im Alltag der Aussiedlerinnen und Aussiedler relevant sind vor allem polnische Geschäfte, Vereine, die oben angeführten polnischsprachigen Magazine/Zeitschriften sowie Radiosender und die Polnische Katholische Mission, welche ein umfangreiches polnischsprachiges Gemeindeleben in deutschen Städten organisiert.

Aus der Aussiedlerperspektive bieten diese Angebote vor allem die Möglichkeit, „ein Stück Heimat" zu erleben. Eine starke oder gar einseitige Ausrichtung auf die Angebote der polnischen Community ist allerdings selten zu beobachten. Vielmehr dienen diese zur Befriedigung einzelner Bedürfnisse wie der Sehnsucht nach polnischen Produkten oder dem Interesse für das aktuelle Zeitgeschehen in Polen. So werden die Geschehnisse rund um den ehemaligen Fußballverein in Polen im Internet verfolgt, die neue Einrichtung im Haus wird per Skype und Webcam den Verwandten in Polen präsentiert, polnische Waren sind in nahezu jeder deutschen Großstadt verfügbar.

Es geht dabei nicht nur um die Verfügbarkeit von Informationen und Produkten, sondern auch um das Gefühl der Teilhabe an der persönlichen Heimat. Diese – und das ist eine wesentliche Charakteristik transkultureller Lebenswelten – wird so nicht nur über das Reisen in den jeweiligen Herkunftsort erlebbar, sondern wird vielmehr zur alltäglichen Erfahrung.

Aktuelle Integrationsfragen in den deutsch-polnischen Lebenswelten der Aussiedler

Die Reaktivierung bzw. Intensivierung von Beziehungen zum Herkunftskontext mit kürzerem oder längerem zeitlichen Abstand zum Migrationszeitpunkt führte für die Aussiedler nur eingeschränkt zu einer Rückbesinnung auf eine „vertraute Heimat". Diese hatte sich nämlich im Laufe der Zeit, geprägt

Bedeutung der polnisch-oberschlesischen Community

Katharina Musiol, 1988 mit 27 Jahren nach Essen ausgesiedelt

Letztlich bleibt die Sehnsucht nach dem, von dem man weggegangen ist. Man ist freiwillig gegangen. Aber nach einiger Zeit kommt das so und der Mensch sucht das. Man hat sich hier alles aufgebaut, aber es ist halt anders, ne? Und dann gibt es eben solche Tage, da kommen solche Gefühle und dann geht man eben zum polnischen Laden, um ein Stück Wurst zu kaufen, und dann geht es einem besser. So kommt es mir vor.

Johanna Jasko, 1988 im Alter von 7 Jahren mit ihren Eltern nach Mönchengladbach ausgesiedelt

Ich denke, in der polnischen Kirche ist es wie … (überlegt) dort zu sein. Zuhause-Sein. […] Meine Eltern sagen wieder, dass ich übertreibe. Dass ich hier lebe und deswegen auch zur deutschen Kirche gehen sollte. Aber ich weiß nicht. Warum? Mich zieht es dahin und Schluss.

Paul Kudela, 1976 im Alter von 21 Jahren mit seinen Eltern nach Mönchengladbach ausgesiedelt

Wenn da so auf TV Silesia manchmal ein schöner schlesischer Film läuft, dann guck ich den. […] Das ist ja nur alleine wegen der Sprache und so weiter. Weil das hört sich so schön an. […] Das verbindet mich irgendwie zu der Zeit, wo ich da gelebt hab, die Erinnerung kommt ja, alte Freunde und so weiter, wie das alles so war. Das ist die Verbindung damit, ne?

Otto, 2015: S. 271, 273 u. 276

Perspektive auf die alte und die neue Heimat und das eigene Hin-und-Hergerissen-Sein

Thomas Krawczyk, 1988 im Alter von 21 Jahren mit seinen Eltern nach Düsseldorf ausgesiedelt
Ich mein, wenn wir jetzt mal Punkte verteilen würden, eine Skala von eins bis zehn. Zehn ist das Maximum. Das sag ich jetzt mal, dann bin ich ein Punkt Pole, dann bin ich acht Punkte Oberschlesier und sieben Punkte Deutscher. Irgendwie so was. [...] Aber wie gesagt, wenn ich in Schlesien bin und nach Hause fahr, dann fahr ich nach Hause. Ich fahr hierhin nach Hause, also von Ost nach West fahr ich nach Hause, nicht andersrum. Aber es wird nie die Heimat sein, es wird nie so hundertprozentig sein.
Frage: Das heißt, du bist immer noch zwischen diesen Stühlen?
Ja richtig. Ich sitz vielleicht mit einer Pobacke auf dem deutschen Stuhl, oder mit vielleicht dreiviertel Pobacken.

Johanna Jasko, 1989 im Alter von 9 Jahren mit ihren Eltern nach Mönchengladbach ausgesiedelt
Schwer zu sagen das alles, weil wenn ich drei Wochen in Polen bin, zieht es mich zurück nach Deutschland. Aber hier zieht es mich dahin. Schwer zu sagen. Wir sind zweigeteilt. Heimat ist da, aber hier [...] hier leben wir schon lange.

Martin Kluczek, 1988 im Alter von 6 Jahren mit seinen Eltern nach Bochum ausgesiedelt
„Bist du jetzt Deutscher oder Pole?" Das ist immer schwer zu beantworten. Also emotional, sentimental, so vom Gefühl her, auch vom Lebensstil, von der Einstellung her, muss ich sagen, ich bin Pole. Aber ich bin sicherlich ein deutschgeprägter Pole. Ich bin nämlich überaus genau, ich bin überaus kritisch. Also man hat diese teilweise, diese typischen, ja deutschen Merkmale, wenn man das jetzt wieder so stereotypisieren will, die hat man natürlich auch. Aber emotional, da bin ich einfach Pole. Deutschland ist hier so eher kopflastig. Ja und das Herz ist eher weiß-rot.

Otto, 2015: S. 271, 322 u. 328

durch die Umbrüche nach 1989, deutlich verändert. Das bekamen die Aussiedler während ihrer Besuche in Polen deutlich zu spüren.

Sie hatten nach ihrer Migration Orientierungsschwierigkeiten und Fremdheitserfahrungen in Deutschland erlebt. Mit ähnlichen Begleitumständen waren sie nun, nachdem sie in Deutschland einen Lebensmittelpunkt aufgebaut hatten, auch im vermeintlichen „Heimatkontext" konfrontiert. Tatsächlich ergab sich hierdurch eine ganz neue Integrationsfrage. In Polen stießen die Aussiedler bei ihren Besuchen auf neue Sprachmuster, eine Anonymisierung in ehemals vertrauten Wohngegenden und auf rasante städtebauliche Veränderungen. Was vertraut oder fremd gewesen war, wurde nun neu ausgehandelt und konnte nicht mehr in klassischen Kategorien von „Herkunfts- und Ankunftsorten" gedacht werden.

Besonders gravierend war es für die Aussiedler, dass sie in Polen als „anders", „deutsch" oder „fremd" gesehen wurden. Zu dieser Fremdeinschätzung kam hinzu, dass viele Aussiedler selbst erkannten, dass sich ihre polnische Sprache durch deutsche Einflüsse verändert hatte und sich ihre Gewohnheiten und Werte anders entwickelt hatten als die der zurückgebliebenen Freunde und Verwandten.

Für viele ergaben sich hierdurch zwei Heimatkonstrukte, wobei Polen vor allem als Heimat einer vergangenen Zeit und der eigenen kulturellen Wurzeln und Deutschland als das Zuhause mit „Wohlfühlfaktor" gesehen wurden. Die irritierenden Erfahrungen während der Besuche und Urlaube in Polen verstärkten bei vielen Aussiedlern das Hin-und-Hergerissen-Sein. In Deutschland fühlen sie sich zwar akzeptiert und integriert, werden jedoch beispielsweise aufgrund ihres Akzents oder ihrer kulturellen Eigenarten immer noch als „polnisch" identifiziert. In Polen werden sie als die „deutschen Besucher" und folglich als nicht „einheimisch" angesehen. Infolge dieser neuen Erfahrungen von Entwurzelung in Polen fühlen sich viele Aussiedler weder „hier" noch „dort", sondern eben „dazwischen" heimisch und integriert (siehe auch S. 14 ff. und 38 ff.). Integration ist für sie damit nicht nur in Deutschland, sondern in ihrer gesamten Lebenswelt ein Thema.

Soziale Integration in Deutschland: Leben in einer polnisch-oberschlesischen Blase?

Auch in Deutschland ist die Frage der Integration mit Blick auf die sozialen Netzwerke der Aussiedler nach wie vor aktuell. Die polenstämmigen Aussiedler in Deutschland sehen sich zwar insgesamt überwiegend als integriert an, sie differenzieren allerdings zwischen ihrer erfolgreichen strukturellen und einer ins Stocken geratenen sozialen Integration. Tatsächlich konzentrieren sich die sozialen Netzwerke der Aussiedler immer noch primär auf ein polnisch-oberschlesisches Umfeld – und das nach 25, 30 oder 35 Jahren in Deutschland. Die wichtigsten Kontakte im Alltag bestehen zum einen aus familiären Beziehungen und zum anderen aus Freundschaften, die bereits vor der Migration existierten oder in einem polnisch-oberschlesischen Umfeld in Deutschland geknüpft werden konnten. Untersuchungen zu den Netzwerken der polenstämmigen Aussiedler zeigen: Kontakte zu „einheimischen Deutschen" oder Personen anderer Nationalitäten haben im Gegensatz dazu weiterhin eine nachrangige Bedeutung und erreichen selten den Status zentraler Kontakte.

Diese offensichtliche Fokussierung auf ein herkunftsbezogenes Netzwerk hängt wiederum mit dem Gefühl zusammen, in der dritten Phase der Integration angekommen zu sein. Hier kommen sozio-kulturelle Elemente des Herkunftskontextes „Polen" immer stärker zum Tragen. Die Aussiedler stellen in dieser Zeit häufig resümierend fest, dass sie die Art und Weise, wie das soziale Miteinander in Polen funktionierte, in Deutschland nicht reproduzieren können. Aufbauend auf der Vorstellung, wie Freundschaften, Bekanntenkreise und familiäre Netze „idealerweise" in Polen aussahen und daher prinzipiell auszusehen haben, wird die Art des „deutschen" Zusammenlebens auch heute noch häufig als „fremd" und „anders" gesehen.

Polen bzw. Oberschlesien erscheint mit Blick auf die Zeit vor der Ausreise als „soziales Paradies". Im deutschen Umfeld werden grundsätzlich vermisst: die Intensität der Freundschaften, die Spontaneität der Begegnungen, die Hilfsbereitschaft und das familiäre Zusammenleben. Argumentiert wird mit Mentalitätsunterschieden, konkret festgemacht an Unterschieden in der Gastfreundlichkeit, im Humor oder in politischen Einstellungen.

Die Aussiedler nehmen aus diesem Grund trotz ihrer erfolgreichen Integration immer noch Unterschiede zu der „deut-

Soziale Barrieren im Kontakt zu „den Deutschen“

Barbara Zając, 1987 im Alter von 33 Jahren mit ihrem Ehemann nach Mönchengladbach ausgesiedelt
Also echte Freunde sind drüben und Bekannte hier. Und das ist das, was mir einfach fehlt. […] Weil meine beste Freundin sagt immer: „Du weißt, wenn es dir schlecht geht, du kannst immer zu uns kommen. Du hast immer bei uns ein Zimmer“. Also solche Freunde, die man schon so lange kennt, die finde ich hier nicht.

Alexandra Hurdalek, 1989 im Alter von 15 Jahren mit ihren Eltern nach Krefeld ausgesiedelt
Zum Beispiel mit meinen Arbeitskolleginnen. Ich komme mit denen sehr, sehr gut zurecht. Wir treffen uns auch regelmäßig. Auch richtig zuhause. Und dann ist das wirklich herzlich. Aber dass ich irgendeine deutsche Freundin hätte? Ich habe keine deutsche Freundin. Ich denke, die Mentalität ist eine andere. Ich kann das nicht in Worte fassen. Mit den Arbeitskolleginnen, ich weiß, ich kann denen alles sagen. Aber ich hab keine deutsche Freundin. Ich hab nur Freundinnen aus Polen oder Schlesien.

Eheleute Feldmann, 1978 mit 38/37 Jahren nach Heinsberg ausgesiedelt
Die Leute halten hier nicht viel vom Nachbarn oder was. Wir haben zum Beispiel hier einen sehr guten Kontakt zu allen Nachbarn, aber nur „Guten Tag“, „Guten Morgen“ und „Auf Wiedersehen“ und so was Ähnliches. Da gibt es keine gegenseitigen Besuche. Wie das in Schlesien war. Dass man sich da einmal in der Woche oder zwei Mal im Monat oder was getroffen hat. Oder ein Fußballspiel gemeinsam angeschaut hat vor dem Fernseher oder was. So was haben wir hier nicht erlebt. Hier lebt jeder praktisch für sich. […] Und das hat gefehlt. Und manchmal fehlt das noch bis heute. Denn gerade jetzt, wenn man so alleine sitzt, man hat Zeit, man ist im Rentenalter, man ist noch fit, da fehlt das schon. […] Und so der Kontakt hier mit den Nachbarn, wenn wir fahren in Urlaub, Schlüssel geben wir ab, sollte was sein, auch Post nehmen sie für uns an. Und wir gegenseitig. Da haben wir gar keine Probleme. Aber auch keine Freunde.

Johanna Jasko, 1988 im Alter von 7 Jahren mit ihren Eltern nach Mönchengladbach ausgesiedelt
Weil irgendwie … ich weiß auch nicht. Es gibt nicht so diese Sympathie. Ich habe nix gegen die Deutschen. Ich komme klar. Aber es ist anders. Das Verhalten ist anders, die Traditionen sind andere. So die … manche Sachen eben. Ich hatte immer Freundinnen aus Polen oder Ausländer. Ich weiß nicht, warum das so war. Es ist keine Antipathie. Aber es gab da keine Berührungspunkte. Oder es passte einfach nicht. […] Mir kommt es so vor, dass bei den Deutschen dieses Familiäre fehlt. Man hört das oft. Unsere Nachbarn zum Beispiel. Familie ist an zweiter Stelle. Das Wichtigste sind die Freunde, so Bekannte. Weil dieser Spruch „eine Familie kannst du nicht aussuchen“. Ich kann mir sowas nicht vorstellen.

Otto, 2015: S. 234, 236 u. 242–243

schen“ Aufnahmegesellschaft wahr. Es zeigt sich: Auch wenn ein Teil von ihnen durchaus Freundschaften knüpfen und das Netzwerk in Deutschland erweitern konnte, beschreiben auffällig viele Aussiedler auch nach 20 bis 30 Jahren in Deutschland eine Parallelität von Bekanntenkreisen. Besonders drastisch zeigt sich diese bei Aussiedlern, die beispielsweise separate Geburtstagsfeiern für ihr polnisches Umfeld und ihre deutschen Bekannten organisieren.

So kommt es, dass die wichtigsten sozialen Kontakte (beste Freunde, Familie) zumeist nach wie vor einen polnischen bzw. oberschlesischen Hintergrund haben und zum Teil auch noch in Polen wohnen. Als „wichtig“ werden sie gesehen, weil mit ihnen trotz der eventuellen räumlichen Distanz vertrauliche und entscheidende Angelegenheiten besprochen werden und die Beziehung auf gemeinsamen Erlebnissen und Einstellungen basiert.

Mit Blick auf die Integrationsdebatte darf aus der gefühlten Distanz zur deutschen Aufnahmegesellschaft, von der viele polenstämmige Aussiedler im Interview sprachen, jedoch nicht ein Gefühl von Ausgeschlossenheit gefolgert werden. An der persönlichen Überzeugung, integriert zu sein, ändern die Barrieren in den Kontakten zur deutschen Aufnahmegesellschaft jedenfalls nichts. Aus Sicht der Aussiedler müssen insbesondere die „Schlüsselkontakte“ intakt sein, damit das übergeordnete Ziel der Integration erreicht werden kann. Dazu zählen vor allem gute Kontakte zu Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen, zu Nachbarn und zu Lehrkräften der Kinder, die sich jedoch selten zu intensiven Freundschaften entwickeln. Kulturelle Barrieren existieren damit in der sozialen Integration nach wie vor.

(Aussiedler-)Integration als fortwährender Prozess

Nachdem sie sich unmittelbar nach ihrer Migration zunächst strikt auf ihre erfolgreiche Integration in allen Lebensbereichen in Deutschland fokussiert haben, ist für die polenstämmigen Aussiedler heute klar: Ein erfolgreiches Leben in Deutschland und die Pflege herkunftsbezogener kultureller Traditionen und Werte sowie Beziehungen zu Polen müssen sich nicht ausschließen. Selbstbewusst positioniert zwischen der neuen und alten „Heimat“ verbinden sie Elemente ihrer polnischen bzw. oberschlesischen „Heimat“ mit den Elementen ihres neuen Zuhauses in Deutschland.

Doch trotz der Reaktivierung von Beziehungen zu Polen, häufigeren Besuchen der Heimatstädte und des selbstbewussteren Umgangs mit der eigenen transkulturellen Identität, bleibt für die Aussiedler ein Mindestmaß an erfolgreicher struktureller und sozialer Integration, festgemacht an einer Einbindung im deutschen Umfeld (Arbeitsplatz, Schulumfeld, Nachbarschaft), eine grundlegende Voraussetzung für ein zufriedenes Leben in Deutschland. Als nicht integriert zu gelten, sehen viele als Scheitern an, vor allem auch, weil sie sich von den Integrations- und Ausländerdebatten abgrenzen wollen.

Der Integrationsprozess geht damit weiter. Zum einen bestehen weiterhin kulturelle Barrieren gegenüber der deutschen Aufnahmegesellschaft. Zum anderen machen die Aussiedler auch Fremdheitserfahrungen in Polen. Dies stärkt ihre grenzüberschreitende und transkulturelle Positionierung zwischen ihren zwei Heimatwelten Polen (bzw. Oberschlesien) und Deutschland.

Netzwerke der Aussiedler – drei Beispiele

Die sogenannten Netzwerkkarten stellen das persönliche soziale Umfeld einzelner Menschen dar (hier im Rahmen einer Studie zu Aussiedlern in Nordrhein-Westfalen). Sie zeigen die Kontakte, die im alltäglichen Leben von zentraler Bedeutung sind und verorten diese räumlich. In den dargelegten Netzwerken werden exemplarisch die aktuellen Familien-, Freundes- und Bekanntenkreise von drei Aussiedlern präsentiert. Eingetragen sind Personen, die den betreffenden Aussiedlern nahestehen bzw. für sie eine wichtige Bedeutung haben. Als Informationen zu jeder eingetragenen Person im Netzwerk werden das Geburtsland, der Wohnort und die Sprache, in der kommuniziert wird, festgehalten. Zudem ist vermerkt, ob die jeweils eingetragene Person ein neuer Kontakt, d. h. nach der Aussiedlung zum persönlichen Netzwerk hinzugekommen ist oder bereits vor der Aussiedlung bekannt war. Es lässt sich also erkennen, wie das persönliche Umfeld der betreffenden Aussiedler räumlich verteilt ist und welche Arten von Beziehungen (Familie, Freunde etc.) besonders relevant sind.

An den drei Netzwerken wird deutlich, wie stark die Bedeutung des polnisch-oberschlesischen Umfelds für die Aussiedler nach wie vor ist. Deutsche Kontakte oder Personen anderer Nationalitäten spielen kaum eine Rolle und wenn, dann vor allem in Form von Arbeitskollegen oder Nachbarn. Zudem wird deutlich, dass grenzüberschreitende, familiäre Kontakte in Polen weiterhin bedeutsam sind und die dominante Sprache der Aussiedler im persönlichen Netzwerk Polnisch bzw. der oberschlesische Dialekt ist.

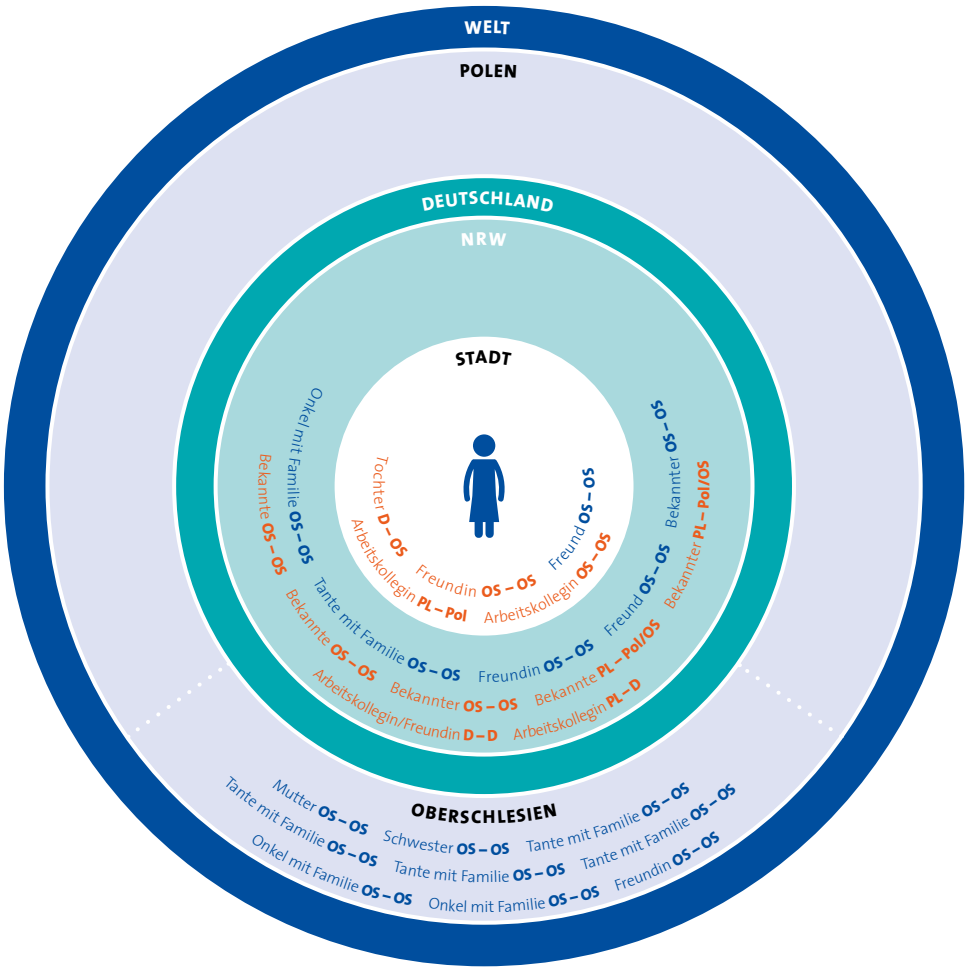
Herkunft PL = Polen, OS = Oberschlesien, D = Deutschland

Status | **Kommunikation/Sprache** Pol = Polnisch, OS = Oberschlesisch[1], D = Deutsch

Bekannter **OS – D**

Vor der Migration bekannte Kontakte

Nach der Migration gewonnene Kontakte

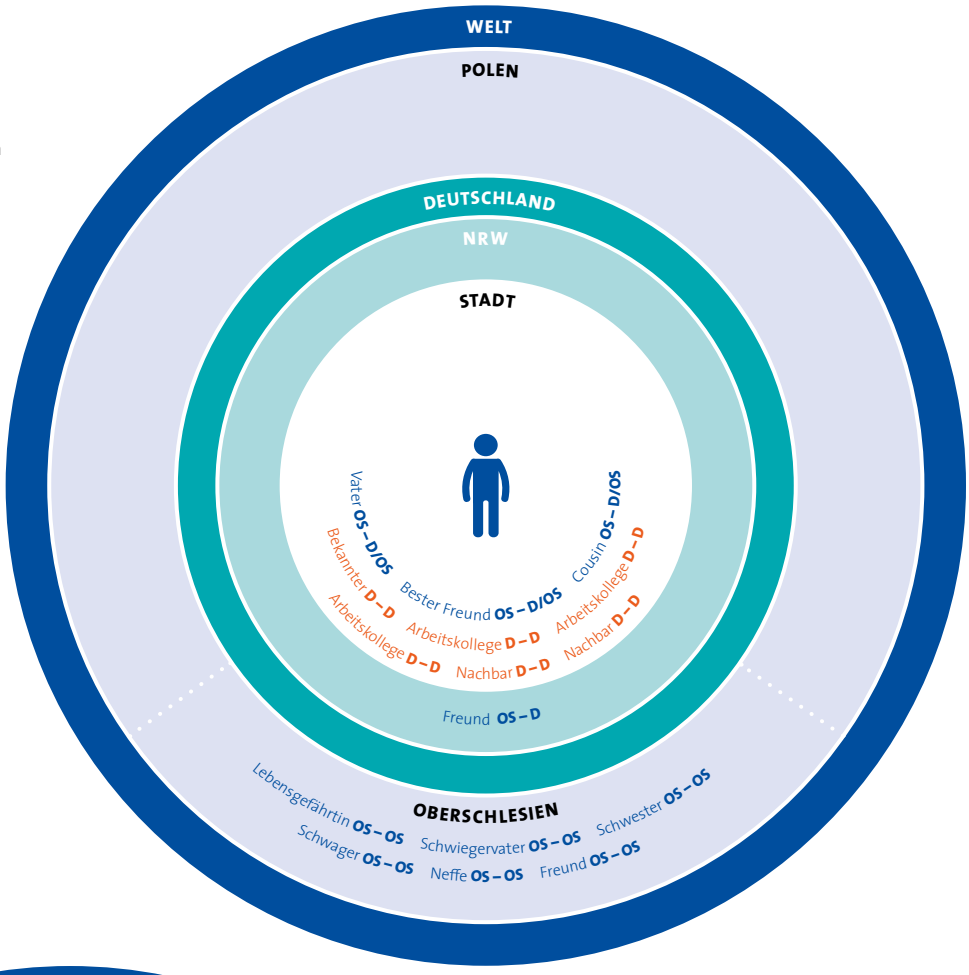


Katharina Musiol
50 Jahre alt, Krankenschwester, 1988 aus Świętochłowice nach Deutschland migriert

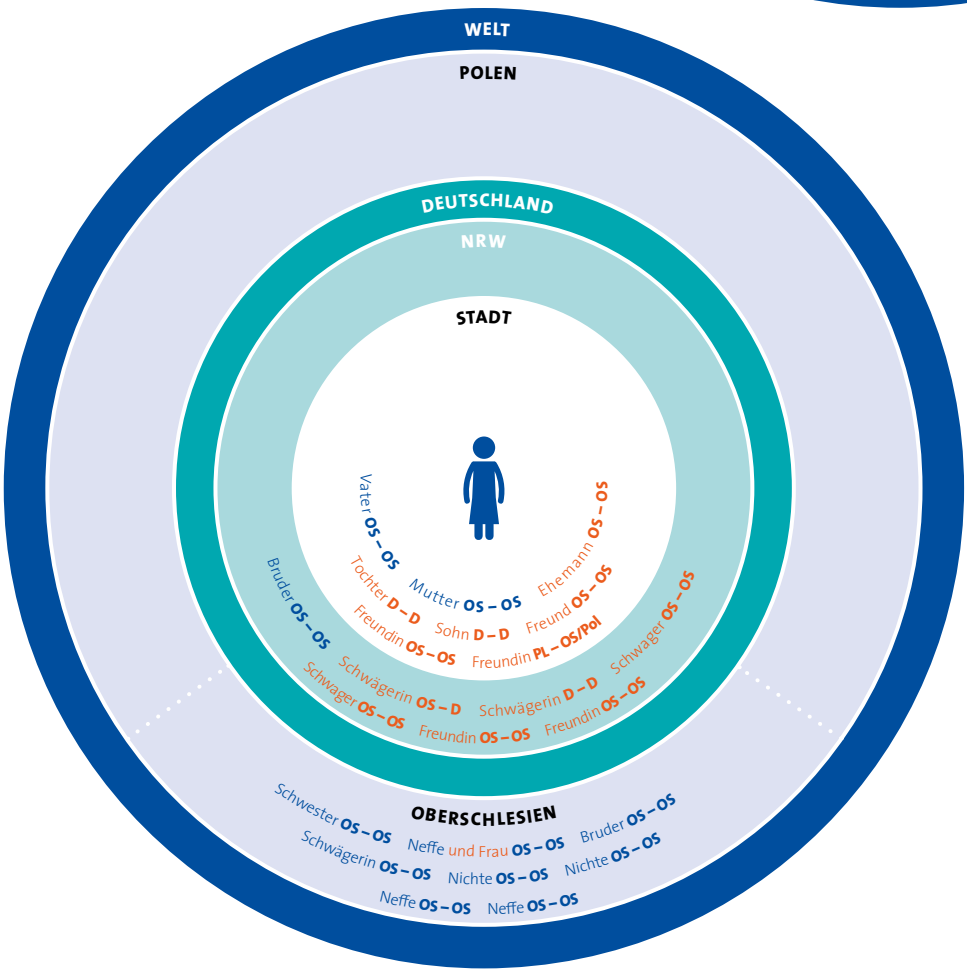
[1] Von den Aussiedlerinnen und Aussiedlern selbst gewählter Begriff zur Bezeichnung ihres Dialekts

Schaubilder nach Otto, 2015: S. 228, 235 u. 240

Paul Kudela
56 Jahre alt, Schweißer,
1976 aus Kędzierzyn-Koźle nach
Deutschland migriert



Anna Klinz
34 Jahre alt, Altenpflegerin,
1989 aus Olesno nach
Deutschland migriert



GWÉNOLA SEBAUX

(Spät-)Aussiedler aus Rumänien

Im Rumänien vor 1945 stellten Deutsche, vor allem Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, nach den Ungarn die zweitgrößte Minderheit. Ihre Auswanderung hat die gesellschaftlich-kulturelle Landschaft Rumäniens nachhaltig verändert. In Deutschland fühlen sie sich mehrheitlich gut integriert und verfügen über sehr aktive landsmannschaftliche Netzwerke.

Die Aussiedlung von Deutschen aus Rumänien gehört zur allgemeinen Ost-West-Migration in Europa vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Umgekehrt war die Migration von deutschen Siedlern ins heutige Rumänien Teil der großen kontinentalen Auswanderung vom deutschsprachigen Raum nach Ost- und Südosteuropa und in die Habsburgischen Länder. Mit der Aussiedlung in die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts endete die bis ins Mittelalter zurückreichende deutsche Kolonisationsgeschichte im Osten.

Ebenso wie die anderen, „klassischeren" Einwanderungen setzte die Aussiedlung komplexe und zum Teil langwierige politische, soziale und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse voraus. Der nun weitgehend abgeschlossene Aufnahmeprozess der (Spät-)Aussiedler hat langfristige, bis heute andauernde Auswirkungen in der deutschen Gesellschaft. Der sinngemäß besonders relevante Begriff „postmigrantisch" ist also auch in der Aussiedlerpolitik durchaus aufschlussreich.

Geschichtlicher Rückblick

Die Geschichte der Deutschen in den Gebieten, die später Rumänien wurden, begann Mitte des 12. Jahrhunderts mit der Einwanderung von angeworbenen Siedlern in Siebenbürgen, einem Kerngebiet des damaligen Königreichs Ungarn. Von Anfang des 18. bis ins frühe 19. Jahrhundert kamen nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches in mehreren Zügen weitere deutsche Siedlergruppen ins Banat und ins Sathmarer Land. Diese Gebiete wurden nach dem Ersten Weltkrieg zu Teilen Rumäniens.

„Rumäniendeutsche" ist die Sammelbezeichnung für diese sehr unterschiedlichen deutschsprachigen Gruppen, die sich durch Zeitpunkt und Ort ihrer Ansiedlung wie auch aufgrund ihrer vielfältigen Kulturtraditionen unterscheiden. Statt von der „deutschen Minderheit" müsste man im Plural von „deutschen Minderheiten" in Rumänien sprechen. Die historisch sowohl zahlenmäßig wie kulturell und politisch bedeutendsten deutschsprachigen Gruppen sind die Siebenbürger Sachsen in Mittelrumänien und die Banater Schwaben im heutigen Westrumänien. Die beiden deutschen Minderheiten konnten sich trotz massenhafter Aussiedlung während des Kalten Krieges und nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durch Zusammenrücken einigermaßen als eine sprachlich-kulturell und politisch eigenständige Gemeinschaft erhalten. Andere historisch bedeutende deutsche Siedlungsschwerpunkte sind schon während des Zweiten Weltkriegs infolge von Gebietsabtretungen Rumäniens an die Sowjetunion und wegen der Flucht vor den Sowjettruppen gänzlich oder fast gänzlich erloschen, wie im Falle der Buchenlanddeutschen, der Dobrudschadeutschen und der Sathmarer Schwaben.

Die Siebenbürger Sachsen

Die erste und älteste Gruppe bilden die Siebenbürger Sachsen. Um das Jahr 1150 folgten deutsche Bauern und Kleinadlige dem Kolonisationsruf des ungarischen Königs Geza II. und ließen sich in Siebenbürgen (Transsilvanien) nieder. Sie kamen überwiegend aus dem Rheinland und von der Mosel, aber auch aus dem heutigen Luxemburg und Belgien. Von den anderen Bevölkerungsgruppen – Rumänen, Szekler und Ungarn – wurden sie generell „Sachsen" genannt und bezeichneten sich selbst fortan auch so. Sie sollten neue Siedlungsgebiete erschließen und das Land vor den Osmanen militärisch sichern. Im Gegenzug wurden ihnen weitreichende Privilegien wie religiöse Freiheit und Verwaltungsautonomie eingeräumt. Seit der Reformation waren sie vorwiegend evangelisch-lutherisch. 1930 lebten rund 230 000 Sachsen in Siebenbürgen. Diese Zahl schrumpfte bis 1977 auf etwa 170 000, bis 1989 auf rund 100 000. Laut der Volkszählung von 2002 waren es nur noch 18 000. Durch die überraschende Wahl des Siebenbürger Sachsen Klaus Johannis, des ehemaligen Bürgermeisters von Sibiu/Hermannstadt, zum Staatspräsidenten Rumäniens im November 2014 rückte diese inzwischen sehr kleine Minderheit in den Fokus der deutschen Medien und Öffentlichkeit.

akg-images

akg-images / TT News Agency / SVT

Yvan Travert / akg-images

Yvan Travert / akg-images

Aufnahmen von Anfang des 20. Jahrhunderts zeigen Angehörige der Siebenbürger Sachsen (li.) und der Banater Schwaben in ihren Festtagstrachten. Von Wohlstand und Selbstbewusstsein zeugen die liebevoll verzierten Fassaden ihrer Wohnhäuser: sächsisch in Gârbova/Urwegen (li.) und schwäbisch in Timișoara/Temeswar, beide 2006.

Die Banater Schwaben

Nachdem die Habsburger im Jahr 1718 das Banat, eine historische Region im Donauraum, von den Osmanen zurückerobert hatten, unternahmen sie die planmäßige Besiedlung des strategisch wichtigen Grenzgebiets. Schon 1718 kamen Handwerker und Ingenieure, um Befestigungen und Manufakturen in Temeswar (Timișoara), der wichtigsten Stadt des Banat, aufzubauen. Die „Kolonisten" kamen in drei „Schwabenzügen": unter Kaiser Karl VI (1722–26), unter Kaiserin Maria Theresia (1763–1773) und unter Kaiser Josef II (1780–90). Herkunftsregionen waren die westlichen und südwestlichen deutschen Gebiete Rheinpfalz, Trier, Hessen, Lothringen und Franken sowie Bayern und Württemberg. Die deutschen Siedler bildeten römisch-katholische, in mehrheitlich orthodoxer Umgebung hervorstechende, mal ethnisch gemischte, öfter aber geschlossene Siedlungen. Von den Nachbarethnien Rumänen, Ungarn und Serben wurden sie „Schwaben" genannt. Diese Fremdbezeichnung wurde zur Eigenbezeichnung.

Eine spezifische Gruppe bildeten die ab 1720 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts im Süden des Banats (Bergland) angesiedelten Bergleute aus Österreich und Böhmen. 1930 stellten die Deutschen mit 237 000 Personen über 22 Prozent der Bevölkerung im Banat und bildeten somit nach den Rumänen (51,6 %) und vor den Ungarn (16,5 %) die zweitstärkste Volksgruppe. Bei der Volkszählung 2002 bekannten sich im ganzen rumänischen Banat nur noch rund 25 000 Personen zur deutschen Volkszugehörigkeit.

Situation Anfang des 20. Jahrhunderts

Trotz starker Assimilationsbestrebungen des ungarischen Staates im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konnten Sachsen und Schwaben die deutsche Sprache und Kultur bewahren. Nach der Vereinigung Siebenbürgens mit Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg weckten die → Karlsburger Beschlüsse von 1918 große Hoffnungen auf stärkere Selbstbestimmung.

Die zugesagten Freiheiten wurden aber kaum in die Praxis umgesetzt. Politisch hatten die deutschen Minderheiten wenig

Freiraum, kulturell durften sie sich immerhin weiter entfalten. Dies geschah unter anderem durch Weiter- bzw. Wiederaufbau eines vor allem in den Städten, aber auch in den ländlichen Gemeinden tragfähigen Bildungsnetzes mit berühmten Bildungseinrichtungen wie der prestigeträchtigen Banatia in Timişoara. Sie wurde in den 1920er-Jahren zur größten deutschen Bildungsstätte in Südosteuropa.

Zentrale Bedeutung hatten zudem das sehr aktive Vereinsleben, die deutschen kirchlichen Strukturen sowie die bäuerlichen Festbräuche und Traditionen. Durch gelebtes Brauchtum behielten die „Sachsen" und die „Schwaben" jahrhundertelang ein starkes Gemeinschaftsbewusstsein. Eng damit verbunden war ein ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein (Kolonisationsmythos), das im frühen 20. Jahrhundert und in der Zwischenkriegszeit durch deutsche Zeitungen, Literatur und große Jubiläumsfeste gefördert wurde.

Dennoch durchlebten die beiden wichtigsten deutschen Minderheiten manch historisch motivierte Rivalitäten. Die etablierten und zeitweise politisch starken Siebenbürger Sachsen galten in Rumänien als „staatstragende Minderheit", während die Banater Schwaben aufgrund einer erst dreihundertjährigen Geschichte „nur" als „wirtschaftstragende" Minderheit immerhin (zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg) ebenfalls Teil der Oberschicht waren und von den anderen Ethnien hoch geschätzt wurden.

In der gegenwärtigen Wahrnehmung sind die geschichtlichen Statusunterschiede noch nicht ganz bewältigt, auch wenn die beiden Gruppen viel gemeinsam haben. Beide wurden während der 1930er- und 1940er-Jahre als deutsche Minderheit teils zwangsweise, teils aus eigenem Antrieb von der NS-Propaganda mitgerissen und überrollt: Aufgrund der deutsch-rumänischen Annäherung durften sie 1940 unter starker Kontrolle Berlins die „Deutsche Volksgruppe in Rumänien" bilden. Ab 1943 dienten rund 57 000 vom Nationalsozialismus zum Teil begeisterte rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität in der Waffen-SS und in der Wehrmacht. Beide Volksgruppen erlebten im kommunistischen Rumänien das Schicksal der Deportation und der Diskriminierung. Beide waren letztendlich gleichermaßen von der massenhaften Aussiedlung nach Deutschland betroffen.

Die Aussiedlung – Ursachen, Hintergründe, Merkmale

Der rumänische Nachkriegskontext

Nach der staatlich verordneten Agrarreform zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Produktion im März 1945 erfolgte die Totalenteignung der Großgrundbesitzer. Dies traf die wohlhabenden deutschen Bauern mit voller Wucht. Von 1946 bis 1950 wurde den Mitgliedern der deutschen Minderheit das Wahlrecht entzogen. Die Aberkennung der politischen Rechte und die Verstaatlichung des deutschen Schulwesens – allerdings mit Beibehaltung des muttersprachlichen Unterrichts – stellten einen drastischen Einschnitt in die Lebenswelt der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben dar. Dadurch wurden sie zu „Fremden in der Heimat".

Diese repressiven Maßnahmen des kommunistischen Regimes trafen zwar auch die rumänische Mehrheitsbevölkerung und andere nationale Minderheiten (besonders die Ungarn), sie wurden aber gegenüber den Deutschen besonders radikal durchgeführt und demzufolge subjektiv als rein ethnisch motivierter Racheakt empfunden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit nahmen ohnehin die ethnischen Spannungen zu: Die deutschen „Faschisten" und „Hitleristen" wurden kollektiv für den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen haftbar gemacht. Die Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien wirkten bis in die 1950er-Jahre hinein.

Ab Mitte 1945 wurden außerdem auf sowjetische Anordnung rund 75 000 Zivilistinnen und Zivilisten sowie zurückgekehrte Wehrmacht-Soldaten – Frauen zwischen 18 und 30 Jahren sowie Männer zwischen 17 und 45 Jahren – zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion geschickt. Schwerkranke wurden aus den Sowjetlagern direkt nach Ostdeutschland abgeschoben. Die illegal nach Rumänien Zurückgekommenen wurden verhaftet und saßen jahrelang in rumänischen Gefängnissen. Im sowjetischen Archipel GUPVI, dem Lagersystem für Kriegsgefangene und Internierte, lag die Sterberate schätzungsweise bei über 25 Prozent.

Nach der Rückkehr im Jahr 1949 fanden die Deutschen ihre Häuser und Höfe von rumänischen „Kolonisten" besiedelt und mussten als Tagelöhner in den → Kolchosen – verstaatlichten landwirtschaftlichen Großbetrieben – arbeiten. Die Sowjetdeportation wurde jahrzehntelang verdrängt und weitgehend tabuisiert. Im offiziellen Diskurs wurden die sowjetisierten „Heimkehrer" als vorbildhafte Sowjetmenschen dargestellt. Das im Zuge der Deportation erfahrene Leid wurde erst nach der Wende Ende der 1980er-Jahre in der Öffentlichkeit breit thematisiert.

Das Deutsche Antifaschistische Komitee (DAK) in der Rumänischen Volksrepublik wurde Anfang 1949 vom ersten kommunistischen Generalsekretär Gheorghe Gheorghiu-Dej geschaffen. Bis zu seiner Auflösung Anfang 1953 sorgte es für die politische „Umerziehung" der deutschen „Hitleristen" und „Imperialisten". Erklärtes Ziel war das „Zersprengen" der „Isolation" der deutschen Gemeinschaften sowie die Durchsetzung des Stalinismus.

1951 wurden die Deutschen zusammen mit anderen „unzuverlässigen" Ethnien entlang der Grenze zu Jugoslawien ins Bărăgan (nordöstlich von Bukarest) verschleppt. Schätzungsweise 10 000 von ihnen starben in der fünfjährigen Verschleppungszeit. Diese zweite Deportation prägte sich tief ins kollektive Bewusstsein ein. Erst 1956 wurde die Diskriminierung stufenweise gelockert. Die Deutschen durften in ihre Wohnhäuser zurückkehren. Das Vertrauen in das Regime war aber nachhaltig erschüttert.

Nach einer kurzen Entstalinisierungsphase mit relativer Liberalisierung des politischen Klimas kehrte die rumänische Führung zu stalinistischen Diskursen und Praktiken zurück. Zahlreiche deutsche Schulen wurden nun zu deutschen Abteilungen gemischtsprachiger Schulen. Ziel war die kulturelle Rumänisierung der „mitwohnenden Nationalitäten". Ende der 1950er-Jahre wurde der „sozialistische Aufbau" wieder aktiv vorangetrieben. 1962 war die → Kollektivierung der Landwirtschaft weitgehend abgeschlossen.

In der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre trat nach Nicolae Ceaușescus Machtantritt ein „kulturelles Tauwetter" ein. Die Haltung der rumänischen Regierung gegenüber der deutschen Minderheit wurde liberaler. Der 1968 entstandene „Rat der Werktätigen deutscher Nationalität" sollte den nationalen sozialistischen Zusammenhalt fördern. Auch verbesserten sich die deutsch-rumänischen Beziehungen. Dieser kurzen liberalen Phase folgte schon Anfang der 1970er-Jahre eine starke Re-Ideologisierung. Der zunehmende Staatsterror richtete sich

Deportation in die Bărăgan-Steppe

Die Banater Schwaben waren Opfer zweier Deportationen: im Januar 1945 in die Sowjetunion und im Juni 1951 in die Bărăgan-Steppe. 40 000 Deutsche, Serben, Mazedo-Rumänen, Bessarabien-Rumänen und Ungarn wurden in den Bărăgan umgesiedelt. Dort wurden 18 neue Kollektiv-Dorfer von den Deportierten gegründet.

Die Deportation geschah in der Zeit, als das Verhältnis zwischen Jugoslawien und der UdSSR abkühlte. 1948 entschied sich Stalin, Jugoslawien, das von Iosip Broz Tito geführt wurde, von dem Kommunistischen Auskunftsbüro zu entfernen. Tito wurde also des Ungehorsams gegenüber der UdSSR beschuldigt. Rumänien wollte der Sowjetunion gegenüber Loyalität zeigen und legte ein Programm fest, durch welches sich die Bevölkerung aus dem Banat, die auf einer Entfernung von 25 km von der Grenze zu Jugoslawien lebte, einer Zwangsumsiedlung unterworfen werden sollte.

Das Ministerium für innere Angelegenheiten wurde ermächtigt, die Umsiedlung jedwelcher Person aus überbevölkerten Gebieten sowie die Umsiedlung von Personen, die gegen den Aufbau des Sozialismus in der rumänischen Volksrepublik waren, zu approbieren. Man wollte also jede „Bedrohung" aus der Grenzzone entfernen. Den Umgesiedelten wurde Zwangsaufenthalt verordnet. [...]

www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2016-kg-sommerakademie/Denisa-Cosma.pdf

„Ich war noch keine zehn Jahre alt, als am 18. Juni 1951, dem zweiten Pfingsttag, ein Soldat um vier Uhr morgens an unserem Tor erschien – es war noch dunkel draußen – und uns sagte, dass wir in wenigen Stunden unsere Sachen packen sollten. Sie nahmen die Ausweise der Eltern mit. Die Eltern begannen mit Tränen in den Augen zu packen. Sie packten alles, was in einen Wagen passte. Dann fuhren wir, von der Wache begleitet, zum Bahnhof. Dort mussten wir bleiben, bis die Kuhwaggons ankamen. Jede Familie wurde in einen Waggon geladen mit all ihren Sachen: Tiere, Vögel, Kinder. Kranke waren dabei, Schwangere, kleine Kinder – alle zusammen. Sie luden uns ein und fuhren uns durchs Land. Wir wussten nicht wohin. Von Ort zu Ort, von Bahnhof zu Bahnhof. Das Rote Kreuz spendierte Milchpulver oder Kekse für die Kinder. Ich weiß nicht, wie wir überlebt haben. So fuhren wir eine Woche lang durchs Land und gelangten schließlich in den Bahnhof Lunca Dunării – nahe der Donau ...", schreibt Larisa Cazacu. [...]

„Das Wasser in der Bărăgansteppe war bei 35 Meter Tiefe", erzählt Alexandrina Fundeanu, „deshalb konnten wir es nicht anbohren. Wasser wurde uns in Motorenöl-Zisternen abgefüllt. Wenn wir Durst hatten, mussten wir erst das Öl abschöpfen, um Wasser trinken zu können ...". Das größte Problem war die Wassernot. Wasser wurde in Zisternen gebracht und war auch für die Kühe gedacht. Deswegen fingen die Kühe an zu brüllen, wenn sie die Zisternen kommen sahen, so dass man sie kaum mehr im Zaun halten konnte. Sie liefen los, dem Wasser entgegen, so Martin Bolovedea. Eine andere Deportierte erzählt, dass sie das Wasser aus der entfernten Donau mühsam mit Eimern anschleppten. Auf dem Weg dahin trafen sie immer wieder tote Kühe in der Steppe, die dort verwesten. Das Wasser war verschmutzt, und die ganze Familie erkrankte an einem Fieber (febra aftoasă – Maul und Klauenseuche), so Larisa Cazacu. [...] Holz gab es nicht; so gingen die Männer und suchten Weidenbäume am Uferrand, die sie abholzten und nach Hause trugen. So konnten sie den ersten Winter im Bărăgan überleben, erzählte Angela Călăraşanu. Das tägliche Essen bestand aus einer Suppe aus „vârfuri de lucernă" [Suppe aus Kleeblättern, Anm. d. Red.]. „Mutter entfernte die Spitzen der Luzerne (eine Kleefutterart), die etwas weicher waren, und kochte uns eine Suppe daraus. Danach gab es Suppe mit Öl, die uns sehr gut schmeckte. Manchmal gab es auch mămăligă [Maisbrei, Anm. d. Red.] dazu", erinnert sich Gheorghe Cotorbai. Aurel Soculescu aus dem Dorf Corceva erzählt, dass es verboten war, mit den Menschen aus den Nachbardörfern Kontakt aufzunehmen. So erinnert er sich, dass zu Pfingsten eine Generalversammlung im Dorf Pelicani stattfand, wo man den Leuten mitteilte, dass sie zu den Arbeitern aus dem Nachbardorf keinen Kontakt aufnehmen dürfen. [...]

www.banater-schwaben.org/nachrichten/kultur/details/681-raub-der-freiheit-und-der-menschenwuerde/

In der baum- und strauchlosen Bărăgansteppe wurde jeder Familie ein Platz von ca. 2800 qm zugewiesen, auf dem die Ankömmlinge sich zunächst primitive Schlafstellen aus Schilf und Stroh über Erdlöchern errichteten. Das übrige Leben musste im Freien stattfinden.

In Landshut erinnert das Mahnmal einer jungen Frau mit Kind auf dem rechten Arm und einem Bündel Habseligkeiten in der linken Hand an das Schicksal der Deportierten. Erschaffen hat das Denkmal Walter Andreas Kirchner.

2016 besucht der damalige Bundespräsident Joachim Gauck Rumänien, um die bilateralen Beziehungen und den Reformprozess in Rumänien zu würdigen. Begleitet von Staatspräsident Klaus Johannis (M.) trifft er am 21. Juni 2016 in Sibiu/Hermannstadt den Vorsitzenden des Demokratischen Forums Jürgen Porr (li.).

unter anderem gegen politisch Andersdenkende und oppositionelle Intellektuelle – auch aus der deutschen Minderheit, wie etwa dem jungen, von dem rumäniendeutschen Schriftsteller Richard Wagner geleiteten Literaturkreis „Aktionsgruppe Banat“. Die sprachlichen und kulturellen Lebensformen der Deutschen wurden zunehmend beeinträchtigt mit dem Ziel einer vollständigen Assimilation.

Die immer radikalere Nationalitätenpolitik Ceaușescus ab den 1980er-Jahren glich einer Zwangsrumänisierung, die das hoch entwickelte deutsche Bildungsnetzwerk erheblich schwächte. Die „Systematisierung“ der ländlichen Gebiete (Dorfzerstörungsprogramm und urbane Umsiedlungspolitik), die Ende der 1980er-Jahre einsetzte, traf die jahrhundertealten deutschen Dörfer besonders hart.

Umso eindrucksvoller erscheint nach dem Sturz Ceaușescus im Dezember 1989 der Elan der nun gemeinsam engagierten Banater und Siebenbürger Deutschen mit dem Ziel der politischen Mitgestaltung des demokratischen Aufbaus Rumäniens. Im supraregionalen Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) konnten die Rumäniendeutschen die politische Vertretung ihrer kulturellen Interessen bis heute sichern.

Aussiedlungspolitik zwischen Ost und West

Zwar gab es in Rumänien im Gegensatz zu etwa Polen, Ungarn oder Jugoslawien keine Vertreibung der Deutschen zu Kriegsende. Nach 1945 befanden sich trotzdem schon viele rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität in Deutschland: etwa Soldaten, die aus der Kriegsgefangenschaft nach Deutschland entlassen wurden, oder Menschen, die vor den Sowjettruppen geflohen waren. Die Aussiedlung aus Rumänien begann im Zusammenhang mit einer groß angelegten Familienzusammenführungsaktion des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). In den darauf folgenden Jahrzehnten entwickelte der Aussiedlungsprozess eine eigene Dynamik.

Aufgrund der Zusammenarbeit des DRK mit dem Roten Kreuz in Rumänien wurde im Jahr 1956 eine Liste von rund 8400 Personen erstellt, die einen Ausreiseantrag auf Basis der Familienzusammenführung gestellt hatten. Die Aussiedlungszahlen blieben aber vorerst noch sehr gering: Bis einschließlich 1969 schwankten sie im Jahresdurchschnitt zwischen einem Dutzend und knapp 3000. Im Jahr 1970 siedelten im Zuge der Wiederaufnahme der deutsch-rumänischen diplomatischen Beziehungen erstmals 6000 Personen aus.

Zahlenmäßig relevant wurde die Aussiedlung aus Rumänien also erst ab den frühen 1970er-Jahren. Von 1970 bis 1974 wurden rund 29 800 rumäniendeutsche Aussiedler in Deutschland aufgenommen, das waren mehr als in den vorangegangenen 20 Jahren insgesamt. Die Aussiedlung stieg sodann nahezu ununterbrochen an. Zahlenmäßige Höhepunkte waren die 1980er- und frühen 1990er-Jahre. Im Revolutionsjahr 1989 stie-

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu (li.) und Bundeskanzler Willy Brandt unterzeichnen 1973 in Bonn ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit – im Gegenzug für ein Entgegenkommen Rumäniens in der Aussiedlungsfrage.

gen die Zahlen schlagartig auf über 23 000. Das Jahr 1990 bildet mit 111 150 registrierten Aussiedlern das Rekordjahr. Ab dem Jahr 1991 gingen die Zahlen stark zurück. Seit 1999 ist die Zahl der Spätaussiedlerzuzüge aus Rumänien kaum nennenswert: jährlich unter 1000, nur noch einige Dutzend seit 2004.

Anlässlich von Ceaușescus Besuch in Bonn im Juni 1973 wurden im Kontext der neuen Ostpolitik Wege der deutsch-rumänischen Kooperation besprochen. Der anschließend von Ceaușescu und Willy Brandt unterzeichnete Wirtschafts-, Handels- und Technologievertrag gab Anlass zu einem gemeinsamen Kommuniqué unter besonderer Erwähnung der „humanitären Fragen" – sprich Familienzusammenführung.

Im Januar 1978 fand der erste offizielle Staatsbesuch eines bundesdeutschen Kanzlers in Rumänien statt. Helmut Schmidt hielt eine vielbeachtete Rede über die Schlüsselrolle der Siebenbürger Sachsen und der Banater Schwaben als „Brückenbauer" und erinnerte ausdrücklich an die Menschenrechtsbestimmungen der KSZE-Schlussakte von 1975, dem Abschlussdokument der internationalen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das westliche und östliche Staaten (darunter die Sowjetunion) in Helsinki gemeinsam unterzeichnet hatten. Rumänien sagte daraufhin bis 1982 die Familienzusammenführung für jährlich etwa 11 000 Rumäniendeutsche zu.

Im Gegenzug gewährte die Bundesrepublik zusätzliche Kredite an Rumänien – auch, um dessen Importe aus Westdeutschland zu finanzieren. Manche zeitgenössischen Beobachter kritisierten diesen „Freikauf"-Deal als moralisch fragwürdig und politisch gefährlich. Trotzdem wurde der „Freikauf" bis zum Zerfall des Ceaușescu-Regimes im Geheimen weitergeführt.

Auch beim offiziellen Staatsbesuch von Bundespräsident Karl Carstens in Bukarest im Oktober 1981 waren die Rumäniendeutschen Kern der Diskussion mit Ceaușescu. In Hermannstadt wurde der deutsche Präsident mit Begeisterung empfangen. Laut zeitgenössischen westdeutschen Medienberichten wollten angeblich 80 Prozent der zu diesem Zeitpunkt ca. 320 000 Rumäniendeutschen wegen der schlechten Wirtschaftsbedingungen dem Land den Rücken kehren. Die im Juni 1983 geführten Diskussionen zwischen dem damaligen westdeutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Ceaușescu kreisten um die Modalitäten des „Aufkaufs" der Aussiedler durch die Kohl-Regierung. Genscher ging es darum, „die Aussiedlung auch der Deutschstämmigen aus Rumänien auf eine gesicherte und langfristige Basis gestellt zu haben".

Die rumänische Revolution und die Hinrichtung Ceaușescus am 25. Dezember 1989 lösten eine Massenabwanderung aus. Diese spektakuläre Fluchtbewegung war allerdings kaum spontan: Die Entscheidung war schon längst vor dem Sturz des Diktators gefasst worden. Hierbei wirkte offenbar ein durch die Verhärtung des bundesdeutschen Diskurses hervorgerufener „Torschlusspanik"-Effekt mit (siehe S. 10 f.).

Die Aussiedlungsproblematik war über 40 Jahre lang Dreh- und Angelpunkt der deutsch-rumänischen Beziehungen. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde nunmehr der Fokus auf die wirtschaftliche, kulturelle und politische Zusammenarbeit gerichtet. Der Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft vom April 1992 eröffnete eine neue Ära der deutsch-rumänischen Beziehungen. Ein Kernbestandteil dieses Vertrags war die Schaffung einer bilateralen Kommission für Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Rumänien. In den folgenden Jahren kam es zu verschiedenen Förder-und Hilfsprogrammen, die das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Rumäniendeutschen verbessern sollten. 2007 wurde Rumänien in die EU aufgenommen.

Aussiedlung aus Rumänien

Zeitraum	Aussiedler aus Rumänien	Zeitraum	Aussiedler aus Rumänien
1950–1954	1137	1985–1989	78 337
1955–1959	2361	1990–1994	171 900 (davon 1990: 111 150)
1960–1964	9241	1995–1999	14 440
1965–1969	7053	2000–2004	1396
1970–1974	29 802	2005–2009	139
1975–1979	41 615	2010–2018	121
1980–1984	72 824	**1950–2018**	**430 336**

Bundesverwaltungsamt

Insgesamt 430 330 rumäniendeutsche Aussiedler hat Deutschland von 1950 bis 2016 aufgenommen. Den entscheidenden Rahmen für ihre Aussiedlung bildete das internationale Umfeld. Dies schloss aber Eigeninitiativen der deutschen Seite nicht aus, wie Schmidts Besuch in Rumänien 1978 zeigte.

Die Aussiedlungspolitik der jeweiligen Bundesregierungen schwankte gleichwohl je nach den mehr oder minder günstigen geopolitischen Konstellationen (Entspannungsphasen) im Kalten Krieg. Die Aussiedlung der Rumäniendeutschen blieb bis in die späten 1980er-Jahre auf der bundesdeutschen politischen Agenda fest verankert. Aufgrund eines Bündels moralischer, menschenrechtlicher, ideologischer und strategischer (demografischer und wirtschaftlicher) Gründe wurde die „Repatriierung" der „Landsleute" von den Bonner Regierenden stets aktiv gefördert und finanziell sorgfältig ausgehandelt. Von vorrangiger Bedeutung waren politisch-moralische Gründe, die sich aus der deutschen Schuld und Verantwortung gegenüber den deutschen „Volkszugehörigen" ergaben, die unter der kommunistischen Gewaltherrschaft gelitten hatten.

Wichtig waren aber auch wohlverstandene nationale Interessen. So konnte die Bundesrepublik die drohende Alterung der Gesellschaft zum Teil „ausgleichen" und Absatzmärkte im Osten sichern. Rumänien seinerseits hatte die massenweise Abreise „seiner" Deutschen zwar wohl nicht beabsichtigt, konnte aber dank der gewährten Kredite und der verlangten „Kopfgelder" (zwischen 8000 und 10 000 D-Mark) der immer dramatischeren Wirtschaftssituation wenigstens kurzfristig entgegenwirken.

Der rumänische Kontext – Motive für die Auswanderung

Die Gründe, Rumänien zu verlassen, waren laut Aussiedlerbefragungen durch die Autorin heterogen und vielfältig verknüpft. Eine der Triebkräfte der Migration war politisch-ideologischer Natur. Befragte Rumäniendeutsche äußerten, dass sie „einem Diktator- und Lügenstaat", „einem absurden kommunistischen System", einem „Polizeistaat" mit „Nepotismus" (Vetternwirtschaft), „Korruption", „Vormundschaft", „ideologischer Volksverdummung", „Massenmanipulation", „jahrzehntelanger Ausbeutung", „Lebensangst", „Unterdrückung" und „Willkür" entfliehen wollten. Sie wollten in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat leben.

Der Status als rumänischer Staatsbürger deutscher Nationalität hatte die Form und das Ausmaß der Unterdrückung verschlimmert. Besonders ab Mitte der 1970er-Jahre verschlechterten sich die bis dahin großzügigen Rahmenbedingungen für die deutsche Minderheit. Zu den Hauptmigrationsmotiven zählten daher auch die verschärften Verhöre der *Securitate*

REUTERS / Bogdan Cristel

© Peter Roggenthin, Nürnberg

Bis zu ihrer Auflösung 1990 bespitzelte und drangsalierte die staatliche Geheimpolizei *Securitate* die rumänische Bevölkerung – eindringlich geschildert im Romanwerk der im Banat geborenen Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller (re.). Die umfangreichen geheimdienstlichen Aktensammlungen verwahrt die neue Behörde „Nationaler Rat für das Studium der Archive der Securitate" (CNSAS) in Bukarest. Aufnahme von 2005

(Geheimpolizei) aufgrund des zweifachen Makels, „antikommunistisch" und „deutsch" zu sein, sowie die zunehmende Marginalisierung als deutsche Minderheit. Man wollte „als Deutsche(r) unter Deutschen" leben, denn „für die Rumänen blieb man im Grunde immer der ‚*neamtul*' (der Deutsche)". Die ethnisch motivierte Nichtanerkennung der beruflichen Kompetenzen ist ein Leitmotiv der Berichte von Aussiedlern. Beispielhaft hierfür steht diese Interview-Aussage gegenüber der Autorin: „Nach dem Ausreiseantrag wurde ich als „Vaterlandsverräterin" von meiner Stelle als Dozentin an der Technischen Universität Temeswar fristlos und ohne Einkommen gekündigt […]. Es wurde mir eine Stelle als unqualifizierte Arbeiterin in der Bibliothek oder in der Landwirtschaft angeboten." Zunehmender rumänischer Nationalismus, langsame Auflösung der deutschen Dorfgemeinschaft, Verlust des traditionellen Zusammenhalts und letztendlich die Angst vor totaler Assimilation – all dies spielte in den Migrationsentschluss hinein.

Ein besonders schwerwiegender *Push*-Faktor war „das Schicksal als Deutscher" in der Nachkriegszeit. Geschichtliche Migrationsmotive waren die persönlich erlebte oder familiäre Erfahrung der Enteignung, die Demütigung der pauschal und undifferenziert als „Hitleristen" abgestempelten Großeltern, der Tod eines Elternteils während der Deportation in der Sowjetunion oder die Verbannung der Eltern in die Bărăgan-Steppe. Dieses gewaltsame Schicksal wurde als Trauma an die nächste Generation weitergegeben. Demgegenüber wirkten spiegelbildlich als *Pull*-Faktoren die bereits in Deutschland lebenden Vertriebenen und deren Lobbyarbeit zugunsten der westdeutschen Aussiedlungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Einflussfaktor ist der politisch-wirtschaftliche Kontext. „Verzweiflung", „Trostlosigkeit", „Ausweglosigkeit", „Perspektivlosigkeit" oder gar „Zivilisationsgefälle" zwischen Deutschland und Rumänien sind in den Umfragen wiederkehrende Migrationsmotive. Hierbei wirkten gewiss Nachahmungseffekte mit: Die schon nach Deutschland abgewanderten Landsleute hätten „das Gelobte Land" vorgegaukelt. Symbole wie „Ritter Sport-Schokolade" oder „Mercedes-Benz" waren zum Teil prägende *Pull*-Faktoren.

Nach der Revolution verflog schnell die Hoffnung auf ein besseres Leben im nun sehr instabilen politischen Umfeld in Rumänien. Die im ersten Anlauf häufig abgelehnten Ausreiseanträge verschärften den Diskriminierungsdruck als „Vaterlandsverräter": Verhöre, Haftstrafen, willkürliche Entlassungen und berufliche Deklassierung waren die Folge, was wiederum den Auswanderungswillen noch mehr stärkte. Westdeutschland wurde zum einzigen, obsessiv angestrebten Zielhorizont. Diese dramatischen jahrzehntelangen Erfahrungen (Erniedrigung, Schmiergelderpressung, Schikanen, individuelle und kollektive Verfolgung und deren psychische Spätfolgen) sind in den autobiographischen Romanen der Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller eindringlich nachgezeichnet.

Nicht zuletzt kam es auf Basis der anfänglichen Familienzusammenführung zu einer unkontrollierbaren und unerwarteten Eigendynamik. Die Auswanderung der deutschen Intelligenz (Pastoren, Lehrer, Professoren, Ärzte) löste eine Auswanderungspanik mit lawinenartiger Abreise von Verwandten, Freunden und Bekannten aus. Immer mehr Menschen wurden von der Aufbruchsstimmung und der Ausreisewelle mitgerissen. Allgemein herrschte nun die „Angst vor dem Alleinsein".

Die verbliebenen Deutschen sahen kaum Chancen, das gemeinschaftliche kulturelle und religiöse Leben fortzuführen. Die Einschüchterungspolitik und die Repressalien infolge der Flucht bzw. Abreise eines Verwandten verschärften den psychologischen Druck. Hierbei waren rationale und irrationale Motive eng verknüpft, wie aus den Aussiedlerbefragungen hervorgeht: „Es gehörte zu jener Zeit bereits zum ‚Kulturgut' der Banater Deutschen, auswandern zu wollen". Betont wird im Nachhinein auch der unaufhaltsame, quasi schicksalhafte Charakter der Aussiedlung als „kollektive Pflicht".

Aus heutiger Perspektive wird diese kollektive Irrationalität von befragten Rumäniendeutschen durchaus anerkannt. Gesprochen wird von allgemeiner „Psychose". Nachträglich wird die unüberlegte, „zwangsläufige" Auswanderung durch

Nach Jahrzehnten der Auswanderung sind nicht mehr viele Rumäniendeutsche in ihrer alten Heimat verblieben. Pferdegespann auf einer unbefestigten Dorfstraße in Băgaciu/ Bogeschdorf, Siebenbürgen, im März 2002

den starken Mythos Deutschland (als Zufluchtsort) erklärt: „Es war die Mär von irgendetwas, vielleicht auch die Mär von der großen Freiheit." Der damalige Freiheitsreiz ist in der deutschsprachigen Presse im Banat zum Zeitpunkt der chaotischen Wende dokumentiert. In den frühen 1990er-Jahren entwickelte sich die Aussiedlung zu einem Dauerthema der *Neuen Banater Zeitung* (der einst wichtigsten deutschsprachigen Zeitung im Banat), und zwar in Form der existenziellen Fragestellung: „Bleiben oder gehen?".

Zusammenfassend können die Migrationsmotive drei Typen zugeordnet werden:

- ideologisch, politisch, ethnonationalistisch (politische Befreiung, Bewahrung der eigenen ethnokulturellen Identität);
- ökonomisch (Flucht aus einem bankrotten Staat, bildungs- und karrieremotivierte Flucht, Elitenflucht);
- irrational und konformistisch (unreflektierte Kettenwanderung als hoch interaktiver sozialer Prozess).

All diese *Push*- und *Pull*-Faktoren waren grundsätzlich mit je verschiedenem Gewicht eng miteinander verflochten. Es ging letztendlich um eine existenzielle Überlebensmigration, und zwar sowohl in wirtschaftlicher wie kultureller Hinsicht. Im Zusammenspiel mit diesen Motiven traten einerseits die aktive Aussiedlungspolitik der Bundesrepublik (*Pull*-Faktor) und andererseits der groß angelegte „Verkauf" der Rumäniendeutschen von rumänischer Seite (*Push*-Faktor) verschärfend hinzu.

Integration in Deutschland

Sicht der Rumäniendeutschen auf ihre Integration

Die Integration der (Spät-)Aussiedler gilt inzwischen einerseits als eine „Erfolgsgeschichte". In Bezug auf die selbstempfundene Integration belegen eigene neuere Feldforschungsergebnisse andererseits starke Differenzen zwischen den befragten Aussiedlern. Je nach Alter, Aussiedlungszeitpunkt, Herkunftsort oder räumlicher Ansiedlung in Deutschland wurden sehr unterschiedliche Integrationsstrategien entwickelt und, damit verbunden, verschiedene oder gar gegensätzliche Neu-Identifikationen herausgebildet.

Die räumliche Verteilung der Aussiedler hat vielfältige soziokulturelle und berufliche Auswirkungen auf die Eingliederung in Deutschland. Drei von vier Rumäniendeutschen haben sich in Bayern und Baden-Württemberg niedergelassen. Weitere große Siedlungsgebiete sind Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Südhessen und das Saarland. Hauptgründe für diese Konzentration sind die Anziehungskraft der katholischen süddeutschen Bundesländer (im Fall der katholischen Banater), gekoppelt mit der historisch-kulturellen Nähe zur „Urheimat" (sprachliche bzw. dialektale Affinitäten).

Ferner spielen die regionalen Patenschaften eine große Rolle: So übernahmen nach dem Krieg Baden-Württemberg und das Saarland die Patenschaft für die Banater Schwaben, Nordrhein-Westfalen für die Siebenbürger Sachsen. Diese Patenschaften drückten sich in diversen materiellen und finanziellen Unterstützungsmaßnahmen aus. Ein weiterer Faktor ist die wirtschaftliche, industrielle und demografische Stärke Bayerns und Baden-Württembergs.

Hinzu kommen Mechanismen der Familienzusammenführung sowie die Existenz von Aussiedleraufnahmelagern, etwa im südhessischen Darmstadt oder im bayerischen Nürnberg. In die neuen Bundesländer sind die rumäniendeutschen (Spät-)Aussiedler erst im Zuge der strikteren Verteilungspolitik ab 1990 gekommen. Im Laufe der Zeit haben sich aufgrund der räumlichen Konzentration sehr starke Migrationsnetzwerke herausgebildet. Zumindest in der Anfangsphase relativ geschlossene Aussiedlergemeinschaften haben den sozialen und beruflichen Neubeginn und schließlich die Gesamteingliederung in die Aufnahmegesellschaft erleichtert.

Aus bundesdeutscher Sicht wird die gesellschaftliche und berufliche Integration der Rumäniendeutschen als äußerst gut gelungen bewertet. Von den Interviewten wird als Erfolgsfaktor eine historische, allerdings weitgehend konstruierte „Wanderungstradition" hervorgehoben, die unmittelbar an den

Kolonisationsmythos anknüpft. Basierend auf aus ihrer Sicht praktisch „vererbten" Kolonisten-Eigenschaften wie „Pioniermentalität", „Ausdauer" und „Ehrgeiz" sehen sie sich selbst als besonders integrationswillige und -fähige Einwanderer.

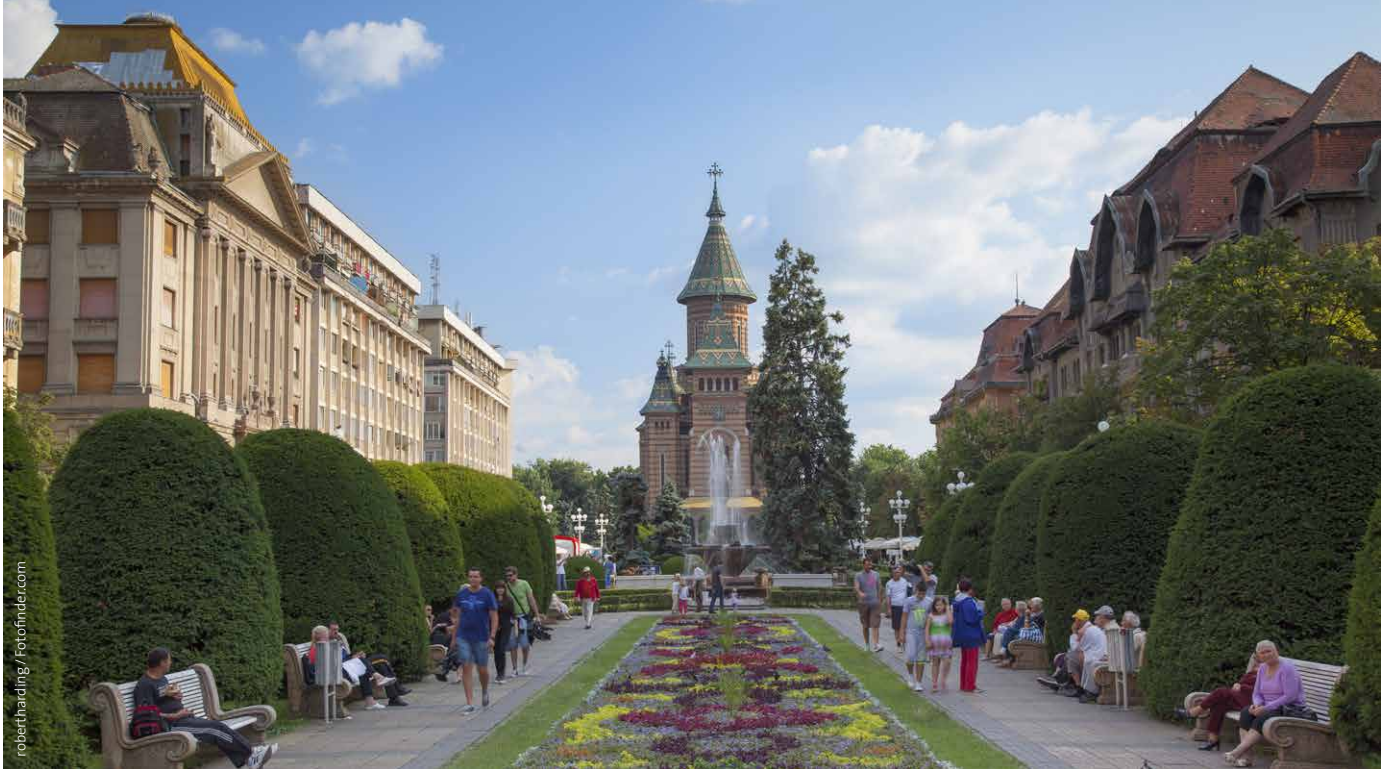
Die Aussiedler waren trotzdem zunächst einmal Neuzuwanderer. Die gegenwärtig überwiegend anzutreffende positive Selbsteinschätzung als vollwertiges Mitglied der deutschen Gesellschaft und die als erfolgreich empfundene Integration ist das Ergebnis eines langwierigen, zuweilen jahrzehntelangen Akkulturationsprozesses. Rückblickend auf die unmittelbare Ankunftszeit in Deutschland wird häufig von tiefer Orientierungslosigkeit und prägender Verunsicherung gesprochen. Hauptmotive waren „Heimweh", „die Angst zu versagen" oder „die Beschimpfung als Rumänen". Gerade das „Zwischenden-Welten"-Sein wurde lange Zeit eher als schmerzhaft und hemmend empfunden. Erstaunlich selten wurde die doppelte Heimaterfahrung zum wirklichen (sozialen bzw. beruflichen) Trumpf gemacht. Vielmehr dominierte anfangs oft noch die Erfahrung, „deutsch und dennoch fremd" zu sein. Daraus ergab sich der Wille, den eigenen, eigentlich kaum ablegbaren Dialekt wenigstens nicht an die Kinder weiterzugeben.

Die Integrationsstrategien waren äußerst vielfältig, und zwar nicht nur im Vergleich zwischen den „identitätsbewussten" Siebenbürger Sachsen und den „anpassungsbereiteren" Banater Schwaben, sondern auch innerhalb der beiden Aussiedlergruppen. Manche Aussiedler strebten von Anfang an ein gänzliches Aufgehen in der einheimischen Aufnahmegesellschaft an. Sie distanzierten sich von der Landsmannschaft – ein 1950 gegründeter Verband zur Vertretung der Interessen der Rumäniendeutschen –, und zwar aus vielfältigen Gründen. Die Aussagen reichen von geografischen Gründen (in Ostdeutschland gebe es sowieso kein aktives Netzwerk), Zeit- oder Berufsgründen bis zu skeptischer, ja sogar strikt ablehnender Haltung gegenüber dem ideologischen, „militanten" Landsmannschaftsgeist („Deutschtümelei", „Heimattümelei" oder „Vereinsmeierei"). Konsequenterweise hatte diese Personengruppe von vornherein mehr Kontakte zur deutschen Mehrheitsbevölkerung. Dieser ohnehin heterogenen „zukunftsorientierten" Gruppe lässt sich ein gewisser bewusster Kulturwandel hin zur „bundesdeutschen Identität" attestieren.

Im Gegensatz zu dieser gewollten Integration stellen andere, traditionsbewusste, vergangenheitsorientierte Aussiedler noch heute eine umfassende kulturelle Einheit dar, gestützt auf die sehr aktiven landsmannschaftlichen Netzwerke. Solche Kontakte werden intensiv gepflegt, und zwar aus sehr unterschiedlichen persönlichen Gründen: sei es aus Dankbarkeit für die Anfangshilfe, aus Treue zu den Vorfahren, sei es aus Beziehungsmotiven, oder aber auch aus geschichtlichen Gründen (gepflegte Erinnerung an das Kollektivschicksal) oder zur Weitervermittlung der „Heimatwerte" und Traditionen, aus kulturpolitischen Interessen oder einfach aus konformistischen Erwägungen („Das gehört sich so"). Aussiedler mit dieser Orientierung finden sich mehrheitlich mit ihren Landsleuten zusammen und pflegen demonstrativ die siebenbürgischen bzw. schwäbischen Kultur- und Lebensformen. Sie beharren also auf ihrer landsmannschaftlichen Zugehörigkeit. Freundschaften zu einheimischen Deutschen sind in ihrem Fall weniger ausgeprägt. Diese Personengruppe erscheint wie „ein Mikrokosmos", der eine vielfach konstruierte Identität „kultiviert".

Aus alledem wird klar, dass die Aussiedler aus Rumänien eigentlich weit vielgestaltiger sind als sie von außen erscheinen mögen. Sie fühlen sich mehrheitlich exzellent integriert. Zwar wird gelegentlich eine bleibende Eigenart eingestanden: „Landfremd werden wir auf unsere eigene Art bleiben", wie es ein Befragter ausdrückte. Auch wurde das Idealbild Deutschlands mittlerweile realistisch korrigiert. Inzwischen kommt sogar Bedauern unumwunden zum Ausdruck: „Wir haben uns mit unserem Exodus selbst aus der Geschichte wegradiert, unsere Identität verloren und unsere Kultur verraten." Dabei wird diese Einschätzung mitnichten von allen Aussiedlern geteilt. Im Rückblick vermissen viele von ihnen typische, womöglich idealisierte Merkmale des damaligen Lebens in der rumänischen Heimat, etwa „geselliges Beisammensein", „Zwischenmenschliches", „Feste, die man zusammen feiert" und ganz allgemein „Gemeinschaft, Vertrautheit, Geborgenheit" – also pointiert formuliert das „Wir-Gefühl".

Vor allem den Siebenbürger Sachsen wird vielfach ein hohes Identitäts- und Traditionsbewusstsein zugeschrieben. Umzug zum traditionellen Heimattag der siebenbürgischen Landsmannschaft am Pfingstwochenende 2016 im bayerischen Dinkelsbühl



Nur wenige kehren auf Dauer zurück, gerne aber für einen Aufenthalt im Sommer. Entspannung auf dem Kathedralenvorplatz in Timişoara/Temeswar, Banat, im Sommer 2013

Zusammenfassend geht aus den Umfragen eine breite Palette von (Neu-)Identifikationsmerkmalen hervor: Die schwäbische bzw. siebenbürgische Identität wurde mal aufgewertet, mal beschämt verborgen oder gar bewusst aufgegeben. Insgesamt sehen sich die Rumäniendeutschen als „angepasst und unauffällig". Die meisten meinen, in der deutschen Gesellschaft richtig „angekommen" zu sein, und betrachten Deutschland als ihre neue Heimat. Sie „gehören dazu". Häufig wird von „Herkunftsheimat" und „Wahlheimat", „erster" und „zweiter", „alter" und „neuer" Heimat gesprochen. Die wenigsten fühlen sich bis heute „heimatlos" und trauern der verlorenen Heimat nach.

Rückwanderung nach Rumänien?

Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten rund 750 000 Deutsche im multiethnischen Rumänien. Mit vier Prozent der Gesamtbevölkerung stellten sie somit nach den Ungarn die zweitgrößte nationale Minderheit dar. Infolge des Exodus nach Deutschland in der Wendezeit wurden beim Zensus 1992 nur noch rund 120 000 Deutsche gezählt, im Jahr 2002 knapp 60 000. Laut der letzten Volkszählung von 2011 leben insgesamt 36 900 Deutsche (0,2 %, etwa gleichmäßig auf Siebenbürgen und das Banat verteilt) als nur noch drittstärkste nationale Minderheit in Rumänien, und zwar nach den Ungarn (über 6 %) und den Roma (über 3 %).

Die Auswanderung der Deutschen hat die gesellschaftlich-kulturelle Landschaft Rumäniens nachhaltig verändert. Sie führte zur Überalterung der Bevölkerung in den einstigen rumäniendeutschen Dörfern und zu ihrer ethnischen Umstrukturierung. Die ökonomisch folgenschwere Entleerung der deutschen Dörfer in Siebenbürgen und in den schwäbischen Ortschaften konnte in der postkommunistischen Zeit nicht wieder wettgemacht werden. Neben dem gravierenden Verlust für die multikulturelle Umgebung kamen dem rumänischen Staat gut ausgebildete, hoch effiziente Arbeits- und Führungskräfte abhanden. Die immer noch hoch angesehenen deutschen Kulturtraditionen werden heute mehrheitlich von Nicht-Deutschen getragen.

Die Aussiedlung markierte eine einschneidende, unumkehrbare Zäsur, denn die Deutschen kehrten nach der Wende nicht zurück. Kaum einer hielt bei der Aussiedlung am rumänischen Pass fest. Mit dem verhassten rumänischen Staat wollte man nichts mehr zu tun haben, wie in Interviews häufig gesagt wurde. Dorthin wollte man „nicht einmal als Leiche" zurückkehren. Mittlerweile beantragen zwar einige wieder einen rumänischen Pass. Viele sind aber nie wieder oder erst lange nach der Wende nach Rumänien zurückgekehrt. Die Rückkehr wird rein hypothetisch, etwa „aus Nostalgiegründen", erwogen. Ab und zu wird mit dem Gedanken gespielt, „Hemm ins Banat", „Derham" oder „nunner" (heim, daheim oder „nach unten") zu fahren, doch eine endgültige Rückkehr wäre für die meisten eine Zumutung.

Die einen kehren also nur auf Zeit (saisonale Migration vor allem im Sommer), die anderen auf Dauer zurück (transnationale Berufspendler). Nur wenige sind endgültig in den Heimatort zurückgekehrt. Hierbei handelt es sich primär um Rentnerinnen und Rentner, die vorwiegend in den landschaftlich attraktiven Regionen Siebenbürgens und des Banater Berglands leben, oder aber auch um gemischte, etwa rumänisch-deutsche Familien.

Interessant sind die gespannten Netzwerke zwischen den rumänischen Herkunftsregionen und den deutschen Ansiedlungsorten. Die Aussiedler agieren hierbei auf mehreren Ebenen (kulturell, gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch) als transnationale Wanderer. Dadurch wird ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit den in Rumänien verbliebenen Landsleuten erhalten.

Insgesamt unterhalten die Aussiedler aber ein ambivalentes Verhältnis zu den in Rumänien Verbliebenen: „Die Ausgewanderten sind ein willkommenes und oft benutztes Bindeglied zur Urheimat Deutschland. Doch auch die Ausgewanderten haben ein großes Interesse an den Dortgebliebenen als Anlaufstelle in der Heimat. Sie sind in gewissem Maße unsere Statthalter dort." Doch letztendlich haben das „Ost-West-Gefälle" und die wachsende kulturelle Kluft zwischen beiden Gruppen die emotionale Bindung weitgehend zerstört.

Gelebtes Miteinander seit Jahrhunderten

Hermannstadt, auf Rumänisch Sibiu, auf Ungarisch Nagyszeben, ist sogar bei Bindfadenregen eine ausgesprochen schmucke Stadt: Hauptort Siebenbürgens, im alteuropäischen Sinne multikulturell und im modernen Sinne durchaus prosperierend. [...]

Der Mediziner [Paul-Jürgen Porr], langjähriger Chefarzt an der Uniklinik Hermannstadt, ist Vorsitzender des „Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien". Von den Räumen der Interessenvertretung der deutschen Minderheit aus hat man einen schönen Blick auf den Großen Ring, den Hauptplatz der Stadt [...].

Was ist das Besondere an Hermannstadt? „Die Tradition", sagt Porr wie aus der Pistole geschossen. Schon in der Antike ist „Cibiensis" belegt, vor bald 800 Jahren wird der Name „villa Hermani" erstmals urkundlich erwähnt, vermutlich nach einem sächsischen Siedler benannt. Wobei man sich unter „Sachsen" geographisch etwas anderes vorstellen muss als heute, die Mundart der Siebenbürger Sachsen, in der Porr munter die Gebäude des Großen Rings beschreibt, klingt eher nach Niederländisch oder Luxemburgisch. Luxemburg und Hermannstadt waren 2007 gemeinsam „Kulturhauptstädte Europas", wovon in Sibiu noch die Aufschrift auf gusseisernen Kanaldeckeln und bunte Fassaden zeugen, wenn die auch hier und da in manchen Seitengassen schon recht bröckelig erscheinen.

Viele Sprachen und viele Völker, die zusammenlebten, das sei typisch für Siebenbürgen, meint Porr. „Es war schon immer ein Kleineuropa. Was wir heute als europäisches Gedankengut bezeichnen: Friedliches interethnisches Zusammenleben, das wurde hier über die Jahrhunderte gelebt." Im dreizehnten Jahrhundert wurde die Stadt im Mongolensturm verwüstet, danach befestigte man die Mauern doppelt und dreifach und schuf sich eine Wehrordnung, die offenbar sogar die Osmanen beeindruckte. Sie zogen an den Mauern der „roten Stadt" (wegen der Ziegel) vorbei, Siebenbürgen zahlte Tribut und durfte als halbfreies Fürstentum, geführt von ungarischen Fürsten, zwischen den Machtblöcken lavieren – eine Tradition, an die im heutigen Ungarn gerne erinnert wird.

Das heutige Hermannstadt ist wegen der politischen Konstellation in der Kommune nach Meinung Porrs ein Fall für das „Guinnessbuch der Rekorde". Denn obwohl die Deutschen heute nicht einmal mehr zwei Prozent der Bevölkerung der 160 000-Einwohner-Stadt ausmachen, stellen sie nicht nur seit 2000 den Bürgermeister, erst [der spätere Staatspräsident Klaus] Johannis, seit 2014 Astrid-Cora Fodor. So etwas komme schon mal vor, wenn eine Persönlichkeit aus einer ethnischen Minderheit die Leute überzeuge. Aber seit 16 Jahren stelle das Demokratische Forum der Deutschen auch im Stadtrat die Mehrheit. Das bedeute, dass auch die Rumänen mehrheitlich und dauerhaft Deutsche gewählt haben.

Dabei hat die Minderheit der Deutschen in Rumänien – nicht nur Siebenbürger Sachsen, sondern auch Banater Schwaben und weitere Gruppen, die im Laufe der Zeit als Siedler in den Karpatenraum gerufen wurden – einen gewaltigen Aderlass erlitten. Zwischen den Weltkriegen seien noch 700 000 Deutsche gezählt worden, berichtet Benjamin Józsa, der Geschäftsführer des „Demokratischen Forums". Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl schon fast halbiert, 1989 waren es nur mehr 250 000, und nach dem Fall des kommunistischen Regimes kam noch einmal eine große Auswanderungswelle. Heute habe sich die Zahl bei etwa 36 000 Deutschen in Rumänien eingependelt. Die einen oder anderen ziehen vielleicht noch aus familiären Gründen weg, andere wieder zurück – und sei es für einen Teil des Jahres als Rentner, um bei angenehmen Lebensbedingungen und günstigeren Preisen wieder die vertrauten Kirchenglocken zu hören und den Anblick der Fogarascher Berge zu genießen. Es zögen aber auch Leute her, die ursprünglich mit Siebenbürgen gar nicht am Hut gehabt hätten, sagt Porr und weist durch das Fenster auf die „Buchhandlung Schiller", deren Inhaber, ein Rheinländer seit 20 Jahren da sei und inzwischen schon Filialen in anderen Städten eröffnet habe.

Das Motiv für die, die gegangen sind, erscheint naheliegend: „Aus wirtschaftlichen Gründen", sagt Porr. Viele hätten in der Zeit der kommunistischen Diktatur weggewollt, aber nicht gekonnt. Es gab Genehmigungen zur Ausreise – für Diktator Nicolae Ceaușescu wurde das sogar zu einem Devisengeschäft, denn die bundesdeutsche Regierung in Bonn unterstützte Ausreisewillige. Aber vom Antrag bis zur Ausreise dauerte es im Schnitt 18 Jahre. Und wenn man einen irgendwie bedeutenden Posten hatte, dann war der nach Antragstellung sofort weg. Lehrer durften nicht mehr unterrichten: „Wie sollte der die Kinder im sozialistischen Sinne erziehen, wenn er mit dem Klassenfeind paktierte?" Das hätten viele nicht riskieren wollen – und seien dann sofort gegangen, als 1989 der Damm brach.

Aber ein anderer (kleinerer) Teil sagte sich, in den Worten Porrs, der selbst seit 1977 als Assistenzarzt tätig war und 1990 dem „Demokratischen Forum" beitrat: „Freiheit haben wir jetzt auch hier, also fangen wir an, was aufzubauen." Und es sei viel getan worden in den vergangenen 30 Jahren: In Hermannstadt, in Siebenbürgen und in ganz Rumänien. Wirtschaftlich sei Siebenbürgen im Land ganz vorne, nur der Großraum Bukarest könne mithalten. Man habe praktisch Vollbeschäftigung, die Arbeitslosigkeit liege teils unter zwei Prozent.

Freilich ist das auch Ausdruck eines Problems, das Rumänien insgesamt quält: Wer ausgebildet, mobil und unternehmungslustig ist, verlässt das Land. Porr, der an der Uniklinik Mediziner ausbildete, sah seine Studenten nicht nur Anatomie büffeln, sondern auch Englisch oder Deutsch – und nach dem Examen waren die meisten bald weg. Rumänische IT-Kräfte seien vom Silicon Valley bis nach Neuseeland gefragt, sagt Porr. Und dann gebe es die vielen einfachen Leute, die zum Erdbeerpflücken oder Spargelstechen weggingen, bevorzugt (wegen der verwandten romanischen Sprachen) nach Italien oder Spanien, während die Kinder bei den Großeltern blieben. „Die kommen zurück – oder manche auch nicht. Es gibt vier Millionen Rumänen, die im Ausland sind – Tendenz steigend." Die Ausübung der deutschen Sprache und Kultur wird nicht behindert, das sei „nicht mal im härtesten Ceaușescu-Regime" so gewesen, sagt Porr. Im Gegenteil habe man das Privileg genossen, dass es staatliche deutsche Schulen gab – anders als in Ungarn, von Polen ganz zu schweigen, wo der Gebrauch der deutschen Sprache nach dem Krieg gar verboten war. Die Entfernung entschärfte allfällige Separatismus-Verdächtigungen: „Bei uns sind es zwei Staaten bis Deutschland." [...]

Stephan Löwenstein, „Kleineuropa in Rumänien", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 2019 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Ausblick über die Altstadt von Sibiu/Hermannstadt bis zu den Ausläufern der Fogarascher Berge, Teil der Transsilvanischen Alpen bzw. Südkarpaten 2018

Die Aussiedlung war keine zeitweilige, sondern eine endgültige Migration. Einen „Rückkehrmythos" oder eine statistisch bedeutsame Rückwanderung gibt es nicht. Die rumäniendeutschen Aussiedler (besonders die Banater Schwaben) sehen sich selbst im gegenwärtigen Deutschland als überangepasste Gruppe, die sich so schnell und unauffällig wie möglich den bundesdeutschen Mehrheitsbürgern angleichen wollte. In der Tat darf ihre soziokulturelle, gesellschaftliche und berufliche Integration fast 30 Jahre nach der Massenaussiedlung von 1990 als sehr gelungen betrachtet werden. Sie traf das Aussiedlerstigma kaum, zumindest weit weniger als die Aussiedler aus Polen und erst recht diejenigen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Zusammenfassung und Ausblick

Die in den 1990er-Jahren in Deutschland so prägende Aussiedlerproblematik rückte Anfang des 21. Jahrhunderts infolge neuer geopolitischer Konstellationen und neuartiger Migrationsbewegungen in den Hintergrund. Problematisch war in der kontrovers geführten und zuweilen heftigen Aussiedlerdebatte der undifferenzierte Globalbegriff im politischen und medialen Diskurs. Die pauschal als (Spät-)Aussiedler bezeichnete Gruppe war und bleibt in der Tat vielgestaltig.

Zum einen haben die Aussiedler aus Rumänien außer dem dramatischen Schicksal der Deportation und der allgemeinen Diskriminierung als Deutsche im kommunistischen Ostblock wenig gemeinsam mit den Aussiedlern aus Polen oder der Sowjetunion. Zum anderen bilden sie selbst eine recht heterogene Gruppe, und zwar in doppelter Hinsicht: Bereits in Rumänien unterschieden sie sich zunächst durch nachhaltig identitätsprägende Merkmale, je nach Siedlungszeit, räumlicher Verteilung sowie institutioneller Rahmenbedingungen und religiöser bzw. kultureller Einrichtungen.

Für die Aussiedler wiederum waren eine Reihe von Merkmalen maßgeblich für die Integration in Deutschland: der Aussiedlungszeitpunkt (in kommunistischer Zeit, in der Wendezeit 1989–90, oder gar in der postkommunistischen Zeit), die Dauer des Lebens in Rumänien und nicht zuletzt das Alter zum Zeitpunkt der Aussiedlung (eigene oder familiäre Erfahrung der Deportation bzw. Verbannung, Ausmaß der selbst erlebten Diskriminierung, Rumänisierungserfahrung). Die Akkulturation und das Einleben in Deutschland verliefen stets entlang dieser extrem differenzierten geschichtlichen Erfahrungen. Aus all diesen Gründen erscheint beim näheren Hinsehen der historische Terminus „Aussiedler" trügerisch. Diese pauschale Formel wird den sehr ausdifferenzierten individuellen Lagen nicht unbedingt gerecht. Darum bedarf es zumindest einer intensiven Überlegung um zu klären, wer genau jeweils damit gemeint ist und welche Schicksale sich dahinter verbergen.

JANNIS PANAGIOTIDIS

Fazit

Die Position der Spätaussiedler in der deutschen Migrationsgesellschaft lässt sich unter verschiedenen Perspektiven beleuchten, auch und besonders unter dem Konzept der kulturellen, strukturellen und sozialen Integration einschließlich der Beziehungen über Ländergrenzen hinweg. Es ergibt sich ein Bild heterogener Identitäten in einer heterogenen Gesellschaft.

Dieses Heft hat verschiedene Perspektiven auf (Spät-)Aussiedler in der Migrationsgesellschaft zusammengetragen. Die Ursprünge der Zuwanderung dieser Menschen, die vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen und Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland kamen, sind in der Geschichte deutschsprachiger Gruppen im östlichen Europa zu suchen. Dies war eine Migrationsgeschichte über viele Jahrhunderte, in der Menschen aus dem deutschsprachigen Mitteleuropa, die verschiedene Dialekte sprachen und unterschiedlichen Konfessionen angehörten, im Osten Europas siedelten. Durch das Zusammenspiel von Fremd- und Selbstwahrnehmungen wurden sie dort im Laufe der Zeit zu „Deutschen" im Sinne einer nationalen Zugehörigkeit. Dies geschah verstärkt unter dem Einfluss der völkischen Bewegung nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 und besonders aggressiv in der Zeit des Nationalsozialismus. Flucht- und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa zu Kriegsende waren die Folge der NS-Volkstums- und Expansionspolitik. Die (Spät-)Aussiedler der Nachkriegsjahrzehnte waren dann die „Nachzügler" der massenhaften Vertreibung und wurden von der Bundesrepublik als „Vertriebene nach der Vertreibung" aufgenommen.

Im Laufe der Zeit wurde die (Spät-)Aussiedlermigration aber auch Bestandteil einer umfassenderen Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Nachdem lange Zeit kategorisch zwischen deutschen (Spät-)Aussiedlern einerseits und ausländischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen andererseits unterschieden wurde, zeigte sich vor allem seit den 1990er-Jahren deutlich, dass alle diese Menschen zusammen die deutsche Gesellschaft in einer Art und Weise veränderten, dass nun von einer „Migrationsgesellschaft" gesprochen werden kann.

Die vorliegende Darstellung interessierte sich für die Position der (Spät-)Aussiedler in dieser Migrationsgesellschaft. Sie wurde unter verschiedenen Perspektiven beleuchtet und mithilfe spezifischer Konzepte zu analysieren gesucht. Ein wichtiges, wenn auch stets umstrittenes Konzept ist dabei „Integration" (sowie, noch umstrittener, „Assimilation"). Unter dieser Maßgabe bieten die einzelnen Beiträge ein breites Spektrum von Aspekten, an denen die Integration der verschiedenen Untergruppen von (Spät-)Aussiedlern festgemacht werden kann.

Nimmt man etwa die Kenntnis der deutschen Sprache als Aspekt der **kulturellen Integration**, so lässt sich feststellen, dass diese weit fortgeschritten ist. Dies gilt insbesondere für die Deutschen aus Rumänien, die schon gute Sprachkenntnisse mitbrachten, sowie für die Aussiedler aus Polen, die im Durchschnitt bereits recht lange in Deutschland ansässig sind und sich die Sprache kurz nach der Aussiedlung aktiv aneigneten. Bei den Russlanddeutschen, die großenteils erst im Laufe der 1990er-Jahre zuwanderten, ist hingegen die russische Sprache noch stärker präsent. Nur gut zwei Drittel sprechen nach eigener Einschätzung fließend oder muttersprachlich Deutsch. Neben ihrem kürzeren Aufenthalt im Land mag die im Vergleich zu den Aussiedlern früherer Generationen reduzierte Sprachförderung bei dieser Gruppe dabei auch eine Rolle spielen.

Zur **strukturellen Integration** vermitteln Sozialindikatoren wie Arbeitslosigkeit und Einkommen ebenfalls das Bild eines fortgeschrittenen Integrationsprozesses. Die russlanddeutschen (Spät-)Aussiedler stehen dabei im Schnitt etwas weniger gut da als die (Spät-)Aussiedler insgesamt. Zurückzuführen ist dies möglicherweise auf die kürzere Zeit des Ansässigseins, aber auch auf die reduzierten Starthilfen im Vergleich zu früheren Aussiedlern. Ein deutlicher struktureller Unterschied zur „einheimischen" Bevölkerung zeigt sich in der Art der Arbeit, die (Spät-)Aussiedler verrichten. Insbesondere die Männer arbeiten sehr viel häufiger im produzierenden Gewerbe oder im Bau als die „Einheimischen". Die Frauen sind überdurchschnittlich oft geringfügig beschäftigt. Entsprechend liegt das Pro-Kopf-Einkommen ihrer Haushalte deutlich niedriger als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Strukturelle Integration beinhaltet zudem, dass die (Spät-)Aussiedler über verschiedene Einkommensgruppen verteilt sind, genau wie die „einheimische" Bevölkerung: Viele sind in der Mittelschicht angekommen, viele andere befinden sich aber auch in prekären Einkommens- und Arbeitsverhältnissen.

Für die **soziale Integration** ist es sehr viel schwieriger, allgemeingültige Aussagen zu treffen. Die oben erwähnten Fälle von polenstämmigen Aussiedlern legen zum Beispiel nahe, dass selbst bei diesen schon lange in Deutschland ansässigen Migranten die wichtigsten sozialen Netzwerke in der Eigengruppe existieren. Es besteht weiterhin eine gefühlte soziale Distanz zu den „Einheimischen". Dies ist aber nicht als totale Isolation vom bundesdeutschen Umfeld zu verstehen und erst recht nicht als Anzeichen einer „gescheiterten" Integration. Gerade im Falle der Sozialintegration ist es wichtig, über schematische Vorstellungen von „Integration" und „Nicht-Integration" hinauszugehen. Das dargelegte Integrationsschema von Hartmut Esser sieht zum Beispiel die Möglich-

keit vor, dass Personen zwar in ihrer ethnischen Gruppe, aber nicht in der Aufnahmegesellschaft integriert und somit „individuell segmentiert“ sind (siehe S. 13). Dabei handelt es sich freilich bloß um ein wissenschaftliches Modell. In der Realität gibt es eine solch absolute Trennung – die viel zitierte „Parallelgesellschaft“ – nicht. Außerdem ist so ein Modell nicht statisch zu betrachten: Die „segmentierte Integration“ innerhalb der Gruppe kann die Grundlage dafür bilden, sich auch stärker in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einzubringen. Die religiösen Gemeinschaften von Russlanddeutschen liefern hierfür Anhaltspunkte.

Für ein besseres Verständnis von Integrationsprozessen gilt es aber auch, die Perspektive um transnationale Aspekte zu erweitern. Bei migrierten Individuen greift es zu kurz, soziale Netzwerke nur innerhalb eines Staates zu betrachten. Gerade die Beziehungen über Grenzen hinweg, ins Herkunftsland oder auch in andere Länder, wo Angehörige und Freunde leben, sind hier wichtig. Dies gilt besonders für die Aussiedler aus Polen, die spätestens seit dem EU-Beitritt Polens intensiven Kontakt mit ihren Herkunftsregionen pflegen können. Bei den fast vollständig ausgesiedelten Deutschen aus Rumänien ist dies weniger relevant. Die Russlanddeutschen kann man „dazwischen“ verorten: Besonders die früher ausgesiedelten haben kaum noch Kontakte ins Herkunftsland, weil sie oft im Familienverband ausreisten. Bei denjenigen, die später nach Deutschland kamen, sind die Kontakte in die „alte Heimat“ meist noch stärker, sowohl auf persönlicher Ebene als auch etwa hinsichtlich des Medienkonsums. Transnationale Lebensweisen hängen in hohem Maße von technischen Kommunikationsmöglichkeiten ab, weswegen die Verbreitung von sozialen Onlinenetzwerken, Satellitenfernsehen und inzwischen auch Internetfernsehen verstärkte grenzüberschreitende Kontakte ermöglicht, die früher nicht gegeben waren.

Angekommen in Deutschland: Die in Sibirien geborene Sängerin Helene Fischer und der aus Polen stammende Nationalspieler Lukas Podolski (mit Sonnenbrille) feiern auf der Fanmeile in Berlin den WM-Sieg der Fußballnationalmannschaft 2014.

Es wäre ein Fehlschluss, von solchen transnationalen Kontakten auf eine mangelnde emotionale Integration zu schließen. Vielmehr kann das „Dazwischen-Sein“ zu einer eigenen Identifikation werden, die sich eindeutigen Zuordnungen als „deutsch“, „polnisch“, „russisch“ oder „rumänisch“ entzieht. Dies zeigen die Beispiele von Aussiedlern aus Polen genauso wie Untersuchungen zu (Spät-)Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, aus denen hervorgeht, dass die hybride Selbstbezeichnung als „Russlanddeutsche“ eine kollektive Identitätsstrategie darstellen kann, um die eigene Fremdheitserfahrung in Deutschland zu bewältigen.

Solche Identifikationen sind aber keinesfalls statisch, sondern verändern sich über die Zeit und unter dem Eindruck wandelnder Selbst- und Fremdwahrnehmungen. So kann es durchaus sein, dass sich gerade Angehörige der jüngeren Generation stärker als „Russen“ identifizieren, eben weil sie von ihrem Umfeld so bezeichnet werden. Genauso kann aber auch der Bezug auf die Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion weitgehend verschwinden, besonders dann, wenn keine russischen Sprachkenntnisse vermittelt werden. Vor allem können solche Identifikationen aber auch gleichzeitig existieren: Dieselbe Person kann sich beispielsweise mal als „russlanddeutsch“, mal als „deutsch“ und mal auch als „russisch“ identifizieren, je nach Situation und Umfeld. In der Forschung wird so etwas als „situative Identität“ oder auch „situative Ethnizität“ bezeichnet.

Insgesamt ist hinsichtlich der Frage von Identität grundsätzlich vor Generalisierungen zu warnen. Allgemein sind verschiedene äußere und innere Faktoren relevant, die die Selbstidentifikation beeinflussen können, besonders im Fall der nächsten Generation: Wächst eine Person in einem stark durch die eigene Gruppe geprägten Umfeld auf, oder findet die Sozialisierung in einem stärker gemischten Umfeld statt? Erlebt die Person stereotype Fremdzuschreibungen, beispielsweise aufgrund der Herkunft aus einem bestimmten Stadtteil („Russenghetto“)? Werden in der Familie das Gedächtnis an die eigene Herkunft und Geschichte und/oder bestimmte kulturelle Praktiken gepflegt, die ein Bewusstsein um eine besondere eigene Identität wachhalten? Entwickelt sich möglicherweise eine „symbolische Ethnizität“ (so der US-Soziologe Herbert J. Gans), die unabhängig von kulturellen Praktiken oder ethnischen Netzwerken existiert? Auch dürfte die Reproduktion von ethnischem Eigenbewusstsein zum Beispiel in stark religiös geprägten Milieus von russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern ganz anders verlaufen, auch in der zweiten Generation. Hier bietet die gemeinsame Religion eine Identitätsressource, die auch jenseits der zeitlich immer weiter in den Hintergrund rückenden Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion Gemeinschaft stiftet.

„Heterogenität“ ist schließlich das zentrale Stichwort zur Verortung der (Spät-)Aussiedler in der „postmigrantischen“ Gesellschaft. Hier ist die „besondere“ Herkunft nur *ein* Aspekt individueller Identität und Positionierung in der Gesellschaft, neben neuen Aspekten, die hinzukommen: Dies kann der Beruf sein, die soziale Schicht, der Wohnort und vieles mehr. Durch das Zusammenleben, die Kontakte, die Interaktionen und den nicht notwendigerweise immer konfliktfreien Interessenausgleich heterogener Individuen unterschiedlicher Herkunft und mit überlappenden Gruppenzugehörigkeiten wird Gesellschaft ausgehandelt – eine Gesellschaft, zu der (Spät-)Aussiedler auf jeden Fall als zentraler Bestandteil dazugehören.

Glossar

Arbeitsarmee: russ. *Trudarmija*, ein Euphemismus für ein besonderes System der Zwangsarbeit in der UdSSR, das in den Jahren 1941–46 primär für russlanddeutsche Jugendliche, Männer und Frauen aufgebaut wurde.

Arbeitslosengeld (ALG) II, auch bekannt als Hartz IV, erhalten erwerbsfähige Personen, die hilfebedürftig sind, d.h. entweder über einen längeren Zeitraum arbeitslos sind oder von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können.

Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR): zweithöchste Form nationaler Selbstbestimmung in der Hierarchie der Sowjetvölker, folgte nach der Unionsrepublik. Im sowjetischen Völkerrecht wurde eine ASSR als ein nicht souveräner Staat betrachtet, die zwar über eine eigene Verfassung und andere Staatssymbole (Hymne, Staatsflagge, Oberster Sowjet usw.) verfügte, allerdings aus der Union nicht austreten durfte. Nach 1990 wurden in Russland die autonomen Republiken und autonomen Gebiete in Republiken (ohne den Zusatz: autonom) umgewandelt; sie erhielten weiterhin keine Austrittsoption.

Banat: historische Region in Südosteuropa, die heute in den Staaten Rumänien, Serbien und Ungarn liegt. Sie befindet sich am Südostrand der ungarischen Tiefebene und wird von den Flüssen Theiß im Westen, Donau im Süden und (größtenteils) Marosch im Norden sowie von den Südkarpaten im Osten begrenzt. Wirtschaftliches und kulturelles Zentrum ist die Großstadt Timişoara (deutsch Temeswar). Dort begann 1989 auch die Rumänische Revolution, die zum Sturz des Ceauşescu-Regimes führte. Im Banat herrschte bis 1944 noch eine sehr gemischte Bevölkerungsstruktur. Die größte Volksgruppe stellten die Rumänen, gefolgt von den Deutschen, den Ungarn und den Serben Es gab aber auch viele Dörfer und Städte mit einer absoluten oder relativen deutschen Mehrheit.

Bessarabien: historische Landschaft in Südosteuropa, begrenzt vom Schwarzen Meer im Süden sowie den Flüssen Pruth im Westen und Dnister/Dnjestr im Osten. Das frühere Bessarabien deckt sich heute weitgehend mit dem westlich des Dnister liegenden Teil der Republik Moldau. Nur der Süden sowie der äußerste Norden gehören zur Ukraine. 1812 bis 1917 gehörte die mehrheitlich von Rumänen bewohnte Region zum russischen Kaiserreich. 1918 wurde Bessarabien kurzfristig unabhängig. In der Zwischenkriegszeit war es östliche Provinz Rumäniens und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es der Sowjetunion angeschlossen. Die bessarabische Hauptstadt Chişinău (dt. Kischinau) ist heute die Hauptstadt der Republik Moldau. Deutsche Siedler, die der Zar 1813 als Kolonisten ins Land gerufen hatte, lebten in Bessarabien zwischen 1814 und 1940.

Boris Nemtsov Stiftung für die Freiheit: Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bonn, die zum Gedenken an das Lebenswerk des russischen Politikers Boris Nemzow gegründet wurde, der 2015 in Moskau ermordet wurde. Gründerin ist die älteste Tochter von Boris Nemzows, Schanna Borissowna Nemzowa.

Bukowina: historische Landschaft im Grenzraum zwischen Mittel-, Südost- und Osteuropa. Die Bukowina sowie das östlich davon liegende Bessarabien waren jahrhundertelang ein Teil des historischen Fürstentums Moldau; von 1775 bis 1918 gehörte das Gebiet mit seiner multiethnischen Bevölkerung zur Habsburgermonarchie. Im Nordwesten liegt Ostgalizien, im Südwesten Siebenbürgen. Kaiser Joseph II. förderte ab 1775 die Kolonisation der Bukowina durch Bauernfamilien, vorwiegend aus Württemberg. 1940 wurden die Bukowinadeutschen in das Deutsche Reich oder in von Deutschen besetzte Gebiete in Polen umgesiedelt. Seit der Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge 1947 nach dem Zweiten Weltkrieg gehört die nördliche Hälfte der Bukowina zur Ukraine, die südliche Hälfte zu Rumänien.

Deportation: Zwangsumsiedlung sozialer oder ethnischer Kollektive innerhalb eines Landes, verbunden mit restloser Enteignung sowie sozialer und rechtlicher Minderstellung.

Deutscher Orden, auch ***Deutschherrenorden, Deutschritterorden*** oder ***Deutschorden:*** römisch-katholische Ordensgemeinschaft, die in der (Rechts-)Nachfolge der Ritterorden aus der Zeit der Kreuzzuge steht. Die Ursprünge des Ordens liegen in einem Feldhospital bremischer und lübischer Kaufleute während des Dritten Kreuzzuges um 1190 im Heiligen Land bei der Belagerung der Stadt Akkon. Nach der Erhebung der Spitalgemeinschaft zum geistlichen Ritterorden engagierten sich die Mitglieder der ursprünglich karitativen Gemeinschaft während des 13. Jahrhunderts im Heiligen Römischen Reich, im Heiligen Land, dem mediterranen Raum sowie in Siebenbürgen und beteiligten sich an der deutschen Ostkolonisation. Das führte zu einer Reihe von Niederlassungen mit mehr oder weniger langem Bestehen. Eine zentrale Rolle spielte ab dem Ende des 13. Jahrhunderts der im Baltikum begründete Deutschordensstaat. Er umfasste am Ende des 14. Jahrhunderts ein Gebiet von rund 200 000 Quadratkilometern.

Zu den **Erwerbslosen** zählen laut Statistischem Bundesamt „alle Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind, nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind. Es können zum einen Personen sein, die normalerweise erwerbstätig sind und nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, zum anderen Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen (z.B. Hausfrauen/Hausmänner, Rentnerinnen/Rentner, Schülerinnen/Schüler, Studierende), aber gegenwärtig eine Arbeitsstelle suchen.

Germania Slavica bezeichnet einerseits als Forschungsbegriff des 20. Jahrhunderts eine historische Landschaft östlich der frühmittelalterlichen deutsch-slawischen Sprachgrenze (etwa östlich der Elbe-Saale-Linie) und andererseits eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe zur Erforschung der Verhältnisse in diesem Gebiet während des Hochmittelalters („Deutsche Ostsiedlung").

Großer Terror: Bezeichnung für die Jahre 1936–38 auch 1937/38 in der UdSSR, in denen die staatlichen Repressalien exorbitant anstiegen und es fast 700 000 Justizmorde gab; unter den Opfern befanden sich überdurchschnittlich viele Vertreter der nationalen Minderheiten, die eine historische „Heimat" außerhalb der UdSSR besaßen. Ein gravierender Unterschied zum Terror der vorherigen (und späteren) Jahre bestand auch darin, dass ebenfalls zahlreiche Vertreter des Staats- und Parteiapparats sowie der systemkonformen Intellektuellen zu den Opfern zählen.

GULag: Abkürzung für russ. *Glawnoje Uprawlenije isprawitelno-trudowych Lagerej* („Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager"), die eine Unterbehörde des → NKWD bzw. des Innenministeriums und zuständig für Häftlinge und Sondersiedler war. Im weiteren Sinn wurde GULag Synonym für das sowjetische Lagersystem und insgesamt für das Terrorregime des Stalinismus.

GUS: (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten), lockere Organisation für Nachfolgestaaten (ehem. Unionsrepubliken) der UdSSR, mit Ausnahme Georgiens und der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die Ukraine hat Anfang 2014 faktisch ihre Mitgliedschaft ruhen lassen, Turkmenistan sieht sich als ein assoziiertes Land.

Mit den ***Karlsburger Beschlüssen*** schlossen sich Siebenbürgen, das Banat, Sathmar und Maramuresch, die Bukowina und Bessarabien sowie die Süddobrudscha dem „Altreich" an. Rumänien hatte damit Ende des Jahres 1918 seine größte territoriale Ausbreitung erreicht und seine Fläche im Vergleich zur Vorkriegszeit nahezu verdoppelt – daher der Begriff „Großrumänien" für die Zeit von 1918–1940.

Kolchose: (Kolchos), russ. *kollektiwnoje chosjajstwo*, eine genossenschaftlich organisierte landwirtschaftliche Kollektivwirtschaft; entstand im Zuge der Kollektivierung und war bis zur Auflösung der UdSSR neben den Sowchosen die wichtigste Organisationsform eines Agrarbetriebs.

Kollektivierung: (Zwangskollektivierung), von der Sowjetführung unter Stalin ab Ende der 1920er-Jahre verfolgte Politik der gewaltsamen und unfreiwilligen Zusammenführung der zuvor selbstständigen Bauernwirtschaften zu einem staatlich kontrollierten Agrarbetrieb, vornehmlich in Form einer → Kolchose; → Kulake

Kolonist: Siedler, der unbewohnte Gebiete vor allem landwirtschaftlich erschließt. Im Russischen Reich eine rechtliche Kategorie, die Siedler ausländischer Herkunft (Deutsche, Bulgaren, Griechen u.a.) umfasste. Nach der Aufhebung des Kolonistenstandes 1871 war der Begriff vielerorts bis in die 1930er-Jahre im offiziellen und inoffiziellen Sprachgebrauch weiterhin üblich, um die russlanddeutschen Bauern zu bezeichnen.

Kulake: (Pl. Kulaken), russ. *kulak* („Faust"), Großbauer, Inhaber solcher Wirtschaften, die größtenteils für den Markt produzierten. Kulaken wurden in der Sowjetunion der 1920er- und 1930er-Jahre als eine dem Aufbau des Sozialismus und der neu-

en Kolchoswirtschaft feindselig eingestellte Klasse angesehen. Wichtigstes Merkmal eines Kulaken war die „Ausbeutung" von Arbeitskräften (Mägden, Lohnarbeitern) in der eigenen Wirtschaft. Ab Ende der 1920er-Jahre wurden Kulaken unter dem Slogan „Liquidierung des Kulaken als Klasse" systematisch politisch und wirtschaftlich bedrängt, letztlich vollständig enteignet und aus ihren Heimatorten bis nach Sibirien, Zentralasien und in den hohen Norden zwangsausgesiedelt.

Mennoniten: protestantische Freikirche mit einem streng pazifistischen, christlichen Glaubensbekenntnis. Aufgrund von wirtschaftlichen Einschränkungen und dem Zwang zum Militärdienst wanderten viele Mennoniten Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts aus Preußen in mehreren Wellen nach Russland aus. Die Einführung der allgemeinen Militärpflicht 1874 löste wiederum eine starke Auswanderung der Mennoniten aus dem Zarenreich in die Überseestaaten aus.

NKWD: russ. ***N****arodnyj* ***k****ommissariat* ***w****nutrennich* ***d****el*, ab 1934 Volkskommissariat des Inneren, vereinigte in sich Funktionen einer gewöhnlichen Polizeibehörde, einer Vollzugsbehörde des GULag, die für Strafgefangene, Straf- und Arbeitslager und Sondersiedler zuständig war, und einer Geheimpolizei, die u.a. Spionagedienste für die Staatssicherheit ausführte.

Oktoberrevolution: putschartige Machtübernahme der Bolschewiki am 25. Oktober (7. November Neuen Stils) 1917 in Petrograd, der damaligen Hauptstadt Russlands, die sich gegen die bürgerliche „provisorische Regierung" unter Alexander Kerenski richtete. Der Jahrestag der Oktoberrevolution war in der Sowjetunion der wichtigste Feiertag, der als Geburtsstunde des neuen sozialistischen Staates am 7. und 8. November mit obligatorischen Demonstrationen begangen wurde.

Peuplierung bezeichnet die planmäßige Besiedlung eines nicht oder vergleichsweise dünn besiedelten Gebietes; sie ist somit eine Maßnahme der Bevölkerungspolitik. Im engeren Sinne meint ***Peuplierungspolitik*** eine im 17. bis 18. Jahrhundert praktizierte Methode zur Besiedlung etwa durch Krieg oder Seuchen entvölkerter Gebiete.

Rayon: administrativ-territoriale Einheit in der UdSSR bzw. in einigen Ländern der GUS, entspricht einem Landkreis. Gebiete, Regionen und Republiken gliederten sich zur Zeit der UdSSR in ländliche Rayons und Städte auf. Rayons bestanden aus Dorfräten bzw. Dorfsowjets mit ihren Territorien und aus Rayonstädten und stadtähnlichen Siedlungen (Arbeitssiedlungen). In Letzteren dominierte die nicht agrarische Beschäftigung.

Repatriant: ein sowjetischer Staatsangehöriger, der im Zuge der Kriegsereignisse 1941–45 nach Deutschland oder in die von Deutschland okkupierten Gebiete gelangte (Ostarbeiter, Kriegsgefangene, Flüchtlinge, Administrativumsiedler etc.) und nach 1945, teilweise gegen seinen Willen, in die UdSSR zurückgebracht wurde.

repressieren: (auch: repressiert), in der historischen Wissenschaft und in der Rechtsprechung der gegenwärtigen Russländischen Föderation (RF) werden damit gesetzwidrige staatliche Eingriffe in die Lebensweise von Individuen bzw. religiösen, sozialen oder nationalen Gruppen bezeichnet, die vornehmlich aus politischen Gründen und besonders in der Zeit des → Stalinismus stattfanden. In erster Linie handelt es sich um strafrechtliche Verurteilung, → Deportation bzw. Verbannung oder Einweisung in ein Zwangsarbeitslager (→ Arbeitsarmee). Die zur Sowjetzeit repressierten Personen wurden in den Nachfolgestaaten der UdSSR gerichtlich rehabilitiert und zum Teil materiell entschädigt. → Großer Terror

Rote Armee: Kurzform für Rote Arbeiter- und Bauernarmee, von 1918 bis 1946 die Bezeichnung für das Heer und die Luftstreitkräfte Sowjetrusslands bzw. ab 1922 der Sowjetunion.

Sathmar: Das Sathmarland liegt heute im Nordwesten Rumäniens. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges gehörte es zu Österreich-Ungarn, fiel 1920 durch den Vertrag von Trianon an das Königreich Rumänien, gelangte 1940 wieder an Ungarn und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg erneut Rumänien angeschlossen. Seinen Namen erhielt es von der an dem Somesch (Someş), einem Nebenfluss der Theiß, liegenden Kreisstadt Sathmar (Satu Mare). Die Sathmarer Schwaben sind Nachfahren von den im 18. Jahrhundert hauptsächlich aus Oberschwaben ausgewanderten Bauern. Anders als unter den Banater Schwaben oder den Siebenbürger Sachsen war unter den Sathmarer Schwaben die Auswanderung nach Deutschland weniger stark ausgeprägt, sodass heute noch in zahlreichen Ortschaften ein bedeutender Anteil der Bevölkerung deutschstämmig ist.

Sonderkommandantur: Institutionen im Rahmen der GULag-Verwaltung des → NKWD bzw. des Innenministeriums, die zum Zweck der Kontrolle und Ausbeutung von Sondersiedlern im hohen Norden, in Sibirien und in Zentralasien eingerichtet wurden. Zahlreiche Sonderkommandanturen bestanden ab Ende der 1920er- bis Ende der 1950er-Jahre.

Sondersiedler: Bevölkerungsgruppen minderen Rechts, zum Beispiel verbannte → Kulaken oder Angehörige deportierter Volker. Sie standen unter Verfügungsgewalt der → Sonderkommandanturen.

Sozialhilfe erhalten u.a. Menschen, die das Rentenalter erreicht haben oder aus gesundheitlichen Gründen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, und die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können.

Stalinismus: ein Herrschaftssystem bolschewistischer Prägung, das nach der Abkehr von der NOP [Neue Ökonomische Politik, 1921–28] bis Mitte der 1950er-Jahre in der Sowjetunion bestand. Charakteristisch für den Stalinismus als totalitäres Herrschaftssystem waren massenhafte Repressalien und Terrormaßnahmen (→Großer Terror), zahlreiche Deportationen, totale Ideologisierung der ganzen Gesellschaft, extreme Zentralisierung in politischen und wirtschaftlichen Bereichen, aggressive Außenpolitik sowie die bewusste Herbeiführung und die Inkaufnahme des gewaltsamen Todes von Millionen unschuldiger Menschen.

Südrussland: (Schwarzmeerraum bzw. -gebiet), historisch-geografische Landschaft, die Gebiete in der südlichen Ukraine einschließlich der Krim und in der Republik Moldau (ehemals Bessarabien) umfasst.

UdSSR: Abkürzung für Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des amtlichen Namens der Sowjetunion von 1922 bis 1991

Volksdeutsche: eine NS-Wortschöpfung, bezeichnete Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die außerhalb der Reichsgrenzen lebten und Staatsangehörige anderer Länder waren. Sie besaßen ein grundsätzliches Recht auf die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit. Für die damaligen Machthaber in Berlin stellten sie oft einen Vorwand für expansionistische Bestrebungen dar.

Der ***Reichsgau Wartheland*** (polnisch *Okręg Rzeszy Kraj Warty*) oder verkürzt ***Warthegau*** (polnisch *Okręg Warcki*) bestand im Verband des Deutschen Reiches von 1939 bis 1945. Das vormals polnische Territorium kam infolge einer völkerrechtswidrigen Annexion zum Deutschen Reich. Seinen Namen hatte es von der Warthe, die es vom Südosten zum Nordwesten durchfloss. Flächenmäßig umfasste der Reichsgau Wartheland im Wesentlichen die Landschaft Großpolen. Bei einer Einwohnerzahl von 4,5 Millionen (darunter 327 000 Deutsche) betrug die Fläche des Reichsgaus 45 000 km².

Wolhynien: ist eine historische Landschaft und liegt heute in der nordwestlichen Ukraine und – zu einem kleineren Teil – in Weißrussland. Das Land wird im Westen vom Bug begrenzt. Im Osten reicht das Gebiet bis kurz vor Kiew. Von 1793/95 bis 1917 gehörte es zum russischen Zarenreich, von 1862 bis 1864, aber auch bis in die 1890er-Jahre hatten sich Deutsche im Gebiet angesiedelt. Im Ersten Weltkrieg wurden sie mehrheitlich zwangsausgesiedelt und zum Großteil nach Sibirien deportiert. 1918 durften sie zurückkehren. 1921 wurde Wolhynien zwischen Polen (westlicher Teil) und der sowjetischen Ukraine (Osten) geteilt. Ab September 1939 wurde Wolhynien sowjetisches Staatsgebiet. Die ansässige deutsche Bevölkerung im ehemaligen polnischen Teil wurde noch 1939 organisiert durch die SS zum überwiegenden Teil in den von den Deutschen besetzten Teil Polens, den Reichsgau Wartheland, umgesiedelt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges fiel das gesamte Wolhynien an die Sowjetunion.

Viktor Krieger, „Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler. Eine Geschichte der Russlanddeutschen", Bonn 2015, ab Seite 243 ff.

Wikipedia (kursiv geschriebene Begriffe)

Literaturhinweise

Bade, Klaus J. / Oltmer, Jochen (Hg.): Aussiedler. Deutsche Einwanderer aus Osteuropa (IMIS-Schriften, Bd. 8), 2. Aufl., Göttingen 2003, 320 S.

Bahlcke, Joachim (Hg.): Schlesien und die Schlesier, 3. Aufl., München 2004, 358 S.

Beer, Mathias / Dahlmann, Dittmar (Hg.): Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts: Ursachen, Formen, Verlauf, Ergebnis (Schriftenreihe des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bd. 4), Stuttgart 1999, 470 S.

Dies. (Hg.): Über die trockene Grenze und über das offene Meer: binneneuropäische und transatlantische Migrationen im 18. und 19. Jahrhundert (Migration in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1), Essen 2004, 371 S.

Bernstein, Julia: Food for Thought: Transnational Contested Identities and Food Practices of Russian-Speaking Jewish Migrants in Israel and Germany, Frankfurt a. M. / New York 2010, 451 S.

Boris Nemtsov Foundation for Freedom: Russian-speaking Germans. Survey Research Results, Berlin, Oktober 2016, 45 S., PDF unter: https://nemtsovfund.org/de/2016/11/die-boris-nemtsov-foundation-studie-russisch-sprechende-deutsche

Casagrande, Thomas: Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen". Die Banater Schwaben und die nationalsozialistischen Kriegsverbrechen, Frankfurt/Main 2003, 368 S.

Dalos, György: Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart, München 2014, 330 S.

Debelts, Julia: Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold: Das Ausstellungskonzept, in: Lozoviuk, Petr (Hg.), Visualisierte Minderheiten. Probleme und Möglichkeiten der musealen Präsentation von ethnischen bzw. nationalen Minderheiten, Bd. 26, Dresden 2012, S. 187–196.

Diener, Alexander C.: Homeland Conceptions and Ethnic Integration among Kazakhstan's Germans and Koreans, Lewiston 2004, 179 S.

Dönninghaus, Victor / Panagiotidis, Jannis / Petersen, Hans-Christian: Jenseits der „Volksgruppe". Neue Perspektiven auf die Russlanddeutschen zwischen Russland, Deutschland und Amerika (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 68), Berlin 2018, 284 S.

Eisfeld, Alfred / Herdt, Victor: Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee: Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956 (Der Göttinger Arbeitskreis: Veröffentlichung Nr. 453), Köln 1996, 555 S.

Eisler, Cornelia: Verwaltete Erinnerung – symbolische Politik: Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 57), München 2015, 664 S.

Elwert, Frederik: Religion als Ressource und Restriktion im Integrationsprozess: eine Fallstudie zu Biographien freikirchlicher Russlanddeutscher (Veröffentlichungen der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie), Wiesbaden 2015, 336 S.

Esser, Hartmut: Welche Alternativen zur „Assimilation" gibt es eigentlich? In: IMIS-Beiträge 23 (2004), S. 41–59.

Flack, Anna: „Heute Butterbreze, morgen Spaghetti Bolognese, übermorgen Borschtsch". Ernährung als Identitäts- und Akkulturationsindikator am Beispiel einer russlanddeutschen Spätaussiedlerin, in: Daniel Drascek (Hg.): Kulturvergleichende Perspektiven auf das östliche Europa. Fragestellungen, Forschungsansätze und Methoden (Regensburger Schriftenreihe zur Volkskunde/Vergleichenden Kulturwissenschaft 29), Münster u. a. 2017, S. 129–150.

Dies.: Tee, Toast, Tiramisu. Identität und Akkulturation im Spiegel der Ernährungspraxis einer jungen Russlanddeutschen, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 55 (2014), S. 100–123.

Foroutan, Naika / Karakayali, Juliane / Spielhaus, Riem (Hg.): Postmigrantische Perspektiven: Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik, Frankfurt a. M. 2018, 315 S.

Glorius, Birgit: Transnationale Perspektiven. Eine Studie zur Migration zwischen Polen und Deutschland, Bielefeld 2007, 336 S.

Goerres, Achim / Spies, Dennis C. / Meyer, Sabrina J.: How Did Immigrant Voters Vote at the 2017 Bundestag Election? First Results from the Immigrant German Election Study (IMGES), Duisburg-Essen, März 2018, 9 S., online unter: https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3133559

Goerres, Achim / Meyer, Sabrina J. / Spies, Dennis C.: Immigrant Voters against Their Will: a Focus Group Analysis of Identities, Political Issues and Party Allegiances among German Resettlers during the 2017 Bundestag Election Campaign, in: Journal of Ethnic and Migration Studies (2018), online unter: https://doi.org/10.1080/1369183X.2018.1503527

Gündisch, Konrad (unter Mitarbeit von Matthias Beer): Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen, 2. Aufl., München 2005, 304 S.

Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit (Hg.) (2011): Oberschlesien-Karte (Wandkarte), Gliwice.

Hepp, Andreas / Bozdağ, Cigdem / Sūna, Laura: Mediale Migranten: Mediatisierung und die kommunikative Vernetzung der Diaspora (Medien – Kultur-Kommunikation), Wiesbaden 2011, 290 S.

Heppner, Harald: Das Dorf im Kopf. Erinnerungen aus dem rumänischen Banat (Band 116), München 2009, 214 S.

Hüttermann, Jörg: Entzündungsfähige Konfliktkonstellationen. Eskalations- und Integrationspotentiale in Kleinstädten der Einwanderungsgesellschaft, Weinheim/München 2010, 340 S.

Ipsen-Peitzmeier, Sabine / Kaiser, Markus (Hg.): Zuhause fremd. Russlanddeutsche zwischen Russland und Deutschland (bibliotheca eurasica, Bd. 3), Bielefeld 2006, 426 S.

Kaiser, Markus / Schönhuth, Michael (Hg.): Zuhause? Fremd? Migrations- und Beheimatungsstrategien zwischen Deutschland und Eurasien (bibliotheca eurasica, Bd. 8), Bielefeld 2015, 458 S.

Kalinke, Heinke M. / Roth, Klaus / Weger, Tobias (Hg.): Esskultur und kulturelle Identität. Ethnologische Nahrungsforschung im östlichen Europa (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 40), München 2010, 255 S.

Karl, Lars / Poljanski, Igor J. (Hg.): Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland (Formen der Erinnerung, Bd. 40), Göttingen 2009, 290 S.

Kindler, Robert: Sowjetische Menschen: Russlanddeutsche zwischen Integration und Emigration, in: Osteuropa 67. Jg., Bd. 9–10 (2017), S. 137–151.

Koselleck, Reinhart: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge / Norbert Frei (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32.

Köstlin, Konrad: Heimat geht durch den Magen – Oder: Das Maultaschen-Syndrom. Soul-Food in der Moderne, in: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg 4/1991, S. 147–164.

Kreichauf, René: Ghettos in Small Towns? The Research on Ethnic Segregation and Stigmatisation Processes in Small Town Germany, in: Sociologica. Italian Journal of Sociology, 2/2015.

Krieger, Viktor: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft: historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis (Geschichte, Kultur und Lebensweise der Russlanddeutschen, Bd. 1), Berlin 2013, 264 S.

Ders.: Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler: eine Geschichte der Russlanddeutschen (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1631), Bonn 2015, 272 S.

Ders.: Rotes deutsches Wolgaland. Zum 100. Jubiläum der Gründung der Wolgadeutschen Republik, Düsseldorf 2018, 114 S.

Landsmannschaft der Banater Schwaben (Hg.): Und über uns der blaue endlose Himmel. Die Deportation in die Bărăgan-Steppe Rumäniens 1951. Eine Dokumentation von Wilhelm Weber, München 1998, 402 S.

Loew, Peter Oliver: Wir Unsichtbaren: Geschichte der Polen in Deutschland, München 2014, 336 S.

Möhring, Maren: Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012, 555 S.

Mukhina, Irina: The Germans of the Soviet Union, London 2007, 256 S

Münz, Rainer / Ohliger, Rainer (Hg.): Diasporas and Ethnic Migrants: Germany, Israel, and Post-Soviet Successor States in Comparative Perspective, London u. a. 2003, 460 S.

Naranch, Bradley D.: Inventing the Auslandsdeutsche. Emigration, Colonial Fantasy, and German National Identity, 1848–1871, in: Eric Ames / Marcia Klotz / Lora Wildenthal (Hg.): Germany's Colonial Pasts, Lincoln u. a. 2005, S. 21–41.

Neufeld, Katharina: Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte Detmold: Die Leitidee, in: Petr Lozoviuk (Hg.), Visualisierte Minderheiten. Probleme und Möglichkeiten der musealen Präsentation von ethnischen bzw. nationalen Minderheiten (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde Bd. 26), Dresden 2012, S. 179–186.

Otto, Marius: Zwischen lokaler Integration und regionaler Zugehörigkeit: Transnationale Sozialräume oberschlesienstämmiger Aussiedler in Nordrhein-Westfalen (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld 2015, 418 S.

Panagiotidis, Jannis: Staat, Zivilgesellschaft und Aussiedlermigration 1950–1989, in: Jochen Oltmer (Hg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, München 2015, S. 895–929.

Ders.: Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene „Diaspora", in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11–12/2017, S. 23–30; PDF unter: www.bpb.de/apuz/243862/postsowjetische-migranten-in-deutschland-perspektiven-auf-eine-heterogene-diaspora

Ders.: Experimentierfeld der Migrationspolitik: Die Herausforderung der Aussiedlerintegration im Wandel der Zeit, in: Deutschland Archiv (2017), S. 11–21; online unter: www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/240110/experimentierfeld-der-migrationspolitik-die-herausforderung-der-aussiedlerintegration-im-wandel-der-zeit

Parzer, Michael / Astleithner Franz / Rieder, Irene: Deliciously Exotic? Immigrant Grocery Shops and Their Non-Migrant Clientele, in: International Review of Social Research 6, 1 (2016), S. 26–34

Petersen, Hans-Christian: Migration als Kontinuum deutscher Geschichte im östlichen Europa, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 24 (2016), S. 7–25.

Petersen, Hans-Christian / Weger, Tobias: Neue Begriffe, alte Eindeutigkeiten? Zur Konstruktion von ‚deutschen Volksgruppen' im östlichen Europa, in: Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 25 (2017), S. 177–199.

Plamper, Jan: Das neue Wir: warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen, Frankfurt a. M. 2019, 304 S.

Pries, Ludger: Die Transnationalisierung der sozialen Welt: Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften, 3. Aufl., Frankfurt a. M. 2015, 397 S.

Pries, Ludger / Sezgin, Zeynep (Hg.): Jenseits von „Identität oder Integration". Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden 2010, 365 S.

Retterath, Hans-Werner (Hg.): Russlanddeutsche Kultur – eine Fiktion? (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Institutes, Bd. 7), Freiburg i. Br. 2006, 196 S.

Ders.: (Hg.): Wanderer und Wanderinnen zwischen zwei Welten? Zur kulturellen Integration russlanddeutscher Aussiedlerinnen und Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Institutes, Bd. 2), Freiburg i. Br. 1998, 218 S.

Rieser, Hans-Heinrich: Das rumänische Banat – eine multikulturelle Region im Umbruch (Schriftenreihe des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Bd. 10), Stuttgart 2001, 555 S.

Römhild, Regina: Fremdzuschreibungen – Selbstpositionierungen. Die Praxis der Ethnisierung im Alltag der Einwanderungsgesellschaft, in: Brigitta Schmidt-Lauber (Hg.): Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder, Berlin 2007, S. 157–177.

Dies.: Die Macht des Ethnischen: Grenzfall Rußlanddeutsche. Perspektiven einer politischen Anthropologie (Europäische Migrationsforschung, Bd. 2), Frankfurt a. M. 1998, 355 S.

Rosenthal, Gabriele / Stephan, Viola / Radenbach, Niklas: Brüchige Zugehörigkeiten: Wie sich Familien von „Russlanddeutschen" ihre Geschichte erzählen, Frankfurt a. M. 2011, 287 S.

Salnikova, Natalja: Was ist wichtig, was ist nichtig? Museale Repräsentation des russlanddeutschen Alltags, in: Hans Peter Hahn / Friedemann Neumann (Hg.): Das neue Zuhause. Haushalt und Alltag nach der Migration, Frankfurt a. M. 2019, S. 379–400.

Sanders, Rita: Staying at Home: Identities, Memories and Social Networks of Kazakhstani Germans, New York 2016, 256 S.

Schödl, Günter: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land an der Donau, Berlin 1995, 720 S.

Sebaux, Gwénola: (Post)colonisation – (Post)migration: Ces Allemands entre Allemagne et Roumanie. Paris 2015, 496 S.

Silbereisen, Rainer K. / Titzmann, Peter F. / Shavit, Yossi (Hg.): The Challenges of Diaspora Migration: Interdisciplinary Perspectives on Israel and Germany, London 2016, 327 S.

Simon, Erk / Neuwöhner, Ulrich: Medien und Migranten 2011, in: Media Perspektiven 10 (2011), S. 458–470.

Statistisches Bundesamt (Hg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2017, Wiesbaden 2018, online unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220177004.pdf?__blob=publicationFile

Stoll, Ferdinand: Kasachstandeutsche. Migrationsstrategien Kasachstandeutscher im Übergang von ethnischer zu transnationaler Migration – aus der Sicht von Kasachstan, Kisslegg 2007, 280 S.

Theis, Stefanie: Religiosität von Russlanddeutschen (Praktische Theologie heute, Bd. 73), Stuttgart 2006, 260 S.

Theisselmann, Olga / Mittendorf, Anna: Russlanddeutsche helfen Russlanddeutschen. Kritische Einblicke in die Engagement-Praxis, in: Daniel Dettling / Julia Gerometta (Hg.): Vorteil Vielfalt. Herausforderungen und Perspektiven einer offenen Gesellschaft, Wiesbaden 2007, S. 115–131.

Trummer, Manuel: Pizza, Döner, McKropolis. Entwicklungen, Erscheinungsformen und Wertewandel internationaler Gastronomie am Beispiel der Stadt Regensburg (Regensburger Schriften zur Volkskunde/Vergleichenden Kulturwissenschaft, Bd 19), Münster u. a. 2009, 152 S.

Tscherkasjanowa, Irina: Otraženie nemeckoj temy v muzejnoj praktike: prošloe i sovremennost', Das deutsche Thema in den Museen: die Vergangenheit und die Gegenwart, in: BiZ-Bote 2012 (1–2), S. 16–37: www.bibliothek.rusdeutsch.eu/pdf/pdfp.php, letzter Zugriff: 29.08.2019

Vertovec, Steven: Super-diversity and its implications, in: Ethnic and Racial Studies 30, H. 6 (2007), S. 1024–1054.

Vogelgesang, Waldemar: Jugendliche Aussiedler: zwischen Entwurzelung, Ausgrenzung und Integration, Weinheim 2008, 232 S.

Wacquant, Loïc: Was ist ein Ghetto? Konstruktion eines soziologischen Konzepts, in: PROKLA. Zeitschrift Für Kritische Sozialwissenschaft, 34 (134) (2004), S. 133–147.

Wanatowicz, Maria W. (2004): Od indyferentnej ludności do śląskiej narodowości? Postawy narodowe ludności autochtonicznej Górnego Śląska w latach 1945-2003 w świadomości społecznej, Katowice.

Weber, Annemarie: Rumäniendeutsche? Diskurse zur Gruppenidentität einer Minderheit (1944–1971) (Studia Transylvanica, Bd. 40), Köln/Weimar/Wien 2010, 342 S.

Weiß, Lothar (Hg.): Russlanddeutsche Migration und evangelische Kirchen (Bensheimer Hefte, Bd. 115), Göttingen 2013, 299 S.

Worbs, Susanne u. a.: (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Forschungsbericht 20, Nürnberg 2013, 247 S., PDF unter www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb20-spaetaussiedler.pdf?__blob=publicationFile

Online-Ressourcen

bpb Dossier „Russlanddeutsche und andere postsozialistische Migranten“
www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/252533/russlanddeutsche-und-andere-postsozialistische-migranten

bpb Dossier „Russlanddeutsche“
www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/

bpb Dossier „Migration“
www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/

bpb Dossier „Diaspora“
www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/256379/diaspora

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
www.aussiedlerbeauftragter.de

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/

Thiessen, Ira: Fotoserie „Privet Germania“
www.fluter.de/privet-germania

Autorinnen und Autoren

Dr. des. Anna Flack ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Remigration und Nichtmigration von Russlanddeutschen, Ernährung und Zugehörigkeiten.

Prof. Dr. Jannis Panagiotidis ist Historiker und Juniorprofessor für Migration und Integration der Russlanddeutschen am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der transnationalen und vergleichenden Geschichte Deutschlands und Israels, der Globalgeschichte der Deutschen aus dem östlichen Europa, sowie im Themenfeld der postsowjetischen Migration.

Anna Flack und Jannis Panagiotidis haben die Koordination für dieses Heft übernommen.

Kornelius Ens, M.A. ist Historiker und evangelischer Theologe. Er ist Lehrbeauftragter am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück, und Leiter des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold.

Dr. Robert Kindler ist Osteuropahistoriker und arbeitet an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Stalinismus, Russland am Nordpazifik sowie ethnische Minderheiten in der späten Sowjetunion.

René Kreichauf ist Stadtforscher an der Freien Universität Berlin und der Vrije Universiteit Brussel mit Tätigkeiten als Gastwissenschaftler an der City University of New York und an der Rutgers University – Newark. Er forscht zur Genese städtischer Asylpolitiken in europäischen und nordamerikanischen Städten. Weiterhin zählen Methoden kritischer und vergleichender Stadtforschung, sozialräumliche Polarisierungsprozesse, migrantisches Wohnen sowie Dynamiken städtischer Transformationen zu seinen Forschungsschwerpunkten.

Dr. Viktor Krieger, geboren 1959 in Kasachstan, studierte in Nowosibirsk und arbeitete anschließend als Hochschullehrer. Seit 1991 in Deutschland. Langjähriger Lehrbeauftragter der Universität Heidelberg. Seit April 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bayerischen Kulturzentrums der Deutschen aus Russland in Nürnberg. Er forscht und lehrt zur Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen im Kontext des multikulturellen Vielvölkerstaates Russland bzw. UdSSR. Besondere Schwerpunkte: Wolgadeutsche; Stalinismus; Germanophobie; Anpassung, Nonkonformität und Widerstand; Bildungsgeschichte; Identität und Erinnerungskultur.

Dr. Marius Otto, geb. 1985, ist Sozialgeograph. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die geographische Migrations- und Stadtforschung. Im Jahr 2015 hat er am Geographischen Institut der RWTH Aachen University zu Integrationsprozessen oberschlesienstämmiger Aussiedler in Deutschland promoviert. Aktuell ist er als Sozialplaner der Stadt Aachen tätig.

PD Dr. Hans-Christian Petersen ist Osteuropahistoriker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Stadtgeschichte, Migrationsgeschichte und die Geschichte der deutschen „Ostforschung“.

Natalja Salnikova hat an der Universität Wien und der Université Paris V-Sorbonne Kultur- und Sozialanthropologie sowie Kunstgeschichte studiert. Anschließend schloss sie ein zweijähriges wissenschaftliches Volontariat am Institut Mathildenhöhe in Darmstadt ab. Derzeit promoviert sie im Rahmen des Internationalen Graduiertenkollegs „Kulturtransfer und ‚kulturelle Identität‘ – Deutsch-russische Kontakte im europäischen Kontext“ an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zum Thema „Musealisierung kultureller Identität. Dokumentation und Präsentation russlanddeutscher Kulturgeschichte im binationalen Museumskontext“.

Dr. Rita Sanders arbeitet zu Migrationsprozessen, Identitätskonstruktionen und transnationalen Netzwerken zwischen Russland, Kasachstan und Deutschland. Zurzeit ist sie am Viadrina Center B/ORDERS IN MOTION in Frankfurt/Oder assoziiert und entwickelt dort ein Projekt zu unterschiedlichen Grenzräumen in Osteuropa.

Prof. Dr. Gwénola Sebaux ist Professorin für Deutschlandstudien an der Université catholique de l’Ouest in Angers (Frankreich). 2012 habilitierte sie sich in deutscher Kultur und Geschichte an der Universität Nantes mit der Arbeit „Migrationspolitik und Identitätsfragen im ‚postnationalen‘ Deutschland. Eine kritische Analyse“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Migrationspolitik und Migrationsfragen in der Bundesrepublik Deutschland, sowie Geschichte und Zeitgeschichte der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion. Sie ist Mitglied des Deutsch-Französischen Historikerkomitees sowie des wissenschaftlichen Beirats der Studien zur Historischen Migrationsforschung (SHM).

Dr. Laura Sūna ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (Postdoc) am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Freien Universität Berlin. Derzeit arbeitet sie im Sonderforschungsbereich 1171 „Affective Societies“ der Freien Universität Berlin.

Gesine Wallem ist Doktorandin in politischer Soziologie an der Universität Sciences Po Paris (Frankreich). Ihre Dissertation beschäftigt sich mit ethnischer Zugehörigkeit im Kontext der Aufnahme und des Vereinsengagements von russlanddeutschen Spätaussiedlern in der bundesdeutschen Migrationsgesellschaft. Derzeit ist sie als Mitarbeiterin in der Abteilung für interkulturelle Kommunikation und Mehrsprachigkeitsforschung an der Universität Bonn tätig.

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: www.bpb.de/izpb
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:
Rosa Padua, Freiburg i.Br.

Gutachten:
Prof. em. Dr. Dittmar Dahlmann, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn

Titelbild:
picture alliance / dpa
World Cup 2014 – Ankunft der Nationalmannschaft

Umschlag-Rückseite:
KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von Getty Images / iStockphoto

Kartografie:
mr-kartographie, 99867 Gotha

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:
Druckhaus Ernst Kaufmann GmbH & Co.KG, 77933 Lahr

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich
ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 410 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
September 2019

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.
Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

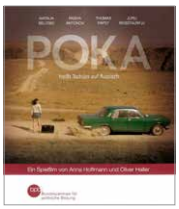
Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.

Mehr drin als Du denkst!

Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler | **Eine Geschichte der Russlanddeutschen** | Bestell-Nr. 1631 | 4,50 Euro

Polnische Spuren in Deutschland | **Ein Lesebuchlexikon** | Bestell-Nr. 3988 | 7,00 Euro



Poka heißt Tschüss auf russisch | **Bluray** | Bestell-Nr. 1977 | 7,00 Euro

Dossier Russlanddeutsche | **www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/**

www.bpb.de/shop

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung